G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Vertrag im Wartestand?

Karl Unger
„Bangla Desh" — Hintergründe der pakistanischen Krise

Wilhelm Raimund Beyer
Zeit als Faktor des Rechtssatzes

Gerd Sowka
Aufzeichnungen eines Arbeiters

Die geheimen Vietnam-Dokumente des Pentagon

7'71

Juli 1971 Einzelheft 4,00 Im Abonnement 3,00 DM,
für Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Juli 1971

CHRONIK DES MONATS JUNI 1971 661

KOMMENTARE UND BERICHTE

Rezepte des US-Finanzministers für die Währungskrise . . *Jörg Goldberg* 664

Rechtsruck in Italien? . . . . . *Wilfried Schilling, Gonte di Oggebbio* 666

„Radio Free Europe" . . . . . *Rudolf Hoffman, Warschau* 669

Zur Situation in Südkorea . . . . . *Klaus Elliesen* 672

Zum Tode von Georg Lukács . . . . . *Wolfgang Abendroth* 675

HAUPTAUFSÄTZE

Vertrag im Wartestand? . . . . . *Karl D. Bredthauer* 679

„Bangla Desh" — Hintergründe der pakistanischen Krise . . *Karl Unger* 684

Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo . . . . . *Hans-Dieter Bamberg* 691

Zeit als Faktor des Rechtssatzes . . . . . *Wilhelm Raimund Beyer* 704

Aufzeichnungen eines Arbeiters . . . . . *Gerd Sowka* 713

„Evolution und Kontinuität" in der Kolonialstrategie Portugals . . . . . *Eduardo de Sousa Ferreira* 726

FERNSEH-SPALTE

Lust-Spiele . . . . . *E. H. Wahl* 738

BÜCHER

Gabriel Kolko, Die Hintergründe der US-Außenpolitik . . . *Eike Hennig* 739

Shimon Peres, David's sling . . . . . *Hans-Georg Burger* 740

Hendrikson/Reinecker, Praktische Entwicklungspolitik . . . *Harold Rasch* 743

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Die geheimen Vietnam-Dokumente des Pentagon 745

Information des Initiativ-Ausschusses der Verteidiger in politischen Strafsachen für die Amnestie 768

Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der VAR vom 27. Mai 1971 (Wortlaut) 769

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift • Sechzehnter Jahrgang • Heft 7/1971

Herausgeber

HILDE BENTELE †
GERHARD GOLLWITZER
ANTON NEUHÄUSLER
KNUT NEVERMANN
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HAROLD RASCH
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF v. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHOFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Juni 1971

1. 6. — Bremen. Die Freien Demokraten verlassen nach fast 25jähriger ununterbrochener Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten die Regierungskoalition; die drei der FDP angehörenden Senatoren legen ihre Ämter nieder. Die FDP begründet ihren Schritt mit der Hochschulpolitik der SPD. Bürgermeister Koschnick (SPD) erklärt, seine Partei werde bis zu den Bürgerschaftswahlen am 10. Oktober ohne Koalitionspartner regieren.

— China/Rumänien. Der rumänische Staats- und Parteichef Ceausescu trifft an der Spitze einer repräsentativen Delegation zu einem Besuch der Volksrepublik China in Peking ein. Die rumänischen Politiker konferieren mit Ministerpräsident Tschou En-lai und werden am 3. 6. vom Parteivorsitzenden Mao Tse Tung empfangen. Die Delegation besucht auch Nanking und Schanghai, reist später in die Demokratische Volksrepublik Korea und die Demokratische Republik Vietnam und begibt sich nach einem weiteren Aufenthalt in Peking in die Mongolische Volksrepublik. Auf dem Rückflug benutzen Ceausescu und Maurer am 24. 6. einen kurzen Zwischenaufenthalt in Moskau zu einem Gespräch mit Ministerpräsident Kossygin und Politbüromitglied Suslow.

3.—4. 6. — NATO. Der Ministerrat der Nordatlantik-Pakt-Organisation tagt in Lissabon. Am Vorabend treffen Außenminister Scheel und die Außenminister der drei

Westmächte zu einem Gespräch über die Deutschlandpolitik und die Berlinfrage zusammen. Der NATO-Ministerrat beschäftigt sich u. a. mit der Rede des sowjetischen Parteisekretärs Breschnew vom 14. 5., in der dieser die Aufnahme von Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und der Rüstungen in Zentraleuropa vorgeschlagen hatte. Im Abschlußkommuniqué des Rates heißt es dazu, die „Sondierungen" mit der Sowjetunion sowie mit anderen interessierten Regierungen sollten fortgesetzt werden und in „Verhandlungen" übergehen, „sobald es praktikabel erscheint". Zu diesem Zweck seien die Minister übereingekommen, „daß Ministerstellvertreter oder hohe Beamte zu einem möglichst frühen Zeitpunkt in Brüssel zusammentreten sollen, um die Ergebnisse der exploratorischen Kontakte zu prüfen und um Sach- und Verfahrensfragen für gegenseitige und ausgewogene Truppenverminderungen zu beraten". Zum Nachfolger des scheidenden NATO-Generalsekretärs Manlio Brosio (Italien) wird der bisherige niederländische Außenminister Joseph Luns bestellt.

4. 6. — U N O. Der sowjetische Außenminister Gromyko beantragt in einem Schreiben an das Generalsekretariat, in die Tagesordnung der 16. UN-Vollversammlung den Punkt „Über die Ausarbeitung eines internationalen Vertrages betreffend den Mond" aufzunehmen. Dem Schreiben ist ein Vertragsentwurf beigefügt. — Am 25. 6. sagt UN-Generalsekretär U Thant auf ärztlichen Rat eine geplante Reise nach Europa ab. Später wird bekannt, U Thant habe die Absicht gehabt, in Genf zu getrennten Unterredungen mit DDR-Außenminister Winzer und Bundesaußenminister Scheel zusammenzutreffen. Winzer habe die Einladung zustimmend, Scheel jedoch ablehnend beantwortet.

8. 6. — A b r ü s t u n g. Die Bundesregierung läßt in London, Washington und Moskau den „Vertrag über das Verbot der Placierung von Kernwaffen und anderen Waffen der Massenvernichtung im Meeresbett, auf dem Meeresboden und dem Untergrund hiervon" vom 11. Februar 1971 (Text in „Blätter", Heft 3/1971, S. 317 ff) unterzeichnen. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes wird den drei Depositarregierungen gegenüber bei dieser Gelegenheit erklärt, mit der Unterzeichnung des Vertrages sei keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR verbunden; die DDR war dem Vertrag schon im Februar beigetreten.

12. 6. — D e u t s c h e U n i o n. Unter Führung des ehemaligen FDP-Bundestagsabgeordneten Siegfried Zoglmann wird in Düsseldorf eine neue Partei, die „Deutsche Union" gegründet. Zoglmann, der bei der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag hospitiert, war Gründer und Vorsitzender der „National-Liberalen Aktion" (NLA).

12.—14. 6. — M a l t a. Aus den dreitägigen Parlamentswahlen geht die Labour-Party des bisherigen Oppositionsführers Dom Mintoff mit einer knappen Mehrheit als Sieger hervor. Die Labour Party erhält 28 (bisher 22), die regierende Nationalist Party 27 (28) Sitze; die Anzahl der Parlamentssitze war von bisher 50 auf 55 erhöht worden. — Am 21. 6. bildet Dom Mintoff eine neue Regierung. — Am 25. 6. muß der Befehlshaber der NATO-Seestreitkräfte Südeuropa Admiral Gino Birindelli (Italien) auf Ersuchen von Ministerpräsident Mintoff die Insel verlassen. — Am 26. 6. fordert die maltesische Regierung in einem Schreiben an den britischen Premierminister die Revision der noch geltenden Militärverträge zwischen beiden Ländern.

13. 6. — U S A. Die „New York Times" beginnt mit dem Abdruck einer Artikelserie über eine unter Verteidigungsminister McNamara angefertigte und bisher geheimgehaltene umfangreiche Studie des Pentagon zur Vorgeschichte und den Hintergründen des amerikanischen militärischen Engagements in Vietnam. Der Herausgeber des Blattes, James Reston, schreibt dazu, im Lichte dieses Berichts lasse sich die These nicht länger aufrechterhalten, die USA seien in dieses Engagement „hineingerutscht", ohne es zu wollen. Nach der dritten Folge untersagt ein Gericht am 15. 6. auf Antrag der Regierung durch Einstweilige Verfügung die Fortsetzung der Serie. Daraufhin beginnen nacheinander die Zeitungen „Washington Post", „Boston Globe", „Chikago Sun-Times" und „Los Angeles Times" mit Darstellungen aus dem Geheimpapier. — Am 30. 6. hebt das Oberste Gericht mit sechs gegen drei Stimmen die Einstweilige Verfügung gegen die „New York Times" auf und weist damit den Einspruch der Regierung zurück. Das Blatt nimmt die Publikation seiner Dokumentation wieder auf. (Vgl. „Dokumente . . .")

15.—19. 6. — DDR. In der Ostberliner Werner-Seelenbinder-Halle findet der VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands statt. Der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht nimmt wegen einer Erkrankung an den Beratungen nicht teil; seine Eröffnungsrede wird von ZK-Sekretär Hermann Axen verlesen. Den Bericht des Zentralkomitees über die Tätigkeit seit dem VII. Parteitag (1967) erstattet der Erste Sekretär der SED Erich Honecker. Zur Politik gegenüber der Bundesrepublik erklärt Honecker: „Das ZK unserer Partei hat unmißverständlich ausgesprochen, daß zwischen unserer sozialistischen DDR und der imperialistischen BRD allein Beziehungen der friedlichen Koexistenz entsprechend den Regeln des Völkerrechts möglich sind ... Die prinzipielle Linie unserer Partei geht davon aus, daß der gesamte Verlauf der Entwicklung und die Festigung unseres sozialistischen Staates objektiv dahin führt und führen muß, daß die Gegensetzlichkeit zwischen uns und der BRD, die den kapitalistischen Weg geht, sich verstärkt und daß darum der Prozeß der Abgrenzung zwischen beiden Staaten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens immer tiefergehend wird." Honecker begrüßt die Verträge zwischen der Bundesrepublik, der Sowjetunion und Polen, um deren Ratifizierung es jetzt gehe. Die DDR wünsche einen „Erfolg der Vier-Mächte-Verhandlungen über Westberlin" und gehe davon aus, „daß Westberlin eine Stadt mit einem besonderen politischen Status ist, die niemals zur Bundesrepublik gehörte und nie zu ihr gehören wird". Auf der Basis der Anerkennung der Realität seien Regelungen möglich. Ministerpräsident Stoph unterbreitet dem Parteitag den Bericht über die Direktiven zum Fünf-Jahr-Plan für die Entwicklung der Volkswirtschaft (1971—1975). Zu den Gästen des Parteitages gehören u. a. die Parteisekretäre Breschnew (Sowjetunion), Gierek (Polen), Husak (CSSR), Kadar (Ungarn) und Schiwkoff (Bulgarien). Das neugewählte Zentralkomitee besteht aus 153 Vollmitgliedern und 54 Kandidaten (bisher 131 bzw. 50). Das Politbüro setzt sich aus 16 (bisher 14) Mitgliedern zusammen. — Am 24. 6. übernimmt Parteisekretär Honecker von Ulbricht die Funktion des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates.

17. 6. — Japan/USA. Die beiden Staaten paraphieren einen Vertrag über die Rückgabe der im Stillen Ozean gelegenen Ryukyu-Inseln mit der Hauptinsel Okinawa durch die USA an Japan. Japan verpflichtet sich darin zu Entschädigungszahlungen von 320 Mill. Dollar. Die Vereinigten Staaten behalten das Recht, weiterhin insgesamt 88 Stützpunkte auf der Inselgruppe zu unterhalten. Der Vertrag soll zwei Monate nach seiner Ratifizierung durch beide Parlamente in Kraft treten.

21.—23. 6. — EWG. Der Ministerrat erzielt in Verhandlungen mit dem britischen Europaminister Geoffrey Rippon in Luxemburg Einigung über noch offene Fragen, die den Beitritt Großbritanniens zur Wirtschaftsgemeinschaft betreffen. Es handelt sich vor allem um den künftigen britischen Finanzbeitrag zum EWG-Budget und um den britischen Stimmenanteil in der Kommission, im Parlament und im Ministerrat der Gemeinschaft.

23. 6. — Kernwaffen. Die Sowjetregierung übermittelt den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der Volksrepublik China einen Vorschlag über die Einberufung einer Konferenz der fünf Atommächte. In Moskau wird eine entsprechende Mitteilung veröffentlicht, in der es heißt: „Auf einer solchen Konferenz sollten Fragen der Kernabrüstung als Ganzes behandelt werden. Was das Übereinkommen betrifft, das die Verhandlungen ergeben könnten, so kann es sowohl den gesamten Komplex von Maßnahmen der Kernabrüstung als auch gemeinsame Maßnahmen umfassen, die dieses Ziel schrittweise näher bringen."

30. 6. — Weltraum. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS teilt mit, die drei Kosmonauten Georgi Dobrowolski, Wladislaw Wolkow und Viktor Pazajew seien „nach Abschluß des Flugprogramms der ersten bemannten Orbitalstation Salut, die eine neue Etappe in der Raumforschung einleitet ... bei ihrer Rückkehr mit dem Raumschiff Sojus 11 zur Erde ums Leben gekommen". Die „Aufklärung der Todesursache" solle durch eine Regierungskommission erfolgen. „Sojus 11" war am 6. 6. gestartet und am 7. 6. mit der seit dem 19. April 1971 die Erde umkreisenden Orbitalstation „Salut 1" verbunden worden. Mit dem Flug von „Sojus 11" war der bisherige Weltraumrekord von „Sojus 9" (17 Tage, 8 Stunden und 59 Minuten) überboten worden.

Rezepte des US-Finanzministers für die Währungskrise

Seit das internationale Währungssystem periodisch und in rascher Folge von Spekulationswellen und Krisen erschüttert wird, wird auch die Öffentlichkeit ebenso periodisch mit Informationen über währungs- und finanztechnische Details überschüttet. Diese geradezu exhibitionistische Informationsfreudigkeit erfüllt nichtsdestoweniger die Hauptfunktion, Ursachen und Bedeutung dieser Vorgänge zu verschleiern. Gerade weil die Funktionszusammenhänge des Weltwährungssystems dem „kleinen Mann" vollkommen undurchschaubar sind, wirken die Krisen des Systems um so bedrohlicher, bewirken sie eine wachsende Unsicherheit, eine Unsicherheit, die leicht in Proteste und politische Aktivität gegen die Abhängigkeit der arbeitenden Bevölkerung umschlagen kann. Daher versuchen die Massenmedien im Verein mit einer bestimmten Sorte von „Wissenschaftlern", dieses Gefühl der Unsicherheit, des Ausgeliefertseins an unkontrollierbare und scheinbar undurchschaubare Mächte in einem Überangebot von Oberflächen- und Randinformationen zu ertränken. Es ist dies ein bewährtes Mittel der politischen Publizistik der „freien Welt".

Daß die Auseinandersetzungen um „Floating", „Flexibilität" und ähnliche währungstechnische Detailfragen tatsächlich Ausdruck nur tiefgreifender wirtschaftlicher und politischer Widersprüche in der kapitalistischen Welt sind, das wird schon aus den Aussagen der jeweiligen Verantwortlichen deutlich, die allerdings kaum über den Kreis der „Zuständigen" hinausdringen. Der Filter der entpolitisierenden Massenmedien funktioniert dabei wesentlich besser, als jede staatliche Zensur es je erreichen könnte. Eine solcher Aussagen ist die Rede des amerikanischen Finanzministers John B. Conally, am 28. Mai auf der Internationalen Bankierskonferenz der American Bankers Association gehalten. Sie faßt deutlich und kaum verhüllt die amerikanische Position zusammen und macht deutlich, worum es bei den Auseinandersetzungen um währungstechnische Details in Wirklichkeit geht: „... die Störungen an der Oberfläche der Devisenmärkte (sind) nur symptomatisch für die tieferen Probleme nationaler und internationaler Wirtschaftspolitik". Conally macht sehr deutlich, daß die USA in keiner Weise gewillt sind, die Führungsposition im kapitalistischen Lager, die sich Amerika im Zweiten Weltkrieg erkämpft und im Weltwährungssystem von Bretton Woods schon 1944 währungspolitisch abgesichert hat, aufzugeben. Den versammelten Bankiers wird nachhaltig ins Gedächtnis gerufen, daß es die USA gewesen sind, die das Wiedererstarken des westeuropäischen und japanischen Kapitalismus zugelassen und gefördert haben. Denn: „Unsere Interessen verbanden sich mit unserem Mitgefühl ..."

Conally ist natürlich durchaus bewußt, wie wenig beeindruckend moralische Appelle an die Dankbarkeit der Konkurrenzmächte sind. In wirksamer Weise versteht er es daher, wiederum die „moralische" Seite mit der Gewalt der materiellen Interessen zu verbinden, damit der Weizen der neuerstarkten kapitalistischen Widersacher nicht in den Himmel wächst.

Er stellt fest, daß die USA 1) der bedeutendste Kapitalexporteur sind, 2) große Summen für die „Verteidungskosten in Europa" aufbringen und 3) große Lasten für „internationale Hilfsmaßnahmen" tragen.

Den Kritikern an der ständigen Passivität der amerikanischen Zahlungsbilanz, durch die die übrigen westlichen Länder mit Dollars überschwemmt werden, wird mit dem Zaunpfahl des Isolationismus gewinkt: schließlich wäre es ein leichtes für die USA, durch Handelsprotektionismus, durch Truppenreduzierung und durch „einen Rückzug in die Festung Amerika" die Zahlungsbilanz sehr schnell wieder in Ordnung zu bringen.

Conally macht deutlich, daß die Konzeption der Isolation der USA nicht die der gegenwärtigen amerikanischen Regierung ist. Aber: „Die Finanzierung eines militärischen Schutzschildes ist Teil der Lasten, die einer führenden Macht zufallen." Das ständige Defizit der US-Zahlungsbilanz ist Folge vor allem der Schutzschildfunktion Amerikas; es ist nicht mehr als recht und billig, so meint Conally, daß die unter großen Kosten hochgepäppelten und vor Unbill — sprich Sozialismus — geschützten kapitalistischen Junioren endlich auch einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des „Schutzschildes" leisten. Gleichzeitig aber, so meint Conally, sei es allmählich Zeit, den handelspolitischen Protektionismus, den die USA der EWG und Japan erlaubt haben, um ihre Schwäche zu überwinden, abzubauen und den amerikanischen Waren endlich ihre Märkte zu öffnen.

Es wird deutlich, in welchen Interessenkonflikten die kapitalistischen Länder gegenwärtig stehen. Ebenso deutlich aber wird, daß das Systeminteresse es ihnen nicht erlaubt, diese Konflikte in aller Schärfe und Offenheit auszutragen.

Die USA haben nach dem Zweiten Weltkrieg die geschlagenen Gegner Japan und Deutschland, so weit dieses ihrem Einfluß noch unterlag, wirtschaftlich, militärisch und politisch wieder stärken müssen. Sie richteten damit zunächst diese Länder gegen das sozialistische Lager aus, schufen sich aber gleichzeitig wieder eine Konkurrenz.

Das Weltwährungssystem wurde errichtet auf der Grundlage der eindeutigen Vormachtstellung der USA. Das Systeminteresse zwang aber dann die USA dazu, selbst die Voraussetzungen für die Störung des Gleichgewichts zu schaffen. Während die Bundesrepublik und Japan rasch stärker wurden, nahmen und nehmen in den USA wirtschaftliche und politische Probleme überhand. Conally versucht diese Schwächen, die die Grundlage des Dollars und damit der westlichen Leitwährung aushöhlen, so gut wie möglich herunterzuspielen. Doch auch er kann nicht umhin, eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den wichtigen kapitalistischen Ländern festzustellen. Es ist diese Kräfteverschiebung, die im wesentlichen die Ursache für die ständige Unruhe im Währungsbereich ist.

Die kapitalistischen „Partnerländer" sind immer weniger bereit, sich die Überschwemmung mit Dollars gefallen zu lassen. Jede nationale Wirtschaftspolitik wird dadurch gestört. Das System der festen Wechselkurse zwingt die Notenbanken, ständig an Wert verlierende Dollars aufzukaufen. Die Amerikaner erhalten dafür harte Währung, vor allem DM. Japan und Westeuropa sind so durch die Konstruktion des internationalen Währungssystems gezwungen, die Expansion des US-Kapitals zu finanzieren. Nebenbei gerät dadurch auch das nationale Währungssystem durcheinander und gefährdet die Stabilität und Konkurrenzfähigkeit. Die Diskussionen über die Freigabe der Wechselkurse, über die Abwertung des Dollars und über die Änderung des Goldpreises machen nur eines deutlich: weite Teile der Wirtschaft in Westeuropa und Japan sind nicht länger willens, die Rolle des „Juniorpartners" zu spielen. Sie wollen zumindest gleichberechtigt neben den USA stehen. Eine solche Gleichberechtigung setzt aber eine einschneidende Veränderung

des Weltwährungssystems voraus, das ja gegenwärtig die USA einseitig bevorzugt. Conallys Rede zeigt, daß die USA derzeitig dazu nicht bereit sind: „Wir werden nicht abwerten. Wir werden den Goldpreis nicht verändern."

Zwang nach 1945 das Systeminteresse die USA dazu, sich selbst Konkurrenten großzuziehen, so zwingt es heute Westeuropa und Japan, sich beim Kampf gegen die amerikanische Vormachtstellung im Währungssystem zurückzuhalten, ja sogar den Dollar durch Devisenhilfen zu stützen.

Conally erinnert die Konkurrenzmächte mehr als deutlich an dieses Systeminteresse: „Wir müssen alle um die Stabilität des Systems und um die Stabilität des Dollar besorgt sein, der ein Eckstein des Systems ist — ob wir es so geplant haben oder nicht, und ob wir es mögen oder nicht." Eine Lösung des Stabilitätsproblems auf Kosten des Dollar und damit der Stellung der USA kommt nicht in Frage. Der „konstruktive Weg" der US-Regierung zur Lösung der Schwäche und Krisenanfälligkeit des Weltwährungssystems besteht allein darin, den Dollar und damit die amerikanische Wirtschaft zu stützen. Das Systeminteresse soll die kapitalistischen Konkurrenten dazu zwingen, die Gegensätze hintan zu stellen und die wirtschaftliche und politische Stellung der USA zu sichern.

Conallys Forderungen und damit die Forderungen der USA werden direkt und unmißverständlich vorgebracht:

1) Wir erkennen „voll und ganz an, daß Sie nicht mit einem System zu leben gewillt sind, das von den Vereinigten Staaten diktiert wird. Da Sie jedoch an diesem System beteiligt sind, können wir mit Recht gerechtere Handelsvereinbarungen erwarten."

2) „Wir erwarten von Ihnen ferner, daß Sie die Verpflichtung auf sich nehmen, sich in stärkerem Maße an den Kosten der Verteidigung der freien Welt zu beteiligen."

3) „Nicht länger mehr können Erwägungen der Freundschaft oder der Not oder der Kapazitäten es rechtfertigen, daß die Vereinigten Staaten einen so großen Teil der gemeinsamen Lasten tragen."

Conally zerreißt den Schleier der währungstechnischen und finanzwissenschaftlichen Detailfragen. Die Grundursache für die ständige und wachsende Krisenanfälligkeit des Weltwährungssystems ist die Veränderung des wirtschaftlichen Kräfteverhältnisses zwischen den USA auf der einen Seite und Japan und Westeuropa, mit der Bundesrepublik an der Spitze, auf der anderen Seite. Eine Veränderung des Währungssystems, das die Stellung des Dollar beeinträchtigt, kommt gegenwärtig für die USA nicht in Frage. Die USA lehnen es ab, das sie begünstigende Währungssystem an das veränderte Kräfteverhältnis anzupassen. Ihre Forderung läuft vielmehr darauf hinaus, das Kräfteverhältnis an das bestehende Währungssystem anzupassen. Die westeuropäischen und japanischen Konkurrenten sollen der kranken US-Wirtschaft und damit dem kranken Dollar mit Hilfe von Handelserleichterungen und Devisenhilfen wieder auf die Beine helfen.

Jörg Goldberg

Rechtsruck in Italien?

Die Ergebnisse der italienischen Juni-Wahlen haben hohe Wellen geschlagen. Seit geraumer Zeit ist die Politik auf der Apenninhalbinsel durch regelmäßige Krisen der sogenannten „Mitte-Links-Regierung" geprägt. Und durch die latente, aber immer wieder vertagte Frage nach der Alternative einer „großen Linken", einer Volksfrontregierung, die das Land aus der „Mitte-Links"-Paralyse führt. Wie ist in diesem Zusammenhang die Verdoppelung der neofaschistischen Stimmen bei den Regionalwahlen in Sizilien zu bewer-

ten? Im Zeitraum eines Jahres ist ihr Anteil von 7,2 Prozent auf 16,3 Prozent und bei den Kommunalwahlen in Rom von 11,7 Prozent auf 17,0 Prozent gestiegen. Stehen Mussolinis hirnlose Muskelprotzen vor den Toren Roms, applaudiert von Schafherden erschreckter Bürgerlicher, um mit sattsam bekannter Simplifizierung wie einst ihr großer „Führer" auf den gewaltigen Knoten sozialer Probleme loszugehen, die auf Italien lasten, und um das Rad der Geschichte wieder zurückzudrehen? Sind diese Teilwahlergebnisse symptomatisch für ganz Italien? Wie konnte es dazu kommen? Alle diese Fragen mag sich der Zeitungsleser alarmiert gestellt haben.

Ohne dieses politische Ärgernis abzuwerten, muß den Gründen nachgegangen werden, die es möglich gemacht haben. Es gibt deren viele. Italien befindet sich in einem Zustand latenter sozialer Spannung, in einem andauernden, langwierigen Gärungsprozeß sozialer Umwandlung zwischen Kräften, die vorwärtsdrängen, und den klassischen Bremsern und ihrem Anhang. Kompliziert wird diese schwierige Situation durch die Attentisten, die zu den Reformen, die Italien aus der Vergangenheit herausführen und zum modernen Staat machen sollen, weder klar Ja noch Nein, sondern Jein sagen. Zu ihnen gesellen sich noch die Melodramatiker, die genau wissen, was sie nicht wollen. Sie rezitieren zwar laut die Rolle der Reformisten, solange nichts geschieht, wenn es aber dann ernst wird, sind sie sofort da, um zu verwässern und zu sabotieren. Natürlich nicht offen, nein, hinter den politischen Kulissen. Das ist ein beliebtes, aber unehrliches Spiel, mit dem um jeden Zentimeter Reform zäh geknobelt wird, um sie aufzuhalten und abzublocken. Finden die drei großen Gewerkschaften CISL, GGIL und UIL zusammen, um den berechtigten sozialen Forderungen der arbeitenden Massen Geltung zu verschaffen, wie beispielsweise in der brennenden Frage des sozialen Wohnungsbaues, und wird schließlich mit der Mitte-Links-Regierung unter Colombo endlich eine Abmachung erreicht, so treten prompt die Bremser in Aktion, um den schädlichen Status quo des Weiterwurstelns um Gotteswillen zu erhalten. Bei der Agrarreform, der Justizreform, der Wirtschaftshilfe für den unterentwikkelten Süden ist es nicht anders. Die Gründe sind logischerweise immer dieselben: Angst und Unbehagen vor dem „Abgleiten" in Sozialismus und Kommunismus. Unter diesen Spannungen geht denn auch die Arbeit der Regierungsmehrheit vor sich: Streit und Handel um jeden Zentimeter Reform. Am heftigsten wird von diesen Auseinandersetzungen die christdemokratische Partei geschüttelt, mit ihren Rechts-, Mitte- und Linksflügeln alles andere als ein stabiles politisches Gebilde. Dementsprechend ist sie auch in ewige Reibereien mit ihren Koalitionspartnern verwickelt, von denen die Sozialisten am meisten drängen, die Sozialdemokraten dazwischen von einem Fuß auf den anderen tanzen, die Republikaner inzwischen ausgeschieden sind und der Koalition nur noch parlamentarische Unterstützung geben. Weitgehende parlamentarische Unterstützung gewähren die Kommunisten bestimmten Reformen, was wiederum die Rechtseingestellten unter den Christdemokraten zur Obstruktion veranlaßt. Den rechten Mitläufern der Christdemokraten ging der Kurs der Partei zu weit nach links. Dem kleinen, im Grunde apolitischen Bürger, dem oft auch tatsächlich gedrückten Kleingewerbetreibenden, des Geredes und Durcheinanders müde, erbittert über die Streiks, deren Berechtigung er nicht einsieht und aufgrund egoistischer Indifferenz nicht einsehen kann, steigt dann die Fata Morgana von den Obristen und dem starken Mann, der endlich „Ordnung" schafft, über Nacht ins Gehirn. Wenn man die ungelösten Probleme einfach einfriert und ein bißchen diktatorisch-autoritär übertüncht, dann seien sie auch schon gelöst, denkt er. Poli-

tisch unbedarft, wie er ist, wird er zum potentiellen Stimmvieh für die MSI, die Neofaschisten. Damit verstärkt er die bisher zwischen 5 und 7 Prozent Wählerstimmen starke Stammtruppe der Duce- und Gewaltanbeter, oft aus reiner Torheit oder aus primitiven Ressentiments gegen die Demokratie schlechthin. Nicht unerwartet fanden die faschistischen Emissäre in dem noch in jeder Hinsicht unterentwickelten Sizilien mit dem Krebsgeschwür der Mafia und seinem Unterproletariat leichtes Gehör. Die von ihnen in Reggio Calabria angezettelten, monatelangen und von der Regierung merkwürdig milde hingenommenen Unruhen wiesen deutlich darauf hin, daß es so kommen würde. Zudem war die geplante Agrarreform gewissen Kreisen in Sizilien ein Dorn im Auge. So hat sich wieder einmal das alte Paradoxon Italiens bestätigt: je unterentwickelter die Gegend, um so größer die politische Ignoranz. Süditalien und Sizilien waren immer Musterbeispiele dafür, wie man gerade arme Landarbeiter und Proleten dahin bringen kann, ihren Ausbeutern die Hände zu küssen. Dabei sei nur an frühere Wahlen erinnert, in denen z. B. der steinreiche Reeder Lauro in Neapel die Armen mit Spaghetti-Essen zur Stimmabgabe für die Monarchisten köderte und Schuhe verteilte; den rechten Schuh vor der Wahl, den linken nach der Wahl; oder an sizilianische Wahlen, bei denen bestimmte Parteien kleine Geschenke verteilten, wie Benzingutscheine usw. Es gibt natürlich noch weitaus massivere und tiefere Gründe für den Wahlerfolg der Neofaschisten in Sizilien, die jetzt nach den Christdemokraten und den Kommunisten die drittstärkste Fraktion darstellen. Im Hinblick auf diese Wahlen, unter Pression der rechten Christdemokraten, in der Absicht, die nach links führende Reformpolitik zu bremsen, und in der irrigen Annahme, dies würde sich für die DC auszahlen, wurde die Partei plötzlich auf Rechtskurs gebracht. Parteisekretär Forlani zog die alte abgenutzte antikommunistische Karte hervor, man schob die Reformen auf die lange Bank, vertagte die Veröffentlichungen der Antimafia-Kommission bis nach den Wahlen (man wird weiterhin darauf warten müssen); immerhin ein nach dem Mord an dem Richter Dr. Scaglione recht eigenartiger Vorgang und doch verständlich durch die zwielichtigen Liaisonen von Mafia und sizilianischen Häuptern der DC. Die Ironie aber wollte es, daß von dem beabsichtigten Rechtsruck nicht die DC profitierte, sondern die Neofaschisten. In Sizilien verlor so die DC nicht weniger als 155 0000 Stimmen, bei einem Rückgang von 40,3 auf 33,7 Prozent, während der kommunistische Stimmenanteil mit 20 Prozent unverändert blieb, wie auch der Anteil der Sozialisten mit 11,3 Prozent. Auch in der Bürokratenstadt Rom verloren die Christdemokraten 3,8 Prozent ihres Wählerbestands, während die Neofaschisten auf rund 17 Prozent anstiegen und die Kommunisten mit 25 Prozent ihren Anteil hielten. Stimmenlieferanten für die MSI waren außer der DC die immer mehr zusammenschrumpfenden Liberalen und und die ohnehin bedeutungslosen Monarchisten. Die Richtigkeit der These von der unterschiedlichen Reife von Nord und Süd wird durch die Ergebnisse im Norden, z. B. in Genua, unterstrichen, wo die DC zurückging, die Liberalen die Hälfte ihres Anteils verloren, die Kommunisten weitere Stimmen gewinnen und die Neofaschisten sich nur von 2 auf 4 Prozent verbessern konnten, wo im übrigen aber erstmals der Weg für eine linke Stadtverwaltung offen steht. Die kommunistischen Dissidenten der Manifesto-Richtung erlitten überall Schiffbruch, ein Beweis, daß ihre sektiererisch-utopistischen Ideen, obzwar recht lautstark vorgetragen, im linken Kraftfeld entgegen bürgerlichen Prognosen überhaupt keinerlei Ansatz gefunden haben.

Das unerwartete Abbröckeln der Christdemokraten hat die Spannungen in dieser Partei erheblich erhöht und damit

auch die Konflikte in der Regierung selbst. Colombo und andere christdemokratische Führer stellten fest, daß die Lage „ernst" sei. Dabei wird es wohl bleiben. Dafür sollen die Reformen wieder einmal überprüft, sprich hinausgeschoben werden. Demgegenüber haben inzwischen die Neofaschisten auf der Piazza del Popolo in Rom unter einem riesigen Mussolini-Konterfei ihre im negativen Sinne recht eindrucksvolle „Siegesfeier" abgehalten. Zwar verbietet die Verfassung eindeutig jede Apologie des Faschismus, doch ebenso zweideutig wird diese Apologie zugelassen. Seit Jahr und Tag verüben faschistische Gewalttäter getreu ihrer Ideologie von der Gewalt Terrorakte, Bombenanschläge auf Büros anderer Parteien und Zeitungen, überfallen und mißhandeln Andersdenkende. Auffällig ist die Milde und Nachsicht, mit denen die Behörden solchen Rechtsverletzungen begegnen. Im Dezember vergangenen Jahres planten diese unternehmungslustigen Kreise wieder einmal einen Staatsstreich. Gegen den Haupträdelsführer, den wegen seiner Taten im Bürgerkrieg 1943—45 berüchtigten Fürsten Valerio Borghese, seinerzeit Anführer einer faschistischen Freischar, wurde Haftbefehl erlassen. Einen Tag zuvor aber händigte ihm die römische Polizei einen Paß aus. Nur ein kleines, aber dem demokratischen Staat sehr abträgliches Versehen. Seitdem ist der Ersatz-Duce verschollen, und kein Hahn kräht danach, wo er sich befindet. Daß diese Dinge bedenklich und daß die Lage ernst ist, darüber sind sich besonders die italienischen Antifaschisten klar. Der Vater des italienischen Widerstands, der ehemalige Ministerpräsident und Senator auf Lebenszeit Ferruccio Parri, hat vor einigen Monaten in einem Interview mit der linksbürgerlichen unabhängigen Mailänder Zeitung „Il Giorno" die Antwort auf die Gefahren von rechts folgendermaßen vorweggenommen: Italien und seine Demokratie steht und fällt mit dem Industrie-Dreieck Mailand-Genua-Turin; in diesem demokratischen Bollwerk linksorientierter katholischer, kommunistischer und sozialistischer Arbeitermassen werden Neofaschisten und Reaktionäre nicht durchkommen, und außerhalb dieses Bollwerks bedeuten sie wenig oder nichts, denn wir leben im Jahre 1971, nicht 1922.

Während die Christdemokraten unter sich wieder einmal mühsam um das innere politische Gleichgewicht ringen, was sich in der Regierungskoalition fortsetzt, statt die Agrarreform, das Gesetz über den sozialen Wohnungsbau und die Universitätsreform noch vor den großen Ferien den Kammern zur Verabschiedung vorzulegen, pochen die Kommunisten darauf, diese von der Regierung einst in Angriff genommenen — oder besser: versprochenen — Reformgesetze ohne Verzug zu verabschieden. Immerhin ein einigermaßen grotesker Vorgang, wenn die Opposition eine Regierung drängen muß, ihr eigenes Programm einzuhalten.

Wilfrid Schilling, Gonte di Oggebbio

„Radio Free Europe"

Der polnische stellvertretende Außenminister Józef Winiewicz überreichte am 26. Mai d. J. dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Polen, W. J. Stoessel, ein Aide-mémoire der Regierung der Volksrepublik Polen an die Regierung der USA, das die Überzeugung zum Ausdruck bringt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten — in der Sorge, die Spannungen in den polnisch-amerikanischen Beziehungen abzubauen — der aus den Zeiten des Kalten Krieges herrührenden, gegen Polen gerichteten Tätigkeit des Rundfunksenders „Freies Europa" ein Ende setzen müsse.

Gleichzeitig richtete in derselben Angelegenheit der polnische Außenmini-

ster, Stefan Jedrychowski, einen Brief an den Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Walter Scheel, worin die Verantwortung der Regierung der BRD betont wird, die es dem amerikanischen Rundfunksender erlaubt, von ihrem Territorium aus eine feindliche Tätigkeit u. a. gegen Polen zu führen; der Brief drückt gleichzeitig die Hoffnung aus, daß die Regierung der BRD von ihren souveränen Rechten Gebrauch macht und die Tätigkeit eines fremden Senders auf ihrem Territorium, der den Normalisierungsprozeß zwischen beiden Ländern stört, unterbindet.

Die Nachricht über das polnische Aide-mémoire und den Brief des polnischen Außenministers ist der Öffentlichkeit von der Polnischen Presseagentur bekanntgegeben worden, und die Tageszeitung „Zycie Warszawy" veröffentlichte einen kurzen Kommentar darüber. Diese beiden Tatsachen dienten vielen Zeitungen sowie manchen offiziellen Stellen in der BRD und im Westen dazu, der polnischen Seite den formellen Vorwurf zu machen, die polnischen Stellen hätten den in der Diplomatie obligatorischen vertraulichen Charakter derartiger Korrespondenzen nicht eingehalten.

Dieser Vorwurf ist vollständig unbegründet, denn sowohl der Text des Aide-mémoires wie auch des Briefes an Außenminister Scheel sind von polnischer Seite der Öffentlichkeit nicht bekanntgegeben worden. Gut informierte diplomatische Kreise in Warschau konnten dagegen feststellen, daß sich in den Veröffentlichungen der Presse der BRD beinahe vollständige Fragmente des Aide-mémoires und des Briefes fast im Wortlaut wiederfanden. Es ist also zumindest sonderbar, die polnische Diplomatie einer Indiskretion zu bezichtigen.

Dagegen ist es für keinen politischen Beobachter und aufmerksamen Kommentator ein Geheimnis, daß die Tätigkeit der amerikanischen Rundfunksender „Free Europe" und „Liberty" seit Jahren nicht nur gegen die sozialistischen Staaten Ost- und Südosteuropas, sondern auch gegen die guten Beziehungen der westeuropäischen Staaten mit diesen Ländern gerichtet ist. Als Überbleibsel des Kalten Krieges wird „Radio Free Europe" (RFE) vom amerikanischen Nachrichtendienst CIA finanziert, worüber die amerikanische Presse schon 1967 berichtete und was in diesem Jahr auch von Senator Case bestätigt wurde. Diese Tatsache fand ihre deutliche Bestätigung auch in den Berichten und in der Dokumentation, die der Offizier des polnischen Nachrichtendienstes Hauptmann Czechowicz nach seiner Rückkehr aus München veröffentlichte, wo er 6 Jahre lang als Researcher in der Polish Desk von RFE gearbeitet und sich mit Sammeln, Klassifizierung und Weitergabe von Nachrichten, die Spionagecharakter trugen, an die CIA-Zentrale in Washington befaßt hatte.

In dieser Lage kann wohl kein nüchtern denkender Mensch die von den US-Behörden lancierte These über den „privaten Charakter" von RFE und die von RFE angeblich verwirklichte Konzeption der „Informationsfreiheit" unterstützen. Denn ohne Zweifel betreibt dieser Sender hinter dem Vorhang der „Informationsfreiheit" Diversion und Spionage gegen die sozialistischen Länder. Er verbreitet Nachrichten, die der Wahrheit widersprechen und hervorragende Persönlichkeiten des staatlichen und politischen Lebens Polens und anderer Staaten angreifen, was den allgemeinen Verhaltensnormen in den zwischenstaatlichen Beziehungen widerspricht.

Die Regierung Polens und die Regierungen anderer sozialistischer Staaten haben schon mehrmals die Aufmerksamkeit der Regierungen der USA und BRD auf die sonderbaren „journalistischen" Praktiken von RFE hingewiesen, zu denen u. a. die Anwerbung von Bürgern der sozialistischen Staaten für den

Spionagedient und die Durchführung diversiver Tätigkeit zugunsten fremder Staaten, besonders des amerikanischen Nachrichtendienstes, gehört.

Es ist also nicht verwunderlich, daß die Kräfte, die an einer Entwicklung der bilateralen und multilateralen Beziehungen in Europa im Geiste der friedlichen Koexistenz und breiter wirtschaftlicher, wissenschaftlich-technischer und kultureller Zusammenarbeit interessiert sind, sich mit der Tätigkeit dieses „Störenfrieds" nicht abfinden können — wie der amerikanische Senator Fulbright Ende Mai d. J. den Sender „Free Europe" bei Namen nannte. Und nicht zu Unrecht schrieb der Washingtoner Korrespondent der „Westfälischen Rundschau" in seinem Bericht über die Debatte im Auswärtigen Ausschuß des Senats der USA, daß, wenn es nur an Fulbright selbst läge, dieser nicht nur beide Rundfunksender („Free Europe" und „Liberty") aus München wegschaffen, sondern überhaupt liquidieren würde. Seitdem zahlreiche Beispiele für die Spionagetätigkeit von RFE und „Liberty" der Öffentlichkeit bekannt geworden sind, ist die Existenz dieser beiden Sender für viele Amerikaner unbequem geworden.

Schwierigkeiten bestehen auch für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, denn die Tätigkeit beider fremder Sender auf dem Territorium dieses Staates wirft nicht nur Schatten auf die Glaubwürdigkeit der „neuen Ostpolitik" in den Augen des polnischen Volkes und der Völker anderer sozialistischer Länder, sondern steht auch im Gegensatz zur Souveränität der BRD, ja selbst zur Verfassung dieses Staates. Es ist zwar wahr, daß die Verfassung der BRD das Recht auf freie Meinungsäußerung garantiert, aber dieselbe Verfassung verbietet gleichzeitig auch, gegen andere zu hetzen. Und anders kann man die Lügen- und Verleumdungskampagne nicht bezeichnen, die seit Jahren im Gebäude von RFE und „Liberty" in München in den Äther gesendet wird, also vom Gebiet der Bundesrepublik aus.

Charakteristisch ist, daß unter den kritischen Stimmen gegen RFE selbst die Londoner „Times" zu hören ist, die kürzlich feststellte, daß die Tätigkeit des CIA-Senders den Normalisierungsprozeß zwischen der BRD und den sozialistischen Ländern störe. Und es hilft hier der CIA nicht viel, wenn sie sich in Gestalt eines „Eintägigen Programms" der von RFE in polnischer Sprache gesendeten Sendungen in der „Süddeutschen Zeitung" ein Lammfell anlegt, um die „Grundlosigkeit" der polnischen Vorwürfe, die im Brief Außenministers Jedrychowski enthalten sind, „zu beweisen". Nur ein naiver Leser kann solchen Zaubereien auf den Leim gehen. Das Jahr hat 365 Tage, und täglich sendet „Free Europe" 20 Stunden lang auf verschiedenen Kurz- und Mittelwellen sein Programm in polnischer Sprache. Wer der polnischen Sprache mächtig ist, möge sich das Programm anhören; er wird schnell hinter den wölfischen Charakter dieses Senders kommen. Und er wird sich auch selbst überzeugen können, wie gerechtfertigt die Vorwürfe sind, die von all denen dem RFE gegenüber erhoben werden, denen die friedliche Koexistenz und die Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und der BRD am Herzen liegen.

Die Verteidiger von RFE muß man auch noch auf eine andere wesentliche Tatsache hinweisen: Aus verschiedenen Gründen, u. a. politischen und ideologischen, finden die in polnischer Sprache gesendeten Sendungen der „Deutschen Welle", des „Deutschlandfunks", der BBC usw. in Polen kein Gefallen. Trotzdem ist von polnischer Seite niemals gefordert worden, diese Sender zu liquidieren. Wenn wir dagegen schon seit vielen Jahren den Sender „Free Europe" kritisieren, so vor allem deswegen, weil er sich in die inneren Angelegenheiten unseres Staates einmischt — was zusätzlich auch noch sei-

tens des amerikanischen Nachrichtendienstes unter schweigender Zustimmung der Behörden der BRD geschieht. In den Offenbarungen verschiedener Bonner offizieller Persönlichkeiten über RFE ist zu hören, daß die Bundesregierung in dieser Beziehung gewisse Verpflichtungen den USA gegenüber habe. Ein solches Argument dürfte in bezug auf eine anachronistische, aus Zeiten des Kalten Krieges stammende Institution fehl am Platze zu sein, und zwar allein schon infolge gewisser analoger Situationen im Falle Japans: Nach den kürzlich von der japanischen Presseagentur „Kyodo" gebrachten Meldungen hat der Außenminister dieses Landes, Aichi, beschlossen, auf die USA Druck auszuüben, damit diese noch vor der Rückgabe der Insel Okinawa, die 1972 erfolgen soll, den Rundfunksender „Stimme Amerikas" von dieser Insel entferne. Sollte die Bundesrepublik Deutschland also mehr Verpflichtungen gegenüber den USA haben als Japan? Und schließlich noch die letzte und sicherlich wichtigste Frage, soweit es sich um den Standpunkt Polens gegenüber der Tätigkeit von RFE und „Liberty" handelt: Um den allgemeinen Entspannungstendenzen in Europa und in der Welt entgegenzukommen, sind die polnischen Behörden dafür, den Völkern redliche Nachrichten über andere Völker und Länder zugänglich zu machen, damit sie der Annäherung und Freundschaft zwischen den Völkern besser dienen. Ziel des Austausches auf dem Gebiet der Kultur, Wissenschaft und Information, der sich schon seit Jahren garantiert durch Verträge abspielt, die von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsformen abgeschlossen werden, ist die Annäherung und das bessere Kennenlernen der Völker, um gegenseitiges Vertrauen und Verständnis zu wecken.

Die Tätigkeit von RFE und „Liberty" dient nicht diesen Zielen, und das muß hier auf entschiedene Weise gesagt werden. Sie ist auch nicht vereinbar mit den Idealen der Olympischen Spiele, die im nächsten Jahr in München stattfinden werden. Die Deklarationen über die Aussöhnung mit dem polnischen Volk erfordern eine Bestätigung durch Tatsachen, denn in der Politik eines jeden Staates — wenn sie ernst genommen werden will — zählen ausschließlich Tatsachen. Das ist der Inhalt sowohl des Aide-memoires der Regierung der VR Polen an die Regierung der USA wie auch des Briefes Außenminister Jedrychowskis an Außenminister Scheel.

Rudolf Hoffman, Warschau

Zur Situation in Südkorea

Verschiedentlich schon ist in Washington Südkorea als Modell eines politischen Systems genannt worden, welsches den USA den vollen Abbau ihrer militärischen Präsenz in Vietnam ermöglichen würde. Es ist deshalb nicht uninteressant, sich dieses Modell einer für die USA besonders vertrauenswürdigen „Demokratie" etwas näher anzusehen, besonders nach der kürzlich erfolgten Wiederwahl des Präsidenten Park Tschung Hi, der als entschiedener Anhänger eines möglichst weitgehenden Engagements der USA in Südkorea bekannt ist.

Das Regime Park Tschung Hi kam im Mai 1961 durch einen Militärputsch an die Macht. Nun untersteht die südkoreanische Armee dem Oberbefehl des Hauptquartiers der dortigen US-Truppen, die sich seit ihrem Eingreifen in den koreanischen Bürgerkrieg als UN-Verbände im Land aufhalten. Wenn sich Washington auch offiziell von dem Coup der Militärs überrascht zeigte und ihn öffentlich verurteilte, so geschah er wohl kaum ohne Washingtons Billigung.

Während der kurzen parlamentarisch-demokratischen Periode, die Ende April 1960 auf den Sturz des langjährigen Diktators Li Syng Man (Syngman Rhee) folgte, ließ man sich in Seoul zwar auch nicht zu einer minimalen Kurskorrektur in der Außenpolitik herbei. Innenpolitisch blieb jedoch Raum für Bestrebungen, welche die schroff antikommunistische Haltung der Regierung ablehnten und für einen Ausgleich mit Nordkorea eintraten. Die Schnelligkeit, mit der diese Bewegung in der Bevölkerung an Boden gewann, nachdem derlei Gedanken während der Ära Li Syng Man mit allen Mitteln unterdrückt worden waren, mußte allerdings in Washington bei aller äußeren Gelassenheit mit Besorgnis registriert werden. Allzulange dauerte dies innenpolitische Tauwetter jedoch nicht. Schon ein Jahr nach dem Sturz Li Syng Mans sorgte General Park Tschung Hi wieder für die gewohnte Ordnung.

Park erhielt seine militärische Ausbildung noch von der damaligen japanischen Kolonialmacht. Später, als die USA in der von ihnen beherrschten Südhälfte des Landes einheimische Truppen aufstellten, schloß Leutnant Park sich ihnen an. Zunächst allerdings vertrug er sich mit der neuen Besatzungsmacht schlecht. Er beteiligte sich an einer Verschwörung junger Offiziere, die sich eine friedliche Wiedervereinigung ihres Landes zum Ziel gesetzt hatten.

Diese Verschwörung flog jedoch auf. Park wurde 1948 von einem Militärgericht aus der Armee verstoßen und zum Tode verurteilt. Er rettete sich, indem er seine Mitverschwörer verriet. In der Folge mauserte er sich zum fanatischen Antikommunisten. Seine Chance war der Koreakrieg. Die Armee nahm ihn wieder in ihre Reihen auf, und seine ehemaligen Kameraden von der Mandschurischen Kriegsakademie ebneten ihm den Weg nach oben. Schon wenige Jahre später besaß Park Tschung Hi eine wichtige Position in der südkoreanischen Militärhierarchie.

Inzwischen ist man in Seoul längst von der offenen Diktatur zum parlamentarischen System zurückgekehrt. Allerdings gesteht die jetzt praktizierte Verfassung dem Präsidenten eine Machtfülle zu, die es ihm erlaubt, notfalls auch gegen das Parlament zu regieren. Bisher bestand für ihn diese Notwendigkeit nicht. Während der offenen Militärherrschaft baute der jetzige Generalsekretär der regierenden Demokratisch-Republikanischen Partei, Kim Tschong Pil, den Staatssicherheitsdienst zu einer machtvollen und allgegenwärtigen Institution aus, die jede unerwünschte Opposition weitgehend unterbindet. Dies ist besonders in den Landgebieten der Fall, während der Druck in den größeren Städten etwas weniger stark ist.

Auch die Regierungspartei ist bis ins kleinste Dorf durchorganisiert. Diesem Apparat hat die größte oppositionelle Gruppe, die Neue Demokratische Partei, nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Schon aus diesem Grund sind Manipulationen am Wahlergebnis möglich und auch regelmäßig vorgekommen. Die Neue Demokratische Partei repräsentiert die Schicht jener proamerikanischen Politiker, die bis 61 regierten. Eine wirkliche Alternative stellt sie also nicht dar, doch kann man sie als das kleinere Übel betrachten. Ihre lange Zeit zu beobachtende innere Zerstrittenheit hat sie anscheinend etwas überwunden. Zur letzten Präsidentenwahl stellte sie den Verleger Kim Dae Tschung als Kandidaten auf; trotz seiner zu beobachtenden Popularität hat er sich erwartungsgemäß gegenüber Park Tschung Hi, der nach einer Verfassungsänderung ein drittes Mal kandidierte, nicht durchsetzen können. Doch ganz erfolglos war seine mit großem persönlichen Einsatz geführte Kampagne nicht, wie die einen Monat später durchgeführte Parlamentswahl

beweist. Obwohl die Nationalversammlung von 175 auf 204 Sitze vergrößert wurde, errang die Regierungspartei nur noch 113 Mandate gegenüber 130 bei den Wahlen von 1967. Die Neue Demokratische Partei erzielte 89 (44), womit sie sich in die Lage versetzt sieht, Verfassungsänderungen künftig zu verhindern sowie eine Einberufung des Parlaments zu verlangen.

Eine echte Alternative bietet hingegen die Partei der Massen. In ihren Reihen befinden sich auch einige führende Persönlichkeiten aus der antijapanischen Widerstandsbewegung sowie aus dem Widerstand gegen die Diktatur Li Syng Mans. Aufgrund ihrer sozialistischen und antiimperialistischen Zielsetzung ist sie starken Verfolgungen ausgesetzt. Obwohl nicht direkt verboten, ist sie dennoch halb in den Untergrund gedrängt. Sie stützt sich hauptsächlich auf intellektuelle Kreise, doch findet sie auch bei der Arbeiterschaft Anhänger. Bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen und der durch sie bedingten politischen Atmosphäre, in der schon „prokommunistische Äußerungen" einen Verhaftungsgrund darstellen, dürfte diese Gruppe jedoch in absehbarer Zeit kaum zu einem das gegenwärtige Regime bedrohenden Machtfaktor werden.

Ohne diese Vergewaltigung des Begriffs Demokratie dürfte es den mit den USA liierten Kreisen schwerer fallen, am Ruder zu bleiben. Immerhin regieren sie in Seoul schon über zwanzig Jahre, ohne daß sich der Lebensstandard der von ihnen Regierten wesentlich verbessert hat. Das durchschnittliche Einkommen der Südkoreaner gehört zu den niedrigsten der Welt. Bei einer Bevölkerung von rd. 28 Mio. besitzt das Land über 6 Mio. Erwerbslose bzw. Kurzarbeiter. Offiziell wird die Arbeitslosenquote zwar auf weniger als fünf Prozent beziffert; doch dies erweist sich als offener Zynismus, wenn man berücksichtigt, daß bereits jeder über vierzehnjährige Arbeitnehmer als beschäftigt gilt, wenn er pro Woche länger als eine Stunde arbeitet! Besonders akut ist dieses Problem in den größten Städten, deren Einwohnerzahl durch Zuzug aus den Landgebieten rasch zunimmt. Die südkoreanische Hauptstadt hat z. B. beinahe die Viermillionengrenze erreicht — 1957 wurden dort erst 1,8 Mio. Einwohner gezählt.

Allein schon dieser Drang in die Großstadt weist auf die Armut in den Dörfern hin. Zwar erhielten durch die Bodenreform von 1949 die meisten Bauernfamilien ihr eigenes Stück Land. Etwa 70 % von ihnen besitzen jedoch weniger als ein Hektar. Beängstigend ist die jährlich weiter fortschreitende Verschuldung der Bauern. Verwunderlich ist dies bei einem Kreditzins von 30 % bei den Banken bzw. 60 bis 70 % bei privaten Geldverleihern keineswegs. Zudem verringert sich die Kaufkraft des Won jährlich um rd. ein Zehntel. Für die Bauern wirkt sich dies insofern besonders negativ aus, als sie ihre Erzeugnisse zu einem amtlich festgesetzten niedrigen Preis verkaufen müssen, während landwirtschaftliche Investitionsgüter durchaus der allgemeinen Preisentwicklung folgen.

Trotz dieser Tatsachen leistet man sich in Seoul eine Armee, die mit ihren rd. 600 000 Mann zu den zahlenmäßig stärksten der Welt zählt. Wenngleich die USA einen Teil der Kosten tragen, so ist sie dennoch für das Land finanziell kaum zu verkraften. Die hierfür verwendeten Mittel werden dringend für die wirtschaftliche Entwicklung benötigt. Dabei könnten die hohen Rüstungslasten durchaus verringert werden, wenn Seoul endlich auf die nordkoreanischen Verständigungsversuche eingehen würde. Allerdings müßten dann sämtliche Pläne von einem „Marsch nach Norden" zu den Akten gelegt werden.

Klaus Elliesen

Zum Tode von Georg Lukács

Georg Lukács, als Sohn eines typischen Repräsentanten der jüdischen Finanzaristokratie der ungarischen Hauptstadt am 13. April 1885 geboren, kam schon früh, noch als Gymnasiast — dank des Kreises um Erwin Szabó — in eine erste geistige Berührung mit dem Marxismus. Sie wurde im philosophischen Studium, das zunächst im Zeichen der Vorherrschaft des Neukantianismus stand, für eine lange Periode wieder verschüttet. Nach der Promotion kam er — wie damals viele junge Gelehrte aus der Donau-Monarchie — nach Deutschland und geriet dort in den Bannkreis Georg Simmels (und dadurch vermittelt auch Wilhelm Diltheys), dann — unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges — von Max Weber und Emil Lask. Seine ersten Veröffentlichungen, die ihn in den Mittelpunkt der philosophischen und literarhistorischen Diskussion gestellt haben, „Die Seele und die Formen" und „Die Theorie des Romans", letztere zunächst 1916 in der Zeitschrift für „Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft" publiziert, stehen noch durchaus in dieser geistigen Tradition. Aber lie ließen bereits erkennen, daß er sich Hegelsches dialektisches Denken besser anzueignen wußte als Emil Lask und die phänomenologische Schule und als diejenigen Philosophen des damaligen Reiches, die dem Neukantianismus einen Neuhegelianismus folgen lassen wollten, und daß er dadurch vor den irrationalistischen Wendungen, die aus der Lebensphilosophie folgten, bewahrt blieb. Auch jede Identifikation mit dem pro-imperialistischen Denken seiner akademischen Lehrer lag ihm deshalb fern. Durch die „Theorie des Romans" wurde die geistige Verbindung zwischen Thomas Mann und ihm ermöglicht und begründet, obwohl auch Thomas Mann damals noch in den „Betrachtungen eines Unpolitischen" dem imperialistischen und irrationalistischen Denken der deutschen Bildungsschichten verhaftet blieb und seinen Weg zu humanistischem Denken in politischen Fragen erst sehr viel später fand. Im Max Weber-Kreis an der Heidelberger Universität waren nur Georg Lukács und Ernst Bloch solchen Versuchungen nicht erlegen.

Georg Lukács wurde sich im Ersten Weltkrieg rasch darüber klar, daß weder der Sieg der einen noch der anderen Gruppierung der imperialistischen Mächte einen Ausweg aus der geschichtlichen Krise weisen konnte, die sich ihm offengelegt und die ihn zunächst veranlaßt hatte, sich in lediglich ästhetische Analysen zurückzuziehen. Der Sieg der Oktoberrevolution in Rußland wies ihm den Weg, der die Menschheit auf eine höhere Stufe führen konnte, und damit zu der Theorie, die diesen Weg gezeigt hatte, zum Marxismus.

Wie einst die Rezeption des Marxismus durch die erste Generation der zweiten Internationale unter dem Vorzeichen der Denkformen gestanden hatte, die zu ihrer Zeit die Universitäten der bürgerlichen Gesellschaften bestimmten, des undialektischen naturwissenschaftlichen Materialismus, des Positivismus und später des Neukantianismus, so war unvermeidlich die Marxismus-Rezeption für Georg Lukács (und in nur anderer Nuancierung bei den anderen Intellektuellen, die durch den Anstoß des Oktober 1917 zum Marxismus kamen, bei seinem Freund aus der Heidelberger Periode Ernst Bloch und auch bei Karl Korsch) durch die geistigen Strömungen modifiziert, die sie in ihrem früheren Denken beeinflußt hatten. Das mußte für die theoretische Weiterentwicklung des Marxismus sowohl einen neuen Anstoß und durch die Reaktivierung des vorher weitgehend verschütteten

Ansatzes hegelscher Dialektik einen Sprung nach vorn als auch wegen des idealistischen und immanent irrationalistischen, die sozio-ökonomischen Grundlagen des historischen Prozesses vernachlässigenden Charakters der deutschen Geisteswissenschaften vor 1914 zunächst neue Verzerrungen zur Folge haben, erst recht, wenn diese Bewegung von Männern des großen denkerischen Formats eines Georg Lukács bestimmt wurde.

Was für ihn aber 1918 und 1919 aktuell im Vordergrund stand, war in der Periode der weltrevolutionären Bewegung, die durch den Sieg in Rußland eingeleitet wurde, die Praxis des revolutionären Kampfes. Er kehrte nach Ungarn zurück, wurde Mitglied der jungen Kommunistischen Partei und als stellvertretender Volkskommissar für Volksbildung und als politischer Kommissar einer Truppe der Roten Armee führender Teilnehmer der Räterepublik, die nach wenigen Monaten dem Ansturm des militärischen Übergewichts der Entente erlag.

Georg Lukács floh nach dem Ende der Räterepublik vor dem brutalen weißen Terror der von der Entente-„Demokratie" installierten feudal-bourgeoisen Diktatur-Kombination der Konterrevolution unter Horthy. Er wurde in Österreich zwecks eventueller Auslieferung für einige Monate verhaftet und nur wegen des solidarischen Drukkes der vor allem von Thomas Mann mobilisierten progressiven Intellektuellen Westeuropas befreit. Er nahm nun an den Auseinandersetzungen der ungarischen Kommunisten über die Gründe ihrer Niederlage und ihren künftigen Kurs und damit an den damaligen politischen Diskussionen in der Kommunistischen Internationale teil. So wurde die politische Theorie ins Zentrum seiner Interessen gerückt, als leitendes Moment der Praxis des proletarischen Klassenkampfes in einer noch immer — wie er trotz der ungarischen Niederlage glaubte — unmittelbar revolutionären Periode. War es ein Wunder, daß er in den ersten Jahren Thesen vertrat, die ihn in die Nähe der „linken Kommunisten" brachten, die in vielen kapitalistischen Ländern sowohl die Taktik der Beteiligung an den Parlamentswahlen als die Strategie der Einheitsfront mit allen Arbeiterparteien und der Erhaltung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung ablehnten? War es erstaunlich, daß er — in „Geschichte und Klassenbewußtsein" (1923) — richtige Ansätze des noch nicht voll verstandenen Lenin überspitzte, die Rolle der revolutionären Partei der Arbeiterklasse als deren Vorhut „geisteswissenschaftlich" bis zu der abstrusen (später im Stalinismus, wenn auch mit anderer Funktion und konkret auch anderem Inhalt, aber nicht durch Lukács repetierten) These überspitzte, daß die „Partei nicht irren könne", weil sie die Vernunft des historischen Prozesses repräsentiere?

Er wurde in den Debatten der Internationale wegen dieser Mängel des damaligen Standes der Entwicklung seiner politisch-theoretischen Auffassungen (häufig mit nicht zulänglicher Argumentation, aber in der Sache zu Recht) gleichsam zur Ordnung gerufen und wußte — wie auch seine vorübergehende Identifikation mit der schwächsten Stelle der wissenschaftlichen Leistungen der größten deutschen Marxistin der Generation vor ihm, Rosa Luxemburgs, mit der „Akkumulation des Kapitals", in „Geschichte und Klassenbewußtsein" ihm selbst deutlich gemacht hatte —, daß ihm in diesem Bereich noch vieles fehlte. Er kehrte darum vor allem (aber keineswegs ausschließlich) zu den Arbeitsgebieten zurück, in denen er dank seiner Kenntnisse seine theoretische Denkkraft stärker bewähren konnte, zur Literaturgeschichte, zur Literaturtheorie und zur Philosophiegeschichte. Es waren jene Gebiete, die einst — in der Periode vor dem Ersten Weltkrieg — Franz Mehring unter Anwendung marxistischer Methoden der

deutschen Arbeiterklasse erschlossen und die bereits Mehring (trotz mancher Schranken in der Handhabung der Dialektik; denn er hatte sich Hegel niemals voll angeeignet) jeweils dort, wo er sie konkret anging, zu einem höheren Grad wissenschaftlicher Erkenntnis geführt hatte, als er der offiziösen bürgerlichen Universitätswissenschaft seiner Zeit je zugänglich war. Auch darin war — bei allen methodologischen Differenzen gegenüber Franz Mehring, wie sie aus Lukács' dialektischer Position folgten — beider Ansatz ähnlich, daß die gesellschaftliche Entwicklung beiden als Wurzel der analysierten Phänomene galt und daß beide wußten, daß auch diese wissenschaftliche Arbeit Teil des proletarischen Klassenkampfes gegen die kapitalistische Gesellschaft, Mittel der Entwicklung von Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse sein mußte.

Dabei hatte sich dies Problem noch dadurch kompliziert, daß nun — zur Zeit dieser Arbeiten von Lukács — die Transformation der deutschen Gesellschaft durch Monopolkapitalismus und Imperialismus längst selbstverständlich geworden war und die Vorbereitung der faschistischen Herrschaftsformen im Deutschen Reich auf der Tagesordnung stand. Der Vormarsch faschistischer Tendenzen in der Literatur und auch der Philosophie hatte alle humanistischen Ansätze der Literaturgeschichte und der Philosophie, wie sie in der Zeit des Aufstiegs der bürgerlichen Gesellschaft entstanden waren, in ihr Gegenteil umschlagen lassen. Die große Majorität der „Geisteswissenschaftler" war im Begriff, die Studentenschaft in eine Vorhut der Reaktion und dann des Faschismus zu transformieren. Deshalb war Lukács durchaus im Recht, wenn er — wie er das immer wieder ausdrücklich betonte — in seinen Publikationen dieser Periode einen Teil des antifaschistischen Kampfes erblickte, den er bis zum 30. Januar 1933 noch in der Hoffnung geführt hat, er werde der Menschheit den Abstieg in die Barbarei des Nationalsozialismus, des faschistischen Angriffskrieges und der Massenmorde des Zweiten Weltkrieges ersparen können. Schon deshalb war es kein bloßer Zufall und keineswegs allein eine Folge seiner Studienjahre in diesem Lande vor dem Ersten Weltkrieg, daß Lukács (von einer Zwischenperiode wissenschaftlicher Arbeit am Marx-Engels-Institut in Moskau abgesehen) in der Hauptstadt des Deutschen Reiches blieb.

Der Triumph der faschistischen Konterrevolution trieb ihn in die Sowjet-Union, das Land der siegreichen Oktoberrevolution. Sein wissenschaftliches Arbeitsfeld hatte sich dadurch nicht verändert. Geblieben war ihm die Überzeugung, daß seine Arbeit von marxistischer Methode getragen und dem Sieg des Sozialismus als der Bedingung der Entfaltung von Humanität und deshalb der Praxis des proletarischen Klassenkampfes, aktuell jedoch vor allem der Entlarvung des Faschismus und seiner Wurzeln in den Ideologien der herrschenden Klassen Deutschlands zu dienen habe, wenn sie der Menschheit und der Objektivität wissenschaftlicher Erkenntnis nützlich sein solle. Er hat während jener Periode in der Sowjet-Union gearbeitet, in der die Verzerrungen und geistigen Schranken des Stalinismus ihren Höhepunkt erreichten. Aber er hat immer gewußt, daß trotz dieser Deformationen die Sowjet-Union das Land der Oktober-Revolution blieb, wie einst im Zeitalter der bürgerlichen Revolution trotz aller Deformationen des ersten Kaiserreiches Frankreich bis zum Sieg der alliierten Armeen durch das Jahr 1789 bestimmt geblieben ist. Weil er an dieser Überlegung stets festhielt, ist er zwar zu gelegentlichen Konzessionen an Stalin in manchen Formulierungen gedrängt worden, die einige seiner Schriften aus diesen Jahren am Rande (nicht im Gehalt) beeinträchtigen; aber er hat niemals die Uniformität des stalinistischen Dogmatismus

übernommen und die Fruchtbarkeit und eigene Denkkraft seiner Arbeiten eingebüßt. Eine ganze Reihe seiner wichtigsten wissenschaftlichen Publikationen ist in dieser Zeit vorbereitet und geschrieben worden: sowohl seine Untersuchungen über den literarischen Realismus und zur Geschichte und zum Wesen der Ästhetik als auch zur deutschen Philosophiegeschichte, wie „Der junge Hegel", „Von Nietzsche bis Hitler" und „Die Zerstörung der Vernunft", die Darstellung der Irrationalisierung der Philosophie im Zeitalter des Imperialismus nach jenem Höhepunkt, den sie einst in der Entwicklung des objektiven Idealismus Hegels gefunden hatte, ohne dessen Vorarbeit der Marxismus nicht denkbar ist.

Der Sieg über den Imperialismus hat Lukács nach Ungarn zurückgeführt. Die neostalinistische Welle, die der Mobilisierung der kapitalistischen Welt gegen die UdSSR folgte, traf ihn hier hart. Er war als einer der geistigen Väter jener Rebellion gegen das Rakosi-Regime in den Wirren von 1956 in das Kabinett Imre Nagy gelangt und wurde mit dessen Untergang nach Rumänien in die Verbannung gedrängt und aus der Partei ausgeschlossen, der er als selbständiger Kopf seit 1918 durch seine wissenschaftliche Arbeit gedient hatte. Auch in den Jahren, in denen er aus ihrer Organisation ausgeschieden war, hat er keinen Tag lang die Parteinahme für die Arbeiterklasse, für die Länder des Sozialismus, die — wie er zu Recht meinte — in keiner Verzerrung ihrer Erscheinung ihr Wesen verlieren können, und für die vom Imperialismus und Neoimperialismus unterdrückten Völker preisgegeben, weil er immer überzeugt blieb, daß sich in ihnen die Sache der Menschheit und ihrer Entwicklung zu sich selbst real darstellt. So war es fast selbstverständlich, daß er bald nach Ungarn und 1967 ohne jede Reuerklärung auch in die Organisation der ungarischen Partei zurückberufen wurde.

Nach seiner zweiten Rückkehr nach Ungarn hat er begonnen, seine kritischen Einzelarbeiten zur Entwicklung der marxistischen Philosophie und ebenso seine Überlegungen zur objektiven Gesetzlichkeit der Kategorien der Ästhetik zu systematisieren. In der Gesamtausgabe seiner Schriften, die wir dem Verlag Luchterhand zu verdanken haben, ist die „Ästhetik" bereits erschienen. Seine „Ontologie des gesellschaftlichen Seins", die von den Marxisten der ganzen Welt (und auch wohl von den bürgerlichen Sozialwissenschaftlern, Historikern und Philosophen, die sich einen Rest von Objektivität und wissenschaftlichem Sinn erhalten haben) gespannt erwartet wird, konnte er vor seinem Tod noch fast vollenden; seine „Ethik", auch noch vorbereitet, ist leider wahrscheinlich weniger abgeschlossen.

Wie eigenwillig er auch war, am Ende seines Lebens war er als Nestor einer der wichtigsten Perioden des Marxismus, nämlich derjenigen seines Eindringens in die Praxis der Menschheit durch die Entstehung der ersten sozialistischen Staaten, anerkannt und als Vorkämpfer der Rückbesinnung auf Hegel innerhalb des Marxismus zu einer der großen Autoritäten der Philosophie und der Sozialwissenschaften aufgestiegen, obwohl er überall und ganz besonders in der Bundesrepublik den herrschenden Klassen und ihren Ideologen verhaßt und manchem dem Tage allein verhafteten Bürokraten der sozialistischen Länder unverständlich geblieben ist. Seine dialektische Methode hat ihm erlaubt (und ihn geradezu verpflichtet), sich immer wieder selbst zu korrigieren, um Einseitigkeiten seines jeweiligen Urteils aufzuheben, wie sie der Tag produziert hatte. Die junge Generation in Wissenschaft und proletarischem Klassenkampf sollte sein Gedächtnis dadurch ehren, daß sie seine Arbeiten genau studiert und kritisch erweitert.

Wolfgang Abendroth

Vertrag im Wartestand?

Von Karl D. Bredthauer

Nur wenig fehlt noch, dann ist bereits ein volles Jahr verstrichen, seit die Regierungschefs der Bundesrepublik und der Sowjetunion das Ergebnis monatelanger, zäher Verhandlungen am 12. August 1970 durch ihre Unterschrift als Vertrag besiegelten [1]). Erinnern wir uns: Eine Wendemarke war plötzlich überschritten; ein neues Kapitel aufgeschlagen. Nach Jahrzehnten waffenklirrender, eisiger Konfrontation, erstarrt in Todfeindschaft, die nur auf die Sprache der Waffen und Divisionen zählte, gab es nun endlich Gespräche, Verhandlungen, Bewegung. Monate nach der erstmaligen Ablösung der Adenauer-Partei in Bonn wurde möglich, wonach die Menschen immer ungeduldiger drängten: der erste Schritt nach vorn, auf den Weg zu wirklicher, zukunftssicherer Kooperation in Europa, zu tragfähiger Friedensgarantie.

Was nach jahre- und jahrzehntelanger öder Erstarrung seit kaum mehr als Jahresfrist in Bewegung gekommen ist, muß selbst den Skeptiker beeindrucken. Ein dichtes Netz von partiellen oder umfassenden Verhandlungen und Konsultationen, hier und dort bereits mit augenscheinlich tragfähigen Ergebnissen, hat sich in den Beziehungen zwischen Ost und West entsponnen. Die UNO konnte die wegweisende Deklaration über die Beziehungen zwischen den Staaten [2]) verabschieden. Der Vertrag über das Verbot, Kernwaffen und andere Massenvernichtungsmittel auf dem Meeresboden zu stationieren [3]), wurde von den meisten Staaten in Ost und West bereits unterzeichnet und ratifiziert. Die Sowjetunion und die USA verhandeln über die Begrenzung der strategischen Waffensysteme (SALT-Gespräche). Besonders dicht ist das Netz intersystemarer Beziehungen bereits heute naturgemäß auf unserem Kontinent. Stoßen sich doch die europäischen Staaten tagtäglich in besonders krasser Weise an den Überresten des Kalten Kriegs, die jeden ernsthaften Schritt zur Lösung der wissenschaftlich-technischen, der ökologischen, der wirtschaftlichen Fragen unserer Zeit ganz unsinnig erschweren, wenn nicht unmöglich machen müssen.

Die Bonner Politiker sind freilich bislang, wie wir haben lernen müssen, nicht immer die ersten, was die Einsicht in Realitäten und daraus zu folgende Schritte angeht. Skandinavien, Frankreich, maßgebliche Kräfte in der italienischen, in der österreichischen Politik und in den Benelux-Staaten hatten bereits seit langem westeuropäische Beiträge zur Verständigung und Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Europa zu entwickeln begonnen, als dann endlich im August vergangenen Jahres erstmals ein greifbarer Beitrag der Bundesrepublik zu erkennen war. Nach einem gewissen zweifelnden Erstaunen bewirkte dieser Schritt bald ein großes Maß an Hoffnung und Erwartung in Ost und West. Man hatte seine trüben Erfahrungen mit diesem Land, das in besonderem Maß noch das Erbe einer Politik mit sich herumschleppt, aus der zahllose Konflikte in Europa herrühren. Die BRD war das Land, das als einziges die politische Landkarte des Kontinents permanent offen in Frage zu stellen wagte; zugleich das Land, dessen beträchtliches ökonomisches Potential in Verbindung mit einem scheinbar unüberwindlichen Hang zu kriegsgefährlicher Traumtänzerpolitik allen Nachbarn als Zeitbombe erscheinen mußte. Wenn dies Land offenbar endlich aufwachte

1) Vgl. den Wortlaut des Vertrages und mit dem Vertrag zusammenhängender Dokumente sowie den Artikel „Chancen und Konsequenzen des Moskauer Vertrags" in Heft 9/70 der „Blätter", S. 996 ff. und S. 898 ff.
2) „Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts, betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen". Wortlaut in Heft 2/71 der „Blätter", S. 211 ff.
3) „Vertrag über das Verbot der Placierung von Kernwaffen und anderen Waffen der Massenvernichtung im Meeresbett, auf dem Meeresboden und dem Untergrund hiervon". Wortlaut in Heft 3/71 der „Blätter", S. 317 ff.

und zur Kenntnis nahm, in welchem Jahr, in welchen Grenzen und unter welchen Nachbarn es lebt, dann könnten viele Schranken auf dem Weg zu Abrüstung Fortschritt, Zusammenarbeit in Europa sich endlich heben. War der Durchbruch erreicht? Würde die BRD sich nun in angemessener Eile bemühen, so lang Versäumtes noch eben rechtzeitig nachzuholen, zu kompensieren?

Nun, wir wissen, daß die Regierung Brandt/Scheel bei der Unterzeichnung des Vertrags in Moskau gleichzeitig eine Reihe verbindlicher Absichtserklärungen mit der sowjetischen Seite austauschte, deren Verwirklichung, zugleich mit der Realisierung des abgeschlossenen Vertrags, in der Tat einen Durchbruch brächte. Beispielsweise hat Brandts Regierung sich bekanntlich verpflichtet, alles ihr Mögliche zur Vorbereitung und fruchtbaren Durchführung der gesamteuropäischen Konferenz zu tun [4]! Wir wissen auch, daß ein weiterer, wichtiger Vertrag mit einem Partner im sozialistischen Europa unterzeichnet wurde: der Vertrag mit der Volksrepublik Polen vom 7. Dezember 1970 [5]). Aber noch ist nichts von alledem verwirklicht; noch liegen diese Verträge unterzeichnet, aber nicht ratifiziert in der Schublade. Und manches, was sich in Bonn tut, erweckt den fatalen Anschein, als wolle man hier über den Vertrag wie über einen peinlichen Seitensprung zur Tagesordnung übergehen.

Von einem Eifer in der Suche nach weiteren Lösungsmöglichkeiten, nach Absicherung und Ausbau der eben errungenen Positionen, der dem Maß an Versäumnissen und historischer Verspätung entspräche, an dem wir immer noch tragen — von einem solchen konstruktiven Eifer ist leider in den letzten Monaten allzu wenig sichtbar geworden. Wenn die vergangenen Monate international in der Tat eine Zeit neuer und vielfältiger Gespräche waren, dann sicherlich nicht zuletzt aufgrund der politischen Klimaverbesserung, die mit dem Abschluß des Moskauer Vertrags möglich wurde. Um so kritischer muß man vermerken, wie wenig die Bundesregierung sich dieser Entwicklung bisher gewachsen zeigt. Die verhängnisvolle Konstruktion des sogenannten Berlin-Junktims ist in dieser Zeitschrift mehrfach analysiert und kritisiert worden. Wiederholt schien es an entscheidenden Punkten der internationalen Entspannungspolitik der letzten Zeit, als manifestiere sich in diesem Universal-Junktim die aktuelle Variante einer Art „deutschen Erbübels": Der Größenwahn einer Politik, die sich als der Nabel der Welt einschätzt und erneut eher alles in Scherben fallen ließe, als sich aus der Faszination solcher Nabelschau zu lösen. Der Hang der SPD/FDP-Regierung, ihre Vorstellungen von einer befriedigenden „Berlin-Regelung" zum Maß aller Dinge zu erheben, mutet um so merkwürdiger an, wenn man sich ihre außerordentlich minimale, allenfalls indirekte juristische Zuständigkeit in der Westberlin-Frage einmal klarmacht.

Aber selbst, falls erneute und fortgesetzte Versuche Bonner Obstruktion gegen Möglich- und Notwendigkeiten der Entspannung in Europa im eigenen Lande widerspruchslos geschluckt würden, was zweifellos nicht mehr der Fall ist, selbst dann bliebe ein Gesetz in Kraft, das heute die Bewegungsrichtung der internationalen Entwicklung bestimmt: Die Verhältnisse auf dieser Welt verändern sich rapide. Nach zwei Weltkriegen kann keine Politik des Größenwahns oder des sturen Bremsertums mehr auf Dauer aufhalten, was sich mit der Gewalt elementarer Lebensnotwendigkeiten Bahn bricht: Eine vernünftige Zusammenarbeit der Völker und Staaten als einzige Alternative zum früher oder später mit statistischer Gesetzmäßigkeit tödlichen thermonuklearen Rüstungswettlauf, zum nack-

[4] Vgl. Dokumente zum Zeitgeschehen in Heft 9/70 der „Blätter", S. 999.
[5] Wortlaut des Vertrages und mit dem Vertrag zusammenhängender Dokumente in Heft 12/70 der „Blätter", S. 1325 ff.

ten Verhungern des größeren und zum graduellen Ersticken des kleineren Teils der Menschheit. Wobei die einen verhungern, eben weil die anderen ersticken in Fett, Schmutz und Abfall einer verantwortungslosen Profit- und Rüstungswelt. Diese Alternative steht auf der Tagesordnung der internationalen Politik. Niemand — auch nicht in Washington oder Bonn — kann diese Fragestellung wieder vom Tisch bringen. Aber die Gegner der Entspannung haben immer noch die Macht, erheblich zu stören, zu verwirren, zu bremsen.

Dabei kommt es zu den erstaunlichsten Arbeitsteilungen und Rollentauschmanövern. Seit einiger Zeit pflegten einschlägig interessierte Kreise, vor allem NATO-Strategen, hierzulande mit besonderem Eifer Helmut Schmidt, ihre Abneigung gegen die Einberufung einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz mit einer Vorbedingung zu kaschieren, die sie offenbar für sehr raffiniert und elegant hielten: zuallererst einmal müsse man über Truppenverminderungen in Europa sprechen, tönte es da. Schließlich wurde diese Vorbedingung zum offiziellen NATO-Beschluß. Man halte sich dabei vor Augen, daß dieselbe NATO und derselbe Helmut Schmidt beim geringsten Anzeichen amerikanischer Truppenreduktionen in der BRD, deren früher oder später unausweichlich werdende Logik auch von ihnen nicht übersehen werden kann, äußerst beunruhigt reagieren. In einer solchen Situation könnte man sagen: Wenn diese Kreise nun einmal glauben, ein mit zahlreichen komplizierten Detailfragen verbundenes Problem der Abrüstung sei ein für sie besonders bequemer Einstieg in Verhandlungen über Sicherheit in Europa, warum sollte man nicht auf diese Vorstellung eingehen und die geäußerte Abrüstungsbereitschaft beim Wort nehmen?

Diese Frage muß sich auch die sowjetische Diplomatie gestellt haben. Wie erinnerlich, schlug Leonid Breschnew auf dem vierundzwanzigsten Parteitag der KPdSU im Frühjahr — im Rahmen eines weit ausgreifenden und mit außerordentlichem Interesse aufgenommenen Entspannungskonzepts [6]) — unter anderem die Aufnahme von Verhandlungen über Truppenverminderungen in Europa vor. Die Reaktion der NATO, deren Existenzgrundlage ja die Blockkonfrontation ist und die im Unterschied zum Warschauer Pakt keinerlei Bereitschaft bekundet, sich zugunsten eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa aufzulösen, war frappierend offen genug, aber nicht so frappierend wie die der Regierung Brandt/Scheel und insbesondere ihres geübtesten Verfechters wechselseitiger Truppenreduktion, Helmut Schmidt. Diese Reaktion bekommt im Grunde nur dann einen Sinn, wenn man sie als Manifestation eines großen Erschreckens begreift.

Erinnern wir uns: Als erstes griff man zum scheinbar erprobten Mittel „Berlin-Junktim", und es dauerte Tage, bis Bonn begriff, daß dies den Bogen wohl endgültig überspannen würde. Vor allem aber: hinter dieses Junktim mochte sich nicht einmal die Nixon-Administration stellen. Und folglich auch die NATO nicht, die ihrerseits in Lissabon — Wochen nach Breschnews Angebot — noch ein Bild der Ratlosigkeit abgab.

Über diesen Vorgang hinaus, so aufschlußreich er auch ist, wird gegenwärtig zusehends die Frage nach der Verantwortbarkeit der militärischen Strategien und des Kalküls der Rüstungsproduktionen und Kriegstechniken zur Schlüsselfrage überhaupt (Weizsäcker). Allzulange ist diese Frage verdrängt worden. Haben wir uns daran gewöhnt, „mit der Bombe zu leben", als sei dies etwas Alltägliches, Zwangsläufiges? Es ist doch eine trügerische Hoffnung, der unbeabsichtigte Knopfdruck oder die verhängnisvolle Verkettung von Zufällen zur Aus-

[6]) Vgl. den Wortlaut des außenpolitischen Teils des Referats von L. I. Breschnew und des darin enthaltenen Sechs-Punkte-Programms für Abrüstung und friedliche Koexistenz in Heft 5/71 der „Blätter", S. 533 ff.

lösung des thermonuklearen Infernos sei tatsächlich zuverlässig auszuschließen. Soviel nur zum technischen Risiko. Viel gefährlicher noch sind aber die Aus- und Nachwirkungen einer zum täglichen Brot gewordenen Ideologie, nach der eine „freie Welt" um buchstäblich jeden Preis, selbst den des eigenen Untergangs, militärisch zu verteidigen sei. Wie aus dem Zusammenspiel von Rüstungsinteressenten und dieser Ideologie Eskalationen gemacht werden, haben die USA-Bürger aus den Pentagon-Dokumenten eben erst wieder bis in Einzelheiten erfahren.

Die USA werden gegenwärtig geradezu zerrissen von den ins Unabsehbare wachsenden Konflikten, die auf eine Rüstungs- und Kriegsgesellschaft zurückfallen. Der Dollar ist krank. Die Arbeitslosigkeit grassiert. Die Rüstungswirtschaft verschlingt jede soziale Reform. Und nun das Maß an Verlogenheit und Perversion, das seit dem Calley-Prozeß und erst recht seit den zahllosen Detailaufnahmen der entdeckten Pentagon-Dokumente nicht mehr vertuscht, nicht mehr verdrängt werden kann.

Die USA, immer noch das reichste Land der Welt, das einmal als das Land der Zukunft galt, demonstrieren heute eindringlich das Elend der Rüstungsgesellschaft. Politik, Wirtschaft, nach und nach alle Lebensbereiche geraten in einen Teufelskreis, aus dem es nur durch konsequentes Neudurchdenken aller Maßstäbe und Prioritäten, nur durch Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Entspannung und Rüstungsverminderung ein Entkommen gibt. Was gehen uns diese Fragen an? Führen wir Krieg in Vietnam? Nun, wir sind — nicht allein durch horrende „Devisenausgleichszahlungen", die Washingtons Kriegsfinanzierung begünstigen — tief genug in die US-amerikanische Politik verstrickt. Aber wir stehen doch ganz unmittelbar im eigenen Lande vor der analogen Problematik: Die Dynamik der Rüstungsmaschinerie verschlingt Tag für Tag die Mittel, die dringend gebraucht würden, um auch nur die elementarsten Reformerfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklung bezahlen zu können. Bildungs- und Infrastrukturreformen, Umweltschutz, von mehr Demokratie und mehr sozialer Sicherheit — auch alles Versprechungen der Brandt'schen Regierungserklärung — gar nicht zu reden: All das bleibt unerledigt liegen, solange die Prioritäten der Rüstungsgesellschaft, die Maßstäbe eines nachgewiesenermaßen fiktiven „Gleichgewichts des Schreckens" nicht außer Kraft gesetzt werden.

Aber dieser Neubeginn ist ja keine illusionäre, vielmehr im Zuge einer ernsthaften Entspannung die einzig reale Politik. Nehmen wir den Moskauer Vertrag, den bisher tragfähigsten Beweis für die Möglichkeit eines Ausgleichs der BRD mit ihren östlichen Nachbarn und zugleich der Prüfstein dafür, wie ernst unsere Entschlossenheit zu einem neuen Anfang genommen werden kann: nicht zu übersehen sind die positiven Veränderungen der europäischen politischen Szene, die schon durch das bloße Zustandekommen dieses Vertragswerks ausgelöst wurden. Setzen wir den Vertrag in Kraft, verhelfen wir einer neuen Politik zum Durchbruch, die auf der eindeutigen Anerkennung der bestehenden Grenzen, auf dem bilateralen und schließlich kollektiven Gewaltverzicht basiert und damit die militärisch längst widerlegte Strategie einer „Sicherheit durch Abschreckung" auch politisch endlich überwindet und damit den Weg freimacht sowohl zu gesichertem Frieden wie zu den notwendigen Reformlösungen.

Es wäre in der gegenwärtigen Situation ein seltsam unpolitisches Mißverständnis, etwa zu meinen, mit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags sei es nun fürs erste schon getan, und zu vergessen, daß die günstigen Auswirkungen schon der Unterzeichnung vor allem eine Art Vorschuß sind auf die erst zu leistende Verwirklichung des Vertrags.

Wie steht es um diesen Vertrag, ein Jahr nach seiner Unterzeichnung? Hat er an Bedeutung verloren? Ist es nicht mehr so eilig mit seiner Ratifizierung, mit seiner Realisierung, weil heute eine Vielzahl neuer Schritte akut wird? Nun, die internationalen Probleme haben sich, besonders in Europa, in den Jahren des Kalten Krieges derart verheddert und zugespitzt, daß kein einzelner Schritt, keine einzelne Vereinbarung dies Fragenknäuel mit einem einzigen Zug aufzulösen vermöchte. Es heißt, sich auf fruchtbare Einsichten der Diplomatie zu besinnen, wenn man folglich heute auf den verschiedensten Teilgebieten ansetzt und überall voranzukommen versucht, soweit es im jeweiligen Fall eben geht. Da bei uns zahlreiche, zum Teil hochkomplizierte Probleme — wie im Fall Westberlin — ineinander verschlungen sind, kann die Isolierung und Zuspitzung des einen Fragenkreises zur Vorbedingung für die Inangriffnahme aller anderen Fragen die Entspannung insgesamt nur aufhalten, sogar ernsthaft gefährden. Ein Junktim beispielsweise in der Frage Westberlins belastet und behindert gerade jenen politischen Prozeß in Europa, in dessen Verlauf sich u. a. eben auch für eine befriedigende Regelung der Westberlin-Problematik die günstigsten Voraussetzungen entwickeln lassen. Was liegt näher, wenn es um den logisch nächsten Schritt zur Verbesserung der Lage geht, als die Ratifizierung des Vertrages, der nun schon fast ein volles Jahr dafür bereitliegt, einzuleiten?

Es fällt auf, daß außer der NATO die Bundesregierung die einzige politische Autorität in Europa ist, die den Entspannungsprozeß mit Vorbedingungen belastet. Theoretisch ließe sich ganz gut vorstellen, daß etwa die Regierungen in Moskau und Warschau ihrerseits die Ratifizierung der abgeschlossenen Verträge, oder daß die Regierung in Berlin die Konsequenz einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR zur Vorbedingung weiterer Politik mit der BRD machten; man ist aber in den sozialistischen Ländern offenbar einsichtig genug, die tatsächlich bestehenden organischen Wechselbeziehungen in diesen Fragen nicht durch törichte Junktims zu komplizieren.

Was verspricht sich die Bundesrepublik von der fortdauernden Verzögerung der Ratifizierung? Daß man einen Vertrag abschließt, aber dann nicht ratifiziert, also nicht in Kraft setzt, ist ein für internationale diplomatische Gepflogenheiten nicht gerade üblicher Vorgang. Daß ein solches Verhalten dem Ansehen unseres Landes schadet, liegt auf der Hand. Wenn diese Bundesregierung es als ihr Ziel propagiert, endlich zu einem friedlichen Ausgleich mit den im Krieg von Deutschland verwüsteten Ländern Osteuropas zu kommen, welches Interesse kann sie dann daran haben, daß sich gerade in der Sowjetunion und in Polen pessimistische Assoziationen an frühere Erfahrungen mit der Vertragstreue deutscher Regierungen einstellen? Wir dürfen nicht immer wieder den Fehler machen, das Gedächtnis der Überfallenen an 1939 und 1941 zu unterschätzen.

Die Verwirklichung des Moskauer Vertrags hingegen könnte der BRD eine seit ihrer Gründung noch nicht bekannte Handlungsfreiheit für eine Politik verschaffen, die tatsächlich den inneren und äußeren Interessen ihrer Bevölkerung und den Erfordernissen einer gemeinsamen europäischen Zukunft gerecht wird. Aber gegenwärtig verschenkt Bonn Tag um Tag, Monat um Monat und läßt wesentliche Chancen der Entspannung ungenutzt.

Doch auch was die innenpolitische Position der Brandt/Scheel-Regierung angeht, ist es kaum erfindlich, wieso SPD und FDP sich freiwillig in der Kappe des Narren zeigen, der wohl etwas zu beginnen vermag, sich aber dann als nicht fähig, nicht willens oder als zu ängstlich dafür erweist, das Begonnene auch wirklich zu vollenden. Wie kann eine derartige Politik erwarten, von Wählern

und Partnern ernstgenommen zu werden? Wem haben die Ratifizierungsvorbehalte, die Verzögerungstaktik in Sachen Moskauer und Warschauer Vertrag, in Sachen Europäische Sicherheitskonferenz, Anerkennung der DDR, Abrüstung etc. denn genützt? Jeder verstrichene Tag hat den unbelehrbaren Kalten Kriegern Atempausen gewährt, hat sie ermutigt zu immer heftigeren Attacken — gegen jeden Entspannungsschritt ebenso wie gegen jede noch so bescheidene innere Reform.

Wenn man bedenkt, wie kurz im Dunstkreis der Rechtskräfte nach dem 12. August 1970 wieder einmal der Schritt von Verratsgeschrei zu Mordaufruf und Mordversuch gewesen ist, und wenn man sich dann die schwächliche Reaktion einer immer weiter zurückweichenden Regierung vor Augen hält, dann kann man das katastrophale Ausmaß an finsterster nationalistischer Hysterie erahnen, das im schon anlaufenden Wahlkampf aus einer etwa immer noch schwankenden, unentschlossenen Haltung dieser Regierung zum Moskauer Vertrag erwachsen könnte.

Fast ein Jahr nach der Unterzeichnung des Vertrags zwischen BRD und Sowjetunion ist mit allem Nachdruck festzustellen: die Ratifizierung — und zwar die unverzügliche — des Moskauer Vertrags ist überfällig. Wir schaden vor allen Dingen uns selbst, wenn wir nicht endlich beginnen, diesen entscheidenden Vertrag mit Leben zu erfüllen. Man sollte am 12. August dieses Jahres — und immer wieder in diesen Wochen — keine Gelegenheit versäumen, kein Mittel geringschätzen, um dieser notwendigen Forderung auch den notwendigen Nachdruck zu verleihen.

„Bangla Desh" Hintergründe der pakistanischen Krise

Von Karl Unger

I

Die innenpolitische Krise Pakistans, die mit der Ausrufung der „Volksrepublik Bangla Desh" (Bengalenland) am 17. April 1971 ihren Höhepunkt fand, datiert in ihren Ursprüngen zurück auf die Entstehung des Staates Pakistan. Bereits im ersten Jahr dieses neuen Staates mußte die „Konstituierende Versammlung" feststellen, „daß unter den Ostpakistani das Gefühl wächst, daß Ostpakistan wie eine Kolonie Westpakistans behandelt wird"[1]). Dieses Gefühl ist in der Folge nicht schwächer, sondern stärker geworden. Die Realität dieser kolonialen Ausbeutung ist die Ursache aller Auseinandersetzungen zwischen West- und Ostpakistan gewesen.

Am 14. August 1947 wurde der Staat Pakistan[2]), das „Land der Reinen"[3]), gegründet. Zu diesem Zeitpunkt war das ökonomisch rückständige Land fast völlig in den Händen britischer Monopolgruppen: Sie kontrollierten 1950 90 % des Bank-

1) Das, Tapan, Why Bangla Desh, in: Sase for Bangla Desh, New Dehli, 1971, S. 72—147, hier: S. 73.
2) Da sich der Staat Pakistan auf religiöser Grundlage als islamitischer Staat bildete, wurde der Tatsache, daß er fünf verschiedene Nationalitäten auf zwei getrennten Territorien vereinigt (die Entfernung beträgt ca. 1500 km Luftlinie), anfangs keine große Bedeutung zugemessen.
3) Dies ist die persische Bedeutung des Wortes. Der Name wird aber auch als Akrostichon erklärt: aus: Panjab, Afghanenprovinz, Kashmir und Sind.

kapitals und 80 % der Importe Pakistans [4]). Die industrielle Entwicklung stand noch völlig am Anfang. Das ganze Land verfügte über insgesamt 1414 große und mittlere Betriebe: davon befanden sich nur 335 im östlichen Landesteil [5]).

Besondere Bedeutung kam daher für die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung dem Agrarsektor zu. Noch heute werden hier 46 % des Nationaleinkommens produziert, 2/3 der erwerbstätigen Bevölkerung arbeiten hier [6]). Trotz der 1950—52 erzwungenen Landreform und verschiedenen Verbesserungen in den Jahren bis 1960 hat sich grundsätzlich nichts an der Struktur des Agrarsektors geändert. Nach einem Bericht der Kommission für Landreform besitzen in Westpakistan 6 060 Großgrundbesitzer mehr Land als 3,3 Mio. Bauern [7]). Diese, um genau zu sein, 3 266 137 Bauern machen 64,4 % der Bevölkerung aus, besitzen aber nur 15,25 % des Bodens [8]). Unter ihnen befinden sich aber auch noch 742 216 Bauern, die weniger als 0,4 ha Boden besitzen und somit eigentlich zur Kategorie der landlosen Bauern (2,5 Mio.) gehören [9]). Die Situation in Ostpakistan ist keineswegs anders: 80 % des Landes befinden sich in den Händen der Großgrundbesitzer, und mehr als die Hälfte der Bauern verfügt durchschnittlich über nicht mehr als 0,8 ha pro Familie [10]). Unterstützt von den Exekutivorganen des Staates, können die Großgrundbesitzer heute noch 60—70 %, ja sogar bis 90 % des Jahresertrages als Pacht fordern [11]). Das politische Instrument der Großgrundbesitzer ist die Muslim-Liga. In den ersten Jahren der Unabhängigkeit genoß die Muslim-Liga hohes Ansehen unter der Bevölkerung, weil sie die entscheidende Kraft im Kampf um die Unabhängigkeit Pakistans gewesen war. Der von ihr geschaffene Staat wurde aber auch als ihr Eigentum, d. h. als Eigentum der Landlords, angesehen. So erklärte z. B. der erste Ministerpräsident Pakistans, Liaquat Ali Khan: „Ich habe mich immer als Ministerpräsident der Liga betrachtet. Ich habe mich nie als der von der ‚Konstituierenden Versammlung' gewählte Ministerpräsident gesehen" [12]).

Somit hatte die Klasse der halbfeudalen Großgrundbesitzer alle politischen Möglichkeiten auf ihrer Seite. Ihr politisches Gewicht wurde noch gestärkt, als sich die industrielle Bourgeoisie mit ihr verbündete. Anfangs hatte sich die Bourgeoisie darauf beschränkt, auf dem Finanz- und Handelssektor schnelle Gewinne zu machen. Aber sobald ihr politischer Einfluß stieg, ging sie daran, die Import- und Exportpolitik, die Finanz- und Kreditpolitik des Staates nach ihren Bedürfnissen zu gestalten. Am 2. April 1948 schließlich wurde sogar ein Plan der Regierung veröffentlicht, der vorsah, daß in bestimmten Sektoren der Volkswirtschaft an allen ausländischen Unternehmen pakistanische Firmen zu 51 % beteiligt sein müssen [13]).

Diese kleine Gruppe von Industriellen und Großgrundbesitzern [14]) bildete den Kern der Macht; der Staats- und Verwaltungsapparat war ihr Werkzeug. So schrieb selbst die konservative „Pakistan Times": „Ministerposten werden wie

4) Das, op. cit., S. 82.
5) Ebd., S. 81.
6) Horizont, Nr. 49/1970, S. 13.
7) Das, op. cit., S. 82.
8) Tariq Ali, Revolutionary Perspectives for Pakistan, in: New Left Review, Nr. 63 (Sept./Okt. 1970), S. 43—55, hier: S. 47.
9) Ebd.
10) Das, op. cit., S. 82.
11) Ebd.
12) Ebd., S. 83.
13) Ebd., S. 84 f.
14) Daß Pakistan von 22 Familien beherrscht wird, ist inzwischen bereits zum Gemeinplatz in der Literatur geworden. Selbst die „Neue Zürcher Zeitung" verwendet diesen Ausdruck und gibt an, daß diese Familien 70 % der Schlüsselindustrien sowie des Bank- und Versicherungswesens kontrollieren („Neue Zürcher Zeitung" v. 26. 4. 1969).

Schwarzmarktgüter gehandelt. Regierungen werden gemacht oder zerstört wie Börsengeschäfte, und Ministerpräsidenten kommen und gehen wie die Besucher eines Hauses, das einen schlechten Ruf hat" [15]).

Schon seit 1947 betrieb diese Clique eine Politik der konsequenten Ausplünderung des östlichen Landesteils. Damals hatte der Osten 41,9 Mio. Einwohner und jährliche Einnahmen in Höhe von 161,9 Mio. Rupien, aber Passiva von 141,6 Mio. Rupien. Im Gegensatz dazu hatte Westpakistan mit 37,5 Mio. Einwohnern Einnahmen von 279,5 Mio. Rupien und Passiva von nur 44,7 Mio. Rupien. Entgegen der Erwartung Ostpakistans wurde diese Schuldenlast nicht gemeinsam getragen, sondern Ostpakistan mußte seine Schulden allein bezahlen und bekam lediglich eine Anleihe in Höhe von 44,7 Mio. Rupien gewährt [16]). Damit war die Ausgangsposition für die ungleiche Entwicklung der beiden Landesteile gegeben. In gewissen Sektoren der Volkswirtschaft aber erzielte Ostpakistan Gewinne; diese Gewinne mußten an die Zentralregierung abgeliefert werden, um damit die Schulden Westpakistans zu bezahlen. Das betrifft vor allem die Deviseneinnahmen Ostpakistans, das bekanntlich der größte Juteproduzent der Welt ist. Während Ostpakistan bis 1962 Exportüberschüsse erzielte und damit Devisen nach Pakistan brachte, ist die Handelsbilanz des Westens chronisch negativ. Diese von Ostpakistan gegebenen Devisensubventionen beliefen sich für die Zeit zwischen 1947 und 1962 auf 6 039,6 Mio. Rupien [17]).

Auch die industrielle Entwicklung vollzog sich in Westpakistan schneller als im Osten. 1966/67 verfügte Ostpakistan über 1 098 Mittel- und Großbetriebe, also nicht einmal soviel wie ganz Pakistan am Ende der Kolonialherrschaft [18]). Damit erzeugt es nur 2 % der metallischen Grundstoffe und Elektrowaren, 4 % der Fußbekleidung, 5 % der Maschinen und 22 % der Textilien [19]). Somit wird Ostpakistan allein schon infolge dieses Gefälles weiter ausgebeutet. Diese Ausbeutung vollzieht sich nach dem simplen kolonialistischen Schema: Ostpakistan liefert die billigen Rohstoffe in den Westen und dieser die teueren Fertigwaren und Konsumgüter in den Osten. Daher ist es nur selbstverständlich, daß die Handelsbilanz zwischen den beiden Landesteilen ein ständiges Defizit für Ostpakistan aufweist (1948—68 insgesamt 5 800 Mio. Rupien) [20]).

Diese Politik des wirtschaftlichen Ausbaus Westpakistans auf Kosten des östlichen Landesteils wird durch die Fünfjahrpläne der Regierung noch gefördert. So zeitgt ein Vergleich der öffentlichen und privaten Investitionen in den ersten drei Jahren des 3. Fünfjahrplanes (1965—68), daß nur 37 % nach Ostpakistan, aber 63 % in den Westen gingen [21]). Außerdem hatte Westpakistan bereits in den vorigen Fünfjahrplänen den größten Teil des Investitionsaufkommens an Land gezogen — für den Ausbau der neuen Hauptstadt Islamabad und den Mangla- und Tarbeladamm. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß Ostpakistan fast jährlich von Flutkatastrophen heimgesucht wird und der Ausbau eines Flutkontrollprogramms unzähligen Menschen das Leben retten und die agrarische Basis dieses Landesteils stabilisieren würde, aber die Zentralregierung das wegen der zu hohen Kosten ablehnt, obwohl es billiger als der Tarbeladamm wäre [22]). Dies alles hat natürlich seine unmittelbaren Auswirkungen auf das tägliche Leben der Menschen in Ostpakistan. Zwar ist das Pro-Kopf-Einkommen in Pakistan in

15) Zit. n. Das, op. cit., S. 85.
16) Ebd., S. 86 f.
17) Monthly Foreign Trade Statistics of Pakistan, June 1967.
18) Das, op. cit., S. 87.
19) Ebd.
20) Ebd., S. 89.
21) Ebd., S. 90.
22) Ebd.

der letzten Dekade um 29 % gestiegen, aber das jährliche Pro-Kopf-Einkommen ist im Osten mit 98 Rupien fast um die Hälfte niedriger als im Westen mit 178 Rupien [23]). Infolge der Inflation sind die Löhne in Ostpakistan während der letzten Dekade um 30 % gesunken [24]). Dafür sind die Preise der wichtigsten Lebensmittel bedeutend angestiegen. Der Preis für Reis, Weizen und Senföl pro Einheit beträgt im Westen 20, 25 bzw. 2,5 Rupien; im Osten dagegen 45, 35 bzw. 5 Rupien [25]). Diese Preissteigerungen führten dazu, daß in Ostpakistan in der Zeit zwischen 1964/65 und 1968/69 der Pro-Kopf-Verbrauch von Körnerfrüchten um 3,2 %, von Speiseöl um 34,8 % und von Kleidung um 34,2 % gesunken ist [26]).

Dies ist der ökonomische Rahmen, in dem die politische Entwicklung in Ostpakistan gesehen werden muß. Wann immer das Volk um seine Rechte, seien sie nun kultureller, sozialer oder politischer Art, kämpfte, war es jedesmal ein bewußter Kampf gegen die wirtschaftliche Ausplünderung durch die westpakistanische Bourgeoisie.

II

Der Kampf der ostpakistanischen Bevölkerung begann 1948 als Kampf um das Recht auf eigene Sprache. Nach den Vorstellungen der herrschenden Muslim-Liga sollte Urdu zur offiziellen Sprache des neuen Staates werden. Urdu war aber die Muttersprache von nur 3,3 % der Bevölkerung, und nur insgesamt 10,6 % der Bevölkerung waren dieser Sprache mächtig [27]). Dagegen wünschten die verantwortlichen Politiker Ostpakistans, daß Bengali zur Staatssprache werde; ihre Begründung war kurz und einsichtig: In Ostpakistan leben 55,5 % der Bevölkerung, und davon sprechen 98 % Bengali [28]).

Die Antwort der Zentralregierung war der Einsatz von Polizei und Militär gegen die demonstrierenden Arbeiter, Bauern und Studenten und ihre Denunzierung als Kommunisten und Staatsfeinde. Gegen das brutale Vorgehen der Staatsgewalt bildete sich ein Aktionskomitee, das aus allen demokratischen Parteien Ostpakistans bestand und die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen, die Bildung einer Kommission zur Untersuchung des Vorgehens der Polizei und des Militärs gegen die Demonstranten, eine Erklärung der Zentralregierung, daß diese Bewegung „aus hohen patriotischen Motiven und Gefühlen" entstanden sei, und die Einführung des Bengali als offizielle zweite Staatssprache forderte [29]).

Nach sechsjährigem Kampf gelang es schließlich 1954, Bengali als Staatssprache durchzusetzen. Diese gemeinsame Kampferfahrung der fortschrittlichen Parteien führte zur Bildung der „Vereinigten Front", die bei den Provinzialwahlen 1954 auf der Grundlage eines 21-Punkte-Programms den Kampf gegen die Muslim-Liga und damit gegen die Herrschaft der Großgrundbesitzer und Industriemagnaten aufnahm. Einer der wichtigsten Punkte dieses Programms war die Forderung nach regionaler Autonomie für Ostpakistan, wie sie bereits auf dem All-Indischen-Muslim-Liga-Kongreß 1940 in Lahore formuliert worden war: „Die Zentralregierung hat nur drei Objekte: Verteidigung, Auswärtige Angelegenheiten,

---

23) Goverment of the People's Republic of Bangla Desh (Hrsg.), Economic Exploitation of Bangla Desh, o. O., o. J. (1971), S. 1.
24) Das, op. cit., S. 93.
25) Ebd.
26) Ebd.
27) Ebd., S. 74.
28) Ebd.
29) Ebd., S. 75.

Finanzen" [30]). Alles andere sollte in den Händen der Provinzialregierungen liegen. Mit diesem Programm erzielte der „Vereinigte Front" einen überwältigenden Sieg: Sie errang 290 der zu vergebenden 300 Sitze. Die Muslim-Liga erhielt lediglich 9 Mandate. Unter diesen 290 Abgeordneten befanden sich 4 Kommunisten und nach unbestätigten Berichten weitere 22, die als Vertreter der Awami-Liga gewählt worden waren [31]). Diesen Sieg der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte konnte die Reaktion nicht hinnehmen. Unter der Anschuldigung, ein indischer Agent zu sein, wurde der ostpakistanische Ministerpräsident Fazlul Haq am 29. Mai 1954 gestürzt. Von der Zentralregierung wurde ein Militärgouverneur eingesetzt. Am 5. Juli 1954 wurde die Kommunistische Partei offiziell verboten. Wenige Wochen später trat die Regierung der CENTO und der SEATO bei. Aber trotz dieses massiven Angriffs der Reaktion ging der Kampf der Bevölkerung nicht nur in Ostpakistan, sondern auch im Westen weiter. 1958 wurde die Verfassung außer Kraft gesetzt; kurz darauf putschte die Armee, und Ayub Khan ergriff die Macht. Bis 1965 gab es jedes Jahr große Aufstände in beiden Landesteilen gegen das Khan-Regime. Aber die infolge des Kaschmirkonfliktes erfolgte Verhängung des Kriegsrechtes über das Land lähmte die Aktionen der Opposition.

Doch schon ein Jahr später, im Juni 1966, ergriff die Awami-Liga neuerlich die Initiative und legte ein 6-Punkte-Programm vor, das auch bei den Wahlen von 1970 die politische Plattform bildete. Es lautet: „1) Die Verfassung Pakistans muß föderalistisch sein, die Regierungsform parlamentarisch und die Legislative direkt auf der Basis des Wahlrechts für Erwachsene gewählt sein. 2) Es müssen entweder zwei Währungen für die beiden Landesteile geschaffen werden, die frei konvertierbar sind, oder *eine* Währung mit gesetzlichen Sicherungen gegen Kapitalflucht aus dem Osten in den Westen. 4) Das Recht auf Steuereintreibung und Staatsfinanzen wird an die Föderationsstaaten übergeben; die Zentralregierung wird durch die Zuteilung eines Anteils der staatlichen Steuern finanziert. 5) Separate Außenhandelskonten werden für Ost- und Westpakistan geschaffen. Die Zentralregierung setzt sich aus Vertretern der beiden Landesteile in gleicher Proportion oder auf einer anderen von beiden Seiten vereinbarten Basis zusammen. 6) Ostpakistan muß in Verteidigungsangelegenheiten autark sein, eine Geschützfabrik und eine Militärakademie müssen im östlichen Landesteil errichtet werden, das Marinehauptquartier der Föderation hat seinen Sitz in Ostpakistan" [32]). Dieses 6-Punkte-Programm ist, wie man sieht, kein sezessionistisches, sondern basiert auf der Lahore-Resolution und hat zum Ziel, die weitere ökonomische Ausplünderung Ostpakistans zu verhindern. Das Programm wird auch von der linksbürgerlichen Nationalen Awami-Liga und von der Kommunistischen Partei Ostpakistans unterstützt.

---

30) Letter to Fraternal Communist and Workers' Parties on the Situation in Bangla Desh from the Communist Party of East Pakistan (Bangla Desh), New Delhi, 1971, S. 5.
31) Ebd. und Das, op. cit., S. 123.
32) Abgedruckt in: Dash for Bagla Desh, op. cit., S. 57. Dabei gilt Punkt 2 anscheinend als Punkt 2 und 3. Eine Variante des 6-Punkte-Programms findet sich in: Goverment of the . . ., Why Bangla Desh, o. O., o. J. (1971), S. 2 f. Sie lautet: „1) Die Verfassung soll in der Verwirklichung der Lahore-Resolution föderalistisch sein, und die parlamentarische Form der Regierung soll auf einer richtig von allen Erwachsenen gewählten Legislative basieren. 2) Die Zentralregierung hat nur zwei Kompetenzen: Verteidigungswesen und Auswärtige Angelegenheiten. Alle anderen Bereiche werden den Föderationsstaaten übertragen. 3) Es sollen entweder zwei frei konvertierbare Währungen für die beiden Landesteile geschaffen werden oder e i n e Währung und zwei Staatsbanken, um die Kapitalflucht zwischen den beiden Landesteilen zu verhindern." Punkt 4 ist völlig identisch mit dem gleichen Punkt im Text. „5) Die ökonomischen Paritäten zwischen den beiden Landesteilen sollen durch eine Reihe ökonomischer, finanzieller und juristischer Reformen aufgehoben werden. 6) In Ostpakistan müssen ein Heer oder paramilitärische Truppen geschaffen werden, da es zur Zeit über keine Streitkräfte verfügt." Die Unterschiede zwischen diesen beiden Programmen scheinen aus der Tatsache herzurühren, daß ersteres aus dem Jahre 1966 stammt und das zweite die Wahlkampfplattform ist.

In den Kämpfen der Arbeiter, Bauern und Studenten im Jahre 1968/69 hatte dieses Programm bereits große Bedeutung. Dieser Kampf führte schließlich am 21. Februar 1969 zum Rücktritt Ayub Khans. Der Oberkommandierende der Armee, Yahya Khan, übernahm die Macht. Am 25. März 1969 verkündete er das Kriegsrecht und konnte so „Ruhe und Ordnung" wiederherstellen. Gleichzeitig kündigte er aber auch Wahlen für den 5. Oktober 1970 an. Diese Wahlen mußten infolge der Flutkatastrophe in Ostpakistan auf den 7. Dezember verschoben werden. Dabei gewann die Awami-Liga in der Nationalversammlung 167 Sitze (insgesamt waren 313 zu vergeben). Während die Awami-Liga damit nur zwei der in Ostpakistan zu vergebenden Sitze nicht gewann, gewann in Westpakistan die Partei des ehemaligen Außenministers Bhutto die Mehrheit der Sitze (84) — allerdings nicht in ganz Westpakistan, sondern nur in zwei Provinzen, so daß nicht gesagt werden kann, Bhutto vertrete Westpakistan.

Die Awami-Liga hatte ihren Wahlkampf auf der Basis des 6-Punkte-Programms geführt und außerdem noch eine Reihe zusätzlicher Forderungen erhoben. Die wichtigsten davon sind: Eliminierung der Monopole und Kartelle, Einführung einer progressiven Besteuerung und einer Sondersteuer für Luxuskonsum, Förderung der Klein- und Mittelbetriebe des Textil- und Eisenwarensektors, Schaffung von Kooperationen, Nationalisierung des Jutehandels, Schaffung stabiler Preise für landwirtschaftliche Produkte, Zerschlagung des feudalen Großgrundbesitzes, Senkung der Pachten, Schaffung kostenlosen Schulunterrichts für alle Kinder innerhalb von fünf Jahren, Gewährung des Streikrechts und des Rechts auf Gewerkschaften für die Arbeiter, Anhebung der Löhne, sofortiger Austritt aus der SEATO und der CENTO sowie aus allen anderen Militärpakten [33]). Auch dieses Programm zeigt ganz klar, daß die Awami-Liga keine nationalistische, sondern eine demokratische und fortschrittliche Partei ist, die im wesentlichen die Interessen der Kleinbourgeoisie, aber auch der Arbeiter und Bauern vertritt.

Die erste Sitzung der neuen Nationalversammlung sollte am 3. März 1971 stattfinden. Plötzlich weigerte Bhutto sich aber, mit Rahaman auf der Grundlage des 6-Punkte-Programms zu verhandeln, und verlangte eine Verschiebung des Termins. Daraufhin rief die Awami-Liga zu einem friedlichen Generalstreik für die Zeit vom 3.—6. März auf, um gegen die Verschleppung zu protestieren. In seinem Aufruf warnte Mujibur Rahaman davor, Gewalt anzuwenden, da dies nur im Interesse von Agents provocateurs wäre und der Sache des Volkes schaden würde [34]). Die Zentralregierung aber setzte die Armee gegen die streikenden Arbeiter ein, und es wurden rund 300 Menschen getötet [35]). Inzwischen gab Yahya Khan bekannt, daß er die Nationalversammlung für den 25. März einberufen habe. Einen Tag später, am 7. März, sprach Rahaman in Dacca ; dabei entwickelte er einen 4-Punkte-Katalog, nach dessen Annahme seine Partei überlegen werde, ob sie an der Nationalversammlung teilnehme. Er forderte die Übergabe der Macht an die gewählten Volksvertreter, die Aufhebung des Kriegsrechts, den Rückzug der Armee in ihre Quartiere und eine Untersuchung über die Massenerschießungen. Außerdem forderte er die Bevölkerung auf, vom 8. März angefangen eine friedliche „Bewegung der Nichtzusammenarbeit" gegen Regierung und Armee durchzuführen, bis diese vier Punkte verwirklicht worden seien [36]).

---

33) Zit. nach einer Rundfunkrede von Mujibur Rahaman am 28. 10. 1970. Abgedruckt in: Case for Bangla Desh, op. cit., S. 17—24.
34) Zit. nach Why Bangla Desh, op. cit., S. 16.
35) Ebd., S. 46, und internationale und westdeutsche Presse der ersten Märzwoche.
36) Letter . . ., op. cit., S. 15.

Daraufhin eskalieren sich die Ereignisse. Khan führt zwar noch bis zum 25. März Gespräche mit Rahaman, es wird dabei aber schon deutlich, daß er an einer politischen Lösung des Konflikts kein Interesse hat und das Problem mit Waffengewalt lösen will. Am 25. März schließlich bricht der offene Krieg aus. Daraufhin entschließen sich die politischen Führer Ostpakistans, aus den übergelaufenen „East Bengali Rifles" und Freiwilligen eine Befreiungsarmee (Mutki Fouz) zu bilden. Die Zentralregierung verstärkt ihre Truppen, setzt die Luftwaffe ein und verwendet Napalmbomben [37]). Im Mai beginnt der Monsunregen, und die Kampftätigkeit kommt zum Erliegen. Zu diesem Zeitpunkt steht aber bereits fest, daß das Volk von Ostpakistan militärisch besiegt ist. Doch die Perspektiven der Zentralregierung sind nicht günstig: Die gewählten Volksvertreter der Volksrepublik Bangla Desh, die am 17. April proklamiert wurde, verkünden, daß sie den Kampf als Guerillakrieg weiterführen werden. Selbst die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" muß gestehen, daß noch jeden Tag geschossen wird und daß ein Guerillakrieg langfristig das Ende des Staates Pakistan und damit das Ende der Ausbeutung Ostpakistans durch die westpakistanische Bourgeoisie bedeuten würde [38]). Lediglich eine politische Lösung der oben dargestellten Probleme kann wieder Frieden in Pakistan schaffen [39]).

III

Alle hier aufgeführten Fakten lassen einige eindeutige Schlußfolgerungen über Ursachen, Charakter und Ziel des Kampfes der Bevölkerung von Ostpakistan zu, die denen der meisten Zeitungs- und Agenturmeldungen völlig entgegengesetzt sind.

Der Kampf der Bevölkerung von Bangla Desh ist Produkt und Höhepunkt des seit 1948 gegen die herrschende Klasse für Demokratie und nationale Rechte geführten Kampfes.

Das Volk von Bangla Desh hat nie eine sezessionistische Politik betrieben. Aber nachdem die herrschende Klasse sich weigerte, die politischen Forderungen der Awami-Liga zu erfüllen, und mit Polizei und Soldaten gegen das Volk vorging, blieb keine andere Lösung.

Erst nach der Weigerung der Militärjunta, die Staatsgewalt in die Hände der gewählten Volksvertreter zu legen, und nach dem Einsatz des Militärs hat das Volk seinen Kampf für Demokratie und Autonomie auf die Stufe des bewaffneten Kampfes für die Befreiung des Landes gestellt.

Dieser Kampf ist ein sozialer und nationaler Befreiungskampf, in dem 75 Mio. Bengalis gegen die herrschende Klasse der Monopolherren und Großgrundbesitzer kämpfen.

Es ist kein Kampf der Ostpakistani gegen die Westpakistani. Vielmehr unterstützen alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte in Westpakistan diesen Kampf gegen die herrschende Klasse.

Der Kampf wird von der Befreiungsarmee „Mutki Fouz" getragen. Die Propaganda der Militärjunta, daß dieser Kampf von Indien ferngesteuert sei, hat lediglich die Funktion, unter der Bevölkerung Verwirrung zu stiften und die nationalistischen Gefühle aufzupeitschen, um so von den realen Hintergründen abzulenken.

Es ist daher keine Übertreibung oder falsche Einschätzung, wenn gesagt wird, daß die Bedeutung dieses Kampfes in der Tatsache liegt, daß „der Sieg über die Reaktion in Bangla Desh die demokratischen und friedliebenden Kräfte in ganz Südostasien stärken wird" [40]).

---

37) FAZ v. 3. 4. 1971.
38) Klaus Natorp, Geschossen wird fast jeden Tag, Leitartikel der FAZ v. 26. 5. 1971.
39) In diesem Zusammenhang sei noch darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion sofort ihre Dienste zur Herstellung einer politischen Lösung angeboten hat (FAZ v. 5. 4. 1971). Die Militärjunta hat dies abgelehnt. Die VR China hingegen hat sich eindeutig auf die Seite der Reaktion geschlagen und unterstützt die Militärregierung.
40) Letter . . ., op. cit., S. 19.

Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo*)

Von Hans-Dieter Bamberg

I

> *„Die Gesellschaft, in der wir leben, ist von dem Unternehmer geprägt worden." Ein Unternehmer auf dem Wirtschaftstag der CDU, 1965* [1]).
>
> *„Auch hier gilt es wieder, das Irrationale dem Rationalen, dem dialektisch oft Überlegenen, gegenüber durchzusetzen. ... die Sphäre der Wirtschaft ist in hohem Maße irrational." Ein anderer Unternehmer, ebenda* [2]).

Was wir heute „Wirtschaft" nennen, also alles, was mit der Produktion, Verteilung und Verwendung von Gütern und Leistungen zusammenhängt, hat sich — universalgeschichtlich gesehen — erst sehr spät aus mythisch-irrationalen Fesseln lösen können; der Aufstieg des Rationalismus wie des auf der rationalen Kalkulation des zu erwartenden Profits beruhenden Kapitalismus geschahen gleichläufig. Die Entfesselung menschlicher und sachlicher Produktivkräfte, frei von religiösen Vernebelungen und zünftlerischen Bestandsgarantien für „gottgewollte" Stände, hat den materiellen Aufschwung der letzten Jahrhunderte ermöglicht — das wird z. B. nachdrücklich von Marx und Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei" betont.

War vordem der Staat der haushaltende und überwachende Quasi-Vater der Gesellschaft, so änderte sich sein Erscheinungsbild mit dem Durchbruch der kapitalistischen Produktionsweise. Die „Welt der Bedürfnisse" (Hegel) regelte sich in der liberalen Ideologie am besten von selbst (in Wirklichkeit war der liberale Staat immer so „liberal", wie der Schutz der ihm zugehörigen kapitalistischen Produktionsweise es erlaubte), Maximierung aller Privatnutzen ergab das bestmögliche Allgemeinwohl, und selbst in Sphären, die nicht privat zu regeln sind — Rechtsschutz nach innen und außen —, war der Staat strengen Bindungen unterworfen: Freiheit und Eigentum [2a]) der Bürger durften nur in Form von — diese Rechtsgüter nicht wesentlich tangierenden — formellen Gesetzen eingeschränkt werden, die von der Zustimmung ebendieser Bürger abhingen. Hier ist nicht der Ort, um diese interessenbedingte Ideologie zu denunzieren; die zynische Gleichsetzung des minderheitlichen besitzenden und gebildeten Bürgertums mit den zur Freiheit bestimmten Menschen überhaupt, wie sie auch die klassische deutsche Philosophie vertrat, hatte jedenfalls auch insofern am Ende des 19. Jahrhunderts ihre Legitimation verloren, als die immer schon dagewesene „soziale Frage" die herrschenden Klassen deshalb beunruhigte, weil die Ausgebeuteten sich zu einem klassenbewußten Proletariat zu entwickeln begannen. Der ins soziale Geschehen notgedrungen eingreifende Interventionsstaat verdiente seinen Namen aber wegen einer für die Prozesse der Kapitalverwertung noch wesent-

---

*) Zu: Hans-Hermann Hartwich, Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1970, 461 S., Studienausgabe kart. 25,— DM, Ln. 42,— DM.

1) Zitiert nach F. C. Delius, Wir Unternehmer, Westberlin 1966.

2) Ebenda.

2a) Tatsächlich sind diese Begriffe nicht in der bürgerlichen Gesellschaft gleichzeitig zu realisieren, sondern drücken einen ihrer Hauptantagonismen aus. Vgl. Leo Kofler, Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied, Westberlin 1966.

licheren Funktion: den Widersprüchen des vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus sich entwickelnden Privatwirtschaftssystems, dessen Hauptantriebskraft der Profit ist und das sich in imperialistischer Weise ausdehnte, war ohne massive Staatseingriffe nicht mehr beizukommen [3]). Solche Interventionen des kapitalistischen Staates, Sozial-, Gesellschafts-, Struktur- und Konjunkturpolitik genannt, änderten nichts an eben seinem kapitalistischen Charakter: hoheitliche Zwangsgewalt einer Gesellschaft, deren Produktion und Verteilung nach dem privat organisierten Profitsystem gestaltet ist und wo die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals vor den Lebensbedürfnissen der Mehrheit der Menschen rangieren. Anders als früher, hat diese Produktionsweise keine progressive Funktion mehr, weil die Entwicklung der Produktivkräfte die demokratische Gestaltung auch der „Wirtschaft" zuläßt und erfordert. Die Strategie, wie dieses unmenschliche System (systemnotwendig rangieren privat-profitträchtige Bereiche unnützer oder gar schädlicher Art vor solchen, an denen auf kurze Sicht nichts zu verdienen ist, die aber wichtige menschliche Bedürfnisse betreffen; Werbebüros und Waffenproduzenten also vor Gesundheits- [4]) und Umweltschutz, vor Krankenhäusern, Kindergärten und Schulen) zu ändern ist, muß auf einer richtigen Analyse der realen Verhältnisse beruhen,wozu vor allem die korrekte Einschätzung der Funktion des Staates im Monopolkapitalismus gehört.

II

Die Habilitationsschrift Hartwichs liefert dazu einen wichtigen Beitrag. Der Autor untersucht im Hauptteil des Buches die Bundesgesetzgebung von 1949 bis 1961 auf das darin enthaltene Sozialstaatsmodell, das, grob gesprochen, die staatlichen Aktivitäten im sozioökonomischen Bereich zu den Fragen der „Freiheit" und „Gleichheit" umfaßt. Für eine sozialistische Strategie zur Überwindung des Kapitalismus bringt schon die Frage nach der Relevanz von Hartwichs Fragestellung diffizile Probleme mit sich. Die Differenz der Staatsvorstellungen sozialistischer und liberal-sozial-demokratischer Provenienz hat insofern praktische Konsequenzen, als bei Richtigkeit der These von der weitgehenden Determiniertheit der politischen Prozesse durch die Ökonomie [5]) reformistische Politik nur auf kurze Sicht und in bescheidenem Umfang nicht illusionär ist. Zugespitzt ist zu fragen, ob qualitativ und wieweit quantitativ staatliche Eingriffe in Verteilungs- und Zirkulationsprozesse nicht bloß immer das im jeweiligen Aggregat umverteilen, was je Klasse da ist [6]). Trotzdem wirft es — zumal hinsichtlich der Kräfteverhältnisse — bezeichnende Lichter auf „unsere" Gesellschaftsordnung, wenn das objektive Interesse des Gesetzgebers aus seinen eigenen Texten herausgearbeitet wird, wie Hartwich es tut. Von der Sache her ist es freilich einsehbar, daß auf dieser Ebene der Untersuchung das Problem des „objektiven Interesses" nicht zufriedenstellend und das noch relevantere der Zuordnung die-

---

3) Vgl. Peter Heß, Monopole, Staat und das Problem des gesellschaftlichen Fortschritts im gegenwärtigen Kapitalismus, in: Marxistische Blätter, Sonderheft 1/1967, S. 17 ff.

4) Bei Vorsorgeuntersuchungen von Krankenkassenpatienten ergab sich, daß Zweidrittel der Werktätigen reif für eine Krankenhausbehandlung waren. Vgl. Frankfurter Rundschau, 14. 4. 1970. Vgl. dazu allgemein Ingrid Fohlmeister, Die Funktion der Medizin im Kapitalismus, Köln 1970. Man muß abgebrüht sein, um es nicht grotesk zu finden, wenn alle drei Staatsgewalten sich extensiv mit dem Problem befassen, ob und wieviele Apotheken (Mittelstand!) da und dort nötig sind oder nicht — während andererseits ein Gericht einem Medikamentenproduzenten (Großkonzern!) der (fahrlässig) eine Menge verkrüppelter Kinder auf dem Gewissen hat (nachdem ihre mögliche Schädlichkeit festgestellt war, verkaufte Chemie-Grünenthal noch Monate Contergan-Tabletten weiter), die Sachnotwendigkeit des scharfen Wettbewerbs mildernd zugute hält. Vgl. Werner Dolph, Contergan oder So geht es auch, in: pardon, Februar 1971, S. 10 f.

5) Vgl. etwa Arthur Rosenberg, Demokratie und Sozialismus, Frankfurt/M. 1962, S. 302, Lenin spricht von der Politik als dem „konzentrierten Ausdruck der Ökonomik". W. I. Lenin, Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis und Bucharins, in: Werke, Bd. 32, S. 73.

6) Vgl. Wolfgang Müller/Christel Neusüß, Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: Sozialistische Politik, Nr. 6/7/1970, S. 4 ff. sowie am empirischen Beispiel Wolfgang Müller, Die Grenzen der Sozialpolitik in der Marktwirtschaft, in: Der CDU-Staat, München 1967 (2. Aufl. Frankfurt/M. 1970).

ses gesetzgeberischen Interesses zu den Trägern der realen sozioökonomischen Prozesse erst recht nicht „gelöst" werden kann. Der Begriff des „Gesetzes" und seiner Funktionen im Kapitalismus müßte dazu aufgearbeitet werden [7]; ferner die Frage, ob überhaupt das staatliche Handeln in der Wirtschaft außerhalb der Gesetze [8] — Subventionen! — nicht wesentlicher ist, und schließlich, inwiefern und wie weit ein entscheidender Spielraum für staatliche Eingriffe in sozioökonomische Prozesse besteht, wenn dieser Staat die Maxime vertritt, der wesentliche Motor der Produktion haben öffentlich nicht kontrollierte private Investitionsentscheidungen zu sein [9].

Was die originelle Vorgehensweise in Hartwichs voluminöser Arbeit auszeichnet, ist nicht bloß, daß sich aus dieser empirischen Leistung eine Reihe von fruchtbaren Nachfolgestudien entwickeln kann, sondern besonders, daß sie uns in Umrissen den Interessenhintergrund des westdeutschen Gesetzgebers vorführt — die Herrschenden (bzw. deren Repräsentanten) beim Wort nimmt, akribisch Gesetzentwürfe, Bundestagsprotokolle, Ausschußbereichte und schließlich die Gesetze selber in ihren relevanten Teilen analysiert und dadurch manche Illusionen entlarvt. Den Herrschenden wird ihre eigene Melodie vorgespielt, aber so, daß möglicherweise die Beherrschten darob anfangen, aus der gewünschten Reihe zu tanzen. Dieses Buch gehört in die Hand jedes Sozialkundelehrers und eines jeden, der mit Bildung und Aufklärung im weitesten Sinne zu tun hat. Dazu sollte es verkürzt und verbilligt breiteren Massen des Volkes zeigen, wie die, denen sie ihr Vertrauen geben, schon in der Gesetzgebung damit umspringen, wie sie die Gewichte zwischen Kapitaleignern und Abhängigen, zwischen „Arbeitgebern" und „Arbeitnehmern" (man beachte die auf den Kopf gestellten Begriffe in der herrschenden Sprechweise), zwischen arm und reich zu verteilen pflegen.

III

Hartwich legt zu Anfang seine Hauptthese vor, derzufolge der Sozialstaatsgrundsatz des Grundgesetzes (Art. 20, 28) die politischen Alternativen des Kapitalismus mit Schönheitskorrekturen („sozialer Kapitalismus" [10]) und eines Kapitalismus mit relevanten Veränderungen mit Hilfe des Staates in bezug auf Freiheit und Gleichheit für alle („demokratischer Sozialismus") offenlasse. Inhaltlich seien damit die alternativen Konzepte der Wirtschaftsordnung gekennzeichnet, die die Verteilung (der verkürzte Ansatz, der die wichtigere Produktion kaum reflektiert, wird hier deutlich) von Besitz und Privilegien und die staatliche Verantwortlichkeit für sozioökonomische Prozesse betreffen, „die den tatsächlichen Abhängigkeiten der Industriegesellschaft Rechnung trägt". Auf das eingeschränkte Untersuchungsprogramm bezogen, sind das die Fragen im Umkreis der Begriffe „Eigentum und Wirtschaftsfreiheit" (15). Hartwich erschüttert mit dieser großangelegten Studie den Primat konservativer Sozialstaatsinterpretation;

---

7) *Vgl.* Franz Neumann, *Der Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft*, in: ders., Demokratischer und autoritärer Staat, Frankfurt/M., Wien 1967, S. 31 ff.

8) Bei Hartwich nicht verarbeitet, aber von Interesse sind die einschlägigen Gesetze der Länder sowie supranationale gesetzgleiche oder -ähnliche Regelungen im EWG-Bereich. Im Grunde gehörten auch die Budgetgesetze zur von H. thematisierten Problematik.

9) Hier ist die Frage nach dem wirklichen Souverän. Wenn der Gesetzgeber es nicht ist — und in der folgenden Definition würden nur Satiriker den Bundestag als logisches Subjekt einsetzen —, verlieren Analysen über ihn erheblich an Relevanz: „Souverän ist, wer über die höchste Wirksamkeit der in einer Gesellschaft angewandten wissenschaftlich-technischen Mittel verfügt." F. Deppe/G. Fülberth. Das Parlament — Herrschaftsinstrument oder Kontrollinstanz, in: Ulrich Greiwe (Hrsg.), *Herausforderung an die Zukunft. Die kritische Generation vor der* Jahrtausendwende, München usw. 1970, S. 115. Vgl. auch den Literaturbericht: Heinz Rausch, Parlament in der Krise?, in: Neue politische Literatur, Heft 4/1970, S. 471 ff. Aus dieser Literatur empfehlen wir, gegenüberstellend die fundierte Parlamentarismus-Kritik Agnolis und die nichtsnutzigen Trivialitäten des SPD-„Reformers" Hereth zu lesen.

10) Der Ausdruck ist im wesentlichen identisch mit dem der „sozialen Marktwirtschaft". Vgl. Reinhold Blum, Soziale Marktwirtschaft, Tübingen 1969.

er weist nach, daß auch und gerade andere verfassungsgemäß sind und nicht als verfassungswidrig denunziert werden können.

Noch aus den Länderverfassungen ist ersichtlich, „daß dem deutschen Verfassungsdenken (selbst ihm, H.-D. B) 1947/48 offensichtlich eine Lenkung der Wirtschaft selbstverständlich war" (42). Die Nachzeichnung der Auseinandersetzungen um die Wirtschaftsordnung des nachfaschistischen Deutschland in den Westzonen bis 1948/49 zeigt eine kluge Politik des Kapitals, das sich trotz antikapitalistischer Stimmungen [11]), z. T. mit Hilfe von geschickten, diese Stimmungen aufnehmenden Parolen (man denke an das „Ahlener Programm" der Parteichristen), mit Hilfe der USA, der übriggebliebenen und nicht entmachteten Bürokratie, der Kirchen und schließlich der zumeist phrasendreschenden, aber nicht kampfentschlossenen Gewerkschaften [12]) und Sozialdemokraten seine Position längst gesichert hatte, als die Verfassungsväter des Grundgesetzes ihre Tätigkeit aufnahmen. Besonders lächerlich steht in Hartwichs Schilderung — natürlich nicht nur dort — die SPD da, die — sofern man überhaupt annimmt, sie hätte damals eine sozialistische Politik durchsetzen wollen — zunächst an der Fiktion festhielt, die künftige Wirtschaftsordnung werde in der Verfassung beschlossen, um vorher nichts tun zu müssen, und dann nicht etwa für sozialistische Ziele darin kämpfte, sondern sich damit tröstete, das GG sei ja nur ein provisorisches Organisationsstatut und der gewiß kommende SPD-Gesetzgeber werde schon alles fein sozialdemokratisch gestalten. Ist es schon skandalös genug, daß die Abfassung eines so wichtigen Dokuments wie einer Staatsverfassung einem Gremium von zumeist konservativen, zum Teil im Dienste des NS-Bürokratie ergrauten Juristen überlassen bleibt, so ist es für die Partei, die immerhin einen August Bebel in der Ahnengalerie hat, seltsam, daß für sie der kleinbürgerliche Feuilletonist C. Schmid dort wirkte, dem bis heute wohl nichts ferner lag, als etwas Wesentliches für die Lohnabhängigen zu erkämpfen. Wenn bei ihm das „Soziale" so zum Kaffeegeschwätz verkam, daß er darunter den „Mut" begriff „zu den sozialen Konsequenzen, die sich aus den Postulaten der Demokratie ergeben" (26), braucht man sich nicht zu wundern, daß so etwas von einem Restaurationsideologen aus der Carl-Schmitt-Schule zustimmend übernommen werden konnte (52).

Obwohl der Sozialstaatsgrundsatz abstrakt ins Grundgesetz aufgenommen (und durch Art. 79 III eine Bestandsgarantie erhielt) und durch die Sozialpflichtigkeit des Eigentums (Art. 14), die Sozialisierungsmöglichkeit (Art. 15) und den Kompetenzenkatalog für gesetzgeberische Eingriffe in sozioökonomische Angelegenheiten (Art. 73—75) konkreter gefaßt wurde, war schon bei der Abfassung des GG realistisch Denkenden klar, daß dieses Grundgesetz weniger ein Klassenkompromiß als die Geschäftsgrundlage eines kapitalistischen Staates sein würde [13]). Und das nicht nur auf Grund der realen Verhältnisse und der Interessenlagen der Mehrheit seiner „Väter", die es ohne das Volk konzipierten, und auch nicht nur wegen der normativen Kraft des faktischen Kapitalismus, sondern auch rechtsdogmatisch auf Grund der traditionellen juristischen Interpretationsmuster. Hartwich, der die Konsequenzen seiner Überlegungen unseres Erachtens nicht scharf genug zieht (nicht selten geraten in die nüchterne Analyse restaurativer Entwick-

---

11) Man denke hier nur an die Volksentscheidungen zur Sozialisierung in fast allen Zonen nach 1945. Vgl. Eberhard Schmidt, Die verhinderte Neuordnung, Frankfurt/M. 1970.
12) Vgl. ebd.
13) Durch das Offenlassen des Prinzips der Sozialstruktur „wurde diese Inaktivität des Trägers der provisorischen verfassungsgebenden Gewalt zum Garanten der antidemokratischen und antisozialistischen Restauration". Urs Jaeggi, Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik, Frankfurt/M., Hamburg 1969, S. 94.

lungen gravierende sozialdemokratische Illusionen), zeigt das besonders an der — schon bei Abfassung des GG selbstverständlich voraussehbaren und also erwünschten — juristischen Interpretation der Grundrechte. Traditionell-konservativ nimmt man sich hierbei mit Vorliebe der ausgedehnten „privaten" Rechte der Freiheit und des Eigentums an, worunter dann logischerweise vor allem die „Freiheit" des Gewerbes und des Profitmachens und das Eigentum an Produktionsmitteln im Sinne einer Garantie der privatwirtschaftlichen „Ordnung" verstanden wurde und wird.

Die ungünstige Klassenlage (teils verursacht, teils verstärkt durch den Unwillen der Arbeiterorganisationen, die Lohnabhängigen für ihre Interessen zu mobilisieren) erlaubte es 1948/49 schon nicht mehr, aus dem GG einen Klassenkompromiß zu machen, der auch die Möglichkeit staatlicher Lenkung des Wirtschaftsprozesses vorsah oder ermöglichte. Kabarettreif ist freilich, wie CDU- und SPD-„Volksvertreter" den Handel abschlossen, sich gegenseitig einige Rechte zu tolerieren und sowohl klerikale Sonderrechte wie auch sozialrechtliche Forderungen ins GG aufzunehmen. Charakteristisch ist schon die Gleichsetzung dieser Materien. Noch charakteristischer war, wie auch hier die SPD der Geprellte war, als nämlich zwar die Vorzugsrechte der Monopolkirchen ins GG aufgenommen wurden, die Parteichristen sich aber unter für sie bis heute typischen windigen Ausflüchten von ihren Zusagen auf Aufnahme von sozialen Rechten für die große Masse des Volks ins GG distanzierten (38, 48, 366).

IV

Die Untersuchungen Hartwichs zum „cui bono" der Gesetzgebung von 1949 bis 1961 beginnen mit den Gesetzen zur wirtschaftlichen Entfaltung des einzelnen und der Gruppen, wobei das Hervorstechendste ist, daß sich der Gesetzgeber kaum für die Mehrheit der abhängigen „Arbeitnehmer", dafür aber intensiv mit dem Wohl der „freien" Berufe und des Mittelstandes befaßte. Erstere (z. B. Ärzte) wurden in enger Anlehnung an NS-Rechtsentwicklungen per Gesetz durch Berufsordnungen u. ä. aus der Ebene banaler und interessebedingter wirtschaftlicher Tätigkeiten zu für das Wohl des Ganzen wichtigen Ständen hochideologisiert [13a]); letztere in oft archaisch-krauser Terminologie (im Handwerk etwa sei nicht das Kapital, sondern die fachliche Tüchtigkeit maßgebend (132)) zu Zünften stilisiert. Der „Mittelstand" wurde den Gesetzestexten zufolge vor dem Wettbewerb geschützt, der ansonsten das Lebenselixier dieser Gesellschaft sein soll. Bei „schrankenloser Gewerbefreiheit" würde etwa der Einzelhandel laut Bundesgesetzgeber ein „Versuchsfeld für gescheiterte Existenzen und für unlautere Elemente" (134). In Konsequenz dessen ist anzunehmen, daß die Industrie also immer schon von Gaunern und Lumpen durchsetzt war und daß unlautere Elemente uns nach Aufsaugung der meisten kleinen Lebensmittelläden durch wettbewerbstüchtige Warenhauskonzerne nun auch beim Lebensmittelkauf betrügen. Die Groteske liegt hier allerdings tiefer als in einer simplen Interessenkaschierung, welchen Punkt Hartwich überbetont: selbst die Ideologie ist noch erlogen, die dem Mittelstand einerseits verbal den Hof macht, andererseits sich mit seiner fortschreitenden Entmachtung durch Oligopole und Monopole gut verträgt [14]), welche Entwicklung ebenfalls vom Gesetzgeber zugelassen und forciert

---

[13a]) Zu den Folgen dieser Feudalisierung vgl. Christian Schütze, Beim Arzt in Stadt und Land, in: Süddeutsche Zeitung, 23. 12. 1970, sowie den Leserbrief von A. Schlodt, in: ebd., 23./24. 1. 1971.

[14]) Eine Übersicht über den Konzentrationsprozeß bei Jörg Huffschmid, Die Politik des Kapitals, Frankfurt/M. 1970. Im Lebensmittelhandel sind bereits 70 Prozent aller Geschäfte SB-Läden, meist von Warenhausketten. Vgl. Frankfurter Rundschau, 3. 6. 1970. In Westberlin schließen täglich fast drei Handwerksbetriebe. Vgl. Die Wahrheit, Westberlin, 26. 8. 1970.

wurde. Gerade die Parallelen, die Hartwich von der NS-[15]) zur Bonner Mittelstandspolitik zieht, erhellen,daß mittelständischer Antikapitalismus in Worten keinesfalls unvereinbar ist mit ausgeprägter Interessenpolitik des Staates zugunsten der Großwirtschaft. Eine gewisse gesellschaftliche und ökonomische Privilegierung einer Schicht, die gemeinhin als staatstragend, da konservativ, zufrieden und aufstiegsorientiert, bezeichnet wird, schließt das nicht aus. Trotz auch vorhandenen, aber wegen der Konzentrationsbewegungen nicht so relevanten Begünstigungen des selbständigen Mittelstandes, dem die steuerzahlende „Allgemeinheit" die gesetzlichen Sozialleistungen an seine Lohnabhängigen z. T. bezahlt, ist diese Schicht von der Selbständigkeit immer mehr zur Unselbständigkeit tendierend (auch wenn die juristische Fiktion einen völlig abhängigen Zulieferbetrieb noch als „selbständig" bezeichnet). Den abhängig Werdenden ist zusammen mit dem traditionell nicht produktiven Mittelstand gemeinsam, daß ihr stolz gehütetes Eigentum kaum noch relevantes Produktivkapital ist, sondern sich in Gebrauchseigentum (Eigenheim) und Statussymbolen (Beamte mit Karrieremöglichkeit; etwa vom „Regierungsapotheker" zum „Oberregierungsapotheker") erschöpft. Die vom Gesetzgeber forcierten Differenzierungen — bei den Beamten erhöhte sich z. B. zwischen 1957 und 1965 die Differenz der Abstände zwischen den Besoldungsgruppen A 1 und B 11 um nicht weniger als 43 Prozent — und Abgrenzungen mittelständischer Berufe bestätigen ein konservatives Milieu-Bewußtsein, das sich aus Eigentums- und Aufstiegsideologie und einem beträchtlichen Maß von Dünkelhaftigkeit zusammensetzt und so die Herausbildung eines kollektiven Klassenbewußtseins aller Abhängigen verhindert [15a]).

Das Berufsbeamtentum wurde bekanntlich in den Westzonen und der BRD tradiert; dankbarerweise blieb es bis heute zum übergroßen Teil Stütze der restaurativen Tendenzen des Obrigkeitsstaates [16]). 1950 befand man beim Bundesgesetzgeber gar, das NS-Beamtengesetz brauche man nur von seiner „Schlacke" zu reinigen, damit es wieder brauchbar werde (147). Zur gleichen Zeit lehnte man es dort ausdrücklich ab, die Beamten auf das Eintreten „für die Festigung und Vertiefung des demokratischen Gedankens" festzulegen, weil das eine unerwünschte Politisierung fördern würde (147). Politisierung von rechts kam allerdings weiter gelegen; die Art. 33 und 131 GG [17]) kodifizierten das.

Der Ordnung der abhängigen Arbeit widmet das Buch ganze 18 Seiten, womit keine Kritik am Verfasser gemeint ist, dem die 80 Prozent des Volkes, die abhängig sind [18]), wichtiger sind als die kleine radikale Minderheit von Kapitaleignern, um die sich auch in den Gesetzen das meiste in diesem Staat dreht. Da nach dem herrschenden Sozialstaatsmodell einschließlich Wirklichkeit Freiheit zuvörderst die Freiheit zum Profitmachen bedeutet und ein rechter Mann nur der ist, der ernstzunehmendes Eigentum hat, kann für die den Reichtum der Gesellschaft Erzeugenden nur ein Objektdasein als Kulisse eingeräumt sein. Die Abhängigen sind nur in gemeinsamer Solidarität fähig, sich zu behaupten, ihre Lage zu erkennen und zu verbessern; in Ansehung dessen hat ihre angebliche

---

15) War die ökonomische Macht des Mittelstandes in Deutschland schon vor 1933 nicht gerade groß (vgl. Emil Grünberg, Der Mittelstand in der kapitalistischen Gesellschaft, Leipzig 1932), so nahm von 1933 bis 1939 die Zahl der „Selbständigen" noch um fast 10 Prozent ab. Nach Fritz Behrens, Produktive Arbeit und technische Intelligenz, Raubdruck, Westberlin o. J. (1970), S. 102 f.

15a) Vgl. Siegfried Braun/Jochen Fuhrmann, Angestelltenmentalität, Neuwied, Westberlin 1970.

16) Vgl. W. Zapf, Wandlungen der deutschen Elite, 2. Aufl., München 1966; Günter Hartfiel, Die öffentliche Verwaltung zwischen technischem Fortschritt und sozialem Wandel, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Bd. 15 (1970). Zur Ineffektivität des Beamtenapparats vgl. Frieder Lauxmann, Die kranke Hierarchie, Stuttgart 1971.

17) Vgl. Hartfiel/Sedatis/Claessens, Beamte und Angestellte in der Verwaltungspyramide, Westberlin 1964.

18) Es ist nicht unwichtig, sich vor Augen zu halten, daß in diesem Staat 13 Prozent der Gesamtbevölkerung als Armutspopulation anzusehen sind. Vgl. Wolfgang Müller, Armut in der Wohlstandsgesellschaft, in: „Blätter", H. 2/1969.

Repräsentation im Parlament die Rolle der Gewerkschaften so eingeschränkt, daß z. B. der Betriebsrat nicht viel mehr als eine Art von Schülermitverwaltung darstellen und sogar als funktional wichtiger „Puffer" zwischen Unternehmer und Belegschaft fungieren soll (158) [19]). Hartwich unterstreicht, wie illusorisch die Tarifautonomie [19a]) ist, wenn der (der Intention nach demokratische) Staat nicht die Wirtschaft regelt und die Lohnabhägigen dem — vor allem aus Investitionsentscheidungen der Gegenseite resultierenden — Auf und Ab der Konjunktur mit zeitweiliger Arbeitslosigkeit ausgeliefert sind. Die Arbeitslosenversicherung enthält einen besonderen Gag: von den von den abhängig Beschäftigten hierfür gezahlten Geldern finanziert der Staat den Unternehmern zugutekommende Leistungen (Berufsberatung, Lehrstellenvermittlung), während er andererseits noch für diese „Leistungen" das Subsidiaritätsprinzip aus der scholastischen Rumpelkammer klaubt, so daß die Gelder dafür der staatlichen Fürsorge gleichkommen (164).

Kinder- und Jugendschutz hat der christliche Gesetzgeber vor allem in „moralischer" Hinsicht und nicht in bezug auf Jugendrechte gegen Ausbeutung und für menschliche Behandlung im Arbeitsprozeß durchgesetzt, was den Vorteil hat, nichts zu kosten und keine reichen Leute zu verärgern. Dafür erlaubte er in Familienhaushalten und in der Landwirtschaft sogar noch Kinderarbeit (168) [20]).
Ein solch feiner Staat, der die Privatinitiative Besitzender über alles schätzt und schützt, ist so liberal, sich, wo er kann, zugunsten der wirklich Herrschenden aus dem gesellschaftlichen Leben zurückzuziehen. Nicht, um der Macht des Volkes zu weichen, sondern um Interessenvertretungen wie Industrie- und Handelskammern u. ä. hoheitliche Aufgaben (z. B. des Ausbildungs- und Prüfungswesens) erledigen zu lassen. Wie man so den Bock zum Gärtner machen kann, müßte ebensolches Erstaunen hervorrufen wie die Tatsache, daß in diesen Kammern die Mehrheit der wirklich betroffenen Lohnabhängigen nur kümmerlich und machtlos vertreten ist. Auch bei der staatlichen Bürokratie selbst geht es stramm nach dem Führerprinzip zu. Immerhin kennt das Personalvertretungsgesetz das interessante Zugeständnis an den Personalrat, daß er seine Zustimmung zu etwas verweigern darf, was gegen ein Gesetz verstößt (179). Hartwichs Feststellung, daß der Gesetzgeber es darauf angelegt habe, schichtenspezifische Besonderheiten ausdrücklich zu begünstigen und damit tendenziell den Gleichheitsgrundsatz des GG zu verletzen (178), könnte man zu der prägnanteren des autoritär-profitablen Kastenstaates erweitern, in dem durch mannigfache Vorkehrungen Sorge dafür getragen ist, daß die Abhängigen nicht zu kollektiver Solidarität und schon gar nicht zu Einfluß kommen. Das Betriebsverfassungsgesetz atmet denn auch soviel faschistisch-betriebsgemeinschaftlichen Geist, daß man sich nicht wundert, daß der Gesetzgeber mangels substantieller Rechte auch hier die Selbstverständlichkeit hereingeschrieben hat, der Betriebsrat könne seine Zustimmung zu Neueinstellungen verweigern, wenn das gesetzlichen Bestimmungen widerspricht

---

19) Der in Hartwichs Buch ausführlich zu Wort kommende Notstandsstratege Benda hält den aus der faschistischen Betriebsgemeinschaftsideologie stammenden Paragraphen 49 des Betriebsverfassungsgesetzes (Friedenspflicht!) für den Angelpunkt dieses Gesetzes. Vgl. zu diesem Sozialstaatsgegner in Theorie und Praxis Gerhard Haney, Ernst Benda und der „soziale Staat", in: Staat und Recht, H. 10/11/1969, S. 1744 ff.; Friedhelm Baukloh, Ernst Benda — Theoretiker und Praktiker des Obrigkeitsstaates, in: „Blätter", H. 5/1968, S. 436 ff. Vgl. zur „Puffer"-Funktion auch Der Spiegel, 25. 1. 1971, S. 32 ff.

19a) Die Unternehmer schätzen sie ohnehin nur, solange sie ihnen nützt. Vgl. das Zitat bei Heinz Schäfer, Die Lohnpolitik als wichtiger ökonomischer und politischer Hebel im Kampf um eine demokratische Erneuerung, in: Marxistische Blätter, H. 1/1971, S. 50. Vgl. zum Problem ausführlich: Institut für Sozialforschung (Frankfurt/M.), Zwischenbericht über den Stand der Arbeiten am Forschungsprojekt „Die Funktion der Gewerkschaften im Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands", März 1969, hrsg. vom Redaktionskollektiv „rote texte", o. O., o. J. (1971), bes. S. 70 ff.

20) In Bayern gibt es darüber hinaus noch Kinderarbeit von 12- und 13jährigen. Vgl. Die Wahrheit, 20. 1. 1971, S. 5. Die BRD fängt klug schon früh mit der Klassendifferenzierung an. Während sie für jeden Gymnasiasten pro Jahr 1200,— DM ausgibt, sind es für jeden Lehrling 75,— DM. Vgl. konkret, 28. 1. 1971, S. 40.

(182 f.). Im übrigen aber ist Mitbestimmung der vielen Produzenten (hier sind die wirklichen gemeint!) laut der Bürgerblockskoalition von 1952 unverträglich mit der „sozialen Marktwirtschaft" der wenigen Kapitalisten, die sonst wohl die Lust zur „erforderlichen freien Unternehmerinitiative" verlieren würden (183) [21]). Wo die Abhängigen sich nicht einschüchtern ließen, retteten sie etwas mehr, die Montanmitbestimmung nämlich. Zum Glück für die Unternehmer konstatiert Hartwich, die Praxis zeige, daß auch erweiterte Rechte gegen ihren Sinn zu Integrationsfunktionen degenerieren können (185, 187) [21a]).

V

Im Mittelpunkt von Hartwichs Unternehmen steht das „Privateigentum im Sozialstaatsmodell des Bundesgesetzgebers" (188 ff.), was der Realität entspricht, die allerdings zur Verdummung der Massen mit der Phrase überdeckt wird, hier stehe der Mensch im Mittelpunkt. Einerseits ist die Sphäre des Eigentums „privat" in dem Sinne, daß der Eigentümer (und Unternehmer) damit (und in seinem Unternehmen) weitgehend machen kann, was er will. Andererseits ist diese Sphäre „politisch", wenn es um Staatssubventionen, Exporterleichterungen, notwendige Infrastrukturfinanzierungen dafür, kurz um Kostensozialisierung geht, und schließlich auch, wenn der Staat zum Garanten des „freien" Profitmachens gegen soziale und Mitbestimmungsforderungen der Lohnabhängigen wird. Hartwich, der entschieden fragt, warum denn nicht die in der Verfassung programmierten liberalen Ziele der Freiheit und Gleichheit in diesem Staat verwirklicht sind, attackiert heftig die konservative Sozialstaatsinterpretation, die die „Freiheit" nur formal sieht und daraus gar ein Instrument gegen die Erkämpfung sozialer Gleichheit macht (180 und pass.) [22]). Auch konstatiert er, daß es das Privateigentum an Produktionsmitteln ist, um das sich in der BRD Macht, Einfluß, Sicherheit und Wohlstand drehen (188), und schildert erbittert und erbost, mit wievielen Mitteln der Gesetzgeber den Reichen zu mehr Reichtum verhalf, Volksvermögen verschleuderte und mit leeren Händen dastand, als selbst auch weitsichtige Vertreter der herrschenden Klassen den Zwang zu staatlich forciert zu finanzierenden Infrastrukturmaßnahmen (Bildung, Umweltschutz, Raumordnung) entdeckten. Geradezu kriminell — beurteilbar an den Folgen— war auch die Einbeziehung kleinbürgerlich-muffig-egoistischer Instinkte zum „Eigentum" bei der katastrophalen Wohnungsbaupolitik, die aus ideologischen Gründen [22a]) (verkleidet durch etwa die Phrase der „Entfaltung eines gesunden (!) Familienlebens" (196)) kleine Familienhäuser, aber keine Mietwohnungen subventionierte. (Man stelle sich nur einmal vor, wieviel Platz wir noch für Parks, Erholungsstätten usw. hätten, wenn dieses Ziel konsequent verwirklicht würde!) Darüber braucht

21) Die „Unternehmerinitiative" fühlt sich allerdings schon so sehr durch die Gesetze eingeengt, daß sie sie einfach nicht immer befolgt. Z. B. haben nicht einmal 40 Prozent der in Frage kommenden Betriebe den nach dem BVG obligatorischen Wirtschaftsausschuß. Vgl. Claessens/Klönne/Tschoepe, Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschlang, 4. Aufl., Köln, Düsseldorf 1970, S. 249. Da „unser Strafrecht noch immer die Schalen eines Klassenstrafrechts mit sich schleppt" (Fritz Bauer), ist auch erklärlich, daß die grassierende Wirtschaftskriminalität in der BRD nicht etwa durch ein vernünftiges Wirtschaftsstrafrecht erfolgreich bekämpft, sondern letzteres durch Interessenten, die das „Prinzip der Gewerbefreiheit" beschwören, hintertrieben wird. Vgl. Hans Bilger, Die smarten Verbrecher, in: Frankfurter Rundschau, 9. 1. 1971, S. I; Stern, Nr. 50/1970, S. 168.

21a) Einen die Situation der Lohnabhängigen zutreffender als Hunderte bürgerlicher „Betriebsklima"-Studien beschreibenden Essay „Uber Herrschaft im Betrieb" liefert Balthasar Beelze, in: Das Mitbestimmungsgespräch, H. 3 und 4/1971. Systematisch zum Problem „Mitbestimmung" jetzt: Mitbestimmung als Kampfaufgabe, hrsg. vom IHSF, Köln 1971.

22) Die Attacken derer, die im Betrieb keine Gleichheit und Freiheit und in der Gesellschaft keine Planung wollen, haben sich seit Marx' Zeiten kaum verändert: „Es ist charakteristisch, daß die begeisterten Apologeten des Fabriksystems nichts Ärgeres gegen jede allgemeine Organisation der gesellschaftlichen Arbeit zu sagen wissen, als daß sie die ganze Gesellschaft in eine Fabrik verwandeln würde." Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1968, S. 377.

22a) Marx spricht in den „Klassenkämpfen in Frankreich" (MEW 7, S. 60) von den Kleinbürgern, die „in den Großwürdenträgern des Eigentums die natürlichen Vertreter ihres kleinen Eigentums und . . . kleinen Vorteile fanden".

man sich nicht zu wundern in einem Land, in dem zwar die Produktion gesellschaftlich geschieht, die Gewinne aber privat eingestrichen und die Kosten dafür weitgehend sozialisiert werden; in einem Land, dessen „Volksvertreter" (so nach Hartwichs Berichtszeitraum geschehen) wochenlang unter Berücksichtigung der Meinung von „Fachleuten" um eine Grundrentenerhöhung für Kriegsversehrte von 15 DM (die Rente beträgt dabei ganze 21 DM monatlich für einen 90prozentigen Kriegsversehrten) debattieren, aber mit leichter Hand Milliarden für profitträchtige Vernichtungswissenschaft [23]) und für selbst vom militärischen Standpunkt unvertretbare Waffen wie defekte Starfighter oder Panzer ausgeben.

Die Eigentumsideologie, wenn auch in ihren Konsequenzen von noch so sozialschädlicher Art [24]), ist sich meist selbst genug und braucht keine Begründung — daß die Leute sparen sollen, wird tautologisch mit dem Zweck begründet, „weitere Kreise für den Spargedanken zu gewinnen" (197) [25]). Am besten durch Aktien und Investmentpapiere, wohl um die Ideologie von dem „einen Boot", in dem alle einträchtig sitzen sollen, zu komplettieren. Es versteht sich am Rande, daß gemäß Gesetz bei der Vermögensbildung die „Arbeitnehmer" noch einmal in verschiedene Gruppen aufgeteilt werden und auch, daß selbstverständlich die vermögenswirksamen Leistungen nicht etwa von den Produzenten selbst erarbeitet wurden, sondern vom „Arbeitgeber für den Arbeitnehmer" erbracht werden (199) [26]). Welches Eigentum wirklich etwas zu sagen hat [27]), wird bei Hartwich klar: das große nämlich [28]). Einen Höhepunkt solcher Begünstigung lieferte das Bundesverfassungsgericht, als es den Herauswurf von Kleinaktionären durch Herrn Großaktionär Flick aus einem Unternehmen mit der allgemeinen Handlungsfreiheit des Art. 2 II GG rechtfertigte (202). Die Bindungen solcher „Freiheit" können denn auch staatlicherseits nicht gerade weitgehend sein; die Verfassungsväter hatten nicht umsonst nur vage eine Sozialpflichtigkeit des Eigentums postuliert, die juristisch nicht allgemeinverbindlich konkretisierbar ist. So abstrakt ist gegen die Herrschaft des Eigentums wenig zu machen; ohne substantielle Bindungen kann alles zur Ware werden, selbst der Wohnraum, den der auf dem angeblichen Arbeitnehmerflügel der CDU beheimatete Lücke folgerichtig dem „Spiel" des Marktes auslieferte. Die Apologeten der Herrschenden haben immer treffliche Formulierungen, die zu herrschenden Begriffen und Denkschablonen werden: die vordem ans Totalitäre assoziierte „Zwangswirtschaft" wich der „freien" „Marktwirtschaft". Die Folgen sind bekannt, wenn auch noch zu wenig. Immerhin ist bemerkenswert, daß diese mit falschen Statistiken eingeleitete Politik heute im Ergebnis etwa 800 000 wohnungslose Menschen, 850 000 in Baracken und Dachkammern hausende Familien und Mieten, die oft über ein Drittel des

---

23) Vgl. Rainer Rilling, Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970.

24) Gerade, wo wir das uns immer um einige Jahre voraus seiende Wunderland USA vor Augen haben, ist es z. B. angesichts verstopfter Straßen und zuzeiten schon lebensgefährlicher Smoggefahren (vgl. Frankfurter Rundschau, 11. 1. 1971, S. 18) unbegreiflich, wieso keine leistungsfähigen Nahverkehrsnetze für die Werktätigen gebaut werden, sondern auch noch das für die Gesellschaft schädliche Herumfahren der vielen mit dem eigenen Auto vom Staat prämiiert wird. Vgl. Hubert Habicht, Abkehr vom „Spielzeug der Nation", in: Frankfurter Hefte, Januar 1971, S. 19 ff.; Martin Urban, Münchens guter Ruf — von Autos ruiniert, in: Süddeutsche Zeitung, 30./31. 1. 1971, S. 4.

25) Solche wirren Kreiselspiele leistet sich der Gesetzgeber öfter. Im „Gesetz zur Neuregelung der Absetzungen für Abnutzung bei Gebäuden" (BGBl. I 1964 S. 353) wird die „erwünschte Bildung privaten Eigentums an Grund und Boden" u. a. aus „eigentumspolitischen Gründen" gefolgert.

26) Zur illusorischen „Vermögensbildung" vgl. Achim v. Loesch, Die Grenzen einer breiteren Vermögensbildung, Frankfurt/M. 1965; Wilhelm M. Breuer, Vermögensbildung, in: „Blätter", H. 4/1970, S. 359 ff.; Elmar Altvater, Gewerkschaften und Vermögenspolitik, in: Heidelberger Blätter, 12/13, 1968, S. 61 ff.

27) „Daß der eigentumslose oder eigentumsarme Teil der Bevölkerung aus sozioökonomischen Gründen nie wirklich die Regierungspolitik oder auch nur seine eigenen Lebensbedingungen zu bestimmen vermöchte, ist nicht zu bestreiten." Jaeggi, a.a.O., S. 362.

28) Vgl. bes. Huffschmid, a.a.O.; Karsten Kullmann, Ist eine demokratische oder eine humane kapitalistische Gesellschaft möglich?, in: Herausforderung an die Zukunft, a.a.O., S. 170 ff. In diesem Aufsatz auch schlagende Nachweise für die Demokratiefeindlichkeit „der" Wirtschaft. Vgl. auch Siegbert Kahn, Unternehmer in der Politik, in: Bulletin des Fränkischen Kreises, Nr. 139 (1970), S. 19 f.; E. K., Offene Worte, in: Das Mitbestimmungsgespräch, Nr. 11/1970, S. 194.

Haushaltseinkommens der unteren Einkommensschichten betragen, als Folge hat [29]).

Auch auf dem Gebiet der Einkommensteuerpolitik tat der Gesetzgeber das, was sein Prinzip zu sein scheint: Steuern waren kein Mittel zur Umverteilung oder gar zur gerechteren Verteilung des Produzierten, sondern eines zur Regelung der Konjunktur und zur Konsolidierung des Status quo; auch sie erweiterte die Schere zwischen oben und unten [30]). Hartwich spricht an einer verallgemeinerungsfähigen Stelle vom „Steuerverzicht der Allgemeinheit zugunsten privater Vermögensakkumulation" (231). Illusionen über den Charakter des Staates im staatsmonopolistischen Kapitalismus vergehen, wenn man liest, wie schrankenlos private Vermögensakkumulation staatliche Förderung erhielt [31]), während öffentliche Bedürfnisse nach Gesundheit, Bildung und Erholung auf einem skandalösen Tiefstand befriedigt werden. In einem Steuergesetzentwurf sagte die Bundesregierung — fernab aller Beteuerungen, keine Interessenvertreterin zu sein — ausdrücklich, es gelte das „wirtschaftliche Prinzip", das „Erreichung des höchsten Wirtschaftserfolgs mit geringstem Kosteneinsatz" bedeute (239). „Jeder Dirigismus durchkreuzt die (!) Wirtschaftsgesetze, verfälscht die naturgegebene (!) wirtschaftliche Verhaltensweise" (243), heißt es weiter im Stil eines Orakels, vermischt mit obskurem Sozialdarwinismus [32]). Hartwich scheint zu wohlwollend zu urteilen, wenn er eine solche Programmatik als „unbegreiflich" ansieht und vermutet, sie sei „schlicht verfassungswidrig" (243). Die Politik des Kapitals ist nur für den nicht begreiflich, der ihr Bewegungsgesetz nicht in der Mehrwerterpressung und der Kapitalakkumulation sieht und sich etwas vormacht über weitgehende Entscheidungsspielräume des Staates im kapitalistischen Wirtschaftssystem. Verfassungswidrig, vor allem, was eben das Sozialstaatspostulat betrifft, das darin nicht unter Berücksichtigung des Gleichheitsgrundsatzes zu verwirklichen ist, mag diese Politik sein. Nur eben: die das auch so sehen, sind noch machtlos, und die die Macht haben, sehen das anders.

VI

Als Ergebnis seiner Forschungen stellt Hartwich besonders gesetzgeberische

---

29) Vgl. Dietrich Schwarz/Anselm Weidner, Die soziale Situation Obdachloser, in: Kritische Justiz, H. 4/1970, S. 407. Dazu auch Irene Herzberg, Am Rande der Gesellschaft, in: Frankfurter Rundschau, 1. 8. 1970, S. I. Über makabre Einzelheiten „freier" Wohnungswirtschaft ist täglich Neues zu erfahren. In Düsseldorf soll jetzt — bei 25 000 Wohnungssuchenden — der letztere größere stadteigene innerstädtische Raum auf Wunsch der CDU/FDP-Mehrheit statt für erschwinglichen Wohnungsbau für ein „Kaviar-Getto" für die Hochfinanz zur Verfügung gestellt werden. Vgl. konkret, 30. 12. 1970. Staatliche Stellen zahlen noch Subventionen für menschenunwürdige Behausungen von „Gastarbeitern", die soviel Profit bringen, daß die Baukosten bereits nach fünf (5) Jahren durch die Mieten wieder hereingebracht sind. Vgl. Die Wahrheit, 16./17. 1. 1971, S. 5. Weitere Beispiele: Frankfurter Rundschau, 1. 10. 1969; Der Spiegel, 20. 7. 1970; Die Wahrheit, 28. 3. 1970; Frankfurter Rundschau, 30. 9. 1970; Kapitalismus und Wohnen, hrsg. v. Wohnheimbeirat der Westberliner Wohnheime (1970); vds-press, 30. 10. 1970; Rote Presse Korrespondenz, Westberlin, 6. 11. 1970; ebd., 27. 11. 1970; Heinz Brandt, Heimatrecht à la CSU, in: metall, Nr. 1/1971, S. 14. Selbst der konservative Verfassungsrechtler Leibholz betonte in diesem Zusammenhang die Flexibilität des GG zur größeren sozialen Gerechtigkeit durch staatliche Maßnahmen (vgl. Frankfurter Rundschau, 4. 1. 1971), was ihm gleich einen Verweis des reaktionären Staatsrechtlers Eschenberg einbrachte. Vgl. Die Zeit, 8. 1. 1971; Der Spiegel, 11. 1. 1971. Vgl. auch Werner Pohl, Die Bodenfrage und der Sädtebau, in: Gegenwartskunde, Nr. 4/1970, S. 363 ff.; Gunther Schach, Der Boden für das Häusle, in: Christ und Welt, 22. 1. 1971, S. 15.

30) Vgl. die Angaben bei Leo Brawand, Das ungerechte Wunder, in: Nach 25 Jahren. Eine Deutschland-Bilanz, hrsg. v. Karl Dietrich Bracher, München 1970, S. 91 ff. Zu dem harten Urteil kommt selbst ein CDU-Finanzprofessor. Vgl. Der Spiegel, 18. 1. 1971, S. 48.

31) Vieles ist selbst bei systemimmanenter Betrachtung unbegreiflich wie z. B. die Berechnung von Grundstückssteuern nach dem fiktiven Einheitswert, während Staatsentschädigungen für Grundstücke nach dem viel höheren Verkehrswert abgerechnet werden.

32) Die „freie" und klinisch begründete Initiative der Vermögenden soll sich selbstverständlich überall durchsetzen. „Ziel der Entwicklungshilfe", heißt es unverblümt in der Begründung zum Entwicklungshilfe-Steuergesetz von 1963 (Bundestagsdrucksache IV/1476), „ist der Aufbau gesunder (!) Volkswirtschaften in den Entwicklungsländern und deren harmonische (!) Einfügung in die Weltwirtschaft. Leistungen der privaten Wirtschaft dienen neben den Hilfeleistungen, die von Regierung zu Regierung gegeben werden . . ., in ganz besonderem Maße einem sinnvollen wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer. Unter diesen Leistungen haben die Investitionen privater Unternehmer eine hervorragende Bedeutung."

Einräumung von Privilegien für den Mittelstand und Maßnahmen zur sozialen Integration der Lohnabhängigen heraus. Wie schon erwähnt, haben wir zur ersteren Beurteilung Bedenken anzumelden (auch wenn Gesetzgeber-Ideologie den Wert des Mittelstandes gar klinisch herausputzt: eine „breite Mittelstandsschicht (!) ... bietet die sicherste Grundlage für eine gesunde Entwicklung der Gesellschaftsordnung und der Wirtschaft" (252)). Dem letzteren Urteil schließen wir uns an, wobei wir mit Hartwich die Integration nur in der Ideologie meinen; denn in der Realität der Rechte und Beteiligungen „gehört (die Arbeitnehmerschaft) nicht ... zur Wirtschaft" (264 f.). Das ist auch verständlich, wenn man die herrschenden „Wirtschaftsführer" und Meinungsmacher über „die" Wirtschaft reden hört, bei denen die lohnabhängigen Produzenten allenfalls als Objekte interessant werden, wenn sie streiken oder wenn ihre „Produktivität" erhöht werden soll. Hegel nannte sie feststellend „Pöbel", Marx bedauernd „Menschenkehricht"; die fremdbestimmte Mehrheit sind sie geblieben.

VII

In seinem Schlußteil behandelt Hartwich die gängigen (meist juristischen) Sozialstaatstheorien bzw. -interpretationen. Die von ihm konservativ genannten Autoren spielen den „Rechtsstaat" gegen den „Sozialstaat" aus, weil letzterer die besitzbürgerlichen Bollwerke von (Produktiv-)Eigentum und (Gewerbe-)Freiheit beeinträchtige. Hartwich expliziert nicht den Stellenwert, den der Nachweis, daß nach dem GG ein realer Sozialstaat, u. a. einschließlich partieller Sozialisierung, möglich ist, haben soll. Wir vermuten, daß er dadurch die Diskussion über demokratische Alternativen zur heute herrschenden Sozialstaatsvorstellung, die er ja ausführlich entwickelt, beleben will. Das Bemühen ist löblich; nur müssen da noch andere Mittel eingesetzt werden als die klügere und richtigere Verfassungsinterpretation, wenn sich wirklich etwas ändern soll.

Die juristischen Ideologen des „Rechtsstaates", die diesen Staat und sein Sozialstaatsmodell maßgebend mitgestaltet haben, weisen fast durch die Bank enge Beziehungen zum NS-Unrechtsstaat auf — ob indirekt wie die Juristen aus der Schule des antidemokratischen und faschistischen Staatsrechtlers Carl Schmitt („Der Führer schützt das Recht"), ob direkt wie die seinerzeitigen NS-Propagandisten Nipperdey, Forsthoff, Huber, Grewe usw. usw. Was ist das für ein Staat, der die Türhüter nazistischer Gaskammern hinter Gitter schickt, die Sachwalter des NS-Verbrecherstaates [33]) jedoch die Prinzipien von Freiheit und Gleichheit belangvoll in Forschung, Lehre und Gerichtspraxis interpretieren und ausgestalten läßt? Etwas anderes ist in diesem Zusammenhang zu bemerken: daß es nämlich durchaus kein Zufall, Widerspruch oder eine Konversion ist, wenn etwa Ernst Forsthoff während des „Dritten Reiches" den „totalen Staat" verherrlichte, in Westdeutschland aber den Staat möglichst weitgehend aus dem Bereich des „Sozialen" der kapitalistisch strukturierten Wirtschaft entfernt sehen will. Beides sind historisch unterschiedliche Notwendigkeiten für die Herrschaft des Großkapitals, dessen Bekämpfung der ehemalige Faschist Nipperdey als tonangebender westdeutscher Arbeitsrechtler u. a. dadurch zu kriminalisieren versuchte, daß er die tatsächliche Herrschaftsordnung der „sozialen Marktwirtschaft" mit der im GG vor Angriffen geschützten „verfassungsmäßigen Ordnung" schlicht identifizierte (325) [34]).

---

[33]) Vgl. ausführlich zu diesem Pack Helga Grebing, Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik seit 1945, Habil.-Schrift, Frankfurt/M. 1970.

[34]) N. folgerte auch aus dem Freiheitsgrundrecht des Art. 2 GG das Recht auf die uneingeschränkte Führung des Gewerbebetriebes und daraus die weitgehende Unzulässigkeit eines Streiks. Vgl. dazu Xenia Rajewsky, Arbeitskampfrecht in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1970; Der Spiegel, 1. 2. 1971, S. 46 f.

Die von links kommende Kritik daran, die Hartwich referiert, übernimmt und teilweise radikalisiert, baut im wesentlichen auf der von Hermann Heller in der Weimarer Republik in die wissenschaftliche Diskussion gebrachten Theorie des im Sinne einer realen Demokratie notwendigen Übergangs des liberalen Rechtsstaates in den Sozialstaat auf, der erst die Bedingung wirklicher Freiheit und Gleichheit und die Alternative zum Faschismus sei. Die Teilhaberechte des GG an sozialen Chancen und Erträgnissen der gesellschaftlichen Arbeit (Art. 3; 6; 14 III; 15; 20; 28; 33; 117 GG) werden ausgehend von der sozialen Gleichheit und nicht von bürgerlich-privilegierter „Freiheit" gedeutet [35]). Viel ist in diesem Zusammenhang nicht zu berichten [36]), weil die Konsequenz heute theoretisch einfach wie praktisch schwierig zu verwirklichen ist: die Demokratie müßte dazu auch das Grundelement der bürgerlichen Gesellschaft, das Privateigentum an Produktionsmitteln, zur Disposition der demokratischen Entscheidung stellen.

Wissenschaft allein kann da nicht weiterhelfen, ohne sie wird es allerdings auch nicht gehen. Mit Recht beklagt der Autor den Mangel an relevanten Arbeiten zu wesentlichen gesellschaftlichen Problemen in der politischen Wissenschaft (353), wo alles Mögliche gezählt, gemessen und akribisch beschrieben wird, die Frage des „cui bono" aber nicht sonderlich interessiert (354). Darauf eingehende und den gesellschaftlichen Status quo kritisch transzendierende Forschungen hätten vor allem von einem „anderen Freiheitsbegriff" (361) auszugehen als von dem des privaten Profit machenden und sich im übrigen von der Umwelt absondernden Bürgers. Hartwich sagt nicht präzise, wie sein Freiheitsbegriff lautet. Sein alternatives Sozialstaatsmodell (das „seinen Blick eindeutig auf die werktätige Bevölkerung richtet" (59)) scheint die Organisierung des gesellschaftlichen Lebens einschließlich der Produktion durch die Demokratie der Werktätigen, die erst eine wirkliche wäre, nur so zaghaft anzupeilen, daß man die Möglichkeit deren Durchsetzung gerade nach dem Studium der von Hartwich dargestellten klugen Politik des Kapitals nur mit größter Skepsis einschätzen kann: „Antastung der gegebenen Vermögenssubstanzen und Besitzverhältnisse — und damit Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse gemäß den Zielen eines demokratischen Sozialismus" (54).

Die Illusion liegt unseres Erachtens vor allem darin, daß Hartwich den Staat gleichsam als Gefäß über der Gesellschaft ansieht, das bis jetzt mit kapitalistischem, später aber auch mit sozialdemokratischem Inhalt gefüllt werden könnte [37]), und zwar ohne entscheidende Veränderung der Machtverhältnisse zwischen den Gesellschaftsklassen. (Die Problematik der aktuellen sozialdemokratischen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik sei hier außer acht gelassen — sie würde bei der Fortsetzung von Hartwichs Unrersuchung bis zur Gegenwart im Mittelpunkt stehen. Wahrscheinlich wird sich zeigen, daß durch ihre direkte Vermittlung technokratischer Effizienz der Staat noch mehr vom Sachwalter der gesamten „Wirtschaft" zu dem der stärksten, nämlich der Monopolfraktion der Bourgeoisie, wurde [38]).) Bei Hartwich entsteht der Eindruck, daß Staatsinter-

35) Vgl. dazu besonders die Arbeiten von Wolfgang Abendroth sowie A. Hamann, Das Grundgesetz für die Bundesrepublik, Neuwied, Westberlin 1969; N. Luhmann, Grundrechte als Institut, Westberlin 1965; W. Strzelewicz, Der Kampf um die Menschenrechte, Frankfurt/M. 1968.

36) Auch juristische Kritik von links leidet sehr daran, daß sie zu wenig auf sozialwissenschaftlich zu erforschenden Sachverhalten basiert und somit in ihren Kriterien oft unverbindlich bleibt. Vgl. aber Wolfgang Friedmann, Recht und sozialer Wandel, Frankfurt/M. 1969.

schaft dienen neben den Hilfeleistungen, die von Regierung zu Regierung gegnben werden . . ., in ganz be-

37) Hartwich fällt so teilweise unter Marx Kritik an einem Ökonomen der Smith-Schule: „Vom Standpunkt der juristischen Illusion betrachtet er nicht das Gesetz als Produkt der materiellen Produktionsverhältnisse, sondern umgekehrt die Produktionsverhältnisse als Produkt des Gesetzes. Linguet warf Montesquieus illusorischen ‚Esprit des Lois' mit einem Wort über den Haufen: ‚L'ésprit des lois, c'est la propriété'." Karl Marx, Das Kaiptal, a.a.O., S. 643 f.

38) Vgl. Horst Leps, Materialien zu einer sozialistischen Politik, in: info aktuell, hrsg. vom Bundesbüro des SHB, Bonn, Nr. 13 (1970), S. 1 ff.

ventionen in der Verteilung bisher nur auf Grund der Böswilligkeit der Herrschenden nicht viel änderten. Richtiger wäre unseres Erachtens diese Schlußfolgerung: Wenn die wichtigsten Entscheidungen der materiellen Produktion, nämlich die Investitionsentschlüsse, in privater — bzw. jedenfalls nicht öffentlich kontrollierbarer — Hand bleiben und eine Demokratisierung hier als Politisierung genuin privater Bereiche gedeutet wird, so ist vom Verteilerstaat her nichts Wesentliches zu ändern, wird der Klassenstaat bestehen bleiben und kann allenfalls innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen vom Staat einiges umverteilt werden, aber nicht innerhalb der ganzen Gesellschaft [39]). Denn wenn die Unternehmer keine günstigen Profite mehr erwarten (u. a. auch dann, wenn der Staat „konfiskatorische" Steuern erwägt), dann stagniert „die" Wirtschaft (und der Staat muß mit Mitteln der Allgemeinheit den Unternehmern wieder Spaß am Investieren machen) — und das ist in der Tat keine Ideologie, sondern „Sachnotwendigkeit" [40]).

Strategien zur Überwindung dieses Systems müssen sich aus dem gewissenhaften Studium heutiger Zustände ergeben. Hartwich, ein Reformer, der den theoretischen Liberalismus beim Wort nimmt und mit dem praktizierten „Liberalismus" abrechnet und auch nicht ins Integrationskonzept der SPD paßt, legt dazu eine relevante Arbeit vor. Sie ist es wert, einerseits bis heute weitergeführt, andererseits in vieler Hinsicht ergänzt zu werden, vor allem durch Analysen der den Gesetzen entsprechenden Realität [41]) — hinsichtlich der Voraussetzungen der Gesetze, ihrer Folgen und ihrer Begleitumstände [42]). Interessant für die Beleuchtung des Geisteszustandes der hier Herrschenden — das ist nach der Lektüre von Hartwichs Buch sicher — wäre auch eine Darstellung des Gesellschaftsbildes des Bundesgesetzgebers. Sie würde von einer anderen Seite als von der Interessenanalyse her die Bedeutsamkeit von Parlamentariern zeigen, die ihrem Palaver zufolge keine qualitativen Unterschiede kennen zwischen dem Ritual bei der Behandlung des Lohnfortzahlungsgesetzes und dem Gesetz zur Bekämpfung der Dasselfliege, zwischen Kaugummi- und Sozialversicherungsgesetz. Objektiver Zynismus unterm Mantel der systembedingten „Sachnotwendigkeit" z. B. erhöhter Investivausgaben und zu vermindernder Konsumtivausgaben, womit verschleiert wird, daß wieder einmal auf Kosten der breiten Masse des Volkes die „Konjunktur" eingerenkt wird, würde sich da mit subjektivem mischen: wenn etwa Bundeskanzler Kiesinger einen Brief ans Parlament schreibt (Bundestagsdrucksache IV/1305, S. 27), in dem er schwere Bedenken gegen höhere Zahlungen an Sozialempfänger anmeldet und zugleich (!) es begrüßt, daß man sich weiterhin intensiv um die Verbesserung der Lage dieser Menschen kümmert. Die Analyse würde die Wirklichkeit widerspiegeln, in der Spiegelfechtereien mit absurdem Theater wechseln [42a]); die Frage wäre auch hier die nach der Funktion des Parlamentarismus.

---

39) Vgl. Müller/Neusüß, a.a.O.; Nicos Poulantzas, Pouvoir politique et classes sociales de l'état, Paris 1968. Beide Arbeiten sind sehr skeptisch zur Möglichkeit des Weges zum Sozialismus und auch nur zu einer sozialen Republik auf parlamentarischem Wege. Vgl. auch Jacques Hersh, „Welfare State" and social conflict, in: Monthly Review, November 1970, S. 29 ff., bes. S. 34.

40) „Die Menschen gehorchen der Notwendigkeit der Dinge, das ist der Inbegriff bürgerlicher Vernunft." „Das Verstandeslicht des privaten Warenbesitzers vermag die Verdunkelung des gesellschaftlichen Seins nie zu beheben, so wenig es die Taschenlampen vermochten, mit denen es uns während des Krieges umherzuirren gelang." Alfred Sohn-Rethel, Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theorie der gesellschaftlichen Synthesis, Frankfurt/M. 1970, S. 91, 88.

41) Der beste und gemeinverständlichste Ansatz dazu bei Werner Hofmann, Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft, Reinbek 1969. Ferner müßten die Akkumulationsbedingungen des Kapitals nachgezeichnet und auf dieser Grundlage eine Klassenanalyse geleistet werden. Vgl. zum letzten Problem die Aufsätze von Tjaden-Steinhauer, Tjaden, Jung, Deppe und Lange, in: Das Argument, 61, H. 9/10/1970; Frank Deppe, Das Bewußtsein der Arbeiter, Köln 1971.

42) Für die Zukunft ungemein wichtig ist die Analyse multinationaler Konzerne und der (wahrscheinlich minimalen) Einwirkungsmöglichkeit nationaler Gesetzgebung darauf.

42a) Einblicke in den desolaten und primitiven Bewußtseins- und Informationsstand der „Volksvertreter", die sich mit den angeblich wichtigsten — den „verteidigungspolitischen" — Angelegenheiten befassen, lieferte jüngst Heribert Schatz, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß, Meisenheim 1970.

Wichtig wäre bei einer Weiterführung der Arbeit auch die Unterteilung von Hartwichs zentralem Begriff des „objektiven Interesses" des Gesetzgebers und die Untersuchung der Zuordnung zu den verschiedenen Fraktionen der „Wirtschaft", wozu auch die Entstehungs- und die teilweise an den Durchführungsverordnungen ablesbaren Wirkungsgeschichten der Gesetze einbezogen werden müßten.

Alles das wären weitere Schritte wissenschaftlicher Art zu dem Zustand einer „bewußten gesellschaftlichen Kontrolle und Regelung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses" [43]), bei dem die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen minimalisiert wäre — ein Zustand, der im Ladenschlußgesetz in unfreiwilliger Komik heute schon als allgemein erreicht dargestellt wird. Kriminalisiert wird da nämlich die Regel; Strafe ist angedroht einem jeden, der „eine Person, die durch ein Arbeitsverhältnis von ihm abhängt, ausbeutet" (169).

Zeit als Faktor des Rechtssatzes*)

Von Wilhelm Raimund Beyer

I

Der empirisch gewonnene Satz: „Es gibt keine Ewigkeitsurteile" darf nicht nur den Historiker und den Gesellschaftswissenschaftler beschäftigen. Als Einfangen von *Zeit* in das Denken, und zwar „Zeit" nicht verabsolutiert und auch nicht nur als relativierbares Substrat von „Zeitlichkeit" genommen, sondern eine Einheit des Absoluten und Relativen bildend und damit objektive Existenzsform von Recht darstellend, zwingt der apostrophierte Satz modernem Denken vollkommen neue Züge in der philosophischen Betrachtung von Recht und vor allem im Gewinnen von Korrekturfähigkeit jeglichen Rechtssatzes in der Zeit und als „Zeit" zur wissenschaftlichen Deutung auf.

Seit der Auswertungsmöglichkeit der Ergebnisse der Quantenphysik tritt der Begriff der Zeit in alle Wissenschaftsbereiche mit geradezu epochaler Gewalt ein: für das Recht gewinnen Begriffe wie Verjährung, Ersitzung, clausula rebus sic stantibus, Fristbestimmungen, rechtskräftiger Abschluß, causa finita-Denken neuen Charakter. Jegliches diachronisches Denken verbietet sich für juristische Phänomene, ohne daß damit eine einfache Relativierung von Recht einzutreten braucht. Wie Recht als Bezugspunkt Zeit anzielt, so tendiert auch das Rechtserkenntnis, das selbst Erscheinung von Zeit ist, zu *seiner* Zeit, deren Ausdruck es ist. Hegel nannte alle Elemente des ideologischen Überbaus, vor allem die Philosophie und gerade die Rechtsphilosophie, „Sohn ihrer Zeit". Wir können heute auch sagen: Repräsentant dieser.

Als Beispiele solch zeitnaher „Zeit"-Sicht nennen wir: Die materiellen Verflechtungen, vor allem die ökonomisch faßbaren, haben das Rechtsinstitut der Verjährung, diese formale Seite einer Zeitbeachtung, abgebogen und durch die mate-

---

[43]) Karl Marx, Das Kapital, a.a.O., S. 377.

*) Der Text wurde als Gutachten im Prozeß wegen der Freigabe des KPD-Programms des Jahres 1968 im Verfahren vor dem Landgericht Flensburg am 22.—25. Juni 1971 von den Prozeßvertretern des „Initiativausschusses zur Aufhebung des KPD-Verbots" vorgelegt. Das Gericht lehnte jedoch die Abnahme aller Gutachten ab und hörte auch die anwesenden Sachverständigen nicht. D. Red.

riale Figur der Verwirkung weitestgehend ersetzt. Der Rechtsgedanke der erneuten Rechtsverhandlung längst und angeblich „rechtskräftig" abgeschlossener Verfahren unter anderen zeitlichen Konstellationen nach 1945 bringt Zeit-Sicht zur Geltung. Die ganze Rechtsmaterie der „Wiedergutmachung", der Restitution, muß hier genannt werden [1]). Auch eine Bindungswirkung, die den Entscheidungen des BVerfG eigen ist, weist andere Zeitaspekte auf als das Rechtsinstitut der Rechtskraft. Alle diese Rechtsfiguren belegen eine Auflockerung des Zeitbezugs formaler Natur zugunsten material faßbarer Gestaltung. Das Zeitmoment rückt in die Rechtsfigur und deren Inhalt selbst ein, während es bei den klassischen Ausprägungen nur Folge des Rechtserkenntnisses war.

Wird darüber hinaus Recht als Ausprägung eines Prinzips, eben des Prinzips von Gerechtigkeit geschätzt, so gilt der Satz, den jüngst Chaim Perelman [2]) in die Worte prägte: „Für die Philosophie gibt es keine ‚res judicata' ". Dieser Satz ist antiquiertem Denken unbequem. Auch wer im Gefolge von Machismus, Revisionismus und Wiener Schule mit der Forderung einer „Prozeßökonomie" als spezifische Ausformung des philosophischen Postulats einer Denkökonomie hausieren geht, wird den Satz nicht gerne akzeptieren. Er ist trotzdem richtig, deshalb, weil jeder Rechtssatz nicht nur zeitliche Folgen zeugt, sondern Zeit als Bau-Element und daher wesensmäßig in sich trägt.

Nach der Lehre von Carl Friedrich v. Weizsäcker besteht heute die Möglichkeit, daß der „Begriff der Zeit sich vielleicht einmal als der einende Faktor für alle wissenschaftlichen Theorien erweist" [3]). Die „Logik zeitlicher Aussagen" [4]) konnte sich erst durch die Forschungen der Quantentheorie Rang verschaffen; dieser kann nicht mehr wegdisputiert werden. Materialistische Philosophie greift das Problem vor allem mit dem Terminus „Bewegung"auf [5]). Wenn Recht veränderlich ist, muß auch das Rechtserkenntnis veränderlicher Natur bleiben. Zeit kann hierbei nicht mehr kantisch als Anschauungsform genommen werden. Sie erscheint als Existenzweise alles in Erscheinung Tretenden. Selbst der Staats- und Rechtstheoretiker, der im Gefolge von Nicolai Hartmann und anderen Philosophen ein ideelles „Sein" von Recht annimmt, muß dieses „Sein" als ein *zeitliches* setzen, will er folgerichtig bleiben.

Ein anderer Aspekt: Kybernetik hat keinen Sinn und kann nicht auf unbiologische oder unphysikalische Phänomene übertragen werden, wenn nicht Bewegung und damit Zeit ihre Struktur und deren Ausdeutung nicht nur begrifflich, sondern elementarhaft beherrschen. Das vor allem nominalistische Enumerationen vermittelnde Buch von Eberhard Lange „Zu einer kybernetischen Staatslehre" [6]) versteift sich zu dem unhaltbaren Satz: „Mit der Wahl der Gegenwartsform hebt man die Verfassung über die konkrete Zeit hinaus". Der Autor lenkt aber dann sofort ein und meint, daß die Verfassung „mit der Zeit mitgeht". Diesen doch etwas einfachen Gedanken hatte die Aufklärung konkretisiert. Sie meinte, daß eine Verfassung nicht länger als ein Menschenalter, 30 Jahre, gelten solle. Philosophisch stellt sich der Gedanke: Verfassung ist Ausfluß der Zeit, nicht nur ihrer Geltung nach, sondern ihrem Inhalt nach, ja ihrem Grunde nach.

---

1) S. Wilhelm Raimund Beyer, Wiedergutmachungs-Epochen in Europa, Zeitschrift „Neues Europa", Hannoversch-Münden 1948, Heft 18, S. 25 ff. Derselbe, Die Rechtsfigur der Restitution, in „Schweizerische Juristen-Zeitung", Zürich 1948, Heft 21. Derselbe im Vorwort zum NJW-Fundheft „Wiedergutmachungsrecht", Verlag C. H. Beck, München 1957.
2) In „Über die Gerechtigkeit", deutsche Ausgabe im Verlag C. H. Beck, München 1967, S. 163.
3) In: Die Einheit der Natur, Verlag Hanser. München 1971, S. 163.
4) a.a.O., S. 223.
5) S. vor allem den Abschnitt „Raum und Zeit" im Lenin'schen Werk „Materialismus und Empiriokrixizismus", Lenin Werke 14, 171 ff. In Weiterführung Feuerbachscher Gedanken expliziert hier Lenin, daß Bewegung immer in Raum und Zeit geschieht. Zeit rechnet sohin zur „Wesensbedingung" auch von Recht. Die „Grundform" der Existenz von Recht bildet Zeit — und damit Veränderlichkeit.
6) Verlag Pustet, Salzburg-München 1970, S. 259.

Mit dem Veränderlichkeitskoeffizienten eines „Bedeutungswandels", wie solchen die Weimarer Zeit nach der Lehre von Willibald Apelt ausstehen mußte [7]), kann die Korrektur eines Rechtssatzes aus dem Gesichtspunkt der Immanenz von Zeit im Rechtssatz selbst nicht begründet werden. Der Rechtssatz selbst, der dem „Bedeutungswandel" unterliegen soll, wurzelt normativ in der Zeit und respektiert diese seine Zeitlichkeit als — Zeit.

Die Zeitdimension kann aus keinem Rechtssatz ausgeklammert werden. Es gibt keine „res judicata" im philosophischen Sinne. Auch nicht im historischen Sinn. Selbst der nach formalem Recht unkorrigierbare Rechtssatz stellt sich korrigierbar, dies nicht nur geschichtlich, nicht nur formal, sei es durch prozessuale Modifikation, sondern essentiell, wesensmäßig, strukturmäßig.

Hierfür sei auf ein klassisches Modell hingewiesen, wobei der Hinweis bewußt die Modell-Eigenschaft [8]) dieses Denkelaborats als Beweis ausnützt: die römischrechtliche Figur des postliminiums. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Zusammenbruch des Deutschen Reiches mithilfe dieses Denkmodells klassifiziert und zur Erhärtung des Rechtsstatus Deutschlands fruchtbar gemacht [9]). Selbst eine capitis deminutio (man kann die Lage Deutschlands nach der Kapitulation also fassen; man muß das KPD-Urteil des BVerfG rechtlich ebenso qualifizieren), also die Totalbeseitigung eines Rechtssubjekts, eines Rechtsträgers in seiner Subjekt- und Objekteigenschaft, wird vom postliminium beseitigt, bereinigt, abgetan. Der hegelsche Ausdruck des „Aufhebens" paßt hier nicht vollständig, denn es wird kein dritter, neuer, die bisherigen Rechts-Zustände in sich aufnehmender Status gezeugt oder entwickelt. Der Vorgang muß — ausnahmsweise — einmal adorno-esk gesehen werden: einfache Negation korrigiert einen Fehler und vermittelt die Rückkehr zum Ausgang auf dessen Position. Man muß also postliminium als Rechtsschutz des „Reversus", sei dies nun Odysseus, der aus Kriegsgefangenschaft heimkehrende Römer oder die sich wieder am politischen Leben der BRD aktiv beteiligende politische Partei nach einer vorangegangenen capitis deminutio, werten. Postliminium heißt: Es gibt kein Ewigkeitsurteil, nicht weil die Zeit weitergeht und weitergegangen ist, sondern weil der Ausgangsakt, die Rechtssatz-Zeugung nur ein in zeitlicher Verstrickung verbleibendes Recht setzen konnte.

Irgendwie muß Recht immer korrigierbar sein. Auch ein Rechts-Status, wenn er einmal verloren wurde oder Einbuße erlitt, kann wieder erreicht werden. Sonst wäre ja auch das Moment der Gnade, das Hegel wie Schelling so eminent als „Majestät des Geistes" hervorhoben, undenkbar. Wer Rechtssätze als unkorrigierbar wertet, verleugnet die Möglichkeit von Gnade und setzt sich damit modernem Rechtsdenken gegenüber in Gegensatz. Dieses Zeit-Moment tritt jedoch zu Recht nicht zusätzlich und als ein ihm Fremdes oder nur Beigestelltes hinzu. Es fungiert als eines seiner Wesens-Elemente. Zeit rangiert nicht als Zusatz-Dimension zu Recht. Sie prägt das Wesen desselben mit.

II

So kennen alle modernen Rechtsordnungen das Rechtsintitut der Wiederaufnahme des Verfahrens. Auch das BVerfG hat sich in E 20, 87 diesem übergreifenden

---

7) In: Geschichte der Weimarer Verfassung, Biederstein-Verlag, München 1946, S. 305.
8) Zum Zwecke der Verwendung von Denk-Modellen s.: Wilhelm Raimund Beyer, Das Modell in der juristischen Beweiskette, Referat auf dem Weltkongreß der Rechtsphilosophie, 1971 in Brüssel, abgedruckt im Kongreßbericht der Editions Nauwelaerts, Löwen 1971, S. 431 ff.
9) S.: Wilhelm Raimund Beyer, Das Heimkehrer-Recht, in der Zeitschrift „Neues Europa", Hann.-Münden 1947, Heft 21.

Gedanken gefügt und „den grundlegenden Wandel der Lebensverhältnisse oder der allgemeinen Rechtsauffassung" bedacht. Ein Rechts-Urteil ohne Wiederaufnahme-Möglichkeit des Verfahrens wäre kein Rechts-Satz, ja nicht einmal ein Diktat. Es wäre einfach — unlogisch.

Der Grundsatz der Wiederaufnahme-Möglichkeit des Verfahrens, auch der Verfassungsgerichtsverfahren, wird vom BVerfG in E 22, 329 sanktioniert mit dem Satze: „In diesem Rechtsinstitut wird um des Grundsatzes der materialen Gerechtigkeit willen das Prinzip der Rechtssicherheit durchbrochen." Im übrigen deckt auch Art. 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention diese Chance. Diese Norm sichert ein Verfahren, wie es „in einer demokratischen Gesellschaft üblich" ist. In jeder demokratischen Gesellschaft aber gibt es dieses Rechtsinstitut. Auch die „Weltpakte für Menschenrechte", die in der BRD merkwürdigerweise kaum bekannt sind [10]), die aber bereits am 16. Dezember 1966 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet worden waren, sprechen in Art. 14 Abs. V und VI ausdrücklich dafür, daß jedes Rechtsurteil durch eine zweite Instanz nachprüfbar gestaltet sein muß und daß „neue oder neu bekannt gewordene Tatsachen" auch nach Rechtskraft einer Entscheidung Beachtung finden müssen.

Kelsens Effektivitätsprinzip als Wesenserfordernis des Rechtssatzes, eingefangen in die Lehre von der Wirksamkeit des Rechtssatzes im Abstand zur Geltung der Norm, gründet im gleichen Gedanken des Einbringens von Zeit in Recht. Insbesondere von „geänderter" Zeit, des Wechsels in der Zeit.

Das Zeitproblem wird wichtig bei der Beleuchtung der gegenwärtigen Frage des Rechts-Status der KPD. Es gilt eine grundsätzliche Terminus-Betrachtung: Die KPD ist nicht „verboten", sie ist als verfassungswidrig erklärt. Dieser Begriffsunterschied wird zwar kaum beachtet, ist aber ungemein wichtig [11]). Im Hinblick auf das Zeit-Moment wird er entscheidend. Denn: Verfassungswidrigkeit kann anders behoben werden als ein Verbotsgrund, sie ist Teil der Verfassung, ob als Negativum oder als strukturelles Zeichen, bleibt ausdeutungsfähig. Verfassungswidrigkeit teilt die Zeit-Momente der Verfassung, zu der sie in bezug bleibt. Struktur wie Funktion dieser prägen auch das Gegenstück zur Verfassung, das am besten unter der philosophischen Kategorie des „anti" eingefangen wird. Verfassungswidrigkeit stellt sich begrifflich als Verbundbegriff. Unter dem Zeitaspekt gesehen heißt dies: Die beiden Elemente des Begriffs können sich ändern, sind in Bewegung. Die Verfassung sowohl wie die Anti-Position.

1) Die Verfassung hat sich seit der Antragstellung durch die Regierung (1951) und seit dem Urteil (1956) geändert. Wesentlich. Laut Verzeichnis in der Sammlung „Deutsches Bundesrecht" 29mal.

Nicht aber allein der Normierungsbestand des GG erfuhr Änderung. Die BVerfG-Gesetze (das Parteiengesetz rechnet auch dazu) änderten den politischen Normbestand noch mehr. Die Einführung der Rechtsfigur des Minderheitsvotums funktionierte die Rechtsprechung des BVerfG gerade auf dem politischen Gebiet um. Ja, die Erkenntnisse des BVerfG werden dadurch geradezu umqualifiziert, sie werden nun deutlich selbst ein Politikum und drängen das Juristikum immer mehr zurück. Eine solche Chance des Minderheitsvotums hätten die erkennenden

---

10) Veröffentlicht im „Journal der Internationalen Juristen-Kommission", Genf 1967, Band VIII, No. 1, S. 74.
11) S. hierzu: Wilhelm Raimund Beyer in: „Der Verfassungsrang der verfassungswidrigen Partei", Rundfunkvortrag vom 17. 1. 1965 im Westdeutschen Rundfunk Köln, abgedruckt in „Staat und Recht", 1965, S. 366 ff. Derselbe, Zur Fortgeltung des KPD-Verbotes, in „Marxistische Blätter", 1966, Heft 4, S. 30; derselbe in „Begriffszersetzung im Parteiengesetz", Leserbrief, abgedruckt in „Die Welt", Hamburg, Nummer vom 25. 8. 1968; derselbe, in: Immunität als Privileg?, Luchterhand Verlag, Neuwied 1966, Abschnitt „Probefall KPD", S. 68 ff., u. a.

Richter des KPD-Prozesses, die sich ja jahrelang sträubten, das Urteil zu erlassen, wie der gewiß taugliche Zeuge Heinz Laufer belegt [12]), gezwungen, parteipolitische Farbe zu bekennen. Da die Namen der Dissentierenden publiziert werden müssen, ergeben sich sofort die Namen der Zustimmenden. Die „Öffentlichkeitsaktualisierung", die Peter Häberle in den Entscheidungen des BVerfG nicht genügend ausgeprägt zu erkennen glaubt, so daß er die „Dimension Richter-Gesetz durch die Dimension der Öffentlichkeit erweitert" und „eine normierende Kraft der Öffentlichkeit" auch gegenüber den BVerfG-Erkenntnissen zuläßt [13]), würde in der Bekanntgabe der Namen der eine politische Partei aus dem öffentlichen Leben Ausschaltenden derart ins Rechtsgespräch und in die politische Arena zur Diskussion bringen, daß sich eine vollkommen andere Beurteilung politischer Fälle nicht vermeiden lassen würde. Ein Anonymbleiben der Richter gibt es nun nicht mehr. Die erzpolitische Natur des KPD-Verfahrens hätte Richter, die nicht mehr unter dem Mantel der Anonymität urteilen können, zu vorsichtigerem Denken gezwungen. Auf alle Fälle würde ein Ergebnis bei Namensnennung der zustimmenden und der ablehnenden Richter anders, eben tragfähiger begründet werden.

Das BVerfG hat im KPD-Urteil das für den zeitlichen Fortgang seiner Erkenntnisse bedeutende Thema der Streichung der Abgeordneten-Mandate nicht zu Ende gedacht. Es hat — ohne die Gefahr zu erkennen — ein Rumpf-Parlament geschaffen. Dazu war es nicht befugt. Die Parlamente werden heute vom Volk, vom ganzen Staatsvolk gewählt. Mit diesem Übergriff hat das BVerfG seine Funktion verfehlt. Die geschichtliche Anrüchigkeit aller Rumpfparlamente blieb unbedacht. Allein der Verfassungsgerichtshof des Saarlands hatte am 12. August 1959 den Rechtsgedanken im Parlamentsleben gerettet [14]). Das BVerfG setzte diese Entscheidung, wenn auch mit dem Mantel eines Wegfalls des Rechtsschutzbedürfnisses und des Mangels allgemeinen Interesses zugedeckt, außer Kurs [15]). Allerdings berücksichtigte es zeitliche Konstellationsveränderungen im politischen Leben dabei. Es erscheint wichtig, festzuhalten, daß das BVerfG politische Veränderungen entscheidungserheblich berücksichtigen will.

Das GG erfuhr aber auch insoweit grundlegende Änderungen, als sich die BRD immer stärker in supranationale Institutionen integriert. Die Angleichung an andere Staatlichkeiten setzt eine gewisse Konformität der Glieder voraus [16]). Keine der wichtigen Staatlichkeiten, die an diesen Zusammenschlüssen teilnehmen, hat ihr innenpolitisches Leben mit einem „Verbot" der Kommunistischen Partei befleckt. Frankreich und Italien, Belgien und Holland, ja selbst das „demokratische" Modell, die USA, haben ihre starken kommunistischen Parteien nicht ausgeschaltet. Sie könnten dies auch gar nicht tun. Will nun eine solche integrierte Gemeinschaft Wahlkörperschaften bilden, müssen im Wahlgang die gleichen, konformen Faktoren für die Zulassung wahlfähiger Kandidaten vorhanden sein, sonst bleibt die Benützung des Integrationsbegriffs eine Täuschung [17]).

---

12) In: Verfassungsgerichtsbarkeit und politischer Prozeß, Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen 1968, S. 476: „Ein anderes Beispiel sind die wiederholten Einwirkungsversuche der Bundesregierung, nachdem sie beim BVerfG den Antrag auf Verbot der KPD gestellt hatte. Am 25. 4. 1956 lautete eine Überschrift im Bulletin: Baldige Entscheidung im Verfahren gegen die KPD verlangt . . . Die Sprache, die die Bundesregierung im Umgang mit dem BVerfG pflegte, zeigte, daß die Regierung das Gericht nur als Gehilfe zur Erreichung bestimmter politischer Zwecke ansah."

13) In dem Aufsatz „Gemeinwohljudikatur und Bundesverfassungsgericht", AöR 1970, S. 260 ff., hier S. 291.

14) S.: JZ 1960, 24 ff.

15) BVerfG E 13, 165 ff.

16) Zum Thema der „Kompossibilität" der Teilnehmer an Staatengemeinschaften s.: Wilhelm Raimund Beyer, Prozessuale Chancen einer als verfassungswidrig erklärten politischen Partei, in JZ 1967, S. 747.

17) Über die Fragwürdigkeit der Benützung des Integrationsbegriffs für die westlichen Europäisierungsbestrebungen und die Zeugung supranationaler Institutionen s.: Wilhelm Raimund Beyer, Staatsphilosophie, Verlag Dobbek, München 1959, S. 60 ff.

Kritische Sachbücher

Neuerscheinungen · Neuauflagen · Juni/Juli 71

Dieter Halfmann
Das Konzept der deutschen Rechten
Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß
Kleine Bibliothek Band 14
239 Seiten, DM 9,80

Eine Sammlung von Auszügen und Zitaten aus Reden und Schriften des CSU-Vorsitzenden. Ziele bundesdeutscher Politik? Oder nur der Rechten? Damit sich der Leser ein eigenes Urteil bilden kann, sind die Äußerungen von Strauß übersichtlich nach Sachgebieten und chronologisch angeordnet. Die Dokumentation will warnen vor allen weiteren Zugeständnissen an eine abenteuerliche Politik, die bisher schon zu sozialer Ungerechtigkeit, zu einer Bildungskatastrophe, zu den enormen Rüstungslasten mit ihren Folgen für die Entwicklung des Wirtschaftslebens, zum Auftreten des Neonazismus, zum Abbau der Demokratie und zum Großmachtchauvinismus des Rechtskartells geführt hat. Strauß ist der anerkannte Sprecher der Politik der Stärke. Nahtlos fügen sich seine Äußerungen zu dem gefährlichen Gesamtkonzept, nach dem bei uns Politik gemacht werden darf.

Wilfried von Bredow
Entscheidung des Gewissens
Kriegsdienstverweigerer heute
Kleine Bibliothek Band 15
168 Seiten, DM 9,80

Unveränderte Neuauflage des bewährten Handbuchs für Kriegsdienstverweigerer. Ein klarer und nützlicher Aufbau: Im ersten Teil skizziert Wilfried von Bredow die politische Entwicklung der BRD, im zweiten Teil legen 27 Kriegsdienstverweigerer nacheinander ihre Gründe und Motive dar („Es ist eine ganz eigenartige Erfahrung, die man bei der Lektüre dieses Buches machen kann: Die politischen Argumente überzeugen mehr als die Berufung auf religiösen Glauben. Denn sie sind nachvollziehbar und man kann sie kritisieren. Und in den politischen Gründen wird das größere Engagement sichtbar." Radio Bremen).

Eberhard Czichon
Wer verhalf Hitler zur Macht?
Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik
Kleine Bibliothek Band 16
104 Seiten, DM 9,80

Neuauflage der 1967 erstmals erschienenen Studie. Eberhard Czichon ist durch den Prozeß, den Hermann Josef Abs und die Deutsche Bank gegen sein Buch „Der Bankier und die Macht" (1970) angestrengt haben, international bekannt geworden.

Pahl-Rugenstein

2) Es ergeben sich ferner aus der Möglichkeit einer Änderung des angeblich vorhandenen Gegensatzes zur Verfassung, eben der „Widrigkeit", wichtige Gesichtspunkte. Eine bestimmte Position, auch die Anti-Position, kann aufgegeben werden. Solcher Grundlagenwechsel wird allgemein beachtet: die Kirche kennt die meta-noia, die Medizin die Quarantäne, das Recht Gnade und Bewährung, die Philosophie die Kategorie der Korrektur, die Kybernetik die Rückkopplung, die Informationstheorie die Nullierung usw. Dabei drängt sich in all diesen Vorgängen der Zeit-Aspekt in den Vordergrund. Die Korrektur erfolgt zeitlich später; ihre Möglichkeit (im Status, ja im Modus der Möglichkeit, vielleicht der Wahrscheinlichkeit, juristisch auch im Modus der Fraglichkeit!) wurzelt aber bereits in der Entscheidung selbst. Wer unter das Verdikt einer Verfassungswidrigkeit geraten ist, muß sich nicht nur ausgangsmäßig vor dem Erlaß des Urteils gewehrt haben können; er muß befugt und in der Lage sein, eine Änderung oder Verbesserung oder *Verdeutlichung* seiner (etwa verkannten) Position an neuen Themen klar- und darzulegen. Er muß die neue Position einer zeitlichen Änderung, vor allem die durch die Entwicklung seiner Thesen verdeutlichte Position, bezeugen können.

Das BVerfGG hat in den §§ 39 und 40 (Frage der Verwirkung von Grundrechten) genaue zeitliche Zäsuren gesetzt. Für die Einzelperson, das Individuum, findet der Zeitfaktor Berücksichtigung. Da das GG das Individuum betont hervorkeht und allenthalben als „individualistisch" prädikatisiert wird, kann der Gedanke mithilfe eines argumentum a majore ad minorem auch auf die Verfahren nach § 13 Nr. 2 BVerfGG übertragen werden, ohne den Analogieschluß bemühen zu müssen. Die juristische Person und die politischen Parteien sind im GG unterprivilegiert. Das BVerfG hat durch die Lex specialis-Erklärung des Art. 21 gegenüber dem Grundrecht des Art. 9 diese Unterprivilegierung bewußt und verfassungswidrig verschärft. Denn diese Lex-specialis-These berücksichtigt den systematischen Aufbau des GG nicht. Art. 21 GG *ist* kein Grundrecht und kann vom BVerfG nicht als solches gewertet, also in Relation zu einem Grundrecht mit dessen Verdrängung gebracht werden.

Der mit seinem Anti-Standpunkt Ausgeschlossene kann nicht — wie es die Norm des § 47 BVerfGG durch ausdrückliche Ausschaltung der §§ 39 und 40 in der Entsprechungserklärung handhabt — in individuelle und kollektive Gruppen aufgespalten werden, so daß das Zeitmoment nur einer Kategorie, nicht aber jedem Ausgeschlossenen zusteht. Auf alle Fälle muß sich, das ergibt der Rechtsgedanke und das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, der Ausgeschlossene in die Lage versetzt wissen, zeitliche Veränderungen seiner Position vortragen zu können. Der doppelt Ausgeschlossene, der selbst vom Privileg der §§ 39 und 40 BVerfGG Ausgeschlossene, erst recht.

Für die politische Partei bedeutet dies: Im Status der Verfassungswidrigkeit muß sie Änderungen im Parteiprogramm, neue Positionsbeziehungen, Setzungen neuer Relationen zu anderen Parteien (z. B. Volksfrontprogramme) öffentlich vorlegen können. Sie kann ihre „Widrigkeit" als Zeit-Erscheinung behandeln und beweisen. Denn „Widrigkeit" ist kein Dauerzustand. Das Ur-Erfordernis eines Rechtssatzes lautet: er steht in der Zeit und als Zeit. Eine dauernde Widrigkeit gibt es nicht, weder in der Geschichte noch im Recht oder gar als Recht.

Es gäbe zahlreiche Möglichkeiten für das BVerfG, den Fall KPD wieder aufzurollen [18]). Auch könnte die Bundesregierung durch Rücknahme ihres Antrages

---

[18]) S. Wilhelm Raimund Beyer, Prozessuale Chancen einer als verfassungswidrig erklärten politischen Partei, a.a.O., S. 744 ff.

sofort eine andere Rechtslage schaffen. Denn: Wer sagt denn, daß ein solcher „Antrag" nach § 43 BVerfGG nicht rücknehmbar ist? Wer sagt denn, daß ein solcher Antrag nicht auch über die Entscheidung hinaus vorliegen muß? Mit Analogien zum Strafrecht oder gar zur Privatklage ist dem Verfassungsrecht nicht gedient. Zudem: Das BVerfG hat sich selbst in E 2, 84 die Richtlinie hierfür gesetzt, auf die es immer wieder verwiesen werden muß. Da sagte das BVerfG: „Die Institution des BVerfG und der Umfang der Verfassungsgerichtsbarkeit haben ... kein Vorbild. Die Phantasie des Gesetzgebers kann nicht ausreichen, um alle Möglichkeiten auf diesem Gebiet vorauszusehen ... Der Gesetzgeber hat in dieser Erkenntnis bewußt Raum für die Ausgestaltung des Verfahrens durch die Gerichtspraxis gelassen."

Die Bundesregierung, die derzeit eine sich „Politik der Entspannung" nennende Leitlinie ihres Handelns gesetzt hat, möge die *Phantasie* walten lassen, wenn sie aufgrund der Staats- und Rechtstheorie keine Möglichkeit sieht, den fehlerhaften Zustand zu beheben. Aber: Auch die „Gerichtspraxis" ist ja vom BVerfG zur Beachtung dieser Phantasie aufgerufen.

3) Es hat sich ferner seit 1956 ein weiterer Gesichtspunkt erheblich geändert. Das BVerfG hat zwar nicht die Lehre des Marxismus-Leninismus als solche und als wissenschaftliche Theorie „verurteilt", ein Vorgang, der ja auch kaum im Blick auf geschichtliche Erfahrungen ernst genommen worden wäre. Aber es hat in der Urteilsbegründung immer und immer wieder die Staats- und Rechtstheorie des Marxismus-Leninismus als Beweismittel zugrundegelegt. Die hierbei gezeichnete Theorie erwies sich als vollkommen falsch. Das BVerfG hat aus wenigen, durch Beschlagnahme bei Kommunisten beschafften Büchern, was es ja selbst zugibt [19]), für sich selbst eine Lehre zusammengesetzt, die keineswegs als Marxismus-Leninismus bezeichnet werden kann. Auf dem letzten Kongreß der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Staatsphilosophie im Oktober 1970 in Freiburg [20]) wurde nachgewiesen, daß zahlreiche Zitate der Klassiker des Marxismus-Leninismus verzerrt, ja sogar verstümmelt in die Urteilsbegründung des BVerfG eingingen. Ein solcher Mißgriff wäre heute unmöglich. Denn heute gibt es in der BRD eine Fülle von Original-Literatur der Klassiker des Marxismus-Leninismus. Heute diskutieren diese Originaltexte die Studenten an allen Hochschulen der BRD. Wenn manchmal auch durch Marxologen und Marxianer fehlinterpretiert [21]), wenn vielfach auch bewußt entstellt, so liegen die Texte doch in billiger und allseits greifbarer Ausgabe vor. Zudem veröffentlichen alle Massenmedien heute dauernd Gedanken des Marxismus-Leninismus und setzen sich mit diesen auseinander. Das BVerfG aber hat, als es die Lehren des Marxismus zeichnen wollte, kein einziges Zitat aus dem Hauptwerk, nämlich aus dem „Kapital", zu finden gewußt, was bei dem Zitatreichtum der Urteilsgründe geradezu auffällt.

III

Bei diesem Mangel muß es — das Gerechtigkeitsdenken gebietet es — dem Betroffenen möglich sein, das in der Zwischenzeit gewachsene Allgemeinwissen über diese Lehre auszuwerten und vortragen zu können. Das Prinzip einer „offe-

---

19) BVerfG, E 5107.
20) Das Grundthema war vorgeschrieben mit „Die Staats- und Rechtstheorie des Marxismus". Die Erörterung wurde so vorgenommen, daß alle Fehlzeichnungen im KPD-Urteil diskutiert werden konnten. Die Diskussion dauerte einen ganzen Tag. Mein diesbezügliches Referat liegt noch nicht gedruckt vor.

nen Verfassungsinterpretation" [22]) fordert auch hier sein Recht. Zu einer solchen „offenen Verfassungsinterpretation" aber braucht die KPD die Möglichkeit, ihr wirkliches Programm, ihre Zielsetzung, ihre politische Meinung irgendwie verkünden, der Öffentlichkeit zugänglich machen zu können. Diese mit so großer Verve in die Rechtslehre eingebrachte Institution der „offenen Verfassungsinterpretation" würde zur Farce, wenn ausgerechnet die KPD und die Kommunisten davon erneut ausgeschlossen blieben. Diese „offene Verfassungsinterpretation", dieses dauernde Pulsieren des politischen Lebens in der Öffentlichkeit, nicht etwa in Ministerialbürokratien oder Regierungszimmern, erfolgt aber auch dadurch, daß Rechtsgedanken in Nebenprozessen, Folgeprozessen, Spezialprozessen erneut und diesmal eingehender diskutiert, belegt und mit der in der Zwischenzeit eingetretenen Sach- und Rechtslage konfrontiert und zur Kongruenz gebracht werden.

Das Thema des Einbringens von Zeit in Recht und als Recht vermittelt noch einen anderen interessanten Hinweis. Der naive alltägliche Spruch: Die Zeit geht weiter, trifft auch das BVerfG selbst. Seine Entscheidungen werden andere Begründungen erfordern, als wie solche in den ersten Jahren der BRD zugänglich und tragbar erschienen. Vor allem die Denkbewegungen der BVerfG-Entscheidungen sollten moderner werden. Wenn sich das BVerfG auch nicht allzu häufig mit anderen Meinungen oder mit wissenschaftlicher Literatur kritisch auseinandersetzt, grundsätzlich vorbeigehen an Modernisierungsbestrebungen im Denken kann es nicht — und tut es nicht. Es kommt bei der Verfassungsgerichts-Rechtsprechung ja besonders auf den Denk-*Weg* an. Die letzte Formel, das Erkenntnis, erscheint für die Staats- und Rechtstheorie nicht als vordergründig. Nach Hegel bleibt das „Resultat" sowieso „der nackte Leichnam".

Je länger das BVerfG braucht, das KPD-Urteil zu beseitigen und die von ihm selbst provozierte „Phantasie" walten zu lassen, je länger sich Gerichte im formalen Gehege eines übertriebenen Aspektes der Bindungswirkung der BVerfG-Erkenntnisse und ihrer Begründungen bewegen und das Entscheidungsmonopol des BVerfG überbeanspruchen, desto leichter gerät das BVerfG, da eben „die Zeit weiter geht", in Widersprüche mit sich selbst. Ein solcher, gerade die KPD betreffende und treffende Widerspruch wurde jüngst von Peter Häberle aufgezeigt [23]). Das BVerfG hat die Rolle des Menschen im Rahmen des GG, fast als abstrakte Rolle gezeichnet(!), im KPD-Urteil (E 5, 204/205) vollkommen anders ausgearbeitet als im Abhörurteil. Damit stieß es das Lieblingsthema der Philosophie-, Soziologie-, Politologie- und Anthropologie-Kongresse der westlichen Welt an und brachte einen Hiatus zur Welt. Im Abhörurteil heißt es nun genau umgekehrt zum KPD-Urteil, daß der Mensch „bloßes Objekt" der Regierung sein könne und manchmal sogar sein müsse. Häberle denkt diesen Widerspruch weiter und kommt zu einer Rechtsfigur des „verfassungswidrigen Verfassungsgerichtsurteils", die bereits vor 15 Jahren von der fortschrittlichen Juristenwelt in Weiterbildung der vom BVerfG selbst zugelassenen und apostrophierten „verfassungswidrigen Verfassungsnorm" (BVerfG E 3, 231—235) geprägt worden war. Wenn das BVerfG eine „verfassungswidrige Verfassungsnorm" zuläßt und wenn es selbst die Normen der Verfassung interpretiert, dann muß — jedes Aussagekalkül zwingt zu diesem Schluß — auch eine „verfassungswidrige Verfassungsgerichtsentscheidung" möglich sein.

---

21) S. hierzu: Wilhelm Raimund Beyer, Tendenzen bundesdeutscher Marxbeschäftigung, Verlag Pahl-Rugenstein, Köln 1968.
22) Peter Häberle, a.a.O.
23) In JZ 1971, 145 ff.

Es werden sich solche Widersprüche in den Urteilsbegründungen auch in Hinkunft nicht vermeiden lassen. Denn: Die Zeit geht weiter. Die bestimmte, genau definierbare „Zeit" aber, die im BVerfG-Urteil gegen die KPD Niederschlag fand, ist längst vorbei. Gegenwartsnahes Denken denkt anders als damals. Es wird *für das BVerfG gefährlich, sich in politischen Prozessen zukünftig festzulegen,* wenn es konträre, nicht nur kontradiktorische Widersprüche zum KPD-Urteil vermeiden will. Die KPD aber muß zeigen können und vortragen dürfen, was sie zu diesen neu aufgekommenen Widersprüchen zu sagen vermag.

Zum Schluß eine Stimme, die in der westlichen Welt besonderen Wert hat, weil sie alt ist und von einem religiösen Denker stammt, der vielfach als Pate für zeitnahe philosophische Richtungen ausgedeutet wird: Blaise Pascal. Er sagt: „Ridicule une justice, qu'une rivière brône." Lächerlich ein Rechtsdenken, das der Gerechtigkeit irgendwie eine Grenze setzen will. Eine Behebungsmöglichkeit einer „Widrigkeit" muß daher jedem „Widrigen" zugebilligt werden. Der Zementierungswahn einer angeblichen Dauerwirkung und Ewigkeitserklärung des KPD-Urteils siedelt außerhalb von Recht.

Aufzeichnungen eines Arbeiters

Von Gerd Sowka

Trotz mancher kritischer Untersuchungen in jüngster Zeit über die Lage des Arbeiters im Betrieb und in der Gesellschaft ist in bürgerlichen Kreisen die Auffassung immer noch verbreitet, die Arbeiter seien im Grunde mit ihrer Situation zufrieden. Wie wenig solche Auffassungen der Wirklichkeit entsprechen, äußert sich besonders auffallend darin, daß gerade in den letzten Jahren die Zahl der Streiks zugenommen hat. Parallel dazu ist eine sowohl qualitative wie quantitative Zunahme von kritischer Arbeiterliteratur zu verzeichnen.

Gerd Sowka, 47 Jahre, Arbeiter im Chemie-Großbetrieb Vorwerk & Sohn in Wuppertal, schreibt seit einigen Jahren. Seine Arbeiten wurden bisher nicht veröffentlicht. Lediglich die Volkshochschule in Wuppertal hatte vor einigen Wochen den Mut, Texte von Gerd Sowka im Rahmen einer Broschüre der „Wuppertaler Werkstatt" im „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt" (vgl. „Blätter", Heft 4/70, S. 437) zu veröffentlichen. Aus dieser Publikation drucken wir nachstehend vier Beiträge ab. Gerade die Arbeiten von Gerd Sowka scheinen uns geeignet, die vielfach noch vorhandenen beschönigenden Vorstellungen von der Situation der Arbeiter zu korrigieren. Weitere Beiträge von Gerd Sowka, der inzwischen Repressalien von seiten seiner Werksleitung ausgesetzt ist, veröffentlichen wir in einem der nächsten Hefte der „Blätter". D. Red.

Die Mahnung des Betriebsratsvorsitzenden

Die normale Arbeitszeit beträgt 40 Stunden in der Woche. Hinzu kommen pro Tag 2 und samstags 8 Überstunden. Zusammen 58 Stunden die Woche.

Bei der letzten Betriebsversammlung warnte der Betriebsratsvorsitzende davor, Überstunden zu leisten. „Überstunden machen den Arbeiter kaputt", sagte er.

Ich möchte keine Überstunden machen. Ich möchte gern den Werbeslogan der Gewerkschaft befolgen: „Samstags gehört Vati uns".

Und ich möchte nicht nur samstags meiner Familie gehören, sondern sonntags auch. Aber bei 18 Überstunden in der Woche ist dies nicht möglich. Ich bin so fertig, daß ich sonntags bis zum Mittagessen schlafe. Ich bin so fertig, daß ich nach dem Mittagessen wieder ins Bett gehe oder mich im Wohnzimmer auf die Couch werfe und weiter döse.

Zum Spielen oder zu einer Unterhaltung mit den Kindern kommt es nicht. Im Gegenteil: Wenn die Kinder spielen oder sich unterhalten, verbiete ich es ihnen meist in einem Ton, der mir später leid tut.

„Geht raus ..., spielt draußen", schreie ich meine Kinder wütend an. Hilfesuchend schauen die Augen der Kleinen zu ihrer Mutter. Doch den erhofften Beistand erhalten sie nicht. Müde, ohne ein Wort zu sagen, geht meine Frau in die Küche.

Meine Frau ist Fabrikarbeiterin. Wie gerne würde auch sie jetzt auf der Couch ruhen. Doch sie ist schlimmer dran als ich. Sie hat 2 Berufe. Sie ist Arbeiterin und Hausfrau zugleich. Sie muß die in den Wochentagen liegengebliebene Hausarbeit — samstags und sonntags — nachholen.

„Draußen? Wo sollen wir draußen spielen, Papa?" wagt meine Tochter zu fragen. Ach ja. Das habe ich in meiner Aufregung vergessen.

Ich wohne in einer Siedlung. Zwischen den Häuserreihen sind Grünanlagen. Der Verwalter nennt sie Augenweiden. Damit die Anlagen immer grünen und kein Kind den Rasen betritt, wurden sie eingezäunt. „Betreten des Rasens verboten" — Drohung mit Wohnungskündigung. Über 200 Familien wohnen in der Siedlung. Kein einziger Kinderspielplatz. Eine Siedlung, die überwiegend aus Werkswohnungen besteht und mit dem in steuerlicher Hinsicht ausgenutzten Geld der Fabrikbesitzer gebaut wurde. Ja, wo sollen die Kinder spielen? Übrig bleibt nur die Straße. Doch auf den Dächern der Autos kann man nicht spielen.

„Papi, gehst du mit uns spazieren?" bitten die Kinder. Ich gehe nicht. Ich bin zu müde. Wie ein Magnet hält die Liegestatt meine ausgelaugten Knochen fest.

Manchmal gehe ich spazieren. Dann nehme ich die Kinder nicht mit. Kinder sind laut. Sie rufen und springen umher. Ich habe Kopfschmerzen, will meine Ruhe haben. 58 Stunden lang schreien die Maschinen mit mir. Ich muß meine Ruhe haben.

„Bist selber schuld, ... warum machst du Überstunden? Überstunden sind freiwillig!" Diese Einwände höre ich oft. Doch ich bin im Gruppenakkord. Meine Arbeitskollegen müssen Überstunden machen; mehrere Kinder, eine kranke Frau, eine ältere Mutter, Schulden durch einen Autounfall, die hohe Miete, die Ratenzahlungen jeden Monat für Fernsehapparat, Kühlschrank, Auto und Urlaub, das sind Gründe, die sie zwingen. Und nicht zuletzt die Gastarbeiter, die als Druckmittel gegen uns eingesetzt werden.

Gastarbeiter? Ein heuchlerisches Wort, das von der arbeiterausbeutenden Gesellschaft erdacht wurde. Sklaven sind es, die gleichen Arbeitsklaven wie wir.

Würde ich dem Meister sagen: „Ich mache keine Überstunden, ich komme samstags nicht", die längste Zeit wäre ich in meiner Gruppe gewesen. In eine andere Abteilung käme ich. In eine Abteilung, wo die Arbeit nicht besser, sondern schlechter bezahlt wird. Muckste ich auf, käme ich wieder in eine andere Abtei-

lung, dann wieder und wieder, solange, bis ich am Ende in der Hofkolonne lande. Ich müßte Schnee schippen, Müll wegbringen und Scheißhäuser schrubben. Am Werkstor wird das Recht und die Würde des Arbeiters begraben. So heißt es, und es stimmt. Ich will keine Überstunden machen, doch gegen die Willkür des Sklavenhalters komme ich alleine nicht an. Wir müssen ein Gesetz schaffen, ein Gesetz, das Überstunden verbietet.

Was sagte der Betriebsratsvorsitzende noch? „Überstunden machen den Arbeiter kaputt!"

Der Nachfolger von Walter Fisch

Schlafbenommen greift Pfeifenring nach dem Hörer.

„Nicht mal im Schlaf wird man in Ruhe gelassen", murmelt der alte Mann ärgerlich.

„Hier Pfeifenring, ... was sagen Sie? Schon halb sieben?" Ungläubig schaut er auf die Uhr.

„Tatsächlich ... halb sieben ...! Herr Fisch hat wieder verschlafen. Ich gehe gleich rauf und wecke ihn ... aber ich bitte Sie, es macht doch nichts ... ja, ja... wiederhören." „Die Firma?" fragt seine Frau.

„Ja, das übliche. Herr Fisch schläft noch; die Firma bittet mich, ihn zu wecken."

„Wenn Herr Fisch nicht so ein verdammt feiner Mensch wäre, wegen seines öfteren Verschlafens hätte ich ihm schon lange gekündigt." „Junge Menschen schlafen nun mal gerne", erwidert seine Frau, gähnt und dreht sich auf die andere Seite, um weiterzuschlafen.

„Jung, jung, ... immerhin ist er schon über vierzig", so murrend begibt sich Pfeifenring nach oben, wo Walter Fisch ein Zimmer mit Kochnische bewohnt. Er klopft an die Tür: „Herr Fisch, es ist bereits halb sieben — Sie müssen aufstehen" ...

Keine Antwort. Pfeifenring klopft wieder. „Ihre Firma hat angerufen". Als Walter Fisch abermals nicht antwortet, drückt der alte Mann auf die Türklinke. Die Tür läßt sich öffnen. Mit einem Schrei zuckt er zusammen, ein schreckliches Bild bietet sich ihm: Walter Fisch liegt mit offenen Augen inmitten des Raumes am Boden, den Gasschlauch noch im Mund. Ein Fensterflügel weit geöffnet. Ein Kochlöffel dient als Sperriegel.

Voller Ungeduld wartet man in der Firma auf das Erscheinen des Arbeiters Walter Fisch. Die Firma: ein großes Gummiwerk mit ca. 1200 Beschäftigten. Der Besitz befindet sich noch in privater Hand. Unter anderem werden in diesem Werk Vollgummireifen produziert.

Walter Fisch war in der Reifenwickelei, wo — mittels riesiger Knet- und Kalanderwerke — durch Lagenbeschichtung auf Stahlbänder Vollgummireifen gefertigt werden. Die Stahlbänder haben ein Gewicht bis 60, der gefertigte Reifen bis 150 Kilogramm. Außerdem gibt es Sonderreifen, die das Normalgewicht übersteigen.

In der Wickelei arbeiten pro Schicht 2 Gruppen — im Gruppenakkord. Jede Gruppe besteht aus 3 Mann, dem Vorwärmer, dem Wickler und dem Schneider. Walter Fisch war als Wickler tätig. Schon des öfteren ist er zu spät am Arbeitsplatz erschienen. Im Jahr vielleicht 7 bis 8 mal. Gewöhnlich waren es nur wenige Minuten, doch eine halbe Stunde war auch schon dabei.

In der Meisterbude klingelt das Telefon. Meister Muni meldet sich, am anderen Ende der Betriebsleiter. „Walter Fisch, natürlich ... es ist doch beschlossen worden, dieser Mann soll durch einen anderen ersetzt werden. Wieso ist das noch nicht geschehen?"

„Es war nicht leicht, für die Arbeit den Passenden zu finden. Die Arbeit ist sehr schwer ..."

„Papperlapapp ... für jede Arbeit finden sich welche!"

„Gewiß, Herr Betriebsleiter, wir haben auch einen beschaffen können, den Kowalski, er wird jetzt als Wickler angelernt.

„Anlernzeit bestimmt noch 14 Tage ... Meister Muni!"

„Ja, Herr Betriebsleiter!" Meister Muni spürt, daß der Betriebsleiter ihm was Wichtiges sagen will, denn die Stimme des Vorgesetzten ist plötzlich umgeschlagen — nach einem Räuspern in der Leitung. „Meister Muni, gerade ist mir eine traurige Nachricht überbracht worden. Unser ... so sehr geschätzter Mitarbeiter Walter Fisch hat sich heute nacht das Leben genommen, ... ja, Selbstmord, ... Gasschlauch!"

Meister Muni hatte Mühe, die letzten Worte zu verstehen, so leise und teilnahmsvoll kam es aus dem Hörer. Doch plötzlich schreckte er wieder auf; als sei alles erschütternde Vorangegangene vergessen, schrie die Stimme des Vorgesetzten wieder: „Ja und noch etwas, den Kowalski stellen Sie sofort an die Wickelmaschine, die Produktion muß unter allen Umständen weiterlaufen."

„Aber die Anlernzeit ist noch nicht beendet", wandte Meister Muni ein. Meister Muni wollte weiter hinzufügen, daß die Arbeit an der aus Zahnrädern, Triebriemen, Ketten, Walzen und Messern bestehenden Wickelmaschine ohne die vorgeschriebene Anlernzeit lebensgefährlich ist. Doch Meister Muni kam nicht mehr dazu; der Betriebsleiter, dem das Produzieren wichtiger als Menschenleben ist, legte den Hörer auf.

„He — willst du durcharbeiten?" ruft ärgerlich der Schneider dem Wickler zu.

„Pause?"

„Sicher", antwortet der Schneider.

„Hab die Sirene nicht gehört!"

„Kein Wunder, bei dem Lärm kann man sein eigenes Wort nicht verstehen. Bin jetzt schon ganz fertig, die Kimme dampft wie ein Waschkessel. Wieviel Grad sind es denn?" fragt der Schneider einen vorbeikommenden Kollegen.

„Fünfunddreißig", antwortet dieser.

„Und das vor'm Frühstück — wie soll es erst mittags werden?"

Meister Muni kommt in die Abteilung. „He, Kowalski, nach dem Frühstück wikkelst du alleine — Akkord — versteht sich!"

„Akkord — allein — das schaff ich noch nicht!"

„Ach, es wird schon gehn!" Meister Muni befindet sich jetzt unter den Arbeitern, die ihr Frühstücksbrot auf alten Holzschemeln oder zwischen den Maschinen sitzend verzehren.

„Walter Fisch kommt nicht mehr."

„Wieso", fragen erstaunt einige der Kollegen. Wie eine Bombe schlägt jetzt die

Nachricht vom Tode des Kollegen Walter Fisch ein. Minutenlange Stille. Betroffen sah man sich an. Die Brote schmeckten nicht mehr. Nur langsam und spärlich kam es wieder zum Gespräch — meist waren es dazwischengeworfene, nicht zu Ende gesprochene Sätze.

„Der Walter Fisch . . ."

„So ein feiner Kerl . . ."

„Ja, er war einer der Besten . . ."

„Schon der dritte, der sich in unserer Abteilung das Leben genommen hat."

„Der Manfred, mit Schlaftabletten hat er es gemacht . . ."

„Wegen seiner Frau . . ."

„Mit seinem Bruder soll sie ihn betrogen haben . . ."

„Ja, und der andere hat den Strick genommen . . ."

„Ach, der mit der Glatze . . ., der Schwule . . ."

„Ja, das sagte man von ihm. . ."

„Na, der Walter Fisch soll auch nicht ganz echt gewesen sein."

„War über vierzig, keine Frauenbekanntschaften . . ."

„Ich war mal mit ihm in der Wirtschaft, er stand nur an der Theke, trank pausenlos und starrte die Weiber an. Wir anderen, wir sangen, schunkelten, lachten, küßten und kniffen den Frauen in die Fleischpolster. Ich winkte Walter zu — komm, mach mit — nein, der Walter Fisch stand nur an der Theke, trank pausenlos und starrte die Weiber an."

„Den Walter sollen mal junge Burschen überfallen haben . . ."

„Am Nachhauseweg, in den Anlagen . . ."

„Übel zugerichtet sollen sie ihn haben . . ."

„Sexuell, . . . na, da stimmte was nicht . . ."

„So ein blöder Kerl, so jung sich das Leben nehmen . . ."

„Er hat doch von seinem Vater 36 000 Mark geerbt . . ."

„Der hat doch 'ne Macke gehabt, ich hätte vorher eine Weltreise gemacht . . ."

„Idiotisch, Walter Fisch nimmt sich das Leben, weil er Geld hat, ich möchte mir das Leben nehmen, weil ich keins habe . . ."

„Verdammt — wenn ich mal so weit sein sollte, dann müssen welche mit . . ."

„Ja, hier anfangen, vom Meister aufwärts, alles umlegen . . ."

Schnell hat sich die Betroffenheit über die traurige Nachricht gelegt — ja, sie lästern und witzeln schon wieder. Nur das Ertönen der Sirene, die andeutet, daß die Pause zu Ende ist, unterbricht das Gespräch. Das Lachen verstummt, mit unfrohen Gesichtern gehen die Männer wieder an ihre Arbeit.

Die Hitze steigt ins Unerträgliche. Das Heben der gewickelten Reifen wird immer schwerer. Die Hände noch feuchter. Fest drücken die Arbeiter die schwere Last beim Anheben gegen ihren Bauch, um ein Abrutschen des Reifens zu verhindern. So ein Reifen muß viermal gehoben und mehrere Meter getragen werden. Von der Wickelmaschine zur Waage, nach dem Gewichtablesen zum Schneidbock, vom Schneidbock auf den Transportwagen. Besteht ein Reifen aus zweier-

lei Mischungssorten, verdoppelt sich das Heben des einzelnen Reifens, nur das zu schleppende Gewicht steigt um ein Vierfaches. Diese Reifen mit zweierlei Mischungssorten aber werden in der Mehrzahl produziert.

„Verfluchte Scheiße, du wickelst zu hoch. Wenn du so weitermachst, kannst du die Reifen selber schneiden".

Kowalski versucht den groben Worten des Schneiders durch die Verteidigung zu entgehen, er sei nicht angelernt, es sei nicht seine Schuld, wenn er das Wikkeln noch nicht beherrsche. Trotz der großen Hitze verspürt Kowalski kalten Schweiß auf der Stirn, als er jetzt an die Worte der anderen denkt, die ihm sagten, daß ein Wickler seine Arbeit erst dann beherrsche, wenn er mehrere Jahre an der Wickelmaschine gestanden habe.

„Ach was", reißt der Schneider mit lauter Stimme Kowalskis Gedanken durch. „Gib dir ein bißchen Mühe und träume nicht!"

Kowalski gab sich Mühe, große Mühe sogar. Doch mit der letzten Einwendung hatte der Schneider nicht unrecht. Wenn die Maschine gut lief, es Kowalski erlaubte, nicht prüfenden Blickes hastig hin und her laufen zu müssen, wenn er, verweilend, mit dem Zirkel die Höhe des Reifens abtastete, schienen Kowalskis Gedanken abwesend zu sein. Es war, als träumte Kowalski wirklich. Immer erschien das Bild Walter Fischs vor seinen Augen. Hundertfach, tausendfach. An der Maschine stehen, die Ventile auf- und zudrehen, die Walzen einstellen, Messer schleifen, aus der weichen Knetmasse, überall das Walter-Fisch-Bild, mit seinem blassen Gesicht und den großen, dunklen Augen.

Was sagte Walter Fisch vorgestern in der Mittagspause zu Kowalski? „Du sollst mich als Wickler ablösen!"

Energisch wies Kowalski dieses Ansinnen ab. „Wie ich gehört habe, soll eine Zusatzmaschine eingesetzt werden."

„Nein, nein", hatte Walter Fisch leise, aber mit ruhiger Stimme gesagt, so, als ginge ihn das alles nichts mehr an: „Ich habe es besser gehört. Man will mich abschieben, weil ich zu wenig leiste, auch schon öfter zu spät gekommen bin."

„Was heißt, zu wenig leisten, ... schaffst Du die Einheiten nicht"? fragte Kowalski.

„Doch, doch, meine Einheiten schaffe ich, aber die anderen machen mehr!"

Seltsam — wie seine Augen jetzt ins Leere schauen, als wollten sie Abschied nehmen von dem bedeutungslosen und doch so scheußlichen Geschehen dieser Welt. „Ich habe die Schnauze voll, ... restlos voll. Von dem irrsinnigmachenden Fabriklärm, dem immer schneller werdenden Arbeitstempo, den gereizten Kollegen, idiotischen Vorgesetzten. Jedesmal lache ich, wenn ich in den Zeitungen lese, wir sollten uns in der Freizeit mehr bewegen, weil wir auf Grund der leichteren Arbeitsbedingungen madig und träge werden. Die so schreiben, sollten mal unsere Arbeit machen."

Die Züge Walter Fischs entspannten sich nach diesen Worten. Ein Lächeln erschien auf seinem Gesicht: „Neulich, da war es lustig; während einer Sendung im Fernsehen brachten sie Szenen in einer Fabrikhalle. Riesiger Lärm. Mensch, mach den Fernseher leise — schrien die im Raum Anwesenden. Ich mußte daran denken, wie schön es wäre, wenn wir in der Arbeit auch so einen Knopf hätten und alles leiser stellen könnten. Dann das frühe Aufstehen. Morgens um 5 bin ich aus den Federn. Dabei habe ich es noch gut. Die Auswärtigen, die mit dem Bus

kommen, stehen um 3.30 Uhr auf. Stell dir vor, Tag für Tag, bis zum fünfundsechzigsten Lebensjahr . . .

Wenn ich nur richtig schlafen könnte. Sogar des Nachts läßt mich das Poltern der Walzen nicht ruhen. Die Treibriemen legen sich wie Ketten um meinen Hals. Schweißgebadet, nach Atem ringend, wälze ich mich im Bett umher. Meine Glieder sind wie Blei, wenn ich aufstehen muß . . . Nein, ich habe die Schnauze voll, . . . restlos voll."

Walter Fisch ist ein feiner Kerl, hatte sich Kowalski gesagt. Er bedauerte, als das Ende der Pause das Gespräch beschloß.

„He, der Reifen ist wieder zu hoch", schreit abermals der Schneider.

Erschrocken zuckt Kowalski zusammen. Hastig setzt er die Maschine still. Scheu schaut er um sich. In allen Gesichtern ein Grinsen.

„Den gewickelten Mist kannst du selber schneiden."

Zu der rauhen Stimme des Schneiders gesellt sich die des Vorwärmers. „Den abgeschnittenen Mist schaffst du allein in die Walze zurück, oder glaubst du, wir arbeiten zusätzlich für deine Schlafmützigkeit?"

Wortlos ergreift Kowalski das lange Messer. Mit großer Anstrengung bemüht er sich, die dicke Gummischicht zu durchschneiden und vom Stahlband zu reißen. Mitten in dieser Tätigkeit erscheint der Betriebsleiter.

„Was geht hier vor, . . . warum steht die Maschine still?"

„Aus dem wird nie ein Schneider, der schläft doch", und ärgerlich fügt der Schneider noch hinzu: „Wir haben heute nicht mal das Salz für die Suppe verdient."

Langsam geht der Betriebsleiter auf den jetzt betreten dreinblickenden, doch emsig mit dem Messer hantierenden Wickler zu. Als Kowalski den Mund öffnen will, um zu sagen, daß er neu an der Maschine ist, kommt ihm der Betriebsleiter zuvor.

„Ich weiß schon, was Sie sagen wollen, Kowalski. Daß Sie erst lernen, halte ich Ihnen zugute, . . . aber strengen Sie sich an, Kowalski, . . . Sie sind der Nachfolger von Walter Fisch!"

Was ich dem Vertrauensarzt noch sagen wollte

Vorladung zur vertrauensärztlichen Nachuntersuchung am 6. Januar 1969, gegen 9 Uhr. 1. ärztlichen Befund, wie Röntgenaufnahmen usw. bitte mitbringen . . .

Wir machen Sie höflichst darauf aufmerksam, daß, falls Sie dieser Nachuntersuchung unbegründet fernbleiben, Sie den Anspruch auf Ihre Krankengeldbezüge verlieren.

Montag, dem 6. Januar 1969, gegen 9 Uhr, vertrauensärztliche Dienststelle, II. Etage.

II. Etage . . . Hier Anmeldung . . . Legen Sie die Vorladung und Ihren Krankengeldnachweisschein hier ab, . . . begeben Sie sich in den Warteraum . . . das Mitbringen von Kindern in die Warteräume nicht erlaubt, . . . lautes Unterhalten nicht erlaubt.

Lautloses Warten in stickigen, ungelüfteten Räumen.
Schon beim Betreten dieser Dienststelle hat man das Gefühl, das Menschsein

verloren zu haben. Warum aber auch nicht! Hier bedienen keine Menschen, sondern Maschinen. Bei solcher Bedienung hat man sich demnach als ein serienmäßiges Fabrikations- oder Abfallprodukt zu betrachten.

Müller... hier, Erdmann ... hier, Schneider ... hier, Piepenblink ... hier, Runge ... hier, Maier ... hier, Jung ... hier ... in Reihe hintereinander mir nach!

In Reihe hintereinander, wie Flaschen, die, eine nach der anderen, auf einem langen Transportband zum Versand gebracht werden, folgen die Aufgerufenen dem Aufrufer eine Treppe höher, zur dritten Etage.

III. Etage, ... alles stop, ... Müller ... Zelle 7, Erdmann ... Zelle 8 ... die anderen folgen der Reihe nach wie aufgerufen, ... die Beschwerdestellen frei machen, ... Zellen schließen.

Die Zelle, ein unfreundlicher übelriechender Raum, der durch das Aus- und Ankleiden der noch schweißaussondernden kränkelnden Masse wie das Innere eines Jauchefasses stinkt, ist von einer bedrohlichen Enge, daß man sich in ihr kaum bewegen kann, geschweige erst aus- und ankleiden. Ein Astronaut, der jahrelang auf enge Verhältnisse gedrillt wird, würde sich weigern, eine solche Zelle zu betreten. Eine für Massenabfertigung hergerichtete Zelle, in der keine Entlüftungsmöglichkeiten vorhanden sind.

Zellentür geht auf, ... „kommen Sie heraus", ... „machen Sie die Tür wieder zu", ... „ein Mief kommt da heraus", ... „nehmen Sie bitte Platz", ... Röntgenaufnahme...

Ja hier bitte.

Aha, ... linksseitig starke Vernarbungen, waren Sie schon in einer Heilanstalt?

Nein, nur zu einer Untersuchung in Hemer, wegen Verdachts auf Lungenkrebs.

Ja, ist auch zu verstehen. Also was fehlt Ihnen?

Ich hatte Schnupfen mit starken Kopfschmerzen, eine fiebrige, hartnäckige Bronchitis sowie Darmstörungen mit einem länger anhaltenden Durchfall. Vom Hausarzt strengste Bettruhe verordnet. Nach ca. 12 Tagen Besserung, ... Bettruhe aufgehoben, ... Ausgang. Nach einem Besuch beim Augenarzt in Elberfeld, ... Rückfall, ... Bettruhe, ... die gleichen Beschwerden wie beim ersten Male. Am Freitag, dem 3. Januar 1969, zur fachärztlichen Untersuchung eines Lungenbefundes, ... Facharzt: ... Sie sehen immer noch sehr mitgenommen aus, ... weiterhin arbeitsunfähig geschrieben.

Und wie fühlen Sie sich heute?

Mir geht es besser, ich fühle mich nur noch sehr geschwächt.

Haben Sie noch Fieber?

Die letzten Tage nicht mehr.

Na also, übermorgen, das wäre der 8. Januar, gehen Sie in die Arbeit. Sie fühlen sich doch wieder arbeitsfähig, oder?

Um nicht als Simulant zu erscheinen, bejahte ich Ihre Frage. Doch hier, lieber Herr Doktor, wollte ich Ihnen eigentlich was anderes sagen. Ich wollte sagen, wenn ich Ihre Arbeit machen würde, am Schreibtisch sitzen, zwei bis drei Fragen stellen: „Was fehlt Ihnen? Noch Fieber? Wieder arbeitsfähig!" und sich die Beantwortungen von einer Sekretärin aufzeichnen lassen, dann, lieber Herr

Doktor, wäre ich arbeitsfähig. Aber wenn Sie meine Arbeit machen müßten, Sie wären noch nicht arbeitsfähig. Sie müßten nämlich schnell, viel und schwer arbeiten.

Sehn Sie, Herr Doktor, die Produkte, die ich zu fertigen habe, sind im Durchschnitt 50 kg schwer, die Höchstgrenze liegt bei 200 kg. Dieses Gewicht muß ich mit einem weiteren Kollegen von der Fertigungsmaschine zur Waage transportieren, wieder heben, auf einen entfernteren Bock schwingen, vom Bock wieder heben und auf einen Transportwagen hängen. Sehn Sie, Herr Doktor, und dieses wiederholt sich an einem Arbeitstag über 150mal. Doch dies ist noch nicht alles. Das schwere Produkt muß fachmännisch, millimetergenau hergestellt werden. Dazu die Maschinenbedienung, die Abfallprodukte, die wiederum ein erhebliches Gewicht besitzen, müssen vom Boden aufgehoben und zur Rückgewinnung gebracht werden, usw. usw., ... kein Kran, ... alles mit den Händen, ... dann die Hitze, ... die heißen Maschinenteile, das heiße Ausgangsmaterial. Der Schweiß steht nicht nur auf der Stirn, der Schweiß läuft die Hosenbeine herunter und tropft in die Schuhe. Zudem kommen noch die giftigen Ausdünste eines Chemiebetriebes. Klima- und Entlüftungsanlagen aus Ersparnisgründen nicht vorhanden.

Herr Doktor, ich sage Ihnen, daß es mir besser geht, daß ich kein Fieber mehr habe, daß ich mich lediglich noch sehr schwach fühle, was ja bei der vorangegangenen Krankheit nicht zu verwundern ist.

Geben Sie mir noch drei Tage dazu! Dadurch hätte ich noch eine ganze Woche, in der ich mich für den kommenden Arbeitsprozeß wieder erholen und stärken könnte. Wenn ich übermorgen in meinem jetzigen Zustand mit der Arbeit anfange, bin ich spätestens in vier bis fünf Stunden fertig. Im Gruppenakkord werden Sie so etwas nicht zu hören bekommen: „Mach langsam, Kumpel, du bist ja immer noch nicht in Ordnung." Sie werden hören: „Wenn du krank bist, geh nach Hause, leg dich mit dem Arsch ins Bett und halt uns nicht auf!"

Sehen Sie, Herr Doktor, alles das sollten Sie eigentlich wissen, müßten Sie eigentlich wissen. Doch Sie sind ja ein Vertauensarzt. Ein Vertrauensarzt ist dem Sinn nach kein richtiger Arzt. Er ist ein programmiertes Wesen ohne Herz, das nur die Aufgabe zu erfüllen hat, die Vorgeladenen so schnell wie möglich arbeitsfähig zu stempeln. Doch beruhigen Sie sich, Herr Vertrauensarzt, die zur Erholung benötigte, von Ihnen erhoffte Woche verschaffe ich mir trotzdem, indem ich ab übermorgen drei Tage Arbeitsurlaub nehme. Schade um die drei Tage. Übrigens, wenn ich ein studierter Mensch wäre, ein solcher Posten würde mich nicht befriedigen. Wer hat eigentlich Vertrauen zu Ihnen? Die vorgeladenen Kranken bestimmt nicht. Die einzigen, die Ihnen vertrauen, sind die gesunden Krankenversicherungsanstalten und die gesunden Arbeitgeber. Sehn Sie, Herr Doktor, das wollte ich Ihnen eigentlich sagen, aber einem Roboter ... wozu!

Die leichtere Arbeit

Bum-wum ... bum-wum ...

Dröhnendes Motorengebrüll. Kreischender Maschinenlärm. Ächzen der rotierenden, glühend-heiß gewordenen Walzen. Ein unmenschlicher Lärm, der von den Wänden der Werkshalle, wie von riesigen Membranen vielfach verstärkt, in die Ohren der Arbeiter dringt.

Bum-wum ... bum-wum ...

Zischender Dampf, der im freien Raum der Fabrikhalle entschwindet, gibt der unerträglichen Luft eine tropische Atmosphäre. An den Maschinen, den Eisentischen, Stapeln, Werkbänken hantierende Gestalten. Uhrenkontrollierende — Dampf zu Dampf aufdrehende — laufende — bückende — Lasten schleppende — schnellsichbewegende — schwitzende — Hammer schwingende, den Fabriklärm überschreiende Menschen. Menschen? Sind das noch Menschen?

Bum-wum . . . Bum-wum . . .

Seit Stunden schon dringt der dumpfe Hammerschlag fast pausenlos durch die Halle. Mit großer Wucht schwingt Arbeiter Grabowski den kurzstieligen, acht Kilo schweren Hammer auf das mit der linken Hand fest umklammerte, sich immer weiter bewegende Stanzeisen.

Jetzt eine kurze Pause. Der Hammerschlag ruht. Das Zeichen für den Abteilungsleiter, die Augen zum Arbeitsplatz Grabowskis zu richten.

„Schwierigkeiten, Grabowski?"

Grabowski legt das Tuch weg, mit dem er sich die Stirn und den entblößten Oberkörper abwischte. „Nein, nein, es geht gleich weiter", ein Schluck Tee noch, Grabowski ergreift wieder den Hammer. Schlag auf Schlag, bis die 1,25 Meter breite und 15 Meter lange, mit drei Gewebeschichten durchzogene Gummimatte von 6 Millimeter Stärke gestanzt ist.

Grabowski schwitzt. Es ist nicht nur die Hitze, die ihm den Schweiß vom Körper tropfen läßt. Die Spannung, die Aufmerksamkeit, die Angst. Ein unachtsamer Schlag, der Handrücken ist zerquetscht. Ein falsches Setzen des Stanzeisens, das geforderte Muster der Matte unbrauchbar. Neue Matte anfertigen. Neu stanzen. Akkordarbeit. Die Arbeitszeit für die unbrauchbar gewordene Gummimatte wird nicht angerechnet. Die verlorene Zeit bei der neuanzufertigenden Matte herausholen. Schneller arbeiten, schneller schlagen. Wum-bum-bum, wum-bum-bum. Noch größere Aufmerksamkeit, größere Spannung, Angst. Vielleicht Lohnabzug für die unbrauchbar gewordene Gummimatte.

All diese Gedanken kreisen in Grabowskis Gehirn, nicht nur zur Arbeitszeit. Draußen im Freien, beim Einkaufen, beim Überqueren der Straße, vorm Fernsehen, beim Schlafen. Überall verfolgen ihn dröhnende Motoren, kreischende Maschinen, ächzende, glühend heiß gewordene Walzen, Hammerschläge. Gestanzte Lochmuster umtanzen wie wehende Schneekristalle seine Sinne.

Fertig! Aufatmend legt Grabowski das Werkzeug zur Seite. Bevor er die Laufmatte aufrollt, trinkt er mit großen Zügen den Tee aus der Flasche.

„Ist ganz gut gelaufen, Grabowski".

Grabowski wischt sich den Tee von den Lippen. „Schon ein Stück Arbeit, Herr Abteilungsleiter, 15 Meter."

„Nur Übungssache, Grabowski! Wenn man das den ganzen Tag macht, gewöhnt man sich an alles. Übrigens, wie lange sind Sie jetzt bei uns?"

„Augenblick, Herr Abteilungsleiter . . . , mal nachdenken . . . , ja, Ende des Monats ist das halbe Jahr um."

„Sie zeigen gute Leistungen. Sind willig, begabt, anpassend, aufmerksam, alles zufriedenstellende Eigenschaften. Was Nachteiliges habe ich noch nicht gehört."

Grabowski wird verlegen. „Ich . . . ich arbeite wie die anderen auch."

„Nur keine falsche Bescheidenheit, Grabowski, wenn Sie so weitermachen, brin-

gen Sie es noch zu was. Unsere Firma weiß gute Arbeiter zu schätzen. Ach ja, die Reifenwickelei sucht einen Reifenschneider. Hätten Sie Lust dazu?"

„Kommt drauf an, was ich verdiene."

„Da kann ich Sie beruhigen. Von allen Arbeitern hat der Reifenschneider den höchsten Lohn."

„Und warum?" fragt erstaunt Grabowski.

„Der Reifenschneider erhält eine Arbeitserschwerungszulage von ca. 30 Pfennig die Stunde", antwortet der Abteilungsleiter. „Am Ende des Monats ein Batzen Geld."

„Ist die Arbeit so schwer?" fragt Grabowski weiter, denn er kann sich nicht vorstellen, daß es noch schwerere Arbeiten gibt als Vulkanisieren, Schneiden und Stanzen von Gummimatten.

„Nicht schwerer als das, was Sie hier verrichten. Ich würde sagen, eher leichter.

Doch beharrlich bestehen die Reifenschneider auf der Schwerstzulage. Eine Zulage, die ihnen, wahrscheinlich auf Grund irgendwelcher falschen Berechnungen, am Anfang der Tätigkeit geboten wurde.

Sie sehen, ein Unrecht. Trotzdem, wenn Sie den Lohn aufbessern wollen, es liegt nur an Ihnen."

Für eine Tätigkeit, die finanzielle Vorteile bringt, war Grabowski zu haben. Er wechselte in die Reifenwickelei über.

Meister Sommer zeigt Grabowski den neuen Arbeitsplatz.

„Hier . . . Ihr Kollege Weber wird Sie anlernen. Kennt ihr euch?"

„Wir haben uns schon gesehen, beim Duschen."

„Und in der Kantine", wirft Grabowski bestätigend ein.

„Um so besser. Ja, dann passen Sie gut auf, die Arbeit wirft was ab." Grinsend, die Finger reibend zum Zeichen des Geldverdienens, verläßt Meister Sommer den Raum.

„Arschloch", ruft Weber dem Davongehenden nach, doch das Wort geht im Lärm der Maschinen unter. „Der hat gut reden, dicker Bauch, nichts tun, dann noch Leute verscheißen."

„Wieso?" fragt Grabowski. „Stimmt das mit dem Geldverdienen nicht?"

„Sicher", antwortet Weber. „Aber für die Arbeit viel zu wenig."

„Warum werde ich als Schneider angelernt?"

„Na ja, du bist jung, kräftig."

„Fehlt ein Schneider?"

„Du sollst mich ablösen."

„Das hat man mir nicht gesagt", antwortet betroffen Grabowski.

Grabowski hätte gerne gewußt, warum er ihn ablösen soll. Doch er fragte nicht, er sah, wie schwer und konzentriert Weber arbeiten mußte. Der Reifen wird nach Gewicht und formtreu geschnitten. Zu wenig Gewicht — Reifen unbrauchbar — bis zu 700 Mark Schaden — zuviel Gewicht — Materialverschwendung — Gewichtfeststellung kompliziert. Stahlbänder im Gewicht verschieden.

Leichteres Stahlband — Radauflage schwerer — schwereres Stahlband — Radauflage leichter — Mischungssorte nach Spezifischem Gewicht berechnen — andere Mischungssorten — andere Spezifische Gewichte, dort 23 % mehr, dort 6 % weniger.

Das Zuviel am gewickelten Reifen wird beiderseitig — rundherum — mittels eines scharfen Messers weggeschnitten. Hierbei zieht die linke Hand den heißen Gummiwulst in Körperhöhe, während die Rechte mit kräftigen Zügen das Messer nach unten drückt und den Wulst vom Reifen trennt. Die physisch ungünstigste und schädlichste Arbeit, sagen die Ärzte. Doch die Arbeit wird belohnt, mit 30 Pfennig die Stunde.

Mittag. Grabowski und Weber waschen sich die Hände. Handtücher gibt es für Arbeiter keine. Mit einem Putzlumpen trocknen sie die Hände, das verschwitzte Gesicht und die Brust ab.

„Zieh die Jacke über", sagt Weber zu Grabowski. „In den Gängen zieht es wie Hechtsuppe."

Sie gehen in den Keller, wo sich die Kantine und der Aufenthaltsraum befinden. Geruch wie vom Schlachthof kommt ihnen entgegen. Dicke Betonpfeiler stützen den niedrigen, schlecht beleuchteten Raum. Bunker eines Großstadtbahnhofs. Weber schaut in die schon kalt gewordene Suppe. „Barrasfraß." Sie setzten sich. Weber mag das fette Kopffleisch und die dicken Speckwürfel in der Erbsensuppe nicht. Während er jetzt die Fleischbrocken rauspickt, neben seinen Teller auf die Tischplatte befördert, holt Grabowski die vor der Mittagspause unterschlagene Frage nach: „Warum soll ich dich eigentlich ablösen?" Und Weber sagt: „Du glaubst wohl, ich sei verärgert über meine Ablösung? Nein, nein, es ist mein Wunsch. Ich geh langsam auf die Fuffzig, die Arbeit ist schwer. Ich schaff es nicht mehr.

Schau dir mal die Kollegen an, die geschnitten haben, den Wankelmann, den Riepenbring, den Ahrens. Schau dir an, wie sie kriechen. Gehen kann man dazu nicht sagen. Alles kaputt. Das Rückgrat — Hüften — Schulter — Kniegelenke, die Arme, alles kaputt. Knochenverschleiß, Bandscheibenschaden — bedingt durch Alterserscheinungen — schreiben die Ärzte in die Krankmeldungen. Die Diagnose wurde mir schon mit 38 bescheinigt. Und den anderen erging es nicht besser."

„Wenn ich das Schneiden schaffe, ... ein, zwei Jahre. Länger nicht. Bin seit kurzem verlobt, ... wollen heiraten. Geld fehlt, Wohnung, Aussteuer. Meine Verlobte arbeitet in einer Tuchfabrik. Sie hat ein kranke Mutter, der Krieg, ... verschüttet war sie."

„Ja, ja", nickt teilnahmsvoll Weber. „Das Leben ist wie die Blumen an der Autobahn — dreckig. Das verfluchte Geld, das ewig verfluchte Geld. Mit den paar Mark mehr glaubte ich, meiner Frau Freude bereiten zu können. Mal ein neuer Hut, ausgefallene Handtasche, Schuhe. Mit einem anderen ist sie mir abgehauen. Bin ihr nicht böse — kann sie verstehn.

Was macht eine Frau mit einem Mann, der aus der Arbeit kommt und nach dem Essen, beim Zeitunglesen, einschläft? Was macht eine Frau mit einem Mann, dem auf Grund der schweren Arbeit alle Glieder am Körper schlaff herunterhängen?!

Übrigens, wer hat dich für den Posten bestimmt?"

„Abteilungsleiter Köchler."

„Ach, das Schwein, seit Jahren versucht er die Schneiderzulage zu streichen."

„Was hat der Abteilungsleiter der Mattenabteilung mit der Wickelei zu tun?"

„Sag mal, lebst du auf dem Mond? Köchler ist gleichzeitig Chef der Kalkulationsabteilung. Der steckt seine Nase überall hinein. Hat alle Vollmachten, von oben. Außerdem ist die Schneiderzulage ein großer Betrug."

„Wieso Betrug?" will Grabowski wissen.

„Den Eindruck, daß du blöd bist, hab ich gleich gehabt. Also paß mal auf! Wir haben Gruppenakkord, die Gruppe 3 Mann. Pro Mann müssen in der Stunde 175 Einheiten geschafft werden. So sind wir abgestoppt. Für den Schneider aber werden 192 Einheiten abgegeben. Wie du siehst, 17 Einheiten mehr. Diese 17 Einheiten, also die Schneiderzulage, auch Schwerstzulage, egal wie man sie nennt, müßte doch von der Firma bezahlt werden."

„Ganz klar", sagt Grabowski, nickt dabei mit dem Kopf.

„So klar ist es wiederum nicht", erwidert Weber. „Die 17 Einheiten muß die Gruppe selbst erarbeiten, und zwar zusätzlich."

Grabowski taten alle Knochen weh. Schon glaubte er, die Arbeit nicht durchhalten zu können. Die Besorgnis gab er auch seinem Meister kund.

„Ach, das sind nur die ersten Wochen, später legt sich alles. Der Mensch ist ein Gewohnheitstier. Hier . . . , denken Sie an die Schneiderzulage." Wiederum macht der Meister das berühmte Zeichen mit Daumen und Zeigefinger. An das Geld brauchte Grabowski nicht erinnert zu werden. Nur zu oft dachte er an die bevorstehende Heirat, die Wohnung, die Aussteuer.

Die sechs Wochen Anlernzeit waren vorüber. Ab und zu sah Grabowski Weber mit einem Handkarren vorbeikommen. Sammelt leere Böcke, befördert Drecktonnen auf den Hof, besorgt Kaffee, Milch. Aus dem ‚Mohr-Weber' ist der ‚Kalfaktor-Weber' geworden.

Abteilungsleiter Köchler betritt die Wickelei.

„Tag, Grabowski!" Lächelnd und freundlich geht er zu ihm. „Meister Sommer erzählte mir, das Reifenschneiden bekomme Ihnen gut."

Grabowski holt tief Atem, schaut den Abteilungsleiter an, arbeitet weiter.

„Nun, seien Sie mal ganz ehrlich, Grabowski, die Arbeit hier ist doch nicht schwerer als die in der Mattenabteilung?"

Grabowski läßt die Arbeit ruhen, legt das lange Messer auf den Wetzstein. Wortlos hebt er langsam seine Hände, bis dicht vor die Augen des Abteilungsleiters. Erschrocken tritt dieser einen Schritt zurück. Was er jetzt sieht, läßt ihn blaß werden. Wunde, durch dicke Blasen zur Hügellandschaft gewordene Handflächen, aus deren aufgeplatzter Haut die Nässe tropft und die rohen roten Kreise benetzt, als hätte sie Mitleid mit dem Fleisch und wollte es kühlen.

„Evolution und Kontinuität" in der Kolonialstrategie Portugals

Von Eduardo de Sousa Ferreira

In diesen Tagen steht in der portugiesischen Nationalversammlung eine Verfassungsrevision zur Debatte. Die Änderungen der den Status der „Überseeprovinzen" betreffenden Artikel wurden als die tiefgreifendsten angekündigt. Wenn hier der Versuch unternommen werden soll, die sozialen und politischen Zusammenhänge und die weltpolitische Verflechtung der portugiesischen Kolonialstrategie zu analysieren, dann setzt dies eine Skizze des „Estado Novo" von Salazar bis in die Gegenwart voraus. Eine Darstellung der Verfassungsänderungen im Hinblick auf die Kolonien schließt sich an. Danach soll versucht werden, die Pläne, die Lissabon für seine Kolonialpolitik entwickelt, in einen größeren Zusammenhang zu stellen und somit richtig einzuschätzen.

Die Entwicklung der tragenden Kräfte des „Estado Novo"

Die Notwendigkeit der Regierung Salazar

Entgegen der allgemein verbreiteten Meinung war Portugal Ende der zwanziger Jahre kein feudalistisches Land mehr. Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts war ein fortgeschrittenes Stadium der Proletarisierung unter der Landbevölkerung zu registrieren, als Folge einer kapitalistischen Agrarproduktion. Die ländlichen Lohnabhängigen machten 70 Prozent der Landbevölkerung bzw. 58 Prozent der gesamten Agrar- und Industriebevölkerung aus [1]).

Ende der zwanziger Jahre waren die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in Portugal bereits zementiert: es existierte einmal das Agrarkapital, konservativ, für eine Konzentration nicht ausreichend entwickelt und unfähig, sich gegenüber den anderen Fraktionen des Kapitals zu behaupten und die Macht zu übernehmen; zum anderen das Finanz- und Handelskapital. Noch ohne entwickelte Industrie oder Infrastruktur als Investitionsfelder, von Handels- und Finanzspekulation lebend, war es nicht in der Lage, eine Hegemonie auszuüben; die Monopole ihrerseits waren weit davon entfernt, die Wirtschaft zu beherrschen und bereiteten sich abwartend auf die Folgen der Konkurrenz vor, wogegen sich die mittlere und kleine Bourgeoisie, die — sehr dynamisch — noch die politische Macht innehatte, zur Wehr setzte.

Keine der Gruppen der Bourgeoisie war also in der Lage, die anderen entweder zu beherrschen oder sie zu einem Block zusammenzufassen und so die Macht zu übernehmen. Da alle sich in einer Entwicklungskrise befanden, bekämpften sie sich zudem scharf auf wirtschaftlicher wie auch politischer Ebene. Die Härte dieser Machtkämpfe machte der Bourgeoisie schließlich jedoch die Gefahr der Selbstzerstörung und die Notwendigkeit eines Kompromisses bewußt. Eine überfraktionelle politische Führung war die Lösung: der „Estado Novo" mit Salazar und seinem Programm des Korporativismus.

Die Salazarregierung war nicht die Regierung einer, sondern die aller Fraktionen der portugiesischen Bourgeoisie, zwischen denen sie eine Vermittlerfunktion ausübte und deren gemeinsame Diktatur über die arbeitenden Klassen sie her-

1) Armando de Castro, Introdução ao estudo da economia portuguesa, Lissabon 1947, S. 106 und 136.

stellte. In Wahrung seiner Vermittlerrolle verhindert der „Estado Novo" die Konkurrenz, zerstört er die politischen Parteien, schützt er die Mittel- und Kleinindustrie und alliiert sich mit den Landbesitzern — eine Allianz, die noch nicht die Diktatur des Agrarkapitals bedeutet, jedoch eine Bremse für die Industrialisierung Portugals.

Jede Störung des erreichten Gleichgewichts wird vermieden: das internationale Kapital und die dadurch mögliche Industrialisierung werden von Salazar als Gefahren betrachtet, denn die Bourgeoisie einer der ältesten Nationen der Welt erkennt im internationalen Kapital eine Bedrohung ihrer Autonomie und sie wahrt diese Autonomie, auch wenn der Preis dafür wirtschaftliche Rückständigkeit ist. Eine Industrialisierung ist nicht nur nicht erwünscht, sondern wird auch erschwert, weil Industrialisierung eine Schwächung der kleinen Bourgeoisie bedeutet, vor allem aber, weil durch sie ein Unruhe stiftendes Proletariat entsteht, das die Erhaltung des Gleichgewichts gefährden könnte.

Damit ist die Regierung Salazar eine Regierung der Eingrenzung und Zügelung des Kapitalismus. Der Preis dafür ist kurzfristig Stagnation der Wirtschaft, langfristig macht sich dieses Programm jedoch für den Kapitalismus bezahlt: aufgrund einer beträchtlichen Kapitalakkumulation geht er gestärkt aus dem Zweiten Weltkrieg hervor und kann sich in einem Land mit stabiler politischer Ordnung und einem völlig entwaffneten Proletariat in Ruhe entwickeln. Es entsteht somit das Paradox, daß der Korporativismus, der den Kapitalismus bremsen sollte — und gebremst hat — gerade die Voraussetzungen für seine Entwicklung geschaffen hat.

Die Erhaltung des Gleichgewichts hatte vermieden, daß die verschiedenen Teile der Bourgeoisie sich gegenseitig zerstörten, sie konnte aber nicht verhindern, daß das große Kapital das kleine ausschaltete. Die große Bourgeoisie gewann an Macht, die mittlere profitierte immer noch von ihrer Allianz mit der großen Bourgeoisie, die kleine jedoch kämpfte um ihre bloße Existenz: von 1940 bis 1950 erhöhte sich die Zahl der Lohnabhängigen im Agrarsektor um 100 000 und von 1926 bis Ende 1970 hörten 200 000 Agrarbetriebe auf zu existieren; dagegen stellten die zwischen 1935 und 1939 gegründeten Aktiengesellschaften 27 Prozent des Kapitals aller existierenden Gesellschaften, 1955 bis 1959 waren es 70 Prozent [2]).

Salazar, der die politische Szene beherrschte, war nicht in der Lage, die Entwicklung der Wirtschaft unter Kontrolle zu halten, besonders dann nicht mehr, als das große Kapital in dem Korporativismus eine Behinderung seiner Entwicklung zu sehen begann. Es verlangte nach Bewegungsfreiheit, die der interventionistische portugiesische Staat nicht gewähren konnte, nach Abbau der Konkurrenzbeschränkungen, nach Industrialisierung und Bildung eines kontrollierten Proletariats sowie nach Anschluß an das internationale Kapital. Doch nicht nur die große Bourgeoisie fing an unruhig zu werden; die mittlere Bourgeoisie fühlte sich durch die Konkurrenz des großen Kapitals und durch die auf ihre Kosten ständig zunehmende Konzentration bedroht. Die kleine Bourgeoisie kämpfte, wie schon gesagt, um ihre nackte Existenz.

Salazars Motto „langsam aber sicher" führte schließlich zu einem allgemeinen Engpaß der portugiesischen Wirtschaft: schwache industrielle Produktion, fast völlig fehlende internationale Konkurrenzfähigkeit, geringe Konsumkapazität und Investitionsneigung, eine stagnierende Agrarwirtschaft und Hypertrophie des Dienstleistungssektors.

---

2) Seara Nova, Lissabon, Dezember 1970.

Der portugiesische Faschismus vermochte sich zwar zunächst in den sechziger Jahren noch aufrechtzuerhalten, verlor aber mehr und mehr an Boden. Er unterlag neuen Anforderungen des Kapitalismus und, paradoxerweise, den Waffen, die er selbst geschmiedet hatte: widerstandslose Arbeiter, hohe Finanzreserven und ein interventionistischer Staatsapparat, der sich nun den Forderungen des entwickelten Kapitalismus anzupassen begann.

Marcello Caetano: Evolution und Kontinuität

Der politische Tod Salazars fiel in diese Phase der allgemeinen Unzufriedenheit der herrschenden Schichten. Dies trug dazu bei, daß sein Nachfolger Marcello Caetano von seiten der Wirtschaft ohne Widerspruch akzeptiert wurde, Opposition kam nur von den Militärs und einer geringen Anzahl salazartreuer Politiker. Alle betrachteten ihn als den „Retter" von allen Übeln, die jetzt Salazar zugeschrieben wurden: Korporativismus und Kapitalismus, Fortschritt und Stagnation, Monopole und kleine Produktion — jeweils von jedem auf seine Weise interpretiert.

Diese Erwartungen, die die anfängliche Begeisterung für Caetano erklären, führten zu einer erneuten Kohäsion der herrschenden Fraktionen der Bourgeoisie und erweiterten sogar die Basis seiner Regierung. Dies machte seine Stärke aus. Langfristig jedoch sind diese Erwartungen der Grund für seine Schwäche, denn das, was die einzelnen herrschenden Gruppen von ihm erwarten, ist sehr unterschiedlich und nicht miteinander zu vereinbaren. Das große Kapital erwartet freie Hand, Konkurrenz zugunsten der Bildung und Entwicklung von Monopolen und die Übernahme der Infrastrukturprojekte durch den Staat; die kleine Bourgeoisie erwartet Schutz, Begrenzung der Konkurrenz und Kontrolle der Emigration.

Bisher hat Marcello Caetano das Gleichgewicht zwischen diesen Erwartungen und Forderungen einigermaßen aufrechtzuerhalten gewußt. Seine Parole „Evolution und Kontinuität" ist Ausdruck seiner politischen Geschicklichkeit, denn sie stellt alle zufrieden, weil jeder sie nach seinen Bedürfnissen auslegen kann. Doch es wird nicht möglich sein, sich lange auf diesem schwankenden Seil zu halten; Anzeichen hierfür haben sich in den letzten Monaten in Portugal gezeigt.

Von der Regierung Caetano profitiert das große Kapital, das eine Liberalisierung als Voraussetzung für eine forcierte kapitalistische Entwicklung anstrebt. Dagegen zur Wehr setzen sich andere herrschende Schichten, die immer noch über eine bestimmte politische Macht verfügen.

Was alle Schichten der herrschenden Klasse von Marcello Caetano erwarten, ist die Beendigung des Kolonialkrieges. Dieser Krieg stellt den politischen Hauptwiderspruch in der portugiesischen Gesellschaft dar; er bedeutet eine enorme finanzielle Belastung, macht eine effiziente Wirtschaftsplanung unmöglich, bürdet dem Bürger eine sehr hohe Steuerlast auf und entzieht dem Land einen großen Teil der aktiven Bevölkerung, sei es, weil er in der Armee dient, sei es, weil er, um nicht in der Armee dienen zu müssen, in erschreckend hoher Zahl ins Ausland emigriert.

Sie wünschen die Beendigung des Kolonialkrieges, nicht aber die Preisgabe der Kolonien. Denn, bei allen widersprüchlichen Interessen in der Bourgeoisie, in ihrer Absicht, in Afrika zu bleiben, sind sich alle Fraktionen einig. Dennoch ist es das Kolonialproblem, das zu den härtesten Auseinandersetzungen führt und

das unter Umständen zum Prüfstein der Regierung Caetano werden wird. Die Kämpfe werden hier nicht zwischen dem großen, dem mittleren und dem kleinen Kapital ausgefochten; die Fronten gehen mitten durch das große und mittlere Kapital. Diejenigen, deren Interessen in den Kolonien liegen und die für eine Politik des Protektionismus plädieren, die es ihnen erlauben würde, weiterhin als Parasiten von den Kolonien zu leben, sehen mit äußerstem Mißtrauen auf die „Europäer", die in einem engeren Anschluß an Europa die einzige Möglichkeit für eine wirtschaftliche Entwicklung Portugals sehen. Während die „Afrikaner" in der Öffnung Portugals nach Europa die Öffnung des kolonialen geschützten Marktes für das internationale Kapital, mit dem sie nicht konkurrieren können, und zudem den Beginn einer Politik der Aufgabe der Kolonien auf lange Sicht sehen, ist für die „Europäer" der Anschluß an Europa nicht gleichbedeutend mit einer Aufgabe der Kolonien. „Uns interessiert vor allem eine realistische Politik, wir wollen keine demagogischen Slogans von uns geben, in denen eine europäische Politik und eine Überseepolitik als miteinander unvereinbar dargestellt werden", so formulierte es Pinto Leite, einer der Vertreter der „Europäer" [3]).

In der Tat wäre es ein Fehler, aus den Bestrebungen um eine Integration in die EWG eine Bereitschaft zur Preisgabe der Kolonien abzuleiten. Aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur kann Portugal nicht mit der EWG konkurrieren, solange es höhere Produktionskosten als Westeuropa in Kauf nehmen muß. Zum anderen verlangt eine Teilnahme am europäischen Markt spezialisierte Arbeitskräfte und eine höhere Arbeitsproduktivität. Dies wiederum impliziert eine Lohnanhebung, die wegen der Emigration noch verstärkt wird. Um dennoch die Preise niedrig halten zu können und somit konkurrenzfähig zu werden, bleibt dem portugiesischen Kapitalismus unter den vorhandenen technischen Bedingungen als einzige Möglichkeit das Ausweichen auf billige Rohstoffe. Die Beschaffung solcher billigen Rohstoffe aber ist nur bei Beibehaltung der Kolonien möglich, da Portugal aufgrund seiner schwachen Stellung im kapitalistischen Lager auf einem nicht geschützten Markt nicht konkurrenzfähig ist.

Es handelt sich bei der Auseinandersetzung darum, welchem Konzept die Priorität gegeben werden soll; der Integration in die EWG oder der Bildung des „gemeinsamen portugiesischen Raumes" (Portugal und Kolonien), nicht um Aufgabe oder Nicht-Aufgabe der Kolonien. Diese zwei Richtungen sind letzten Endes nur eine, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß Vertreter beider Strömungen der einzigen offiziellen Partei angehören und ebenso in der Regierung Caetano vertreten sind.

Die Regierung Caetano wurde nicht ohne Grund „Übergangsregierung" genannt. Die Entwicklung der tragenden Kräfte des „Estado Novo" zwang zu einer Anpassung, die für viele aus der Regierung Salazar entstandenen offenen Fragen eine Lösung bringen soll. Das gravierendste dieser Probleme ist das Kolonialproblem. Marcello Caetano hat seine Probe noch nicht bestanden. Die von ihm jetzt vorgelegte Verfassungsrevision ist ein Schritt bei dem Versuch, die Phase der Anpassung zu überstehen: „In diesem wie auch anderen Punkten, in denen Verfassungsänderungen vorgeschlagen wurden, wollte die Regierung nichts weiter als nationalen Bestrebungen entsprechen, indem sie neue Notwendigkeiten berücksichtigt oder dem Ausdruck alter Notwendigkeiten entgegenkommt, denen die Zeit neue Schattierungen, einen neuen Stil und neue Kraft verliehen hat" [4]).

---

3) Diário das Sessões, Lissabon, No. 26, 25. 2. 1970, S. 477—478.
4) Änderung der portugiesischen Verfassung, Rede vor der Nationalversammlung am 2. Dezember 1970, deutsche Übersetzung, hrsg. Secretaria de Estado da Informação e Turismo, Lissabon 1970, S. 31.

Die Verfassungsrevision

Der Entwicklungsprozeß in Portugal verlangt eine Anpassung des Staates. Diese Anpassung findet ihren Niederschlag in juristischen Veränderungen, mit denen die neuen Machtverhältnisse institutionalisiert werden. So ist auch die jetzt bevorstehende Verfassungsänderung zu sehen.

Marcello Caetano brachte am 2. Dezember vergangenen Jahres in der Nationalversammlung eine Gesetzesvorlage zur Änderung der portugiesischen Verfassung ein. Die Ständekammer (Câmara Corporativa) stimmte, mit lediglich geringfügigen redaktionellen Änderungen, Wortänderungen und einigen Streichungen, in ihrem Gutachten bereits der Regierungsvorlage zu und lehnte zwei Änderungsvorschläge von Abgeordnetengruppen ab. Auch der ad hoc-Ausschuß der Nationalversammlung billigte, ebenfalls mit nur wenigen Änderungen, die Regierungsvorlage. Der akklamatorische Charakter des portugiesischen Parlaments läßt den Schluß zu, daß die Regierungsvorlage angenommen werden wird, so daß es nicht erforderlich ist, mit der Analyse der Verfassungsänderung bis zum Abschluß der Diskussion Mitte August zu warten.

Hier interessieren nur die die Kolonien betreffenden Verfassungsartikel, zumal die Regierung Caetano für diese die umfassendsten Reformen angekündigt hat.

Artikel 133: „Die Gebiete der portugiesischen Nation außerhalb von Europa sind die Überseeprovinzen, die als autonome Regionen ein eigenes Statut haben und nach nationaler Tradition Staaten genannt werden können, wenn ihr sozialer Fortschritt und die Komplexität ihrer Verwaltung diesen ehrenhaften Titel rechtfertigen." Die Aufnahme dieses Artikels in die Verfassung könnte zu dem Schluß führen, Lissabon bereite eine Art Commonwealth sich selbst regierender Staaten vor. (Die starke Annäherung an Brasilien, die noch zu untersuchen sein wird, und die Verleihung des portugiesischen Bürgerrechts an Brasilianer, die diese Verfassungsreform vorsieht, tragen ihr Teil bei zu dem Bild eines angestrebten „portugiesisch sprechenden Commonwealth").

In der Tat sehen Teile der portugiesischen Bourgeoisie in den Reformen von Marcello Caetano eine Aufgabe der Kolonien. Gegen ihre scharfen Angriffe müssen Regierung und Ständekammer sich zur Wehr setzen und sie tun dies, indem sie darauf hinweisen, daß es sich bei den bevorstehenden Änderungen der Verfassung nur um formelle Reformen handelt. Allerdings legitimieren sie sich so weitgehend, daß aus ihrer Argumentation Ziel und Richtung der Reformen deutlich wird. Weil also die Kommentare der Regierung selbst und das Gutachten der Ständekammer wichtige Aussagen beinhalten, die schließlich das Wesen und den wahren Inhalt der Verfassungsreform bloßlegen, sollen im folgenden diese offiziellen Organe selbst in Zitaten zu Wort kommen.

Daß der Eindruck einer umfassenden Reform nicht über das Formale hinausgeht, ist schon bei der Begründung des Gesetzes festzustellen, wo es heißt: „in diesem Punkt bringt die Gesetzesvorlage der Regierung nichts wesentlich Neues. Schon heute ist der portugiesische Staat ein Regionalstaat", also ein Staat mit autonomen Regionen.

Es erscheint aber erforderlich, den Artikel 133 etwas eingehender zu betrachten. Schon wenig weiter im Text, in Artikel 136, werden die Grenzen der autonomen Regionen abgesteckt: „Die Ausübung der Autonomie durch die Überseeprovinzen beeinträchtigt *nicht* die Einheit der portugiesischen Nation und Staatsmacht. Zu diesem Zweck ist es Aufgabe der höheren Staatsorgane (also Lissabons — Anm. d.

Verf.): a) im In- und Ausland die ganze Nation zu vertreten, wobei es den Überseeprovinzen nicht gestattet ist, diplomatische oder konsularische Beziehungen mit fremden Mächten zu unterhalten; b) die Gesetzgebung vorzunehmen über Themen von gemeinsamem Interesse oder von höherem Staatsinteresse ... sowie Aufhebung oder Annullierung von lokalen Gesetzen, sofern sie diesen Interessen widersprechen ...; c) den Gouverneur jeder Provinz zu ernennen ... e) Aufsicht über die Verwaltung der Provinzen ... auszuüben. f) die Finanzverwaltung zu kontrollieren ..."

Zu der Möglichkeit, den „ehrenhaften Titel" „Staaten" zu tragen, äußert sich selbst das Gutachten der Ständekammer skeptisch: „es soll betont werden, daß es sich nicht um einen, sagen wir, wissenschaftlichen Ausdruck handelt ..."

„... Die Legislativorgane der Überseeprovinzen drücken nicht den souveränen Willen ihrer Bevölkerungen aus; es existiert keine lokale Exekutive, die einer Legislativversammlung verantwortlich wäre und von den Völkern der Überseeprovinzen auch nur indirekt als ihr Repräsentant empfunden würde. ... Es existiert in den Überseeprovinzen keine eigene Justizgewalt, die allein von aus den Provinzen stammenden Bürgern wahrgenommen würde ..."

„... Es wird also festgestellt, daß die Gesetzesänderungsvorlage in diesem Artikel den Begriff ‚Staat' in einer jener übertragenen oder metaphorischen Bedeutungen benutzt, wie sie nicht nur für diesen Begriff, sondern auch für viele andere Termini möglich sind."

Den Mißtrauischsten und den streng Salazargläubigen gegenüber sichert sich die Ständekammer ab, indem sie fortfährt: „Betrachten wir eine dieser Bedeutungen in der folgenden Passage einer Rede von Prof. Salazar (Reden, Bd. VI, S. 297): ‚... die großen Überseeprovinzen sind in der gegenwärtigen Gesetzgebung echte verwaltungsmäßig autonome Staaten, aber politisch integriert. Nur in übertragenem Sinn kann man in diesem Zusammenhang von Staat reden.' "

Hier erübrigt sich jeder Kommentar. Die Kammer machte so deutlich wie dies nur geht, daß mit der Verfassungsänderung in dieser Frage nichts anders wird.

Wie man auch die Begriffe interpretieren mag: da die Entscheidung darüber, ob die Kolonien sozial „fortgeschritten" sind oder nicht, gemäß der Verfassung auch weiterhin von Lissabon gefällt wird, wird sich von Portugal aus an dem Status der Kolonien nichts ändern, denn in der Metropole liegt die Macht fest in den Händen von Kolonialisten. Auf der anderen Seite kann man nicht von autonomen Regionen sprechen, solange die Kolonien nicht die Möglichkeit besitzen, über ihren eigenen Status zu entscheiden. Insoweit ist der Vergleich mit den „regionalen Staaten" der republikanischen Verfassung Spaniens aus dem Jahr 1931 sowie mit der jetzigen „lokalen Autonomie" in Italien im Kern falsch; dieser Vergleich ist in der Begründung der Regierungsvorlage enthalten und soll den Beweis dafür liefern, daß regionale Autonomie und Einheit des Staates miteinander vereinbar sind. Lissabon ignoriert jedoch, daß es in den genannten Beispielen die Einwohner der betroffenen Regionen waren, die sich selbst ihr Statut gaben, wogegen im Falle der portugiesischen Kolonien die Zentralregierung in Lissabon dieses Recht ausübt [5]).

Als Ziel der Verfassungsreform bleibt somit die Suche nach einem Ausweg für die Kolonialpolitik. Benötigt wird ein juristisches Instrument, das geeignet ist, eine reibungslose Anpassung an neue politische Gegebenheiten vorzunehmen,

5) Siehe hierzu: Delpech und J. Laferrière, Les constitutions modernes, 1932, S. 8 ff., und Burdeau, Traité de science politique, II, S. 535 ff.

derart, daß die Kontrolle über die Kolonien gesichert bleibt. Aufgabe der verfassungsändernden Gewalt des portugiesischen Parlaments ist nicht, Verfassungen zu machen, sondern im Gegenteil: die bereits existierende Verfassung durch regelmäßige Anpassung zu bewahren.

Die Finanzautonomie der Kolonien

Die Verfassungsänderung soll den Kolonien allgemeine Autonomie gewähren. Sogleich erheben sich Stimmen, die befürchten, damit beginne eine Politik der Aufgabe der Kolonien. Um diese Befürchtungen zu zerstreuen, betont die Regierung Caetano, die Verfassungsänderung bringe eigentlich nichts wesentlich neues, denn die Kolonien verfügten ja bereits über Finanzautonomie.

Da die Finanzautonomie der Kolonien von der Lissaboner Regierung als Beispiel für eine Autonomie angeführt wird, soll sie hier näher betrachtet werden; anhand dieser Betrachtung soll dann analysiert werden, was Lissabon unter „Autonomie" versteht und welche Folgen sich daraus ergeben.

Artikel 148 der portugiesischen Verfassung garantiert den Kolonien Finanzautonomie, verweist jedoch auf die Einschränkung durch Artikel 175: Die Autonomie „unterliegt (...) gelegentlichen unerläßlichen Einschränkungen infolge von Finanzkrisen oder Gefahren, die diese für das Mutterland mit sich bringen können". Zudem wird allerdings diese Finanzautonomie zur bloßen Verwaltungsautonomie degradiert in dem Moment, wo festgelegt wird, daß das Budget der Kolonien nach einem uniformen Plan aufgestellt werden muß und nur die Einnahmen und Ausgaben beinhalten darf, die von Lissabon bestimmt werden (Art. 168). Die Gesetzgebung sorgt dafür, daß die Finanzen der Kolonien niemals zu einer Belastung der Metropole [6]) werden: die Kolonien müssen alle ihre Ausgaben mit eigenen Einnahmen decken und die Ausgaben dürfen niemals die Einnahmen übersteigen (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Öffentliche Finanzen (in 1 000 000 Escudos)

	Angola		*Mozambique*		*Guinea-B.*	
Jahr	*Einnahmen*	*Ausgaben*	*Einnahmen*	*Ausgaben*	*Einnahmen*	*Ausgaben*
1961	*3 232*	*3 118*	*4 375*	*4 226*	*168*	*166*
1968	*8 071*	*7 649*	*7 535*	*7 221*	*333*	*306*
1969	*9 387*	*8 967*	*8 568*	*8 115*	*452*	*392*

Quelle: Anuário Estatistico, Hrsg. Instituto Nacional de Estatística, Vol. II: Províncias Ultramarinas, 1968 und idem, 1969.

Welches sind die Konsequenzen dieser Finanzautonomie? Für Portugal lassen sie sich in knappen Worten ausdrücken: die Kolonien sollen durch ihre Finanzautonomie nicht nur keine Belastung für die Metropole darstellen, sondern Lissabon auch die finanzielle Last abnehmen, die ihm durch seine Pläne und seine Präsenz in den Kolonien entstehen (siehe Tabelle 2).

---

[6]) Metropole ist der offizielle portugiesische Begriff für das portugiesische Mutterland, er wird im folgenden in diesem Sinne angewandt.

Tabelle 2: Überseeprovinzen — öffentliche Ausgaben *) in contos **)

	Angola		Mozambique		Guinea-Bissau	
	1968	1969	1968	1969	1968	1969
Gesamt	7 648 849	8 967 167	7 220 696	8 115 291	305 555	391 819
Ordentliche Ausgaben	5 755 942	6 941 239	6 519 468	7 203 513	229 266	254 354
davon:						
2 Regierung d. Provinz u. nationale Verwaltung	20 707	21 767	13 409	18 702	1 555	1 828
4 Allg. Verwaltung u. Kontrolle	1 146 332	1 596 863	997 022	1 092 491	56 749	66 289
Gesundheitswesen	233 273	293 418	223 303	248 147	23 943	28 221
8 Armee	809 971	846 617	1 023 339	1 015 354	12 071	2 086
9 Marine	26 500	32 969	115 948	118 358	6 691	6 186
Außerordentl. Ausgaben	1 892 907	2 025 928	701 228	911 778	76 289	134 465
davon: Nationaler Entwicklungsplan	1 351 520	1 181 851	563 547	662 980	58 218	128 482

Quelle: Anuário Estatístico, Vol. II: Províncias Ultramarinas, 1969, S. 240—241.
*) Ausgewählte Posten der getätigten Ausgaben.
**) 1 Conto = 1000 Escudos, entspricht ca. 128,— DM.

Für die Kolonien heißt Finanzautonomie also: weil sie autonom sind, tragen sie die „Souveränitätskosten", d. h. die Kosten der Vertretung der Metropole und der portugiesischen Behörden in den Kolonien und, was erstaunlicher erscheinen könnte, sie tragen auch die Kosten für die Präsenz der regulären portugiesischen Streitkräfte (d. h. der nicht kriegsbedingten, ständig stationierten Truppen).

Die außerordentlichen Ausgaben beziehen sich vor allem auf Investitionen im Rahmen der „Entwicklungspläne". Diese Pläne werden ausschließlich von Lissabon aufgestellt, sie dienen hauptsächlich direkt oder indirekt der Ansiedlung von Portugiesen in den Kolonien (siehe Limpopoprojekt, Sambesital- und Cunene-Projekt etc.), oder aber es handelt sich um Infrastrukturinvestitionen zur Förderung der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und ihres Exports (Ausbau von Häfen, Straßenbau, Energieprojekte), wobei die daraus resultierenden Deviseneinnahmen in die portugiesische Nationalbank fließen, die den Kolonien die Beträge in portugiesischer Währung gutschreibt (Gesetz 44 016 vom 8. 11. 1961). 1968 betrugen die außerordentlichen Ausgaben Angolas für den laufenden III. Entwicklungsplan 1351 Mio. Escudos, davon galten 1077 Mio. der Verbesserung des Abbaus der Ressourcen, dem Siedlungs- und Transportsektor und nur 134 Mio. Escudos entfielen auf das Erziehungs- und Gesundheitswesen und ähnliche Sektoren [7]).

7) Anuário Estatístico, Vol. II: Províncias Ultramarinas, 1969.

Die Absicherung der Kolonien

In den vorangehenden Abschnitten wurde gezeigt, daß die portugiesische Bourgeoisie zur Sicherung ihrer Interessen für eine Politik der Nichtaufgabe der Kolonien plädiert und daß diese Politik ihren Niederschlag in der jetzigen Verfassungsreform findet. Dieser politische Kurs sowie die ihm entsprechenden juristischen Instrumente sind theoretische Mittel, über ihre Wirksamkeit in der Praxis sagen sie nichts aus. Um sich in der Tat die Herrschaft über die Völker seiner Kolonien zu sichern, d. h. um zu erreichen, daß Theorie und Praxis einander entsprechen, trifft Portugal ganz konkrete Maßnahmen. Es untermauert seine Präsenz in Afrika durch Kontrolle der Überseegebiete selbst, durch Absicherung gegenüber den Nachbarstaaten sowie durch internationale Militärpakte: drei Punkte, die im folgenden zu analysieren sein werden.

Die Kontrolle der Überseegebiete wird durch erhöhte Investitionen, planmäßige Ansiedlung von Portugiesen und den Einsatz einer Repressionsarmee zu erreichen versucht.

In den letzten Jahren hat die Metropole vermehrte Anstrengungen zur wirtschaftlichen Integration der Kolonien unternommen, sei es mittels erhöhter eigener Investitionen, sei es durch Anlehnung an das internationale Kapital, das seinerseits im Sinne seiner Interessen die Lissaboner Kolonialpolitik unterstützt. Ein deutliches Beispiel dieses „Beistandes" sind die Investitionen, die ein internationales Konsortium unter der Führung von Krupp in dem Cassingaprojekt (Angola) vornahm und die die größten Investitionen darstellen, die jemals in Angola getätigt wurden. 1969 erhielt die Companhia Mineira do Lobito im Rahmen dieses Projektes einen Kredit in Höhe von 560 Mio. Escudos, wovon 420 Mio. durch zwei westdeutsche Bankkonsortien unter der Führung der Deutschen Unionbank Frankfurt bzw. der Hamburgischen Landesbank gedeckt wurden. Den Rest stellte ein aus der Bankers Trust Company (England), Lavoro Bank AG (Schweiz) und Monte Dei Paschi de Siena (Italien) bestehendes Konsortium [8]). Nach dem Gesetz 44 016 vom November 1969 soll bis 1972 die Bildung einer Freihandelszone zwischen Portugal und den Kolonien abgeschlossen sowie die Freizügigkeit im Personen- und Kapitalverkehr eingeführt sein.

Zur Untermauerung dieser wirtschaftlichen Integration führt Lissabon eine planmäßige Politik der Ansiedlung von Portugiesen in den Kolonien durch. Die jüngsten Beispiele hierfür sind das Sambesital- und das Cuneneprojekt. Im August 1970 wurde durch Gesetz das nationale Sekretariat für Emigration gegründet, dessen Aufgabe es ist, „die Auswanderungsströmungen, besonders in die Überseeprovinzen, zu disziplinieren und zu kanalisieren" [9]).

Die Absicherung dieser Integrationspolitik wird vom Militär übernommen, für dessen Unterhaltung Portugal ständig steigende Ausgaben ausweist. In der folgenden Tabelle sind die außerordentlichen Ausgaben für „Verteidigung und Sicherheit" aufgeführt:

---

8) Africasia, Paris, no. 43.
9) A Capital, Lissabon, 23. 8. 1970.

Tabelle 3: Außerordentliche Ausgaben 1965—1970 (in Mio. Escudos)

Jahr	Verteidigung u. Sicherheit	Entwicklungs-plan	Andere	Gesamt	Prozentsatz der ordentl. Ausgaben
1965	3,527.0	2,389.2	111.0	6,027.2	59.5
1966	4,011.0	2,203.3	169.5	6,383.8	57.8
1967	5,347.0	2,145.4	106.5	7,598.9	60.2
1968	5,613.0	2,920.9	137.4	8,671.3	63.4
1969	6,339.9	3,521.3	177.1	10,038.3	65.6
1970	6,349.9	4,372.3	255.5	10,147.7	61.3

Quelle: Portugal, Orçamento Geral do Estado para 1970, Diário de Notícias, Lissabon, 1. 1. 1970.

Für die Absicherung gegen Einflüsse aus Nachbarstaaten ist die Invasion der Republik Guinea vom vorigen Jahr ein eklatantes Beispiel, aus dem ersichtlich wird, wozu Portugal bereit ist, wenn eine Regierung — in diesem Fall Sekou Touré — den Befreiungsbewegungen — in diesem Fall der PAIGC — auch nur logistische Unterstützung gewährt.

Bei der Entwicklung, die der Befreiungskampf in den Kolonien nimmt, ist Portugal jedoch in immer stärkerem Maße auf Verbündete angewiesen. Die Unterstützung der portugiesischen Armee durch die NATO-Länder (besonders die Bundesrepublik) ist hinlänglich bekannt, so daß sie hier nicht untersucht zu werden braucht [10]). Allerdings ist die Deckung durch die NATO-Länder für Portugal nicht ausreichend, was dazu führt, daß Portugal sich einerseits über mangelnde Unterstützung beklagt und andererseits versucht, eine größere Hilfe zu erreichen, indem es seine Kolonien als strategisch hochwichtige Zonen für die „Verteidigung der westlichen Zivilisation" anbietet.

Während die Lissaboner Regierung die Vorlage für die Verfassungsänderung vorbereitete, wandte sich Verteidigungsminister Viana Rebelo nochmals an die militärische Kommission der NATO, die in Lissabon tagte: „Portugal besitzt südlich des Wendekreises (des Krebses, Anm. d. Verf.) Marine- und Luftwaffenbasen, von den Kapverdischen Inseln bis Guinea und Angola, die für den modernen Aktionsapparat bei der Kontrolle des gesamten Atlantik als Stützpunkte dienen können. Man darf nicht vergessen, daß der globale Apparat der NATO von Süden her eingekreist werden kann und daß unser Kampf in Afrika deshalb für die Allianz von höchstem Interesse ist, obwohl wir — den Behauptungen unserer Feinde zum Trotz — von ihr nicht unterstützt werden. Ich betone, wie ich es schon einmal bei anderer Gelegenheit getan habe, daß die portugiesische Regierung ihre Territorien und Militärstützpunkte außerhalb des NATO-Bereichs in den Dienst der Ziele der Allianz stellt" [11]).

Allerdings veranlaßte die Befürchtung, daß die NATO-Hilfe nicht verstärkt werden könnte, Portugal dazu, neuerdings wieder auf den Gedanken eines Südatlantikpaktes (South Atlantic Treaty Organisation = SATO) zurückzukommen. Die Idee einer SATO war bereits bei der Gründung der NATO aufgetaucht, als man sich darüber klar wurde, daß die NATO allein die Kap-Route nicht würde sichern können, da ihr Aktionsbereich sich nur bis zum Wendekreis des Krebses erstreckt. Als der bewaffnete Aufstand in den portugiesischen Kolonien sich abzuzeichnen begann, brachte der westdeutsche General Friedrich Wilhelm

10) Siehe dazu: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/1970.
11) O Século, Lissabon, 10. 10. 1970.

von Mellenthin in Erinnerung: „Die erste Schlußfolgerung, die die südafrikanischen Länder aus der Unzuverlässigkeit der jungen afrikanischen Staaten ziehen müssen, ist die Bildung der SATO (Südatlantische Vertrags-Organisation), die die portugiesischen Gebiete Angola, Mozambique, Rhodesien und Südafrika umfaßt. Dieses SATO-Gebiet ist geographisch eine günstige Verteidigungseinheit mit Angola auf der einen und Mosambik auf der anderen Seite" [12]).

Die Regierung Marcello Caetano entwickelt seit ihrer Amtsübernahme eine rege Aktivität in Richtung auf das Zustandekommen der SATO, allerdings in einer erweiterten Konzeption, die Brasilien und Argentinien einschließt.

1968 hatten Portugal und Brasilien zum ersten Mal gemeinsame Seemanöver durchgeführt. Ein Jahr später stattete Caetano als erster portugiesischer Ministerpräsident Brasilien einen Besuch ab und führte dabei Verhandlungen über die Annäherung beider Länder. Er stellte dem brasilianischen Präsidenten Costa e Silva gegenüber fest: „Portugal und Brasilien sind atlantische Länder. Beide haben lebenswichtige Interessen im südlichen Atlantik. Wenn die brasilianische Küste eine Sicherheitsgarantie für die südliche Hemisphäre darstellt, so darf man nicht vergessen, daß diese Sicherheit auch auf den Pfeilern Kapverdische Inseln, Guinea, S. Tomé und Angola ruht" [13]). Gegen Ende der Rede sagte er weiter: „Diese beispielhafte Aufzählung zeigt, Herr Präsident, wie breit die Überlappungszone der politischen Position unserer Länder ist und wie die luso-brasilianische Gemeinschaft bei internationalen Fragen als echte Einheit auftreten kann." Das nach Abschluß des Besuches veröffentlichte gemeinsame Kommuniqué betonte das Einverständnis beider Länder, „die Einrichtung von Freihäfen in den portugiesischen Territorien und in Brasilien zu studieren . . ." [14]).

Ungeachtet dessen erklärte Marcello Caetano sieben Monate später in einem Interview: „Bei diesem Gerede von einem Südatlantik-Pakt handelt es sich um völlig unbegründete Phantasien. Portugal hat bisher keinerlei Initiative ergriffen, noch denkt es daran, sie zu ergreifen, um einen solchen mehrseitigen Pakt zur Verteidigung des Südatlantiks zu gründen. Aber die portugiesische Regierung hat wiederholt die Mitglieder der NATO darauf aufmerksam gemacht, daß es absurd ist, sich auf die Verteidigung des Nordatlantiks zu beschränken. Denn es ist doch nicht so, daß die Gefahren, denen die NATO vorbeugen und die sie bekämpfen will, vor einer bestimmten Linie haltmachen würden, daß der Gegner diese Linie respektieren würde. Es gibt natürlich gemeinsame Interessen der Anrainer des Südatlantik, und es wäre vernünftig, wenn sie diese Interessen auch einer gemeinsamen Betrachtung unterzögen. . . ." [15])

Als Folge der Erkenntnis der gemeinsamen Interessen ist die Meldung der Zeitung „Diário de Lisboa" vom Januar dieses Jahres zu sehen, der zufolge die größte portugiesische Werft Lisnave Niederlassungen in Brasilien errichten wird. Vorerst letzte Etappe in der Annäherung beider Länder war der Besuch des brasilianischen Generalstabschefs in Lissabon im Juni dieses Jahres.

Ähnliche Anstrengungen sind von seiten Südafrikas zu verzeichnen. 1969 schlug das südafrikanische Parlament die Gründung einer Südatlantik-Organisation vor. Der Gedanke wurde von der Regierung einer genauen Prüfung unterzogen und

---

12) BRD-Imperialismus auf dem Vormarsch im südlichen Afrika, Hrsg. Projektgruppe Internationalismus Bochum, Januar 1971, S. 19—20.
13) O Presidente do Conselho no Brasil, Hrsg. Secretaria de Estado da Informação e Turismo, Lissabon 1969, S. 13 ff.
14) Ebda., S. 110.
15) Portugal Report, Hrsg. Portugiesische Botschaft in der BRD, Bonn-Bad Godesberg, No. 3, März/71, S. 2.

seitdem unterhält die südafrikanische Kriegsmarine enge Beziehungen zu Argentinien und Brasilien. Im April 1969 fuhr der südafrikanische Außenminister Hilgard Müller nach Brasilien und Argentinien; gemäß der Johannesburger Zeitung „Star" sind dort „gewiß Probleme der gemeinsamen Sicherheit mit der Regierung Argentiniens diskutiert worden. Argentinien ist ein Land, das pragmatisch denkt und dessen Marine mit der südafrikanischen gemeinsam Übungen durchführte" [16]). In einem UNO-Bericht über die portugiesischen Kolonien [17]) ist dazu zu lesen: „Vor allem die Entscheidung Südafrikas, drei U-Boote von Frankreich zu kaufen, gab der Möglichkeit eines solchen Paktes stärkeres Gewicht."

Nach den Reisen von Müller und Caetano nach Südamerika besuchte zum ersten Mal eine brasilianische Handelsdelegation Südafrika, Angola und Mozambique. Obwohl ein Südatlantikpakt formell noch nicht existiert, besteht er de facto bereits. Daß er auch formell zustandekommen wird, ist mit Sicherheit anzunehmen angesichts der Bedrohung, die die Erfolge der Befreiungsbewegungen für die weißen Regimes im südlichen Afrika bedeuten. Zustandekommen wird ein solcher Pakt auch deshalb, weil alle imperialistischen Länder Südafrika und Portugal bei ihren Bemühungen darum unterstützen. Die Commonwealth Konferenz in Singapur setzte die vor ihrer Regierungsübernahme in einem Geheimdokument niedergelegten Pläne der britischen Konservativen Partei in die Praxis um und forderte in aller Deutlichkeit einen solchen Pakt [18]). Trotz aller Dementis der Bundesregierung beteiligt sich auch die westdeutsche Industrie an der Ausrüstung Portugals und Südafrikas, wie durch das „OAU-Memorandum Submitted to the German Government" bewiesen ist.

Wenn man die Position der wichtigsten Länder eines solchen Südatlantikpaktes innerhalb der imperialistischen Strategie betrachtet, so stellt man fest, daß sie alle Ziel umfassender Investitionen der Industrieländer sind. Brasilien, das mächtigste südamerikanische Land, ist gleichzeitig Hauptvermittler zwischen Nord- und Südamerika; Südafrika wird beherrscht von anglo-amerikanischem Kapital und Portugal kann dem imperialistischen Lager einen doppelten Vorteil vorweisen: seine strategischen Militärbasen (vor allem die Azoren) und seine an Rohstoffen überreichen Kolonien.

Der Mittelpunkt der impieralistischen Strategie im südatlantischen Raum ist jedoch Südafrika. Es ist der wirtschaftlich stärkste Staat im südlichen Afrika und es ist ein relativ stabiles Land, womit es einerseits zum Wächter über die Stabilität der politischen Verhältnisse in diesem Teil des afrikanischen Kontinents und andererseits zur Nebenmetropole für die Expansion des internationalen Kapitals prädestiniert ist. In diesem Licht sind auch die Anstrengungen zu sehen, die die westlichen Industrieländer zugunsten eines afrikanischen „Dialogs" mit Portugal und Südafrika unternehmen [19]).

Zwar selbständig, aber unter dem Schutz dieser imperialistischen Strategie entwickelt Portugal eine Kolonialpolitik, die darauf abzielt, die Ausbeutung der Völker von Angola, Mozambique und Guinea-Bissau auch in Zukunft sicherzustellen.

---

16) Zitiert in: Tricontinental (franz. Ausgabe), 19/20, Juli—Okt. 1970, S. 92.
17) UNO-Dokument A/8023/Add. 3, 5. 10. 1970, S. 65. Ein weiteres UNO-Dokument zur Kolonialpolitik in Angola ist in Heft 6/71 der „Blätter" in wesentlichen Teilen abgedruckt.
18) Eine deutsche Übersetzung vonAusschnitten aus dem Geheimdokument ist zitiert in: E. Ferreira, Die Hintergründe der Ereignisse in der Republik Guinea, Neues Rotes Forum, Heidelberg, No. 3/70.
19) Siehe dazu: E. de Sousa Ferreira, Strauß im südlichen Afrika, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/71, S. 559—560.

Fernseh-Spalte

LUST-SPIELE

„... haben Sie schon den Wunsch verspürt, jemandem genüßlich den Kragen herumzudrehen, mit dem Messer zuzustechen, ein Pistolenmagazin leerzuschießen? — Sie trauen sich ja doch nicht! Deshalb entspannen Sie sich, bauen Sie Aggressionen ab, lassen Sie andere tun, wozu Sie nicht fähig sind ..."

So wirbt ein Kriminalmagazin in der Ullstein Taschenbücherei um potentielle Leser. Das Fernsehen gibt sich seriöser. Die Ansage-Puppen präsentieren Mord, Totschlag, Folter, Sadismus allenfalls mit einem schlichten „Viel Vergnügen". Schließlich hat eine Anstalt des Öffentlichen Rechts Rücksichten zu nehmen und kann nicht so ungezwungen die Lust am gewöhnlichen Faschismus propagieren ... Um so ungezwungener genießt dann die „schweigende Mehrheit" der dreißig Millionen Konsumenten die herzhaft grausame Feierabendkost. „Neunzig Menschen starben im schönen Monat Mai auf den deutschen Bildschirmen", hat — ausgerechnet — Springers Programmzeitschrift „Funk Uhr" (26/1971) ermittelt. „Sie wurden erschossen, erstochen, erschlagen, verbrannt, auf sadistische Weise erwürgt, mit einem Rasiermesser abgeschlachtet, totgetreten, mit einem Auto hinterhältig überfahren, in die Luft gesprengt, vergiftet, aus dem Fenster gestoßen oder durch psychologische Schocks kaltblütig in den Tod getrieben ..." Solche Heuchelei ist unüberbietbar. Jahraus, jahrein heizt diese Art von Presse Aggressionsgelüste an, um sich dann pharisäisch über das bewährte „Panem et Circenses" zu mokieren. Das Fernsehen wird zum alleinigen Sündenbock gemacht. Die entscheidende Frage hingegen steht nie zur Debatte: Schafft das Fernsehen solche Bedürfnisse oder reproduziert es sie? Ich will hier nichts beschönigen und schon gar nicht die zunehmende Pervertierung des Krimi- und Agenten-Genres (der Western war von Anfang an pervertiert) leugnen. Aber ich sehe allenfalls eine Wechselbeziehung von Gesellschaft und Fernsehen, keine autonome Traum- und Gewaltfabrik. Worauf ich hinaus möchte, muß zunächst noch als Hypothese stehen. Und speziell die kritische Linke könnte mit der Analyse einer solchen Hypothese vielleicht zu brauchbaren Ergebnissen gelangen: Dieses Fernsehen und diese Gesellschaft sind total aufeinander angewiesen, können für sich allein nicht existieren. Um in der Materie zu bleiben, die der vorliegende Artikel behandelt: Was Michael Pehlke am Beispiel des Fernseh-Westerns registriert, gilt mit ähnlicher Zielsetzung auch für die Gangster- und Geheimdienstserien. Pehlke schreibt: „Propagiert wird nicht nur die Ideologie der heiligen Familie, in deren strenger Hierarchie sich das Staatsgefüge abbildet, sondern zugleich die Militanz, deren es zum Schutze solcher reaktionärer ‚Leitbilder' bedarf. Die Rigorosität des Genres, dem die Kugel letzter Ausweg ist, korrespondiert mit der Ideologie von Eigentum und Familie ..." Mit Recht ordnet Pehlke den Fernseh-Western der „Gattung der kleinbürgerlichen Familienserie" zu, „die man, der größeren Attraktivität wegen, nach Western-Manier koloriert hat". Die Verbrecher und Staatsfeinde in den brutalen Krimi- und Agenten-„Lust"-spielen erfüllen somit, wesentlich präziser noch als die rustikalen Western-Schurken, die Funktion politischer Identifikationsmodelle. Sie repräsentieren das Böse, sind Feinde der Gesellschaft (im Standard-Serienkrimi), der „freien Welt" (im Agentengenre) oder gar der Menschheit (in Science Fiction-Serien). Ohne Sündenlehre, Jenseits- und Teufelsideologie bestünde die christliche Kirche längst nicht mehr. Die säkularisierte kapitalistische Gesellschaft bedarf zu ihrer Selbsterhaltung der Gewalt. Das Fernsehen, indem es diese reproduziert, indem es auf Trivialebene (politisch nutzbare) Verhaltensmodelle darstellt, signalisiert idiotensicher die herrschende Ideologie. Simpelstes Beispiel: die Schurken, Gangster und Staatsfeinde des Fernsehens ziehen immer nur deshalb den kürzeren, weil die legalen Ordnungsmächte noch härter, noch brutaler, noch raffinierter, noch skrupelloser sind.

E. H. Wahl

Bücher

US-Außenpolitik und kritische Friedensforschung

Gabriel Kolko, Die Hintergründe der US-Außenpolitik. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1971, 204 S., 15,— DM.

Nachdem Ekkehart Krippendorff erst vor kurzem in seiner Darstellung der amerikanischen Strategie („Die amerikanische Strategie", Frankfurt/M. 1970) diskutiert hat, ob die Totalität der US-Außen- und Innenpolitik als faschistisch bezeichnet werden kann bzw. muß, liefert jetzt die deutsche Übersetzung eines 1969 unter dem Titel „Die Wurzeln der amerikanischen Außenpolitik" erschienenen Buches weitere Materialien für eine derartige Diskussion.

Kolkos Arbeit stellt sich den hohen Anspruch, eine radikale, bis zu den ursächlichen Wurzeln vorstoßende Analyse sein zu wollen. Kolko will unter Verbindung empirischer und theoretischer, immanent marxistischer Momente eine „kohärente Gesellschaftstheorie" ein gutes Stück Weg voranführen. Dabei geht er davon aus, daß Innen- und Außenpolitik der USA funktional aufeinander bezogen sind: „Jegliche Diagnose über die zukünftige amerikanische Gesellschaft, die es versäumt, Macht und Klassenstruktur, Innen- und Außenpolitik miteinander in Beziehung zu setzen, wird dem einheitlichen Charakter des bestehenden Gesellschaftssystems nicht gerecht, sieht sie davon ab, daß der Kalte Krieg für die internen ökonomischen Probleme wie Armut, Automation etc. einen temporären Aufschub bedeutet und davon, daß das Scheitern der amerikanischen Globalstrategie neue Möglichkeiten und Spannungen im Innern der USA schaffen wird." Ein derartiger gesamtgesellschaftlicher, Gesellschaft, Politik und Ökonomie als eine Totalität begreifender Ansatz macht die Stärke Kolkos aus; ohne aber einer ausführlichen Diskussion, die sich hoffentlich an Inhalt und Methodik von „Hintergründe der US-Außenpolitik" entzünden werden wird, vorgreifen zu wollen, sei hier doch kritisch angemerkt, daß Kolko mit seiner Betonung des „einheitlichen Charakters" des bestehenden US-Gesellschaftssystems bedenklich in die Nähe von Marcuses „Eindimensionalität" gerät. Kolko betont und berücksichtigt zu wenig, worauf auch Krippendorff in seiner Einleitung hinweist: daß gesellschaftliche Totalität aus Teilen besteht. Eine kritische Analyse ist deshalb keine maximalistische Forderung, ohne Hinweise auf ihre Einlösung, sie hat vielmehr immer auch die Einzelbestandteile der Gesellschaft auf mögliche antagonistische, systemtransformierende Tendenzen hin zu betrachten. Derartige innergesellschaftliche Sprengkräfte sieht Kolko aber für die USA nicht mehr; ein sozialer Wandel der USA erscheint ihm deshalb nur noch extern möglich und motiviert, durch das Scheitern der US-Globalstrategie reimportiert.

Kolko sieht (deshalb?) im Vietnam-Krieg und in der dort manifest gewordenen und gescheiterten Globalstrategie der USA die Quintessenz, „die logische Folge einer konsistenten Politik", die den Charakter der USA enthüllt. Das darzustellen, rückt er aber so sehr ins Zentrum der Analyse, daß er die innenpolitische Absicherung und Auswirkung und — Bekämpfung dieser Strategie vernachlässigt. Kolko führt die durch Vietnam entlarvte US-Außenpolitik auf die „Klasseninteressen" „der Männer der Macht" über die Industrie und die Regierung zurück; und es ist seine These, daß diese Interessen durchgesetzt und dominant werden, „daß die Regierenden ihre Politik eher auf Macht- und Interessendurchsetzung als auf Billigung und Konsens aufbauen", so daß er die Probleme innerpolitischer Konsonans oder Dissonanz unberücksichtigt läßt. Damit aber verläßt Kolko zugleich den Rahmen marxistischer Methodik.

Kolko behandelt in fünf Kapiteln die „Männer der Macht", das Verhältnis von Militär- und Zivilgewalt in den USA, die weltwirtschaftliche Position der USA und die Rolle, welche die USA seit 1944 in Vietnam spielen. Den beiden letzten Kapiteln, die den Vietnamkrieg darstellen, spricht er dabei einen Schlüsselcharakter zu. Hier aber liefert Kolko nur eine, allerdings gute und materialreiche, Zusammenfassung der kritischen Diskussion des US-Vietnamengagements. Dies gilt auch für seinen Entwurf

einer „Theorie der globalen Rolle der USA": auch hier liefert er nur eine Zusammenfassung bereits verbreiteter Aussagen. Empirisches Neuland beschreitet er dagegen, wenn die personelle Zusammensetzung und die Rekrutierungsfelder der Regierenden sowie in Verbindung damit das Verhältnis zwischen Militär- und Zivilgewalt untersucht wird. Anhand der Ergebnisse liefert Kolko dabei eine immanente Kritik der Position der liberalen Kritiker des „militärisch-industriellen Komplexes", z. B. Galbraiths („Wie man Generale bändigt", Hamburg 1970). Kolko vermag nämlich aufzuzeigen, daß bereits die Redewendung „militärisch-industrieller Komplex" ideologische Funktion hat; richtigerweise müßte man von einem „industriell-militärischen Komplex" reden. Und Kolko zeigt, daß die insbesondere außenpolitisch manifest gewordene Tendenz zu einem amerikanischen Faschismus nicht mit dem ständig gestiegenen Einfluß der Militärs korreliert. Als beherrschend erweisen sich nach Kolko die Vorstellungen der Zivilisten und das Rekrutierungsfeld Industrie, die dann den Militärapparat als ihr Werkzeug benutzen. „Denn die Männer der Großindustrie und ihre politischen Kohorten haben die Grenzen festgelegt, innerhalb derer das Militär seine Strategie formulieren darf, d. h. ihre Werte und ihre Prioritätenskala gelten für die im Grunde gefügigen Generale ..."

Eike Hennig

Israels „Rogers-Plan"

Shimon Peres, David's sling. The arming of Israel. Weidenfeld and Nicolson, London 1970, 360 S.

Kurz vor seinem Eintritt ins neugebildete israelische Kabinett im Dezember 1969 hat Shimon Peres, nunmehr Verkehrsminister, das Manuskript des vorliegenden Buches abgeschlossen. Als langjähriger Generaldirektor (etwa Staatssekretär) und stellvertretender Minister des israelischen Sicherheits(Verteidigungs)ministeriums war er zusammen mit Moshe Dayan der Musterschüler des ersten Regierungschefs Israels, David Ben-Gurion. Durch das ganze Buch hindurch werden von Peres die Tugenden des Regierungschefs Ben-Gurion so sehr betont und herausgestellt, daß man dieses Buch als eine Art Danksagung an Ben-Gurion klassifizieren kann.

Da Peres in den letzten Jahren zu einem der Weichensteller — zunächst als Generalsekretär der von der regierenden Mapai-Partei abgespaltenen Rafi-Partei und nach der Vereinigung mit Mapai und Achduth Awodah zur Arbeiterpartei als deren stellvertretender Generalsekretär — in israelischen innen- und außenpolitischen Fragen von grundsätzlichem Charakter avancierte, erklärt dies, weshalb den Ausführungen Shimon Peres' großes Gewicht beizumessen ist.

Das Buch gliedert sich in drei Teile: Nicht ganz die Hälfte ist dem Komplex der Schaffung der israelischen Armee und deren Bewaffnung gewidmet; der zweite Abschnitt behandelt die drei israelisch-arabischen Kriege, und im letzten, aber aufschlußreichsten Teil weist Peres auf die Faktoren hin, mit deren Hilfe sich ein Frieden im Nahostkonflikt — langfristig gesehen — nach seiner Ansicht realisieren ließe. Kurzum: Shimon Peres legt detailliert dar, wie Israels „Rogers"-Friedensplan aussieht und noch aussehen wird.

Die ersten beiden Teile lassen sich kurz zusammenfassen, da sie nicht sehr viel neues Material zu diesen Themenkomplexen enthalten und die Darstellung der Kausalzusammenhänge für die drei geführten Kriege sehr lückenhaft ist und die Perspektiven völlig verschiebt. Beispielsweise läßt er in der Analyse der Gründe, die zu den Kriegen 1956 und 1967 führten, in der Frage Sperrung der Straße von Tiran das international geltende Recht ganz außer acht, ja, er macht nicht einmal den Versuch, darauf zu rekurrieren. Es lohnt sich nicht, die schwachen Stellen in diesen beiden Teilen des Buches aufzuzeigen, weil es deren zu viele gibt.

Lediglich einige Punkte aus diesen Abschnitten sollen festgehalten werden: Die israelische Außenpolitik stand und steht heute noch primär unter dem Aspekt der Waffenbeschaffung (S. 35); im Rahmen der Waffengeschäfte mit Großbritannien Mitte der fünfziger Jahre deutet Shimon Peres an, daß israelischerseits die Überlegung eine Rolle spielte, Israel könne bei einem erwarteten Rückzug der Briten aus dem Mittleren Osten (inklusive der Scheichtümer am Persischen Golf) als britischer

Waffenempfänger die Aufrechterhaltung des politischen Gleichgewichts in dieser Hemisphäre gewährleisten (S. 39); die USA, deren „okay" bei allen Waffengeschäften mit Frankreich und Deutschland einzuholen war, werden von Peres als *das* demokratische Musterland vorgestellt, als Beispiel auch für Israel (S. 43); die ambivalente Einstellung Shimon Peres' zu den sozialdemokratischen Parteien in Frankreich, England und der Bundesrepublik entspricht der Haltung zahlreicher Vertreter der israelischen Arbeiterpartei (so S. 59 f und S. 74); die wichtige Rolle, die Franz Josef Strauß als damaliger Verteidigungsminister beim Zustandekommen des deutsch-israelischen Waffengeschäftes spielte, kommt klar zum Vorschein.

Der dritte Abschnitt des Buches enthält die aufschlußreichsten Passagen, weil Shimon Peres hier seine Vorstellungen über die israelische Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber den arabischen Anrainerstaaten klar zum Ausdruck bringt und sich diese Vorstellungen in der Regel mit der bisher von Israel praktizierten Friedenspolitik decken. Anhand dieser Aussagen lassen sich evident die Hoffnungen auf eine Beilegung des Nahostkonflikts ablesen und die Funktion, die Israel im nahöstlichen Raum für die Westmächte ausübt, als Vermittlung imperialistischer Kontrolle eindeutig nachweisen.

Das von Israel bis etwa zum Sechs-Tage-Krieg praktizierte Modell Ben-Gurions zur Herbeiführung eines Friedens mit den arabischen Staaten intendierte die Herstellung freundschaftlicher Kontakte mit jenen arabischen Staaten, die nicht direkt an Israel angrenzen, deren freundschaftliche Haltung zu Israel dann auch auf die direkt an Israel angrenzenden arabischen Staaten abfärben würde. Nach dem Krieg 1967 wurde dieses Modell ad acta gelegt und durch ein der veränderten politischen Konstellation Rechnung tragendes Lösungsmodell ersetzt. Dabei geht Peres von dem Grundsatz aus, Israel müsse versuchen, die Entwicklung zu einem friedlichen Ausgleich mit den Arabern in die von Israel gewünschte Richtung zu lenken. Und dies konnte primär nur in den Entwicklungen der von Israel okkupierten Gebiete liegen. Wenn nämlich für das Problem der palästinensischen Flüchtlinge eine Lösung gefunden werde — so Peres —, stehe einem Ausgleich mit den arabischen Ländern nichts mehr im Wege, da seit dem Kriege von 1967 die Mehrheit der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten lebe. Für die Lösung des Problems der palästinensischen Flüchtlinge, die außerhalb der besetzten Gebiete leben, kann Israel nach Peres Auffassung wenig tun, da es sich bei diesen nach seiner Definition nicht um Flüchtlinge, sondern eher um Emigranten handelt. Ein Flüchtling ist nach seiner Version ein Mensch, der kein Heim, keine Beschäftigung, keine Bewegungsfreiheit und keine Hoffnung auf eine bessere Zukunft hat. Es besteht lediglich eine psychologische Diskrepanz zwischen den palästinensischen „Emigranten" und den Bewohnern der Gebiete, in denen sie nunmehr leben. Diese psychologischen Belastungen durch die Schmerzen der Vergangenheit können nur im Laufe der Zeit geheilt werden. Die Zeit heilt Wunden, das ist Peres' Credo, und die außerhalb der besetzten Gebiete lebenden „emigrierten" Palästinenser würden dann auch von den Gastländern absorbiert und integriert werden. Israel würde sich bereit erklären, diesen Palästinensern finanzielle Kompensationen für das „aufgegebene" Eigentum zu zahlen, und die Ansiedlung durch andere Mittel fördern. Aus diesem Grunde zielen die israelischen Vorstellungen in erster Linie auf die innerhalb der Waffenstillstandslinien lebenden Palästinenser.

Ziel der israelischen Politik gegenüber den in okkupierten Gebieten lebenden Palästinensern soll nach Peres die friedliche Koexistenz zwischen Juden und Arabern sein. Ansatzpunkte für die Erreichung dieses Zieles bieten die intensive Weiterentwicklung der Landwirtschaft und Infrastruktur im besetzten Westjordanien sowie das Anheben des Lebensstandards bei Aufrechterhaltung der nationalen Identität dieses Teils der Palästinenser. Diese Koexistenz würde für die Palästinenser — und dies geht aus Peres' Ausführungen eindeutig hervor — die Domination über ihre Gesellschaft durch Israel bedeuten (S. 268, 271). Die Kontrolle der besetzten Territorien (in erster Linie Westjordaniens) durch Israel steht für Peres außer Frage (S. 271).

Im Rahmen dieses Planes sollen die in Gaza lebenden palästinensischen Flüchtlinge in die anderen besetzten Gebiete, insbesondere nach Westjordanien, „umgesiedelt" werden (S. 274). Eine Ansiedlung der Flüchtlinge in Gaza wird von Shimon Peres

nicht befürwortet, da die Wirtschaftsstruktur des besetzten westjordanischen Gebietes durch den Aufbau neuer Industrien hierfür geeigneter erscheint. Hinsichtlich der anderen okkupierten Gebiete außert sich Peres lediglich äußerst knapp, dadurch aber nicht unbestimmter, daß die in einem Friedensvertrag auszuhandelnden territorialen Arrangements die Konzentrierung von arabischen militärischen Kräften unmittelbar an der israelischen Grenze verhindern müssen, sei es auf der Sinai-Halbinsel oder auf den Golan-Höhen, um jeden militärischen Angriff auf Israel wegen der schwierigen strategischen Ausgangsbais von vornherein zu unterbinden. Sharm el-Sheikh solle der Kontrolle desjenigen Landes anvertraut werden, das die Freiheit der Schifffahrt im Golf von Aqaba gewährleistet (S. 245). Israel hat nach Peres aus den Resulaten der bisher geführten Kriege die Erkenntnis gewonnen, daß ein Rückzug aufgrund von internationalen Garantien oder der Stationierung von „Blauhelmen" der UNO oder anderer Organisationen und Staaten keineswegs von Israel akzeptiert werden solle, da bisher alle internationalen Garantien wertlos gewesen seien (S. 243). Das Fazit, das man aus solchen Aussagen ziehen muß, ist: Israel will versuchen, mit Hilfe des Faktors Zeit die schwierigsten Probleme, insbesondere das der Palästina-Flüchtlinge, in seinem Sinne zu lösen und die territorialen Vorstellungen durch die „Schaffung von Tatsachen" zu zementieren sowie die Gebiete, die es zur Zeit noch besetzt hält, nach einem Rückzug zu kontrollieren. Denn — darauf beruhen alle Ausführungen von Peres — Frieden bedeutet eine Änderung der arabischen Haltung. Fazit: Solange sich auf israelischer Seite diese Position nicht ändert, wird kein Frieden in Nahost möglich sein.

Dieser Plan soll durch die Entwicklung von Kooperationsmöglichkeiten mit anderen arabischen Staaten abgesichert werden. Einmal wäre hier die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) als Katalysator nahöstlicher Konflikte zu nennen. Israel strebt nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern noch mehr aus politischen Gründen nach einer Asoziierung mit der EWG, da die nordafrikanischen arabischen Staaten über Frankreich Kontakt mit der EWG halten. Zudem könnten die EWG-Länder auf die prowestlichen Staaten Libanon und Jordanien einwirken, um die wirtschaftliche Kooperation dieser Staaten mit Israel als erste Stufe zu einem friedlichen Ausgleich voranzutreiben. Man sieht, den zur EWG zählenden Ländern kommt eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu, der auch mit der Erstellung eines „ersten Berichtes" zur Nahostkrise voll und ganz Rechnung getragen wird.

Nach Peres' Vorstellungen sollte Israel durch eine gezielte Politik hinsichtlich der nationalen Minoritäten der umliegenden arabischen Staaten in diesen Ländern eine Akzentverschiebung der Einstellung zu Israel erreichen. Zielobjekte sollen die Drusen, Kurden und die christlichen Marioniten im Libanon sein. Die Funktion einer solchen Politik läßt sich offen an folgendem Beispiel ablesen: Die libanesische Zeitung „Al Siad" führte im September 1968 eine Leserbefragung durch. Zwei Fragen wurden zur Beantwortung gestellt: Soll eine UNO-Streitmacht an der libanesisch-israelischen Grenze stationiert werden? Und: Soll der Libanon in einem etwaigen weiteren Krieg der arabischen Länder mit Israel eingreifen? Das Ergebnis der Umfage lautete auf die erste Frage: 38 % traten für die Stationierung einer UNO-Streitmacht ein, 62 % waren dagegen, während die Marioniten 53 % für eine Stationierung und nur zu 47 % dagegen votierten. 62,6 % würden als Antwort auf die zweite Frage ein libanesisches Eingreifen in einem weiteren israelisch-arabischen Krieg befürworten, 37,4 % nicht; die Marioniten stimmten nur zu 41 % für ein Eingreifen, zu 49 % dagegen Hier läßt sich eindeutig die Funktion der Unterstützung der nationalen Minderheiten durch Israel ablesen. So ist es nicht überraschend, daß Peres 1970 eine größere nationale Autonomie für die Drusen (von denen Teile ja auch im Libanon und Syrien beheimatet sind) auf den Golan-Höhen forderte.

Abschließend zeigt sich, daß gerade aus dem am wenigsten umfangreichen Teil des Buches inhaltlich das meiste herauszuholen ist, gerade in bezug auf die aktuelle Politik, da nach der Lektüre dieses Abschnittes der Leser sich ein exakteres Bild von der israelischen Position bei den augenblicklich ruhenden Jarring-Gesprächen und von der Funktion Israels als Vermittler imperialistischer Kontrolle machen kann. Aus diesem Grunde ist das Buch jedem, der sich mit dem Nahostkonflikt beschäftigt, zur Lektüre zu empfehlen.

Hans-Georg Burger

Praktische Entwicklungshilfe

Kurt H. Hendrikson und Martin Reinecker, Praktische Entwicklungspolitik. Daten/Strategien/Projekte. Verlagsbuchhandlung des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1971, 293 S., geb. 35,— DM.

Die kaum überschaubare Literatur zur Entwicklungshilfe ist ganz überwiegend theoretischer Natur, beschränkt sich, soweit nicht vorwiegend politisch und volkswirtschaftlich orientiert, auf einfache Wachstumsmodelle. Solche Arbeiten sind notwendig, bieten aber dem Praktiker nur wenig. Die vorliegende Arbeit dagegen, geschrieben von zwei Fachleuten, die seit vielen Jahren als Berater und Gutachter in konkreten Entwicklungsprojekten in der ganzen dritten Welt tätig sind, packt die Probleme von der praktischen Seite her an und stützt sich dabei auf eigene reiche Erfahrungen.

Zwei Hauptprobleme zeichnen sich für die Zukunft der Entwicklungshilfe ab: Wird es den Entwicklungsländern gelingen, in größerem Umfang als bisher mit ihren Erzeugnissen auf den Märkten der Fortgeschrittenen Fuß zu fassen? Wie werden die Entwicklungsländer ihre schon jetzt teilweise schwere Schuldenlast an die Industrieländer abtragen? Einen Beitrag zur Lösung dieser Probleme zu leisten, haben sich die Verfasser zum Ziel gesetzt.

Nach einer Schilderung der Verhältnisse (Datenkonstellation) in den Entwicklungsländern Anfang der siebziger Jahre und der gegenwärtig angewandten Teilstrategien der Entwicklungspolitik — Sektorale Wachstumsförderung, Investitionsstrategie (Kapitalhilfe), Dienstleistungsstrategie (Technische Hilfe) — werden entwicklungspolitische Gesamtstrategien vorgeführt, Bewertungstechniken dargestellt und Operationen auf Projektebene beschrieben. Diese Abschnitte stellen den Kern der Arbeit dar. Zum Schluß wird der Leser mit dem Verwaltungsapparat der Entwicklungshilfe vertraut gemacht.

Das Buch von Hendrikson-Reinecker wird jeder mit Gewinn studieren, der sich von Berufs wegen oder aus anderen Gründen mit Entwicklungshilfe oder einem ihrer vielschichtigen Probleme zu befassen hat. Für die Leser der „Blätter" werden im Hinblick auf die Spannungen zwischen West und Ost folgende Beobachtungen der Verfasser von besonderem Interesse sein: „In aller Regel akzeptieren die Nehmerländer Entwicklungshilfe nur unter der Voraussetzung, daß sie hinsichtlich der Gestaltung ihrer innen- und außenpolitischen Beziehungen Herr ihrer eigenen Entschlüsse bleiben. Neuerdings ist sogar eine Tendenz wachsender Empfindlichkeit gegenüber politischen Implikationen von Entwicklungshilfe festzustellen."

Harold Rasch

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Georg Klaus / Manfred Buhr, Philosophisches Wörterbuch. Neubearbeitete und erweiterte Auflage. Verlag Das europäische Buch, Berlin, Ausgabe in zwei Bänden, 1221 S., Ln. 32,— DM.

Jacques Maquet, Herrschafts- und Gesellschaftsstrukturen in Afrika. Kindler Verlag, München, 256 S., Diagramme, Tabellen und Karten, Ln. 18,— DM (Kindlers Universitäts-Bibliothek).

Hans L. Gottschalk / Bertold Spuler / Hans Kähler, Die Kultur des Islams. Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion, Frankfurt, 480 S., 164 Abb., 3 Farbt., Ln. 160,— DM (Handbuch der Kulturgeschichte).

Deutsche Publizisten des 15. bis 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von Heinz-Dietrich Fischer. Verlag Dokumentation, München-Pullach, 419 S., Linson 48,— DM (Publizistik — Historische Beiträge, Bd. 1).

Theodor Fontane und die Preußische Akademie der Künste. Ein Dossier aus Briefen und Dokumenten des Jahres 1876. Aus dem Archiv der Akademie der Künste, Berlin. Herausgegeben von Walther Huder. Propyläen Verlag, Berlin, 106 S., einmalige Auflage von 800 numerierten Exemplaren, Großformat, kart. mit Umschlag 48,— DM. Heine Jahrbuch 1971. Herausgegeben vom Heine-Archiv in Düsseldorf. Schriftleitung Eberhard Galley. Hoffmann und Campe, Hamburg, 126 S., 8 Abb., br. 12,— DM.

Léon Blum. Auswahl aus dem Werk. Herausgegeben, eingeleitet und aus dem Französischen übersetzt von Grete Helfgott. Europa Verlag, Wien, 438 S., Ln. 36,— DM. Siegfried Kracauer, Schriften I. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 308 S., kart. 16,— DM, Ln. 24,— DM. — Der erste Band der Werkausgabe enthält: Soziologie als Wissenschaft. Eine erkenntnistheoretische Untersuchung (1922); Der Detektivroman. Ein philosophischer Traktat (1922—1925); Die Angestellten. Aus dem neuesten Deutschland (1930). Der weitere Plan sieht vor: Bd. II: Von Caligari zu Hitler; Bd. III: Theorie des Films; Bd. IV: Geschichte. Von den letzten Dingen; Bd. V: Aufsätze.

Ulrich Nussberger, Die Mechanik der Pressekonzentration. Verlag de Gruyter, Berlin, 141 S., 22 Figuren, Groß-Oktav, Ln. 34,— DM.

Ansgar Skriver, Schreiben und schreiben lassen. Innere Pressefreiheit — Redaktionsstatute. Verlag C. F. Müller, Karlsruhe, 166 S., br. 12,80 DM (Recht — Justiz — Zeitgeschehen, Bd. 8). — Als Band 9 der Reihe erschien: Heinz Kraschutzki, Die Gerechtigkeitsmaschine. Erfahrungen mit Strafen und Strafvollzug (260 S., br. 19,80 DM).

Schrauben haben Rechtsgewinde. Ein Lesebuch fragender Arbeiter für Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie deren Kinder. Zusammengestellt von Thomas Rother. Mit einer Gebrauchsanweisung von Günter Wallraff. Schwann Verlag, Düsseldorf, 96 S. mit Fotos, Paperback 9,80 DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

Christoph Weisz, Geschichtsauffassung und politisches Denken Münchener Historiker in der Weimarer Zeit: Konrad Beyerle, Max Buchner, Michael Doeberl, Erich Marcks, Karl Alexander v. Müller, Hermann Oncken. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 309 S., br. 58,60 DM (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Bd. 5).

Jürgen Schwarz, Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 488 S., br. 86,60 DM (Ordo Politicus, Bd. 12).

Eckhard Wandel, Die Bedeutung der Vereinigten Staaten von Amerika für das deutsche Reparationsproblem 1924—1929. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, XI, 332 S., br. 32,— DM, Ln. 37,50 DM (Tübinger Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 11).

Arno Panzer, Das Ringen um die deutsche Agrarpolitik. Von der Währungsstabilisierung bis zur Agrardebatte im Reichstag im Dezember 1928. Kommissionsverlag Walter G. Mühlau, Kiel, XVIII, 198 S., kart. 10,— DM (Beiträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 1).

Gabriele Krüger, Die Brigade Ehrhardt. Leibniz-Verlag, Hamburg, 176 S., Ln. 19,80 DM (Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte, Bd. 7). — Die Studie bietet eine Fülle von Details zur Geschichte des wohl bekanntesten Freikorps der Weimarer Republik, einer militärisch schlagkräftigen und militant antirepublikanischen Elitetruppe. Dargestellt werden auch ihre Nachfolgeorganisationen.

Fritz Krause, Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949—55. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 185 S., br. 7,50 DM (Marxistische Taschenbücher).

Aktuelle Themen

Oskar Grünwald / Ferdinand Lacina, Auslandskapital in der österreichischen Wirtschaft. Eine Studie der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Eingeleitet von Eduard März. Europa Verlag, Wien, 228 S., Paperback 16,— DM.

Werner Ernst / Wille Bonczek, Zur Reform des städtischen Bodenrechts. Gebrüder Jänecke Verlag, Hannover, 87 S., kart. 28,— DM (Abhandlungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 61). — Als Bd. 60 erschien: Elisabeth Lauschmann, Grundlagen einer Theorie der Regionalpolitik (265 S., kart. 45,— DM).

Gisela Schoch, Die Informationsmittel einer Universitätsbibliothek. Ihre Nutzung durch die studentischen Leser. Verlag Dokumentation, München-Pullach, 163 S., Linson 24,— DM (Bibliothekspraxis, Bd. 2). — In der Reihe erschien als Bd. 1: Paul Niewalda, Die elektronische Datenverarbeitung im Dienste der Bibliothek (160 S., Linson 28,— DM).

Praktische Entwicklungshilfe

Kurt H. Hendrikson und Martin Reinecker, Praktische Entwicklungspolitik. Daten/Strategien/Projekte. Verlagsbuchhandlung des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1971, 293 S., geb. 35,— DM.

Die kaum überschaubare Literatur zur Entwicklungshilfe ist ganz überwiegend theoretischer Natur, beschränkt sich, soweit nicht vorwiegend politisch und volkswirtschaftlich orientiert, auf einfache Wachstumsmodelle. Solche Arbeiten sind notwendig, bieten aber dem Praktiker nur wenig. Die vorliegende Arbeit dagegen, geschrieben von zwei Fachleuten, die seit vielen Jahren als Berater und Gutachter in konkreten Entwicklungsprojekten in der ganzen dritten Welt tätig sind, packt die Probleme von der praktischen Seite her an und stützt sich dabei auf eigene reiche Erfahrungen.

Zwei Hauptprobleme zeichnen sich für die Zukunft der Entwicklungshilfe ab: Wird es den Entwicklungsländern gelingen, in größerem Umfang als bisher mit ihren Erzeugnissen auf den Märkten der Fortgeschrittenen Fuß zu fassen? Wie werden die Entwicklungsländer ihre schon jetzt teilweise schwere Schuldenlast an die Industrieländer abtragen? Einen Beitrag zur Lösung dieser Probleme zu leisten, haben sich die Verfasser zum Ziel gesetzt.

Nach einer Schilderung der Verhältnisse (Datenkonstellation) in den Entwicklungsländern Anfang der siebziger Jahre und der gegenwärtig angewandten Teilstrategien der Entwicklungspolitik — Sektorale Wachstumsförderung, Investitionsstrategie (Kapitalhilfe), Dienstleistungsstrategie (Technische Hilfe) — werden entwicklungspolitische Gesamtstrategien vorgeführt, Bewertungstechniken dargestellt und Operationen auf Projektebene beschrieben. Diese Abschnitte stellen den Kern der Arbeit dar. Zum Schluß wird der Leser mit dem Verwaltungsapparat der Entwicklungshilfe vertraut gemacht.

Das Buch von Hendrikson-Reinecker wird jeder mit Gewinn studieren, der sich von Berufs wegen oder aus anderen Gründen mit Entwicklungshilfe oder einem ihrer vielschichtigen Probleme zu befassen hat. Für die Leser der „Blätter" werden im Hinblick auf die Spannungen zwischen West und Ost folgende Beobachtungen der Verfasser von besonderem Interesse sein: „In aller Regel akzeptieren die Nehmerländer Entwicklungshilfe nur unter der Voraussetzung, daß sie hinsichtlich der Gestaltung ihrer innen- und außenpolitischen Beziehungen Herr ihrer eigenen Entschlüsse bleiben. Neuerdings ist sogar eine Tendenz wachsender Empfindlichkeit gegenüber politischen Implikationen von Entwicklungshilfe festzustellen."

Harold Rasch

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Georg Klaus / Manfred Buhr, Philosophisches Wörterbuch. Neubearbeitete und erweiterte Auflage. Verlag Das europäische Buch, Berlin, Ausgabe in zwei Bänden, 1221 S., Ln. 32,— DM.

Jacques Maquet, Herrschafts- und Gesellschaftsstrukturen in Afrika. Kindler Verlag, München, 256 S., Diagramme, Tabellen und Karten, Ln. 18,— DM (Kindlers Universitäts-Bibliothek).

Hans L. Gottschalk / Bertold Spuler / Hans Kähler, Die Kultur des Islams. Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion, Frankfurt, 480 S., 164 Abb., 3 Farbt., Ln. 160,— DM (Handbuch der Kulturgeschichte).

Deutsche Publizisten des 15. bis 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von Heinz-Dietrich Fischer. Verlag Dokumentation, München-Pullach, 419 S., Linson 48,— DM (Publizistik — Historische Beiträge, Bd. 1).

Theodor Fontane und die Preußische Akademie der Künste. Ein Dossier aus Briefen und Dokumenten des Jahres 1876. Aus dem Archiv der Akademie der Künste, Berlin. Herausgegeben von Walther Huder. Propyläen Verlag, Berlin, 106 S., einmalige Auflage von 800 numerierten Exemplaren, Großformat, kart. mit Umschlag 48,— DM. Heine Jahrbuch 1971. Herausgegeben vom Heine-Archiv in Düsseldorf. Schriftleitung Eberhard Galley. Hoffmann und Campe, Hamburg, 126 S., 8 Abb., br. 12,— DM.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Die geheimen Vietnam-Dokumente des Pentagon

Am 13., 14. und 15. Juni 1971 veröffentlichte die „New York Times" die ersten Teile einer vom Pentagon in den Jahren 1967/68 ausgearbeiteten Studie („McNamara-Studie") über die Hintergründe, den Beginn und die Entwicklung des amerikanischen Krieges in Vietnam. Die Dokumente waren der „New York Times" von einem der mehr als dreißig Verfasser der Studie, dem Harvard-Dozenten Daniel Ellsberg, zugespielt worden. Der Originaltext dieser als „streng geheim" klassifizierten Studie umfaßt 4000 Seiten Dokumente und 3000 Seiten einer von den Experten des Pentagon verfaßten Analyse. Nur 15 Exemplare waren gedruckt worden, von denen Ellsberg eines kopierte.

Auf Antrag von Justizminister John N. Mitchell wurde der „New York Times" am 16. Juni die weitere Veröffentlichung von Auszügen aus der Pentagon-Studie durch einstweilige Verfügung eines New Yorker Gerichts untersagt. Nachdem der Rechtsstreit durch mehrere Instanzen gelaufen war und eine Reihe weiterer Zeitungen mit Veröffentlichungen über die Pentagon-Studie begonnen hatte, hob das Oberste Gericht der Vereinigten Staaten am 30. Juni das Publikationsverbot wieder auf. Am 1. Juli setzte die „New York Times" die Veröffentlichung ihrer Serie fort.

Die „Blätter" beginnen in dieser Ausgabe mit dem Abdruck der deutschen Übersetzung der von der „New York Times" publizierten Dokumente. In den nächsten Heften werden wir mit der Veröffentlichung fortfahren, sofern Interesse besteht. Eine detaillierte Analyse der veröffentlichten Dokumente erscheint in einer der nächsten Ausgaben der „Blätter". Die Fußnoten zum fortlaufenden Text der Dokumentation sind Wort- und Sacherläuterungen von Joachim Joesten, der die Übersetzung für die „Blätter" vornahm.

Die „Blätter" bzw. der Pahl-Rugenstein Verlag behalten sich eine Veröffentlichung der Dokumentenserie in Form eines Sonderdrucks oder einer Broschüre vor. D. Red.

I

Memorandum des Verteidigungsministers Robert S. McNamara an Präsident Lyndon B. Johnson über die Lage in Vietnam

Datiert 21. Dezember 1963

Gemäß Ihrem Ersuchen von heute morgen lege ich Ihnen hiermit eine Zusammenfassung der Schlußfolgerungen vor, zu denen ich nach meinem Besuch in Vietnam am 19. und 20. Dezember gekommen bin.

1) *Résumé.* Die Lage ist sehr beunruhigend. So wie sich die Dinge z. Z. entwickeln, und falls nicht innerhalb der nächsten 2—3 Monate eine Wende erfolgt, ist damit zu rechnen, daß es bestenfalls zu einer Neutralisierung, wahrscheinlicher aber zu einer kommunistischen Machtübernahme kommt.

2) *Die neue Regierung* macht uns die größten Sorgen. Sie ist unschlüssig und läßt sich treiben. Zwar behauptet Minh, daß er und nicht das Generalskomitee die Entscheidungen trifft, doch ist nicht sicher, daß das wirklich der Fall ist. Jedenfalls ist es so, daß weder er noch das Komitee in politischer Verwaltung erfahren sind und bisher haben sie auch wenig Talent dafür gezeigt. Es besteht keine klare Vorstellung davon, wie das Programm der strategischen Ortschaften (strategic hamlet program) neu gestaltet oder durchgeführt werden soll; die Provinzleiter, von denen die meisten neu und unerfahren sind, bekommen wenig oder gar keine Führung, weil die Generäle sich hauptsächlich um

politische Angelegenheiten kümmern. Ein anschauliches Beispiel für die jetzige Lage ist, daß General (Name unleserlich) nur wenig oder gar keine Zeit damit verbringt, daß III. Corps zu befehligen, obwohl es sich in der lebenswichtigen Zone um Saigon befindet und unablässiger Führung bedarf. Ich habe Minh, Don, Kim und Tho so stark wie möglich darauf hingewiesen.

3) *Das „Country Team"* [1]) stellt die zweite größere Schwäche dar. Es hat keine gute Führung, ist schlecht unterrichtet und arbeitet nicht nach einem gemeinsamen Plan. Ein Beispiel für das herrschende Durcheinander aus der letzten Zeit ist die Tatsache, daß USOM [2]) und das Militär sowohl der Regierung von Vietnam wie auch Washington widersprüchliche Empfehlungen betreffend die Höhe des Militärbudgets gaben.

Vor allem ist es so, daß Lodge [3]) praktisch keinen amtlichen Kontakt mit Harkins [4]) hat. Lodge schickt Berichte, die vom militärischen Standpunkt bedeutsam sind, ohne sie vorher Harkins zu zeigen; er zeigt diesem auch nicht wichtige Mitteilungen, die er selbst erhält. Ich habe den Eindruck, daß Lodge einfach nicht weiß, wie man eine koordinierte Verwaltung führen muß. Darauf ist er natürlich sowohl von (Außenminister — J. J.) Dean Rusk wie auch von mir selbst — und von John McCone (Geheimdienstchef, Leiter des C.I.A. — J. J.) hingewiesen worden und ich glaube nicht, daß er sich bewußt unserem Rat entgegenstellt. Er ist einfach sein ganzes Leben lang ein Einzelgänger gewesen und kann sich jetzt nicht mehr leicht ändern.

Lodges neuernannter Stellvertreter, David Nes, war bei uns und macht den Eindruck eines durchaus kompetenten Team-Spielers. Ich habe ihm die Lage offen auseinandergesetzt und er hat gesagt, er werde alles in seiner Kraft Stehende tun, um in der Praxis ein Exekutivkomitee zu bilden, das auf einer Ebene unterhalb derjenigen des Botschafters arbeiten soll.

Was das schlechte Funktionieren der Berichterstattung anbelangt, so müssen sowohl das Verteidigungsministerium wie auch der C.I.A. energische Maßnahmen zu einer Verbesserung ergreifen. Ich habe darüber mit John McCone gesprochen, und wir treffen, jeder auf seinem Gebiet, die entsprechenden Maßnahmen.

4) *Der Vietkong* hat in der Zeit seit dem Staatsstreich große Erfolge erzielt und ich schätze, daß sich die Lage auf dem Lande seit Juli tatsächlich viel mehr verschlechtert hat, als uns zum Bewußtsein gekommen ist, weil wir uns zu sehr auf die verzerrten Berichte der Vietnamesen verlassen haben. In gewissen Schlüsselprovinzen, insbesondere denjenigen, die direkt südlich und westlich von Saigon liegen, beherrscht der Vietkong jetzt einen sehr hohen Prozentsatz der Bevölkerung. Das Programm der strategischen Ortschaften ist in diesen Provinzen viel zu weit ausgedehnt worden, so daß der Vietkong zahlreiche dieser Siedlungen zerstören konnte. Andere stehen verlassen da und in einigen Fällen sind sie sogar von dem eigenen Selbstverteidigungs-Corps der Regierung verraten oder ausgeplündert worden. In diesen Schlüsselprovinzen hat der Vietkong fast alle großen Straßen zerstört und erhebt Steuern, wie es ihm gefällt.

Um Abhilfe zu schaffen, müssen wir die Regierung dazu bringen, daß sie ihre Streitkräfte so neu verteilt, daß deren effektive Stärke in diesen Provinzen im wesentlichen verdoppelt wird. Wir brauchen auch beträchtliche Verstärkungen des Personals sowohl bei unseren militärischen Stellen wie auch bei USOM, und zwar in einem solchen Umfang, daß wir uns von dem Stand der Operationen ein zuverlässiges Bild aus amerikanischer Sicht machen können. Drittens müssen realistische Befriedungspläne ausgearbeitet werden, wobei genug Zeit zur Verfügung stehen muß, um die noch unter der Herrschaft der Regierung stehenden Gebiete abzusichern und von dort aus zu arbeiten.

---

1) Bezeichnung für die Gesamtheit der höheren amerikanischen Beamten in Vietnam, insbesondere den Botschafter, den Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte, den Leiter der C.I.A.-Stelle usw.
2) Abkürzung für „United States Operations Mission", die mit der Wirtschaftshilfe betraute amerikanische Stelle in Saigon.
3) Henry Cabot Lodge, damals U.S.-Botschafter in Saigon.
4) General Paul D. Harkins, damals amerikanischer Oberbefehlshaber in Südvietnam.

Dieses düstere Bild ist vor allem in den Provinzen rund um die Hauptstadt und im Delta vorherrschend. Noch während wir uns in Saigon befanden, wurden Maßnahmen ergriffen, um alle diese Ziele zu erreichen. In den nördlichen und zentral gelegenen Landesteilen ist die Lage erheblich besser und scheint sich auch in den letzten Monaten nicht erheblich verschlechtert zu haben. General Harkins hofft noch immer, daß diese Gebiete bis zur zweiten Hälfte des nächsten Jahres einigermaßen abgesichert werden können.

Eine Ausnahme zu dem düsteren Bild von Vietkong-Erfolgen im Süden mag sich aus dem möglichen Anschluß der Cao Dai und Hoa Hao Sekten an die Regierung ergeben; diese Sekten umfassen zusammen drei Millionen Menschen und sie beherrschen Schlüsselstellungen entlang der Grenze zu Kambodscha. Mit den Hoa Hao ist schon eine Art von Übereinkunft erzielt worden und das Gleiche wird von den Cao Dai am Ende dieses Monats erwartet. Es ist jedoch noch nicht klar, ob ihr Einfluß durch diese Abmachungen mehr als neutralisiert werden wird, oder ob sie tatsächlich auf seiten der Regierung kämpfen werden.

5) *Die Infiltration* von Leuten und Ausrüstungsmaterial aus Nordvietnam geht weiter, wobei (a) Landkorridore durch Laos und Kambodscha; (b) die Wasserläufe des Mekong-Flusses von Kambodscha aus benutzt werden; (c) möglicherweise erfolgt auch eine gewisse Einschleusung von See her und von der Spitze des Deltas. Nach den besten Schätzungen sind 1000—1500 Vietkong-Kader in den ersten neun Monaten des Jahres 1963 aus Laos nach Südvietnam gekommen. Die Mekong-Route (und auch die mögliche Einschleusung von der See her) wird anscheinend zum Transport von schweren Waffen und Munition benutzt, sowie von Rohmaterialien, die in immer größeren Mengen im Süden auftauchen und von denen wir einige Ladungen beschlagnahmt haben.

Um dieser Infiltration entgegenzuwirken, haben wir in Saigon verschiedene Pläne besprochen, die darauf hinausgehen, grenzüberschreitende Operationen nach Laos hin zu unternehmen. Ich bin jedoch ziemlich davon überzeugt, daß diese in dem vorgeschlagenen Ausmaß weder politisch tragbar noch militärisch wirksam sein würde. Das erste, was benötigt wird, ist eine vollständige Kartenaufnahme der ganzen Grenzgegend nach Laos und Kambodscha hin durch U-2-Flugzeuge und dieses Unterfangen wird mit dringlichem Vorrang vorbereitet.

Was wir sonst noch tun könnten, wäre die schon bestehende, begrenzte, aber bemerkenswert effektive Operation mit dem Namen HARDNOSE (Hartnase), auf der laotischen Seite, zu verstärken, damit sie zumindest einigermaßen zuverlässige Nachrichten betreffend alle Bewegungen durch den Korridor von Laos erbringt; Pläne zur Ausweitung dieses Unternehmens sind in Vorbereitung und werden zur Billigung in etwa zwei Wochen vorgelegt werden.

Mit Bezug auf die Wasserstraßen haben sich die in Saigon vorgelegten militärischen Pläne als unzufriedenstellend erwiesen und eine besondere Marineeinheit wird sofort von Honolulu entsandt werden, um festzustellen, was sonst noch getan werden kann. Das ganze System der Wasserwege ist jedoch so riesig groß, daß es unmöglich sein mag, es effektiv zu kontrollieren.

Im allgemeinen ist das Infiltrationsproblem zwar ernst und ärgerlich, hat aber doch geringeren Rang gegenüber den vorher besprochenen Schlüsselproblemen. Wir sollten jedoch alles in unseren Kräften Stehende unternehmen, um es zu verringern.

6) *Pläne für heimliche Aktionen gegen Nordvietnam* wurden vorbereitet, entsprechend unserem Ersuchen, und sind eine hervorragende Leistung. Sie enthalten eine große Anzahl von Vorschlägen für Sabotageaktionen und psychologische Kriegsführung gegen Nordvietnam, unter denen wir, meine ich, diejenigen aussuchen sollten, durch die der größte Druck bei geringstmöglichem Risiko ausgeübt werden kann. Im Einklang mit der von Ihnen auf dem Treffen gegebenen Anweisung führt General Krulak vom JCS [5]) den

[5]) Joint Chiefs of Staff = Der Vereinigte Generalstab der USA.

Vorsitz einer Gruppe, die in den nächsten 10 Tagen ein Programm für Sie ausarbeiten wird.

7) *Mögliche Neutralisierung von Vietnam.* Dieser Gedanke wird von Minh energisch abgelehnt. Dabei ist unsere Haltung wegen der Leitartikel in der New York Times und der Erwähnung von Walter Lippmann und anderen etwas verdächtig. Wir haben ihnen in dieser Hinsicht die stärkst möglichen Versicherungen gegeben — und in etwas allgemeineren Wendungen betreffend die Neutralisierung von Kambodscha. Ich empfehle, daß Sie an Minh aus Anlaß des Neujahrsfestes eine Präsidenten-Botschaft richten, in der auch die Notwendigkeit einer starken zentralen Führung durch die Regierung und insbesondere durch Minh persönlich betont werden sollte.

8) *Die von den Vereinigten Staaten eingesetzten Mittel und das Personal* erheblich zu vermehren, ist nicht nutzbringend. Ich habe die Anweisung gegeben, daß zusätzliche Artillerie in bescheidenem Rahmen bereitgestellt werden soll und auch, daß für das Selbstverteidigungs-Korps, das die am meisten der Gefahr ausgesetzte Streitkraft darstellt und von geringem Kampfgeist beseelt ist, Uniformen zur Verfügung gestellt werden sollen. Was bedeutsamer sein könnte: Ich habe die Behörden meines Ministeriums angewiesen, dringend für eine bessere Qualität der Leute, die nach Vietnam geschickt werden, zu sorgen. Bei dieser Entsendung scheinen die ursprünglich im Jahre 1962 angewendeten hohen Maßstäbe erheblich abgesunken zu sein, und die JCS sind sich ganz mit mir darin einig, daß wir nur unsere besten Leute hinüberschicken sollten.

Schluß. Meine Einschätzung der Lage mag vielleicht etwas zu pessimistisch sein. Lodge, Harkins und Minh würden wahrscheinlich in gewissen Punkten mit mir übereinstimmen, sie meinen aber, daß sich im Januar eine spürbare Besserung geltend machen wird. Wir sollten die Weiterentwicklung der Lage sehr sorgfältig beobachten, eher pessimistisch als optimistisch sein, das Beste hoffen, aber auch kräftiger eingreifen, wenn sich nicht bald Anzeichen einer gebesserten Lage ergeben.

II

Memorandum des Generals Maxwell D. Taylor, Vorsitzender der Vereinigten Stabchefs, an Verteidigungsminister McNamara über „Vietnam und Südostasien"

Datiert 22. Januar 1964

1) Aus dem Aktionsmemorandum No. 273 des Nationalen Sicherheitsrates geht die Entschlossenheit des Präsidenten hervor, den Sieg über den von außen geleiteten und unterstützten kommunistischen Aufstand in Südvietnam zu erringen. Um diesen Sieg zu erreichen, müssen nach Ansicht der Vereinigten Stabschefs die Vereinigten Staaten bereit sein, viele der selbst auferlegten Beschränkungen, die uns jetzt in unseren Anstrengungen begrenzen, fallenzulassen und kühnere Aktionen zu unternehmen, die größeres Risiko mit sich bringen mögen.

2) Die Vereinigten Stabschefs sind sich immer stärker dessen bewußt, daß unsere Geschicke in Südvietnam ein genaues Barometer unserer Geschicke in ganz Südostasien darstellen. Wir sind der Ansicht, wenn das amerikanische Programm für Südvietnam Erfolg hat, so wird es die gesamte Lage in Südostasien weitgehend stabilisieren helfen. Umgekehrt würde der Verlust Südvietnams an die Kommunisten bald zur Aushöhlung unserer gesamten Stellung in diesem Subkontinent führen.

3) Laos, das schon jetzt auf recht schwachen Füßen steht, würde die Errichtung eines kommunistischen — oder pseudo-neutralistischen — Staates auf seiner östlichen Flanke nicht aushalten. Thailand, infolge des Verlustes von Premierminister Sarit heute weniger

stark als vor einem Monat, würde wahrscheinlich nicht imstande sein, den Infiltrationsdruck aus dem Norden abzuwehren, falls Laos den Kommunisten in die Hände fällt. Kambodscha ist anscheinend schon zu der Ansicht gekommen, daß die Aussichten für uns in Südvietnam nicht gerade vielversprechend sind und scheint, ermutigt von den Franzosen, schon im Begriff zu sein, eine Verständigung mit den Kommunisten zu suchen. Sollten wir wirklich in Südvietnam eine Niederlage erleiden, so gibt es kaum Grund zu der Annahme, daß Kambodscha auch nur einen Schein von Neutralität bewahren würde.

4) In einem weiteren Sinne würde das Mißlingen unserer Programme in Südvietnam einen starken Einfluß auf die Beurteilung der Lage durch Birma, Indien, Indonesien, Malaysia, Japan, Taiwan, die koreanische Republik und die philippinische Republik hinsichtlich der Dauerhaftigkeit, Entschlossenheit und Zuverlässigkeit der Vereinigten Staaten haben. Und da dies schließlich der erste wirkliche Test unserer Entschlossenheit ist, die kommunistische Formel nationaler Befreiungskriege zu schlagen, muß angenommen werden, daß sich daraus entsprechend ungünstige Auswirkungen auf unser Image in Afrika und Lateinamerika ergeben würden.

5) Durch das alles wird die Angelpunkt-Stellung, die Südvietnam jetzt in unserer weltweiten Konfrontation mit den Kommunisten einnimmt, unterstrichen und die Notwendigkeit hervorgehoben, den dortigen Konflikt so schnell wie möglich zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Es wäre jedoch unrealistisch zu glauben, daß sich der Aufstand in einem oder auch in zwei Jahren vollständig unterdrücken ließe. Die britische Anstrengung in Malaya ist ein Beispiel aus der jüngeren Zeit für die Unterdrückung eines Aufstands, die ungefähr 10 Jahre in Anspruch nahm, bevor es so weit war, daß die große Menge der ländlichen Bevölkerung wieder unter die Herrschaft der Regierung gebracht war, die Polizei die Ordnung aufrechterhalten konnte und die Streitkräfte imstande waren, die Guerrilla-Nester auszuheben.

6) Die Vereinigten Stabschefs sind der Überzeugung, daß die Vereinigten Staaten, im Einklang mit den in NSAM 273 niedergelegten Grundsätzen, unsere Entschlossenheit, den Feldzug in Vietnam zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen, dem Feind klarmachen müssen. Zu diesem Zweck müssen wir uns auf jede Art von Tätigkeit vorbereiten, die den Umständen nach erforderlich werden mag und müssen bereit sein, die notwendigen Maßnahmen sofort zu treffen, um unsere Ziele schnell und sicher zu erreichen.

7) Unsere Überlegungen können ferner nicht ganz allein auf Südvietnam beschränkt bleiben. Unsere bisherige Erfahrung in diesem Krieg läßt uns darauf schließen, daß wir in dieser Hinsicht die breiteren Gebietsprobleme in Südostasien nicht genügend beachten. Die Vereinigten Staatschefs glauben, daß unsere Stellung in Kambodscha, unsere Haltung gegenüber Laos, unsere Aktionen in Thailand und unsere große Anstrengung in Südvietnam keine koordinierte und integrierte amerikanische Politik für Südostasien darstellen. Unsere Ziele in Südostasien können nicht allein auf wirtschaftlichem oder politischem Gebiet, bzw. durch militärische Maßnahmen erreicht werden. Auf allen drei Gebieten muß ein einheitliches, breites, zusammenhängendes amerikanisches Programm für Südostasien entwickelt werden. Die in dem vorliegenden Memorandum empfohlenen Maßnahmen stellen einen teilweisen Beitrag zu einem solchen Programm dar.

8) So, wie die Dinge jetzt liegen, kämpfen wir und die Südvietnamesen, wie es dem Feind paßt. Er bestimmt die Kampfgegend, den Zeitpunkt und die Taktik der Schlacht, während unsere Aktionen im Wesentlichen nur eine Reaktion darstellen. Ein Grund dafür liegt in der Tatsache, daß wir uns selbst gewisse Beschränkungen auferlegt haben, die uns bei unseren Bemühungen, Hilfe von außen für den Vietkong abzuschneiden, behindern. Zu diesen Beschränkungen gehört, daß der Krieg innerhalb der Grenzen von Südvietnam gehalten wird, daß ein direkter Einsatz von amerikanischen Kampfverbänden vermieden wird und daß sich die amerikanische Führung des Feldzugs darauf beschränkt, die Regierung von Vietnam zu beraten. Zwar erleichtern diese Beschränkungen die Verteidigung unserer Position auf internationalem Gebiet, andererseits aber komplizieren sie unsere Aufgabe in Vietnam, nehmen mehr Zeit in Anspruch und verteuern daher im Endeffekt den Krieg. Nicht nur werden dadurch unsere eigenen Probleme kompliziert,

sondern es mag auch sehr wohl sein, daß diese selbst auferlegten Beschränkungen von unseren Feinden als Signale unserer Unschlüssigkeit ausgelegt werden und sie dadurch zu größeren Anstrengungen und dem Eingehen größerer Risiken ermutigt werden. Eine Abkehr von dieser Haltung und die Annahme eines aggressiveren Programms würde unsere Fähigkeit, den Grad der sich daraus ergebenden Eskalation selbst zu bestimmen, beträchtlich erhöhen. Es erscheint als wahrscheinlich, daß die Enttäuschungen, die das kommunistische China auf wirtschaftlichem Gebiet und in der Landwirtschaft erfahren hat, sowie der laufende Zwist mit der Sowjetunion die Kommunisten veranlassen wird, es sich zweimal zu überlegen, bevor sie sich auf ein militärisches Abenteuer großen Stils in Südostasien einlassen.

9) Mit Bezug auf Aktionen außerhalb von Südvietnam sind sich die Vereinigten Stabschefs darüber im klaren, daß der Schwerpunkt der Aufstandsbekämpfung in Südvietnam selbst liegt und daß der Krieg sicherlich in erster Linie in den Gemütern des vietnamesischen Volkes geführt und gewonnen werden muß. Andererseits ist die Hilfe, die der Vietkong jetzt von außerhalb des Landes an Leuten, Mitteln, Rat und Leitung bekommt, zusammen genommen groß genug, um bedeutsam zu sein — als Hilfe ebenso wie als Ermutigung für den Vietkong. Wir sind überzeugt, daß, wenn die Unterstützung des Aufstandes von außerhalb Südvietnams in Form von Kampfanleitung, Leuten und Material vollständig gestoppt werden könnte, der Charakter des Krieges in Südvietnam sich wesentlich und günstig ändern würde. Aus dieser Überzeugung heraus treten wir ganz und gar für die Durchführung der Geheimaktionen gegen Nordvietnam ein, die Sie vor kurzem dem Präsidenten vorgeschlagen haben. Wir glauben jedoch, daß es müßig wäre, anzunehmen, daß diese Anstrengungen eine entscheidende Wirkung auf die Entschlossenheit der Kommunisten, den Aufstand zu unterstützen, haben würden. Vielmehr sind wir der Ansicht, daß wir uns darum vollständig darauf vorbereiten müssen, in viel höherem Grade aktiv zu werden, nicht nur aus taktischen Rücksichten, sondern um unsere Entschlossenheit unseren Freunden wie auch unseren Feinden klarzumachen.

10) Dementsprechend sind die Vereinigten Stabschefs der Ansicht, daß die Vereinigten Staaten sich darauf vorbereiten müssen, immer kühnere Aktionen in Südostasien durchzuführen. Mit Bezug auf Vietnam bedeutet das vor allem:

a) Dem militärischen Oberbefehlshaber größere Verantwortung für das gesamte Programm der USA in Vietnam zu übertragen;

b) Die Regierung von Vietnam zu veranlassen, daß sie dem amerikanischen Oberbefehlshaber zeitweise die tatsächliche taktische Führung der Kriegshandlungen überläßt;

c) Die Verantwortung für die Durchführung des Programms gegen Nordvietnam vollständig auf den amerikanischen Oberbefehlshaber zu übertragen;

d) Erkundungsflüge über Laos und Kambodscha jeden Ausmaßes zu betreiben, soweit das zur Beschaffung von nachrichtendienstlichen Unterlagen für die Kriegsführung notwendig ist;

e) Die Regierung von Vietnam zu veranlassen, in Laos offene Bodenoperationen von hinreichender Tragweite zu unternehmen, um den Zustrom von Menschen und Material nach Süden abzuschneiden;

f) Die Streitkräfte der Regierung von Vietnam zum Zwecke der Durchführung von Bombenangriffen auf kritische Angriffsziele in Nordvietnam und zur Verminung der Zufahrtswege zu diesem Land von See her zu bewaffnen, auszurüsten, zu beraten und zu unterstützen;

g) Die Regierung von Südvietnam bei der Durchführung von Kommando-Überfällen großen Stils auf kritische Angriffsziele in Nordvietnam zu beraten und zu unterstützen;

h) Angriffsziele von Schlüsselbedeutung in Nordvietnam unter Einsatz amerikanischer Flugzeuge mit vietnamesischer Tarnung aus der Luft zu bombardieren, wobei die Vietnamesen offen die Verantwortung für solche Aktionen auf sich nehmen müssen;

i) Weitere US-Streitkräfte, soweit nötig, zur Unterstützung der Kampfhandlungen innerhalb Südvietnams einzusetzen;

j) US-Streitkräfte in dem erforderlichen Ausmaß zu Direktaktionen gegen Nordvietnam einzusetzen.

11) Wir sind überzeugt, daß jede der obengenannten Aktionen, oder alle zusammen, erforderlich werden können, um unsere Stellung in Südostasien zu festigen. Die vergangenen Monate haben gezeigt, daß wir erheblich größere Anstrengungen machen müssen, wenn die amerikanischen Ziele erreicht werden sollen.

12) Die Reorganisation der Regierung, die auf den Staatsstreich in Saigon folgte, sollte sehr rasch vollendet werden, so daß sich ermessen läßt, wie stark die vietnamesische Regierung sein wird und wieviel von der Last sie selber wird tragen können. Darüber hinaus wird die jetzt beginnende, 5 Monate anhaltende Trockensaison den Vietnamesen die Gelegenheit geben, ihre Fähigkeit, die ungünstige Lage in dem kritischen Mekong-Delta zu wenden, unter Beweis zu stellen. Die Vereinigten Stabschefs werden diese wichtige Entwicklung aufmerksam verfolgen und werden Ihnen der Reihe nach die Durchführung der oben beschriebenen Aktionen empfehlen, wie es die militärische Lage jeweils erfordern mag, wobei in jedem Falle eine detaillierte Veranschlagung der damit verbundenen Risiken erfolgen wird.

13) Die Vereinigten Stabschefs sind der Auffassung, daß die strategische Bedeutung von Vietnam und Südostasien Vorbereitungen für die oben beschriebenen Aktionen erforderlich macht, und empfehlen, daß der Inhalt des vorliegenden Memorandums mit dem Außenminister erörtert wird.

III

Auszüge aus einem Memorandum „Südvietnam", das von Verteidigungsminister McNamara am 16. März 1964 Präsident Johnson vorgelegt wurde

I. Amerikas Ziele in Südvietnam

Wir streben nach einem unabhängigen, nichtkommunistischen Südvietnam. Wir verlangen nicht, daß es als ein Stützpunkt des Westens dienen oder Mitglied der westlichen Allianz werden soll. Es muß Vietnam jedoch erlaubt sein, zur Aufrechterhaltung seiner Sicherheit die notwendige Hilfe von außen zu erhalten. Diese Hilfe muß auch nicht nur die Form von wirtschaftlichem und sozialem Druck, sondern ebenfalls von polizeilicher und militärischer Unterstützung zum Zwecke der Überwindung und Ausmerzung von aufständischen Elementen annehmen können.

Wenn wir dieses Ziel in Südvietnam nicht erreichen können, wird wahrscheinlich ganz Südostasien unter kommunistische Herrschaft geraten (ganz Vietnam, Laos und Kambodscha), sich mit dem Kommunismus arrangieren, so daß amerikanische und antikommunistische Einflüsse effektiv beseitigt werden (Birma), oder unter die Herrschaft von Kräften fallen, die jetzt noch nicht ausdrücklich kommunistisch sind, es in diesem Fall aber werden dürften (Indonesien besetzt Malaysia). Thailand würde wohl mit unserer Hilfe eine Zeitlang aushalten, aber starkem Druck ausgesetzt sein. Sogar die Philippinen würden ins Wanken geraten und die Drohung gegen Indien im Westen, Australien und Neuseeland im Süden, und Taiwan, Korea und Japan im Norden und Osten würde stark vermehrt werden.

Alle diese Folgen hätten sich wahrscheinlich ergeben, auch wenn die Vereinigten Staaten sich nicht seit 1954, und besonders seit 1961, so stark in Südvietnam engagiert hätten.

Durch diese Tatsache wird hervorgehoben, wie groß die Auswirkungen, wenn Südvietnam kommunistisch würde, nicht nur in Asien sein würden, sondern auch in der übrigen Welt, wo der südvietnamesische Konflikt als ein Testfall für die Fähigkeit der USA, einem Land zur Abwehr eines kommunistischen „Befreiungskrieges" zu verhelfen, angesehen wird.

II. Die gegenwärtige Politik der USA in Südvietnam

Wir bemühen uns jetzt, Südvietnam dabei zu helfen, den aus dem Norden unterstützten Vietkong zu besiegen, ohne daß zum unbeschränkten Einsatz amerikanischer Kampfverbände gegriffen werden müßte. Wir unternehmen nichts gegen Nordvietnam, abgesehen von einem sehr bescheidenen „Geheimprogramm", das von den Südvietnamesen (und einigen wenigen chinesischen Nationalisten) getragen wird — ein Programm, das so begrenzt ist, daß es wahrscheinlich keine spürbare Wirkung haben wird. In Laos halten wir uns noch immer im großen und ganzen im Rahmen des Genfer Abkommens von 1962. In Kambodscha versuchen wir immer noch, Sihanouk dazu zu bringen, daß er nicht den letzten Rest von Neutralität aufgibt und nicht seine Drohung, sich mit Peking und Hanoi zu arrangieren, wahrmacht. Als Folge dieser Politik haben wir und GVN [6]) es hinnehmen müssen, daß der Vietkong in großem Maße laotisches und kambodschanisches Gebiet als Schlupfwinkel und Infiltrationsrouten benutzt.

III. Die gegenwärtige Lage in Südvietnam

Die hauptsächlichen Elemente in der gegenwärtigen Lage stellen sich so dar:

A. Die militärischen Instrumente und Konzepte der gemeinsamen Anstrengung von USA und GVN sind im allgemeinen richtig und angemessen. (Fußnote: Mr. McCone weist darauf hin, daß das Programm der GVN und USA nie als vollkommen zufriedenstellend angesehen werden kann, solange es dem Vietkong Schlupfwinkel in Kambodscha gestattet und es ihm weiterhin erlaubt, ununterbrochen und unbehelligt Nachschub und Verstärkungen aus NVN [7]) über Laos zu empfangen.) Wesentlich mehr kann im Wege eines effektiven Einsatzes militärischer Streitkräfte wie auch auf wirtschaftlichem Gebiet und im Bereich bürgerlicher Aktion (civic action) getan werden. Diese Verbesserungen werden möglicherweise an gewissen Stellen eine verstärkte amerikanische Präsenz erfordern, doch ist es nicht wahrscheinlich, daß im gegenwärtigen Stand unserer Politik eine beträchtliche Vermehrung des vorhandenen Materials oder des amerikanischen Personals angezeigt sind.

B. Die amerikanische Politik, die darauf abzielt, das vorhandene Personal insoweit zu vermindern, als die Südvietnamesen imstande sind, die entsprechenden Funktionen zu übernehmen, muß weiterhin als gültig angesehen werden. Wenn ihre Anwendung auch in naher Zukunft nicht zu irgendwelchen erheblichen Kürzungen führen wird, so hat diese Politik als solche doch den Vorteil, daß dadurch in den Vereinigten Staaten und der Welt der Eindruck entsteht, daß wir den Krieg weiterhin als einen Konflikt ansehen, den die Südvietnamesen gewinnen und für den sie letzten Endes die Verantwortung übernehmen müssen. Eine beträchtliche Verminderung der Anzahl von amerikanischen Ausbildungs-Fachleuten sollte vor dem Ende des Jahres 1965 möglich sein. Die USA sollten jedoch weiterhin die Versicherung wiederholen, daß sie alle Hilfe und Ratschläge, die den Umständen nach erforderlich sind, leisten werden, gleichgültig wie lange es dauert.

C. Die Lage hat sich fraglos verschlechtert, wenigstens seit September.

1) Was die Herrschaft der Regierung auf dem Lande anbelangt, so befinden sich 40 % des Staatsgebietes unter der Herrschaft oder dem vorwiegenden Einfluß des Vietkong.

---

[6]) Government of Vietnam = Regierung von Südvietnam.
[7]) NVN = Nordvietnam.

In 22 der 43 Provinzen beherrscht der Vietkong 50 % oder mehr des Landgebietes, darunter 80 % von Phuoc Tuy; 90 % von Binh Duong; 75 % von Nau Nghia; 90 % von Long An; 90 % von Kien Tuong; 90 % von Dinh Tuong; 90 % von Kien Hoa und 85 % von An Xuyen.

2) Große Teile der Bevölkerung zeigen jetzt Anzeichen von Apathie und Gleichgültigkeit und es gibt auch einige Anzeichen von Frustrierung in dem amerikanischen Kontingent ...

a) der Prozentsatz von Desertionen aus der ARVN[8]) und den paramilitärischen Verbänden, und zwar insbesondere bei den letztgenannten, ist hoch und steigt weiter an.

b) Viele junge Männer entziehen sich der militärischen Dienstpflicht, während beim Vietkong die Einziehung energisch und effektiv betrieben wird.

c) Der Kampfgeist der Miliz in den Ortschaften und des Selbstverteidigungs-Korps, von denen die Sicherheit der Ortschaften abhängt, ist schlecht und sinkt weiter ab.

3) In den vergangenen 90 Tagen hat sich die Schwächung der Regierungsposition besonders stark bemerkbar gemacht ...

4) Die Struktur der politischen Einflußnahme Saigons auf die Ortschaften ist seit dem Staatsstreich vom November zusammengebrochen ...

5) Die schon immer bedeutsame Unterstützung aus Nordvietnam steigt weiter an ...

D. Die größte Schwäche in der gegenwärtigen Lage ergibt sich aus der ungewissen Lebensfähigkeit der Regierung Khanh. Khanh selbst ist im Rahmen seiner Erfahrung ein recht tüchtiger Mann, doch ist sein politischer Einfluß nicht sehr groß und es ist ungewiß, wie fest er die Armee in der Hand hat ...

E. Auf der positiven Seite haben wir in den bisherigen Leistungen der Regierung Khanh vielerlei Grund zur Ermutigung gefunden. Wenn auch die oberste Schicht dünn ist, so ist sie doch für amerikanische Ratschläge sehr empfänglich und hat ein gutes Verständnis für die wesentlichen Grundlagen der Vietkong-Bekämpfung ...

2) Vergeltungsaktionen. Zum Beispiel:

a) Offene Erkundungsflüge in großer oder geringer Höhe durch amerikanische und Farmgate[9]) Flugzeuge über Nordvietnam zu dem Zweck, die Quellen der äußeren Hilfe für den Vietkong zu lokalisieren und zu identifizieren.

b) Vergeltende Bombenangriffe und Kommando-Überfälle im Sinne von „tit-for-tat" (Haust du mir eine, hau ich dir eine; J. J.) durch die GVN gegen NVN-Ziele (Meldewesen, Ausbildungslager, Infiltrationsrouten usw.).

c) Minenlegen aus der Luft durch GVN-Flugzeuge (möglicherweise mit amerikanischer Unterstützung) über den wichtigsten Häfen von Nordvietnam.

3) Stufenweise ansteigender offener militärischer Druck durch GVN- und USA-Streitkräfte.

Dieses Programm würde über den Begriff der „tit-for-tat"-Reaktion hinausgehen. Es würde Luftangriffe auf militärische und möglicherweise industrielle Ziele einschließen. Das Programm würde die vereinigten Machtmittel der GVN-Luftwaffe und des amerikanischen Farmgate-Geschwaders benutzen, wobei Letzteres durch drei jetzt in Japan stationierte Geschwader von B-57-Flugzeugen zu verstärken wäre. Bevor dieses Programm in

[8]) Army of the Republic of Vietnam = Südvietnamesische Armee.
[9]) Farmgate ist der Kodename einer seit Anfang 1964 in Vietnam heimlich eingesetzten amerikanischen Luftstreitmacht.

die Wirklichkeit umgesetzt werden könnte, würde es notwendig sein, die Flugzeugabwehr in Südvietnam zu verstärken und die amerikanischen Streitkräfte im Pazifik angesichts der Möglichkeit weiterer Eskalation in Bereitschaft zu versetzen.

Aus einer Analyse der ernsteren dieser militärischen Aktionen (von 2 (b) nach oben) geht das außerordentlich heikle Wesen solcher Operationen hervor, und zwar sowohl vom militärischen wie vom politischen Standpunkt. Da würde es das Problem geben, einen gebührenden Anlaß zur Rechtfertigung einer solchen Aktion zu finden, ferner das Problem kommunistischer Eskalation und das Problem, wie man dem Druck, sich auf verfrühte oder von Anfang an ungünstige („stacked") Verhandlungen einzulassen, begegnen könnte. Wir müßten die Wirkung solcher militärischer Aktionen im Hinblick auf ein spezifisches politisches Ziel kalkulieren. Nach außen hin müßte dieses Ziel so dargestellt werden, als gelte es vor allem die nordvietnamesische Beherrschung und Leitung des Aufstandes zu beseitigen, in der Praxis aber würde es darauf gerichtet sein, den Kampfgeist und die Selbstsicherheit der jetzt in Südvietnam operierenden Vietkong-Kader zu lähmen und den Kampfgeist des Khanh-Regimes zu heben. Wir könnten natürlich nicht sicher sein, daß wir unser Ziel mit irgendwelchen im praktischen Bereich unserer Optionen liegenden Mittel erreichen könnten. Überdies, und was vielleicht noch wichtiger ist, wenn es der Khanh-Regierung nicht gelingt, ihre Stellung zu festigen und, besser noch, im Süden bedeutsame Fortschritte zu machen — und bis das geschehen ist — bringt eine offene Ausdehnung der Operationen nach Norden das Risiko mit sich, daß sie von einer sehr schwachen Basis aus geführt werden muß, die jeden Augenblick zusammenbrechen könnte, so daß unsere Stellung in der politischen Konfrontation nicht besser, sondern schlechter wäre als zuvor.

(Es folgen zwei Absätze, die wegen einer Reihe von „unleserlichen Wörtern" — so im NYT-Text bezeichnet — unübersetzbar sind.)

C. Maßnahmen zur Besserung der Lage in Südvietnam in die Wege leiten.

Es gab und gibt gute Gründe für die von unserer jetzigen Politik auferlegten Beschränkungen — die Südvietnamesen müssen ihren Kampf selbst gewinnen; ein amerikanisches Eingreifen in größerem Maßstabe und/oder GVN-Aktionen gegen den Norden würde bei unseren wichtigsten Verbündeten und anderen Nationen Befremden hervorrufen, usw. Auf jeden Fall ist es von entscheidender Wichtigkeit, daß wir weiterhin jede vernünftige Maßnahme ergreifen, um einen Erfolg in Südvietnam zu sichern. Es handelt sich bei der zu treffenden politischen Entscheidung nicht um ein „Entweder-Oder" zwischen diesem Kurs und der Möglichkeit eines Druckes auf den Norden. Das Erstere ist wesentlich, ohne Rücksicht auf die Entscheidung betreffend das Letztere. Dieses kann bestenfalls das Erstere nur verstärken.

Es folgen Aktionen, von denen wir glauben, daß sie durchgeführt werden können, um die Lage sowohl in naher Zukunft wie auch auf längere Sicht zu verbessern. Um hervorzuheben, daß eine neue Phase begonnen hat, sollten die von der Regierung Khanh zu ergreifenden Maßnahmen mit einem Ausdruck wie „Südvietnams Programm zur nationalen Mobilmachung" beschrieben werden.

Grundlegende Haltung der USA

Die USA müssen es auf allen Ebenen weiterhin nachdrücklich klar machen, daß wir bereit sind, Hilfe und Unterstützung so lange zu leisten, bis der Aufstand niedergeschlagen werden kann.

2) Die USA sollten auf allen Ebenen weiterhin klarmachen, daß wir die Khanh-Regierung voll unterstützen und alle weiteren Staatsstreiche entschieden ablehnen. Der Botschafter sollte alle Stellen, einschließlich der militärischen Berater, dahingehend instruieren, daß sie alle nachrichtendienstlichen Informationen, die auf Putschpläne hinweisen, sofort melden, wobei es dem Botschafter überlassen sein muß, ob er diese Informationen an

Khanh weitergeben will. Wir müssen uns jedoch darüber im klaren sein, daß wir keine große Aussicht haben, einen Putsch aufzudecken und zu verhindern, hinter dem eine bedeutende militärische Gruppe stünde.

3) Wir sollten den von Khanh angekündigten Befriedungsplan (beschrieben in Anhang B) voll unterstützen, und insbesondere die grundlegende Theorie — sie ist jetzt sowohl von den Vietnamesen wie von unserer Seite voll angenommen worden —, wonach man sich auf die besser gesicherten Gebiete konzentrieren und von dort aus militärische Operationen ausführen soll, um die Sicherheit wiederherzustellen, gefolgt von den notwendigen zivilen und wirtschaftlichen Aktionen, damit die Präsenz der Regierung spürbar wird und die wirtschaftliche Lage gebessert werden kann ...

V. Mögliche spätere Aktionen

Wenn sich die Khanh-Regierung energisch durchsetzt — d. h. Vertrauen erweckt, ob bemerkenswerter Fortschritt gemacht worden ist oder nicht — oder wenn wir zuverlässige Informationen erhalten, wonach der Waffennachschub aus dem Norden für den Vietkong erheblich verstärkt worden ist, werden wir vielleicht neuen und spürbaren Druck auf Nordvietnam ausüben wollen. Wir sollten jetzt schon die Vorbereitungen dafür treffen, um dazu imstande zu sein. (S. Anhang C für eine Analyse der Lage in Nordvietnam und im kommunistischen China). Insbesondere sollten wir die Fähigkeit entwickeln, innerhalb von 72 Stunden die „Grenzkontrolle und Vergeltungsaktionen", von denen auf S. 5 und 6 die Rede ist, einzuleiten. (Dazu Fußnote: Es sollte sofort die Erlaubnis erteilt werden, geheime vietnamesische Operationen nach Laos zum Zwecke der Grenzkontrolle und der „heißen Verfolgung" [10]) („hot pursuit") auf laotisches Gebiet durchzuführen. Die Entscheidung über „heiße Verfolgung" nach Kambodscha sollte bis zu einer weiteren Prüfung unseres Verhältnisses zu diesem Lande zurückgestellt werden.) Auch sollten wir die Fähigkeit entwickeln, innerhalb von 30 Tagen das Programm des „stufenweise gesteigerten offenen militärischen Druckes" in die Wege zu leiten. Die Gründe für dieses Programm der Vorbereitungen für gegen Nordvietnam gerichtete Aktionen liegen darin, daß selbst bei Fortschritten in der Befriedung damit gerechnet werden muß, daß die südvietnamesische Regierung und die Bevölkerung des Südens immer noch eine recht langwierige Kampagne vor sich haben werden, bei der ein kriegsmüdes Land Vietkong-Kadern gegenübersteht, die ein großes Maß an Motivierung und Selbstsicherheit behalten haben.

In dieser Beziehung hat General Khanh erklärt, daß es seine Hauptsorge sei, eine feste Basis im Süden zu begründen. Er befürwortet die Fortsetzung von geheimen Aktionen gegen Nordvietnam, aber bis zu der Zeit, da die „Sicherheit des Hinterlandes" gewährleistet ist, will er sich nicht auf offene Operationen gegen den Norden einlassen.

Um die Verwirklichung des Befriedungsprogramms zu beschleunigen und insbesondere um den Kampfgeist der Vietkong-Streitkräfte zu diffamieren („denigrate"), mag es zu irgendeinem künftigen Zeitpunkt notwendig werden, auf den Norden einen nachweisbaren Vergeltungsdruck auszuüben. Ein solches Verfahren könnte gemäß dem in Anhang D umrissenen Szenarium („scenario") vorsichgehen ...

VII. Empfehlungen

Ich empfehle, daß Sie den zuständigen Behörden der Regierung der USA die Instruktion erteilen:

1) Klarzustellen, daß wir bereit sind, Südvietnam so lange Hilfe und Unterstützung angedeihen zu lassen, wie notwendig ist, um den Aufstand niederzuschlagen.

---

[10]) Darunter versteht man die Verfolgung eines geschlagenen Feindes auf fremdes Staatsgebiet, woher er gekommen sein soll.

2) Klarzustellen, daß wir die Regierung Khanh voll unterstützen und weitere Putsche ablehnen.

3) Ein Programm der nationalen Mobilmachung (einschließlich eines Dienstpflichtgesetzes) zu fördern, um Südvietnam auf Kriegsfuß zu bringen.

4) Den Südvietnamesen bei der Verstärkung ihrer Streitkräfte (reguläre wie auch paramilitärische) um mindestens 50 000 Mann zu helfen.

5) Den Südvietnamesen dabei zu helfen, einen stark erweiterten zivilen Verwaltungsapparat zur Arbeit auf allen Ebenen — Provinz, Bezirk, Ortschaft — aufzubauen.

6) Den Vietnamesen zu helfen, die Hilfsstreitkräfte (paramilitary forces) zu verbessern und zu reorganisieren und deren Entlöhnung zu erhöhen.

7) Den Vietnamesen bei dem Aufbau einer offensiven Guerilla-Truppe zu helfen.

8) Der vietnamesischen Luftwaffe 25 Flugzeuge vom Typ A-1H anstelle der jetzt im Gebrauch befindlichen T-28 zur Verfügung zu stellen.

9) Der vietnamesischen Armee zusätzliche Panzerwagen („armored personnel carriers") vom Typ M-113 zur Verfügung zu stellen (wobei die jetzt dort befindlichen M-114-Wagen zurückgezogen werden sollten), ferner zusätzliche Flußboote sowie anderes Material im Wert von ungefähr 5—10 Millionen Dollar.

10) Das Düngungsprogramm öffentlich anzukündigen und es so auszudehnen, daß innerhalb von zwei Jahren die dreifache Menge Kunstdünger zur Verfügung steht.

11) Das weitere Überfliegen der Grenzen von Südvietnam durch hochfliegende amerikanische Maschinen zu gestatten, ebenso wie „heiße Verfolgungen" und südvietnamesische Bodenoperationen auch jenseits der laotischen Grenze zum Zwecke der Grenzsicherung. Größere Operationen in Laos, bei denen Einheiten von mehr als Bataillonsgröße eingesetzt würden, sollten nur mit Zustimmung von Souvanna Phouma autorisiert werden. Operationen, bei denen die kambodschanische Grenze überschritten würde, sollten von dem Stand der Beziehungen zu Kambodscha abhängig gemacht werden.

12) Sofort die nötigen Vorbereitungen zu treffen, damit wir in der Lage sind, innerhalb von 72 Stunden die laotischen und kambodschanischen „Grenzkontrolle"-Aktionen in voller Reichweite (d. h. über die im Absatz 11 wie oben autorisierten hinaus) in die Wege zu leiten, ebenso wie die „Vergeltungsaktionen" gegen Nordvietnam, und auch in der Lage, innerhalb von 30 Tagen das Programm „Stufenweise gesteigerter offener militärischer Druck" gegen Nordvietnam zu unternehmen.

IV

Kabel Präsident Johnsons an Henry Cabot Lodge, amerikanischer Botschafter in Saigon, vom 20. März 1964

Wir haben Ihr 1776 studiert, und ich bitte das State Department, dafür zu sorgen, daß Bill Bundy Ihnen unsere letzten Planungspapiere betreffend die Möglichkeiten, auf den Norden Druck auszuüben und gegen ihn Machtmittel einzusetzen, zukommen läßt. Wie ich erfahre, ist davon schon einiges von der McNamara-Mission mit Ihnen in Saigon besprochen worden, doch sind die Pläne verbessert worden und es wäre zweckdienlich, wenn Sie sich darüber ausführlich auslassen würden. Wie wir schon in unseren früheren gegenseitigen Botschaften übereinstimmend festgestellt haben, sollte man vorläufig mit offenen militärischen Aktionen zurückhalten, denn es ergibt sich aus den Saigoner Besprechungen zwischen General Khanh, der McNamara-Mission und Ihnen die überein-

stimmende Meinung („consensus"), daß ein Vorgehen gegen den Norden im jetzigen Zeitpunkt verfrüht sein würde. Wir teilen die Auffassung General Khanhs, daß die vordringliche und wesentliche Aufgabe ist, die südliche Basis zu verstärken. Aus diesem Grunde befinden sich unsere Pläne für Aktionen gegen den Norden zur Zeit im Stadium der Eventualitätsplanung und das sofort in diesem Gebiet zu lösende Problem ist der Ausbau einer möglichst starken militärischen und politischen Basis für mögliche spätere Aktionen. Es gibt weiter internationale Gründe, um sofortige offene Aktion zu vermeiden, denn wir rechnen mit einer baldigen Kraftprobe („showdown") zwischen den kommunistischen Parteien Chinas und der Sowjetunion, und es wird leichter sein, nach einer solchen Kraftprobe gegen den Norden vorzugehen, als vorher. Aber, wenn Sie zu irgendeiner Zeit meinen, daß sofortigere Aktion dringlich sei, rechne ich damit, daß Sie mir die Gründe für eine solche Aktion genau auseinandersetzen und mir gleichzeitig Ihre Empfehlungen betreffend Umfang und Form derselben zugehen lassen.

Um mit de Gaulle fertigzuwerden, sollten Sie, wie ich noch immer meine, am besten selbst nach Paris fahren, nachdem Bohlen einen ersten Versuch gemacht hat. (Das State Department schickt Ihnen den Entwurf der Instruktionen für Bohlen, die ich mir noch nicht durchgesehen habe, zu Ihrer Stellungnahme.) Es müßte möglich sein, Saigon zu erklären, daß Ihre Aufgabe gerade darin besteht, den Gedanken der Neutralisierung, jedes Mal wenn er sein häßliches Haupt erhebt, zu Boden zu schlagen. In dieser Hinsicht meine ich, daß nichts wichtiger ist, als daß wir das Neutralitätsgerede zum Aufhören bringen, wo immer und mit welchen Mitteln auch immer wir können. Ich habe das selbst Mansfield und Lippman auseinandergesetzt und ich beabsichtige, jede Gelegenheit zu benutzen, um unsere Stellungnahme dazu in der Öffentlichkeit fest zu wiederholen. Sie sollten vielleicht General Khanh mitteilen, wie sehr uns die Sache am Herzen liegt und ihn um Vorschläge bitten, wie man dies Gerede am besten durch ein Gesamtprogramm in Saigon, Washington und Paris stoppen kann. Ich nehme an, daß Sie General Khanh über unsere Bemühungen in Paris auf dem Laufenden gehalten haben. Sobald wird das Ergebnis der Bohlen-Mission vor Augen haben, sollten Sie ihn vielleicht bezüglich einer eventuellen Reise Ihrerseits nach Paris aussondieren.

V

Entwurf einer Resolution des Kongresses zu Aktionen in Südostasien

Ausgearbeitet am 25. Mai 1964

In Anbetracht der Tatsache, daß die Unterzeichner der Genfer Verträge von 1954, darunter die Sowjetunion, das kommunistische Regime in China und Vietnam, übereingekommen waren, die Unabhängigkeit und territoriale Integrität von Südvietnam, Laos und Kambodscha zu respektieren; und daß die Vereinigten Staaten, obwohl sie selbst die Verträge nicht unterzeichnet haben, erklärt haben, daß sie jede weitere Aggression, die diese Verträge verletzt, mit großer Besorgnis als eine ernste Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit ansehen würden;

in Anbetracht der Tatsache, daß das kommunistische Regime in Nordvietnam mit Hilfe und Unterstützung des kommunistischen Regimes in China seine sich aus diesen Verträgen ergebenden Verpflichtungen systematisch verletzt und eine Aggression gegen die Unabhängigkeit und territoriale Integrität von Südvietnam dadurch begangen hat, daß es einen systematischen Plan zum Sturz der Regierung von Südvietnam ausführt, indem es Leitung, Ausbildung, Mannschaften und Waffen zur Guerilla-Kriegsführung in Südvietnam zur Verfügung stellt und rücksichtslosen Terror gegen die friedliche Bevölkerung dieses Landes anwendet;

in Anbetracht der Tatsache, daß die Regierung und das Volk von Südvietnam angesichts dieser kommunistischen Aggression und Wühlarbeit die Verteidigung ihrer Unabhängigkeit und territorialen Integrität tapfer übernommen haben und daß die Vereinigten Staaten auf Ersuchen dieser Regierung und in Übereinstimmung mit der Erklärung von 1954 militärischen Rat, Wirtschaftshilfe und militärische Ausrüstung geliefert haben;

in Anbetracht der Tatsache, daß sich die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, das kommunistische Regime in China, Nordvietnam und andere in den Genfer Abkommen vom Jahre 1962 feierlich verpflichtet haben, die Souveränität, Unabhängigkeit, Neutralität, Einheit und territoriale Integrität des Königreichs Laos zu respektieren;

in Anbetracht der Tatsache, daß das kommunistische Regime in Nordvietnam unter Verletzung der so eingegangenen Verpflichtungen, und mit Hilfe und Unterstützung des kommunistischen Regimes in China eine Aggression gegen die Unabhängigkeit, Einheit und territoriale Integrität von Laos begangen hat, indem es Streitkräfte auf laotischem Gebiet unterhält, das Gebiet dieses Landes zur Einschleusung von Waffen und Ausrüstungsmaterial nach Südvietnam benutzt und Leitung, Mannschaften und Material für anhaltende bewaffnete Angriffe gegen die Regierung von (unleserliches Wort) liefert;

in Anbetracht der Tatsache, daß die Regierung der Nationalen Einheit und die nichtkommunistischen Elemente in Laos sich angesichts dieser kommunistischen Aggression bemüht haben, die Bedingungen der Einheit, Unabhängigkeit und Neutralität, die für ihr Land durch die Genfer Abkommen von 1962 vorgesehen waren, aufrechtzuerhalten;

in Anbetracht der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten keinerlei territoriale, militärische oder politische Ambitionen in Südostasien haben, sondern nur wünschen, daß die Völker von Südvietnam, Laos und Kambodscha von ihren Nachbarn in Ruhe gelassen werden sollten, um ihre Geschicke nach eigenen Vorstellungen gestalten zu können, und es darum ihr Ziel ist, daß der für diese Länder durch die Genfer Verträge von 1954 und die Genfer Abkommen von 1962 niedergelegte Status durch wirksame Zwangsmaßnahmen wiederhergestellt werden soll;

in Anbetracht der Tatsache, daß es von entscheidender Wichtigkeit ist, daß die Welt voll versteht, daß das amerikanische Volk einig ist in seiner Entschlossenheit, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Völkern von Südvietnam und Laos zu helfen, ihre Unabhängigkeit und politische Integrität zu bewahren,

beschließen der Senat und das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten von Amerika jetzt, zum Kongreß versammelt:

Daß die Vereinigten Staaten die Erhaltung der Unabhängigkeit und Integrität der Völker von Südvietnam und Laos als lebenswichtig für ihr nationales Interesse und den Weltfrieden ansehen;

Absatz 2) Zu diesem Zweck sind die Vereinigten Staaten bereit, falls der Präsident dies für notwendig erachtet, auf Ersuchen der Regierung von Südvietnam oder der Regierung von Laos, alle Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich des Einsatzes von bewaffneten Streitkräften, um der betreffenden Regierung bei der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit und territorialen Integrität gegen jede von einem kommunistischen Land aus gesteuerte oder geleitete Aggression oder Subversion zu helfen.

Absatz 3 (a) Der Präsident wird hiermit ermächtigt, für Hilfeleistungen im Sinne dieser Gemeinsamen Resolution zu verwenden nicht mehr als ... Dollar im Fiskaljahr 1964 und nicht mehr als ... Dollar im Fiskaljahr 1965 aus Mitteln, die irgendwann bewilligt worden sind, um die Bestimmungen des Gesetzes über Auslandshilfe (Foreign Assistance Act) von 1961, samt Zusätzen, auszuführen, in Einklang mit den Bestimmungen dieses Gesetzes außer insoweit die vorliegende Gemeinsame Resolution anderweitig bestimmt. Diese

Ermächtigung gilt zusätzlich zu anderen schon bestehenden Ermächtigungen betreffend die Verwendung solcher Mittel.

(b) Verpflichtungen, die zur Ausführung der Bestimmungen dieser Gemeinsamen Resolution eingegangen werden, dürfen bezahlt werden entweder aus den für militärische Hilfe bewilligten Mitteln oder aus Bewilligungen zu anderen als militärischen Zwecken mit der Ausnahme, daß solche Mittel, die nach Titel I, III und VI, Kapitel 2, Teil I des Gesetzes über Auslandshilfe von 1961, samt Zusätzen, bewilligt worden sind, nicht zur Zahlung solcher Verbindlichkeiten verwendet werden dürfen.

(c) Ohne Rücksicht auf irgendeine andere Bestimmung des Gesetzes über Auslandshilfe von 1961, samt Zusätzen, darf der Präsident, wenn er erachtet, daß es für die Sicherheit der Vereinigten Staaten wichtig ist und im Sinne dieser Gemeinsamen Resolution liegt, die Verwendung von Geldern bis zu ... Dollar, die nach Unterabsatz (a) in jedem der beiden Fiskaljahre 1964 und 1965 gemäß Absatz 614 (a) des Gesetzes über Auslandshilfe von 1961, samt Zusätzen, zur Verfügung stehen, autorisieren. Er ist ferner ermächtigt, bis zu ... Dollar dieser Mittel in jedem der genannten Jahre ohne genaue Angabe des Gebrauchs dieser Gelder zu verwenden, wobei seine Bestätigung, daß es nicht ratsam wäre, darüber genau Angaben zu machen, als genügend (unleserliche Wörter) anzusehen ist.

(d) Gemäß den Verfügungen des Leiters irgendeiner Behörde, die nach Absatz 627 des Gesetzes über Auslandshilfe von 1961, samt Zusätzen, oder sonst diesem Gesetz entsprechend, Personal für die Zwecke der Hilfeleistung im Rahmen dieser Gemeinsamen Resolution zur Verfügung stellt, darf jeder Beamte oder Angestellte, der auf diese Weise zur Verfügung gestellt wird, Besoldung und Vergütungen auch zu Sätzen erhalten, die von denjenigen des Gesetzes über den Auslandsdienst (Foreign Service Act) von 1946, samt Zusätzen, dem Gesetz über die Besoldung von Berufsbeamten (Career Compensation Act) von 1949, samt Zusätzen, und dem Gesetz über den Ausgleich der Besoldung von überseeischen Dienstleistungen (Overseas Differentials and Allowances Act) abweichen, sofern und insoweit dies zur Durchführung der Gemeinsamen Resolution erforderlich ist. Der Präsident soll Anordnungen erlassen um die betreffenden Besoldungs- und Vergütungssätze zu regeln. Ferner darf der Präsident solche Bestimmungen des Gesetzes über den Auslandsdienst von 1946, samt Zusätzen, die er für angemessen erachtet, auf das Personal jeder Behörde, die im Rahmen dieser Gemeinsamen Resolution Funktionen ausübt, zur Anwendung bringen.

VI

Auszüge aus einem Kabel von Botschafter Taylor in Saigon an das State Department vom 25. Juli 1964

Die vom GVN[11]) eingeleitete öffentliche Kampagne für einen „Marsch nach Norden" (s. Bericht in dem Telegramm der Botschaft 201) kann sich in verschiedenen Richtungen entwickeln. Angesichts der kühlen Haltung der USA und der Tatsache, daß es keinen Beweis für echten Rückhalt in der Bevölkerung, außerhalb gewisser militärischer Kreise dafür gibt, wird sie vielleicht eine Weile abklingen, wenn es auch kaum wahrscheinlich ist, daß sie ganz verschwindet. Andererseits ist es auch möglich, daß die Verfechter einer „raschen Lösung" dazu imstande sein werden, daraus eine aktive Losung zu machen, die immer wieder hervorgeholt wird. In diesem Fall ist damit zu rechnen, daß sie Anlaß zu steigender Unzufriedenheit mit den USA geben wird (vorausgesetzt, daß wir sie weiterhin nicht unterstützen), wodurch unseren Beziehungen zum GVN und damit auch den Erfolgsaussichten des Befriedungsprogramms auf dem Lande ernster Schaden

[11]) Regierung von Südvietnam.

zugefügt werden könnte. In diesem Falle kann es dahin kommen, daß vietnamesische Führer innerhalb oder außerhalb der Regierung, die nicht imstande sind, ihrer Frustrierung durch den „Marsch nach Norden" Luft zu machen, sich nach anderen Allheilmitteln in der Form verschiedener Verhandlungsformeln umsehen. General Khanh wird dann vielleicht in einer solchen Situation einen Vorwand oder ein Gebot zum Rücktritt sehen. Schließlich kann dieses „Marsch nach Norden"-Fieber außer Rand und Band geraten und zu einer unüberlegten Handlung führen — wie z. B. daß irgendein Trotzkopf unter den Flugzeugpiloten auf eigene Faust sich mit einer Bombenladung auf den Weg nach Hanoi macht — wodurch die Feindseligkeiten zu einer Zeit und in einer Form, die für die Interessen Amerikas sehr ungünstig sind, ausgeweitet werden könnten.

Angesichts dieser unerfreulichen Möglichkeiten, schlagen wir einen Kurs vor, durch den mehreres erreicht werden könnte.

Wir würden einerseits einen scharfen Zusammenstoß mit GVN, der sich aus einer radikalen Ablehnung der „Marsch nach Norden"-Kampagne von unserer Seite ergeben könnte, zu vermeiden suchen. Wir könnten das tun, indem wir uns bereit erklären, gemeinsam für verschiedene Eventualitäten eines weiteren Vorgehens gegen GVN (so im Text. Gemeint ist natürlich Nordvietnam) zu planen. Eine solche Planung würde nicht nur ein Ventil für den jetzt in gefährlicher Weise komprimierten martialischen Dampf darstellen, sondern würde die Generäle auch dazu zwingen, sich einmal genau die harten Tatsachen anzuschauen, die hinter der Leuchtreklame der „Marsch nach Norden"-Parolen liegen. Durch eine solche Planung könnte auch Zeit gewonnen werden, die dringend gebraucht wird, um diese Regierung zu festigen, und sie würde eine nützliche Grundlage für militärische Aktionen schaffen, die zu einem späteren Zeitpunkt nach unserer Meinung in unserem Interesse liegen würde. Schließlich würden wir auf diese Weise auch zum ersten Mal Gelegenheit erhalten, mit den GVN-Führern eine offenherzige Diskussion über die politischen Ziele zu führen, die sie bei ihrer geplanten militärischen Aktion gegen die DRV [12]) im Auge haben ...

Es wäre jedoch wichtig, daß wir zu Beginn einer solchen Planung klarstellen, daß wir keine — ich wiederhole, keine — Verpflichtung zur Ausführung der betreffenden Pläne übernehmen ...

VII

Amerikanische Note an Kanada, die am 8. August 1964 der kanadischen Botschaft in Washington zur Weitergabe an J. Blair Seaborn, dem kanadischen Mitglied der Internationalen Kontrollkommission, überreicht wurde

Wir ersuchen Kanada dringend, dafür zu sorgen, daß Seaborn bei seinem Besuch vom 10. August auf folgende Punkte aufmerksam macht (mit dem Hinweis, daß sie ihm von der amerikanischen Regierung seit dem 6. August zugegangen sind):

A. Betreffend den Zwischenfall im Golf von Tonkin, von dem fast sicher die Rede sein wird:

1) Die DRV hat erklärt, daß die Inseln Hon Ngu und Hon Me am 30. Juli angegriffen wurden. Dazu muß bemerkt werden, daß sich der amerikanische Zerstörer *Maddox* an diesem ganzen Tag und bis zum Nachmittag des nächsten Tages mehr als 100 Meilen südlich von diesen Inseln befand, also auf internationalem Seegebiet nahe dem 17. Breitengrad, und der DRV-Angriff auf die *Maddox* am 2. August, mehr als 2 Tage später,

[12]) Abgekürzt aus „Democratic Republik of Vietnam" — Demokratische Volksrepublik Vietnam (Nordvietnam).

stattfand. Weder die *Maddox* noch irgend ein anderer Zerstörer hatte irgend etwas mit irgendeinem Angriff auf die DRV-Inseln zu tun.

2) Was den Angriff vom 4. August durch DRV auf die beiden amerikanischen Zerstörer anbelangt, können die Amerikaner absolut nicht verstehen, welche Veranlassung DRV dazu gehabt hat. Sie hatten sich schon dazu entschlossen, den Angriff vom 2. August mit der Begründung hinzunehmen, daß er wohl auf irgendeinem Mißverständnis oder einer Fehlkalkulation von seiten der DRV beruht haben könnte. Der Angriff vom 4. August war jedoch nach amerikanischer Ansicht offensichtlich beabsichtigt und im voraus geplant und angeordnet. Das gehe aus dem entschiedenen Wesen dieses Angriffs hervor, für den es Radar-Sonar und Augenzeugenbeweise der Mannschaften beider Schiffe und der sie beschützenden Flugzeuge gibt. Außerdem sei die Angriffsabsicht dadurch erwiesen, daß die DRV-Schiffe den Zerstörern aufgelauert hätten. Dieser Angriff könne nicht als Antwort auf irgendeine südvietnamesische Aktion angesehen werden und er habe auch keinen Sinn als taktische Maßnahme zur Förderung irgendeines diplomatischen Ziels. Da der Angriff wenigstens 60 Meilen vom nächsten Land stattfand, könnte von territorialen Gewässern keine Rede sein. Es gebe fast keine andere vernünftige Hypothese, als daß Nordvietnam entweder die Vereinigten Staaten als einen „Papiertiger" hinstellen oder aber sie provozieren wollte.

3) Die amerikanische Reaktion richtete sich einzig und allein gegen Patrouillenboote und Einrichtungen zu deren direkter Unterstützung. Wie Präsident Johnson erklärt hat: „Unsere Antwort wird zur Zeit begrenzt und angemessen sein."

4) Wegen der Ungewißheit, die infolge der absichtlichen und unprovozierten DRV-Angriffe dieser Art entstanden ist, haben die USA notgedrungen und vorsichtshalber Luftwaffenverstärkungen nach Südvietnam und Thailand verlegt.

B. Betreffend die grundlegende amerikanische Stellung:

5) Mr. Seaborn sollte nochmals betonen, daß die amerikanische Politik ganz einfach darauf hinausgeht, daß Nordvietnam sich und seine Ambitionen auf das Staatsgebiet beschränken sollte, das seiner Verwaltung durch die Genfer Verträge von 1954 unterstellt worden ist. Er sollte betonen, daß die amerikanische Politik gegenüber Südvietnam darauf hinausgeht, die Integrität des Gebietes dieses Staates gegen die Wühlarbeit der Guerillas zu verteidigen.

6) Er sollte wiederholen, daß die USA keine militärischen Stützpunkte in diesem Gebiet suchen und daß sie nicht darauf aus sind, das kommunistische Regime in Hanoi zu stürzen.

7) Er sollte wiederholen, daß die USA genau Bescheid wissen, in welchem Grade Hanoi die Kampfhandlungen der Guerillas in Südvietnam steuert und leitet und daß die USA Hanoi dafür direkt verantwortlich machen. Er sollte weiterhin darauf hinweisen, daß sich die USA darüber im klaren sind, daß die Nordvietnamesen auch die Pathet Lao-Bewegung in Laos steuern und daß sie den Grad des nordvietnamesischen Engagements in diesem Lande kennen. Er sollte insbesondere darauf hinweisen, daß die USA über die nordvietnamesischen Verletzungen laotischen Gebiets entlang der Infiltrationsroute nach Südvietnam Bescheid wissen.

8) Mr. Seaborn kann wieder auf die zahlreichen Beispiele der toleranten amerikanischen Politik der friedlichen Existenz mit kommunistischen Regimen wie in Jugoslawien, Polen usw. hinweisen. Er kann die wirtschaftlichen und sonstigen Vorteile andeutungsweise erwähnen, die diesen Ländern zugeflossen sind, weil ihre kommunistische Politik sich auf die Erschließung des eigenen Staatsgebiets beschränkt hat und keine Expansion auf fremdes Gebiet versucht hat.

9) Mr. Seaborn sollte abschließend die folgenden neuen Punkte zur Sprache bringen:

a) Daß die Ereignisse der letzten Tage die schon das letzte Mal gemachte Feststellung,

wonach „Die Geduld der amerikanischen Regierung und Öffentlichkeit durch die nordvietnamesische Aggression auf die Zerreißrobe gestellt wird" noch glaubhafter erscheinen lassen.

b) Daß die Resolution des amerikanischen Kongresses fast einmütig angenommen worden ist und daher die Einheit und Entschlossenheit der amerikanischen Regierung und des Volkes nicht nur hinsichtlich etwaiger weiterer Angriffe auf die militärischen Streitkräfte der USA erneut kräftig zum Ausdruck bringt, sondern auch in weiterem Sinne die Entschlossenheit, allen DRV-Versuchen, Südvietnam und Laos zu unterwühlen und zu erobern, mit allen Machtmitteln fest entgegenzutreten.

c) Daß sich in den USA die Ansicht durchgesetzt hat, daß die Rolle der DRV in Südvietnam und Laos kritisch ist. Wenn die DRV an ihrem gegenwärtigen Kurs festhält, muß sie damit rechnen, die Folgen zu erleiden.

d) Daß die DRV weiß, was sie zu tun hat, damit der Friede wiederhergestellt werden kann.

e) Daß die USA Mittel und Wege zu ihrer Verfügung haben, um die Teilnahme der DRV an dem Krieg in Südvietnam und in Laos, sowie ihre Leitung und Beherrschung desselben, messen zu können und daß sie aufmerksam die Antwort der DRV auf die durch Mr. Seaborn überbrachten Vorstellungen verfolgen wird.

VIII

Auszüge aus dem ersten Lagebericht aus Saigon, den Botschafter Taylor am 10. August 1964 über die Vereinigten Stabschefs an McNamara schickte

... Als Grundlage dieses Berichts und der in Zukunft zu erstattenden Monatsberichte dienen die Ergebnisse einer im ganzen Lande veranstalteten Rundfrage unter amerikanischen Beratern und Beobachtern in verantwortlicher Stellung. Die Rundfrage behandelte: den Kampfgeist (Moral) der Armee und der Öffentlichkeit, die Kampftüchtigkeit militärischer Einheiten, die gegenseitigen Beziehungen zwischen USA und GVN und die Effektivität von GVN-Beamten.

Im großen und ganzen sind die Ergebnisse dieser Rundfrage auf der Operationsebene sowohl der zivilen wie der militärischen Organisationen überraschend optimistisch. Dieses Gefühl des Optimismus geht über das der meisten höheren US-Beamten in Saigon hinaus. In zukünftigen Berichten sollte man feststellen können, wer recht hat.

Die Vietkong-Lage

Strategie

Die kommunistische Strategie, so wie sie von Nordvietnam und seiner Marionette, der Nationalen Befreiungsfront, definiert wird, besteht darin, eine für die Kommunisten günstige politische Lösung zu suchen. Dieses politische Ziel soll stufenweise erreicht werden, wobei der Beginn mit „Neutralismus" gemacht werden soll, dann Einsatz des NLF-Apparates und schließlich die Technik einer Koalitionsregierung.

Taktik

Die Taktik des Vietkong besteht darin, Bevölkerung und Führungsschicht von Vietnam zu plagen, zu zersetzen und zu terrorisieren, um einen Zustand der Demoralisierung herbeizuführen, ohne den Versuch, die RVNAF [13]) zu schlagen oder Gebiete mit militä-

[13]) Streitkräfte von Südvietnam.

rischen Mitteln zu erobern und zu halten. Die Fortschritte von USA und GVN sollten an dieser Strategie und dieser Taktik gemessen werden.

Status

Vom Standpunkt der Ausrüstung und Ausbildung ist der VC (Vietkong) heute besser bewaffnet und geführt als je zuvor.

— Die VC-Infiltration aus Laos und Kambodscha geht weiter.

— Keine Anzeichen dafür, daß der VC irgendeine Schwierigkeit hat, für seine Verluste an Menschen und Material Ersatz zu beschaffen.

— Kein Grund zu der Annahme, daß der VC seine Gewinne in einer offenen militärischen Konfrontation mit GVN-Streitkräften riskieren würde, obwohl er über eine beträchtliche Streitmacht mit offensiver Fähigkeit im zentralen Hochland verfügt.

GVN-Lage

Politische Lage

Der langsame Gang der Kampagne zur Bekämpfung des Aufstandes und die Schwäche seiner Regierung haben Khanh veranlaßt, das Thema vom Marsch nach Norden aufzugreifen, um die Heimatfront hinter sich zu bringen und die Kriegsmüdigkeit wettzumachen.

— Amerikanische Beobachter meinen, die Symptome des Defaitismus eher in den Gemütern der unerfahrenen und unerprobten Führungskreise in Saigon, als unter dem Volk und in der Armee feststellen zu können.

— Es kann sein, daß wir steigendem Druck ausgesetzt werden, von seiten des GVN, den Krieg durch einen direkten Angriff auf Hanoi zu gewinnen, und daß unsere Weigerung den örtlichen Politikern Anlaß geben wird, ernsthaft an Verhandlungen zu denken, oder den örtlichen Soldaten Anlaß zu militärischen Abenteuern ohne Billigung der USA.

— Im jetzigen Zeitpunkt verfügt die Regierung Khanh über die notwendige militärische Unterstützung, um sich an der Macht zu halten.

— Man schätzt, daß Khanh eine 50:50-Chance hat, sich bis zum Jahresende zu halten.

— Die Regierung ist untüchtig, und durchsetzt mit unerfahrenen Ministern, die mißtrauisch gegeneinander und aufeinander eifersüchtig sind.

— Khanh hat kein Vertrauen zu ihnen, und verläßt sich nicht auf die meisten seiner Minister und er ist nicht in der Lage, sie zu einer Gruppe mit gemeinsamer Loyalität und Zweckbestimmung zusammenzuschweißen.

— Es ist niemand in Sicht, der Khanh ersetzen könnte.

— Im Augenblick hat Khanh die Reibungen zwischen den Buddhisten und den Katholiken gemildert.

— Es ist Khanh gelungen, eine Zusammenarbeit mit den Hoa Hao und Cao Dai herzustellen.

— Khanh ist auf unsere Vorschläge für bessere Beziehungen zwischen GVN und der amerikanischen Mission eingegangen.

— Die Bevölkerung ist verwirrt und apathisch.

— Es ist Khanh nicht gelungen, für sich in Saigon aktive Unterstützung im Volk zu sichern.

— Auf dem Land wird die Unterstützung durch die Bevölkerung von dem Grad des von GVN gewährten Schutzes bestimmt.

— Es gibt Gründe zu der Annahme, daß keine komplizierte psychologische Kampagne notwendig ist, um das Volk auf dem Land im gegenwärtigen Zeitpunkt auf seiten der Regierung zu bringen. Alles was benötigt wird, ist die Gewähr für ein einigermaßen sicheres Leben.

— Der Erfolg der amerikanischen Angriffe auf Nordvietnam hat GVN zwar psychologisch wohlgetan, vielleicht aber auch seinen Appetit auf weitere Vorstöße gegen DRV angereizt ...

Die militärische Lage

Die Stärke der regulären Verbände und Hilfstruppen steigt langsam an und dürfte bis Januar 1965 etwa 98 % des angestrebten Ziels von 446 000 Mann erreichen.

— Der Prozentsatz von Desertionen aus RVNAF ist auf 0,572 % oder die Hälfte des Satzes vom vergangenen März gesunken.

— Drei südvietnamesische Luftwaffengeschwader mit A-1H-Flugzeugen werden bis zum 30. September 1964 einsatzbereit sein und ein viertes bis 1. Dezember 1964, bei einem Pilot-Cockpit-Verhältnis von zwei zu eins.

— Von den vorhandenen RVNAF-Einheiten werden die folgenden als kampftüchtig angesehen:

28 von 30 Regimentern

100 von 101 Bataillonen Infanterie, Marine und Luftlandetruppen

17 von 20 „Ranger"-Bataillonen

19 von 20 Ingenieur-Bataillonen

— Hauptschwächen sind mangelnde sofortige Einsatzbereitschaft und schwache Führung auf unterer Ebene. In beider Hinsicht soll Abhilfe geschaffen werden.

— Der militärische Nachrichtendienst soll erheblich ausgebaut werden, um bis zum Jahresende zu einer bedeutenden Verbesserung der Kapazität zu gelangen.

Hauptziele des GVN

Jeder Zuwachs in dem Prozentsatz der Regierungskontrolle über die Bevölkerung stellt einen Fortschritt zur Stabilisierung der Lage auf dem Lande dar. Nimmt man die Zahlen für Juli als Vergleichsgrundlage, so sollten sich die folgenden Prozentsätze erreichen lassen:

	Ländliche Gegenden		Städte	
	31. 7. 64	31. 12. 64	31. 7. 64	13. 12. 64
Regierung beherrscht:	33 %	40 %	44 %	47 %
Vietkong beherrscht:	20 %	16 %	18 %	14 %
Umstritten:	47 %	44 %	42 %	39 %

Ziele der US-Mission

Alles Mögliche zu tun, um die Stellung der Regierung Khanh zu festigen.

Die Befriedungskampagne im Lande gegen den VC zu verbessern.

Unsere Anstrengungen auf strategisch wichtige Gegenden, wie z. B. die Provinzen rund um Saigon zu konzentrieren (Hop Tac Plan).

„Schaufensterprojekte" („show window") auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet in sicheren städtischen und ländlichen Gebieten zu unternehmen.

So vorbereitet zu sein, daß die Eventualpläne gegen Nordvietnam bis zum 1. Januar 1965 das Stadium höchster Einsatzbereitschaft erreichen.

Das Publikum in den USA darüber zu informieren, was wir tun und warum ...

IX

Auszüge aus einem Kabel des Oberkommandierenden der US-Streitkräfte im Pazifik, Admiral U.S. Grant Sharp, an die Vereinigten Stabschefs mit dem Titel „Die weiteren Möglichkeiten von Aktionen in Südostasien"

Datiert 17. August 1964

2) Durch die kürzlich stattgefundenen militärischen Aktionen der USA in Laos und Nordvietnam ist unsere Absicht, unsere Ziele zu erreichen, demonstriert worden. Unsere Operationen und der Fortschritt in Laos stellen einen Schritt in diese Richtung dar. Unsere schnelle und direkte Reaktion durch Bombardierung nordvietnamesischer Einrichtungen und die Entsendung von amerikanischen Kampfverbänden nach Südostasien waren weitere solche Schritte. Jeder von ihnen hat eine Rolle gespielt. Ihre Wirkung war, die bis dahin ständige Verbesserung der Stellung der Kommunisten zu unterbrechen, die Phantasie der südostasiatischen Völker zu beflügeln, die Moral zu heben, wenn auch vielleicht nur vorübergehend, und die chinesischen Kommunisten sowie DRV zu einer Bewertung oder Neubewertung unserer Absichten zu zwingen. Doch das waren nur Schritte auf dem Weg. Was wir noch nicht getan haben, aber tun müssen, das ist, Hanoi und Peking die Kosten einer weiteren Verfolgung ihrer Ziele, bzw. der Hinderung unserer, vor Augen zu halten. Ein wesentliches Element unserer militärischen Aktion in diesem Sinne besteht darin, den Stand unserer physischen Bereitschaft zu erhöhen, indem wir Truppen, Schiffe, Flugzeuge und logistische Mittel in dem Maße entsenden, wie dadurch für uns eine maximale Handlungsfreiheit gewährleistet wird. In diesem Sinne sollten wir weiter vorstoßen, um mehr als einen möglichen Kurs in Erwägung ziehen zu können, je nachdem wie die veränderte und sich weiter verändernde Lage in Südostasien sich entwickelt. Die Bemerkungen in den nachstehenden Absätzen sind im Lichte dieser Lagebeurteilung zu sehen und in der Erkenntnis, daß der einmal auf die andere Seite ausgeübte Druck nicht wieder infolge von Aktionen, oder dem Fehlen solcher, erlahmen darf, so daß die Vorteile der lohnenden Schritte, die vorher in Laos und Nordvietnam unternommen wurden, wieder wegfielen ...

3) Abs. I

Die vorgeschlagene Einstellung der Operationen für zwei Wochen steht nicht im Einklang mit der Absicht, mit Hanoi und Peking Fraktur zu reden. *Pierce Arrow* [14]) war eine Demonstration der Stärke wie auch der Selbstbeherrschung. Weitere Demonstrationen nur von Selbstbeherrschung könnten leicht als eine Periode des Zweifels an *Pierce Arrow* und den Ereignissen, die dazu führten, ebenso wie als Zeichen von Schwäche und mangelnder Entschlossenheit ausgelegt werden. Die Kommunisten sollten anhaltenden und kräftigen Druck sowohl in der Ebene der Tonkrüge (Plaine des Jarres) wie auch im Pfannenstiel zu spüren bekommen. Ich bin daher für weitere Erkundung der DRV, des Pfannenstiels und der Ebene der Tonkrüge. Ebenso für den Versuch, Phou Kout in die Hand zu bekommen, sowie für fortgesetzte Operationen mit Flugzeugen vom Typ 7-28 und im Dreieck (Triangle). Die Wiederaufnahme von 34 A-Aktionen [15]) und De Soto-Patrouillefahrten [16]) wird hier als richtig angesehen. Jede von ihnen kann vorsichtig so durchgeführt werden, daß sie die anderen nicht stört ...

7) Abs. III A 1

Einverstanden, daß Südvietnam zur Zeit der Gefahrenherd und unsere größte Sorge in Südostasien ist. Man kann sich mit RVN nur im Rahmen von Südostasien beschäftigen. Es ist nur ein Teilgebiet eines großen Schausplatzes, den der gleiche Feind besetzt hält.

---

14) Kodename der Vergeltungsangriffe auf Nordvietnam nach dem Zwischenfall im Golf von Tonkin.
15) 34 A ist der Kodename des seit Anfang 1964 zur Ausführung gebrachten Operationsplans von heimlichen Angriffen auf Nordvietnam, zu Land, zu Wasser und in der Luft.
16) So wurden die Patrouillenfahrten amerikanischer Zerstörer im Golf von Tonkin genannt, die zu den Zwischenfällen vom 2. und 4. August 1964 führten.

Aktionen, die bedeutsame Ergebnisse durch den auf DRV ausgeübten Druck und die Verbesserung der Moral in RVN [17]) zeitigen sollen, müssen mit Risiko verbunden sein. Der Versuchung, nichts zu unternehmen und kein Risiko einzugehen, darf nicht stattgegeben werden.

11) Abs. III C

Richtig ist die vorgebrachte These, daß wir allseits klarstellen müssen, daß der militärische Druck weitergehen wird, bis wir unsere Ziele erreichen. Unsere Handlungen müssen den Kommunisten Furcht vor dem, was sie zu erwarten haben, wenn sie ihre Aggression fortsetzen, einflößen. In dieser Hinsicht haben wir schon einen großen ersten Schritt getan, indem wir amerikanische Kampfverbände nach Südostasien entsandt haben. Wir müssen diese Haltung bewahren; davon abzugehen, würde gefährliche Auswirkungen auf die Moral und den Willen der ganzen Bevölkerung von Südostasien haben. Und wir müssen der Tatsache ins Gesicht sehen, daß diese Streitkräfte eine Zeitlang dort bleiben werden und daß sie gegen Boden- und Luftangriffe geschützt werden müssen. RVN kann die notwendige Sicherheit gegen Bodenangriffe nicht ohne Verringerung seiner Anstrengungen zur Aufstandsbekämpfung bieten und hat nur geringe Fähigkeit zur Luftabwehr. Eine Konferenz unter Einschluß von Vietnam, bevor der Aufstand niedergeschlagen ist, würde zu dem Verlust unserer Verbündeten in Südostasien führen und eine Niederlage für die Vereinigten Staaten darstellen.

12) Abs. IV A. 1

Kenntnis, daß die 34 A-Operationen erfolgreich waren, würde von großem Nutzen zur Hebung der Moral in RVN sein. Ich würde vorschlagen, daß diese Operationen zwar nicht offen anerkannt, aber doch durch gezielte Presse-Indiskretionen bekanntgemacht würden. Diese 34 A-Operationen sollten wieder aufgenommen werden, um den äußeren Druck auf DRV aufrechtzuerhalten ...

20) Bei Erwägung stärkerer Druckmittel müssen wir erkennen, daß sofort etwas getan werden muß, um unsere gegenwärtigen großen militärischen Investitionen in RVN zu schützen. Wir haben große Mengen teueren Materials nach RVN gebracht, so daß ein erfolgreicher Angriff auf Bien Hoa, Tan Son Nhut, Danang oder eine Radar-Anlage bzw. eine Einrichtung des Meldewesens eine ernste psychologische Niederlage für die USA darstellen würde. MACV [18]) meldet, daß GVN nicht dazu imstande ist, den erforderlichen Grad an Sicherheit zu gewährleisten, so daß wir uns auf amerikanische Truppen verlassen müssen. MACV hat Truppen zur Verteidigung der drei obengenannten Stellen angefordert. Mein Kommentar zu diesem Ersuchen wird mit getrennter Botschaft übermittelt. Über das Obengesagte hinaus wäre zu erwägen, ob ein amerikanischer Stützpunkt (Basis) in RVN errichtet werden sollte. Eine US-Basis in RVN würde ein weiteres Anzeichen dafür sein, daß wir vorhaben, in Südostasien zu bleiben, bis unsere Ziele erreicht sind. Sie könnte auch als amerikanische Kommandostelle oder Kontrollzentrum für den Fall, daß nach einem neuen Putsch Chaos ausbrechen sollte, dienen. Als anerkanntes, konkretes U... (wie erhalten) Engagement, das über unsere Bemühungen als Ratgeber hinausgeht, warnt sie die Kommunisten, daß ein offener Angriff auf RVN als eine Bedrohung der amerikanischen Streitkräfte angesehen werden würde. Eine solche Basis sollte aus der Luft und von See her zugänglich sein, gut entwickelte Einrichtungen und Anlagen besitzen und sich in einer Gegend befinden, von wo aus amerikanische Operationen wirkungsvoll in Gang gesetzt werden könnten. Danang erfüllt diese Voraussetzungen ...

22) Abschließend sei gesagt, daß unsere Aktionen vom 5. August einen Schwung geschaffen haben, der zur Erreichung unserer Ziele in Südostasien führen kann. Wir haben uns klar zu erkennen gegeben, sowohl durch offene Handlungen wie auch durch unsere erklärte Bereitschaft, noch mehr zu tun. Es ist äußerst wichtig, daß wir diesen Schwung nicht verlieren.

---

17) RVN = Südvietnam.
18) Military Assistance Command, Vietnam = Das amerikanische Oberkommando in Vietnam.

X

Memorandum von Generalmajor Rollen H. Anthis, einem Vertreter der Luftwaffe bei den „Joint Chiefs of Staff", an den Unterstaatssekretär William P. Bundy im State Department und den Unterstaatssekretär John T. McNaughton im Verteidigungsministerium

Datiert 27. August 1964

1) Anbei der von COMUSMACV [19]) vorgeschlagene Operationsplan für 34 A-Aktionen im September.

2) Alle hier aufgeführten Aktionen sind entweder schon ausdrücklich genehmigt worden oder ähneln solchen gebilligten Aktionen. So ist z. B. Aktion (3) (d) durch JCSM-426-64 vom 19. Mai 1964 ausdrücklich genehmigt worden, während Aktion (3) (b) einer vorher genehmigten Aktion gegen einen Sicherheitsposten ähnlich ist.

3) Die Angriffsmethode ist in einigen Fällen von der Zerstörung durch die Einschleusung von Sprengungs-Teams zu dem Konzept der Abstands-Bombardierung durch PTFs abgeändert worden. Diese Aktionen sind so in der Anlage gekennzeichnet.
Die vorgeschlagenen 34 A-Aktionen für September folgen:

(1) *Aktionen zur Beschaffung nachrichtendienstlicher Informationen*

(a) 1.—30. September — Luftphotographie, um ausgewählte Angriffsziele auf den neuesten Stand zu bringen, in Verbindung mit Vor-und-nach-dem-Angriff-Aufnahmen der genehmigten Aktionen.

(b) 1.—30. September — Zwei Missionen zu dem Zweck, Dschunken zu fangen; die Gefangenen werden einem Verhör von 36—48 Stunden unterzogen; danach wird die Dschunke durch anti-Störungsgeräte (antidisturbance devices) zu einem „Booby Trap" (Menschenfalle) gemacht und wieder losgelassen; die Gefangenen werden nach dem Verhör zurückgebracht; der genaue Zeitpunkt hängt von Wellengang und laufenden Meldungen des Nachrichtendienstes ab.

(2) *Psychologische Operationen*

(a) 1.—30. September — In Verbindung mit genehmigten Überflügen und maritimen Operationen werden Propagandablätter, Gabenpakete und Täuschungsgeräte, durch die die Versorgung von „Phantom-Teams" (Geister-Teams) simuliert wird, abgegeben.

(b) 1.—30. September — Etwa 200 Briefe mit verschiedenem propagandistischen Inhalt werden durch die Post eines dritten Landes nach Nordvietnam versandt.

(c) 1.—30. September — Geheimsender (Black Radio) strahlt täglich ein 30 Minuten langes Programm mit einer Wiederholung aus und gibt sich dabei als die Stimme oppositioneller Elemente in Nordvietnam aus.

(d) 1.—30. September — Offen arbeitender Sender (White Radio) strahlt tägliche Programme von 8½ Stunden Dauer aus unter Verwendung von Propagandamaterial der „Stimme der Freiheit".

(3) *Maritime Operationen*

(a) 1.—30. September — Sprengung einer Brücke der Nationalstraße 1 durch ein eingeschleustes Team, das von anderen schießbereiten Teams unterstützt wird; Anbringung von schnellwirkenden Sprengladungen an Brückenbögen und Trägern (caissons); Anbringung von anti-Personal-Minen an den Straßenzugängen. (Diese Brücke ist früher schon einmal beschädigt, inzwischen aber repariert worden.)

---

19) US-Oberbefehlshaber in Südvietnam.

(b) 1.—30. September — Den Beobachtungsposten auf Kap Mui Dao mit 81-mm-Mörsern und 40 mm-Geschützen von zwei PTFs bombardieren.

(c) 1.—30. September — Noch eine andere Brücke der Nationalstraße 1 (s. Karte) auf dieselbe Weise wie (3) (a) oben sprengen.

(d) 1.—30. September — Die Radarstation von Sam Son bombardieren, wie (3) (b).

(e) 1.—30. September — Die Kasernen auf der Tiger-Insel bombardieren, wie (3) (b).

(f) 1.—30. September — Die Insel Hon Ngu bombardieren, wie (3) (b).

(g) 1.—30. September — Die Insel Hon Matt bombardieren, wie (3) (b) und gleichzeitig mit (3) (f).

(h) 1.—30. September — Zerstörung eines Abschnittes der Eisenbahnlinie von Hanoi nach Vinh durch eingeschleustes Sprengungsteam, das von zwei VN-Marinegeschwadern sowie von Gummibooten der PTFs unterstützt wird; Anbringung von schnellwirkenden Sprengladungen und anti-Personal-Minen in der Umgebung.

(i) 1.—30. September — Die Insel Hon Me bombardieren, und zwar in Verbindung mit (3) (a) oben, auf die gleiche Weise wie (3) (b).

(j) 1.—30. September — Die Geschützstellungen auf Kap Falaise bombardieren, in Verbindung mit (3) (h) oben, auf die gleiche Weise wie (3) (b).

(k) 1.—30. September — Kap Mui Ron in Verbindung mit der Mission, Dschunken zu fangen, bombardieren, und zwar auf die gleiche Weise wie (3) (b).

(4) *Operationen aus der Luft* — Mondlichtperiode 16.—28. September.

(a) Vier Missionen zur Versorgung von eingeschleusten Teams.

(b) Vier Missionen zur Verstärkung von eingeschleusten Teams.

(c) Vier Missionen, um neue Sabotage- und psychologische Kriegsführungs-Teams aus der Luft abzusetzen, je nach Entwicklung der Absprungzone und Ziel-Informationen. Es handelt sich dabei um Propaganda- und nachrichtendienstliche Teams geringer Stärke („low-key"), die nach Auswahl passender Angriffsziele kleinere Sabotageaufträge ausführen können.

(d) Die genauen Daten der See- und Luftoperationen hängen von der nachrichtendienstlichen Lage und den Wetterbedingungen ab.

Information des Initiativausschusses der Verteidiger in politischen Strafsachen für die Amnestie

Es beteiligten sich über 80 Kolleginnen und Kollegen aus allen Teilen der Bundesrepublik an der Tagung am 17./18. April 1971 in Frankfurt. Die Versammlung hörte Vorträge von Professor Dr. Ridder und Henner Wolter. Professor Dr. Ridder umriß den derzeitigen Stand der gesellschafts- und rechtspolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik und leitete daraus allgemeine Aufgaben und Möglichkeiten der Betätigung für gesellschaftskritische Juristen ab. Er wies auf die Grenzen, aber auch die sprezifischen Möglichkeiten der Juristen hin.

Henner Wolter gab einen Überblick über die Bestrebungen, die Ausbildung der Juristen zu reformieren und unterwarf die Ursachen und Motive hierfür einer kritischen Untersuchung.

Die beiden Vorträge werden, als Manuskript gedruckt, demnächst zur Verfügung stehen. Von der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen war Kollege Romco Ferrucci erschienen, der dem Rat der IVDJ und dem Vorstand der italienischen Vereinigung angehört. Er berichtete einiges über die Tätigkeit der IVDJ zur Bewahrung und Entwicklung der Menschenrechte in aller Welt. Besonders ging er auf erfolgreiche Bemühungen der italienischen Vereinigung ein, die rechtliche Situation der Arbeiter zu verbessern.

Die Versammlung war sich einig, daß es an der Zeit sei, eine Vereinigung demokratischer oder gesellschaftskritischer Juristen in der Bundesrepublik zu bilden. Man kam überein, daß eine Zusammenarbeit mit der IVDJ stattfinden soll. Einige Kollegen agitierten jedoch, unter Berufung auf sich als sozialistisch verstehende, allgemein politische Konzeptionen, gegen die Möglichkeit, bei den gegebenen Machtverhältnissen, demokratische Rechte und Freiheiten zu bewahren und zu erhalten. Sie wollten dem fortschrittlichen Juristen nur gewisse Rechtshilfe-Funktionen zugunsten der nach gesellschaftlichen Änderungen strebenden Kräfte zubilligen. Dem wurde nachdrücklich mit dem Hinweis auf die Ambivalenz vieler Reformbestrebungen widersprochen. Die Aufgaben gesellschaftskritischer Juristen reichten viel weiter, weil demokratisches Rechtsbewußtsein selbst eine reale Kraft bei der Zurückdrängung autoritärer gesellschaftlicher Macht sei. Eine Vereinigung gesellschaftskritischer Juristen dürfe sich nicht auf die Unterstützung bestimmter gesellschaftspolitischer Konzeptionen oder bestimmter Methoden der politischen Auseiandersetzung einengen lassen. Es gehe vielmehr darum, die verschiedenen demokratisch orientierten Kräfte in dem einen Anliegen zu vereinen: nämlich die demokratischen Freiheiten und Rechte zu wahren und zu entwickeln.

Im Ergebnis wurde beschlossen, daß im Herbst dieses Jahres eine Gründungsversammlung einberufen werden soll. Bis dahin sollen die Kollegen sich in regionalen Gruppen zusammenfinden, das Gespräch fortführen und Vorschläge für Programmatik und Satzung erarbeiten.

Diese Vorschläge sollen über das Büro des Kollegen Heinz Peters, Düsseldorf, Oststraße 122, allen Interessenten zugängig gemacht werden. Ferner soll bereits am 19. Juni 1971 eine Zusammenkunft von Vertretern der regionalen Gruppen versuchen, eine Abstimmung der verschiedenen Vorschläge zu erreichen.

Selbstverständlich ist auch jeder einzelne Kollege aufgefordert, seine Vorstellungen mitzuteilen.

Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der VAR vom 27. Mai 1971

(Wortlaut)

Der Vorsitzende des Obersten Sowjet, Nikolai Podgorny, hielt sich in der Zeit vom 25. bis 28. Mai d. J. zu einem inoffiziellen Freundschaftsbesuch in Kairo auf. Am 27. Mai unterzeichneten Podgorny und der Präsident der VAR, Anwar el Sadat, einen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der VAR". Im folgenden veröffentlichen wir den Wortlaut des Vertragstextes. D. Red.

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigte Arabische Republik haben,

fest überzeugt davon, daß die weitere Entwicklung der Freundschaft und der allseitigen Zusammenarbeit zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Arabischen Republik den Interessen der Völker beider Staaten entspricht und der Festigung des Weltfriedens dient,

inspiriert von den Idealen des Kampfes gegen Imperialismus und Kolonialismus, für Freiheit, Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt der Völker,

fest entschlossen, unbeugsam einen Kampf für die Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit entsprechend dem unveränderten Kurs ihrer friedliebenden Außenpolitik zu führen,

getreu den Zielen und Prinzipien der Charta der Organisation der Vereinten Nationen, bewegt von dem Streben, die traditionellen Beziehungen der aufrichtigen Freundschaft zwischen den beiden Staaten und Völkern durch den Abschluß eines Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit zu festigen und zu stärken und damit die Grundlage für ihre weitere Entwicklung zu schaffen,
folgendes vereinbart:

ARTIKEL I: Die Hohen vertragschließenden Seiten erklären feierlich, daß zwischen beiden Ländern und ihren Völkern immer eine unerschütterliche Freundschaft bestehen wird. Sie werden die zwischen ihnen bestehenden Beziehungen der Freundschaft und der allseitigen Zusammmenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technischem, kulturellem und auf anderen Gebieten auf der Grundlage der Prinzipien der Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Vorteils auch weiterhin entwickeln und festigen.

ARTIKEL II: Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als sozialistischer Staat und die Vereinigte Arabische Republik, die sich die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zum Ziel setzt, werden bei der Gewährleistung der Bedingungen für die Erhaltung und Weiterentwicklung der sozialökonomischen Errungenschaften ihrer Völker eng und allseitig zusammenarbeiten.

ARTIKEL III: Geleitet von dem Streben, mit allen Mitteln zur Erhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit der Völker beizutragen, werden die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigte Arabische Republik mit aller Entschiedenheit die Anstrengungen zur Erreichung und Sicherung eines dauerhaften und gerechten Friedens im Nahen Osten entsprechend den Zielen und Prinzipien der Charta der Organisation der Vereinten Nationen fortsetzen.

Mit ihrer friedliebenden Außenpolitik werden die Hohen vertragschließenden Seiten für Frieden, für die Minderung der internationalen Spannung, für allgemeine und vollständige Abrüstung und für das Verbot der Atom- und anderer Massenvernichtungswaffen eintreten.

ARTIKEL IV: Geleitet von den Idealen der Freiheit und Gleichberechtigung aller Völker, verurteilen die Hohen vertragschließenden Seiten Imperialismus und Kolonialismus in allen ihren Formen und Erscheinungen. Sie werden auch weiterhin gegen den Imperialismus, für die volle und endgültige Beseitigung des Kolonialismus in Erfüllung der Deklaration der UNO über die Gewährung der Unabhängigkeit an alle kolonialen Länder und Völker auftreten und einen unbeugsamen Kampf gegen Rassismus und Apartheid führen.
ARTIKEL V: Die Hohen vertragschließenden Seiten werden die allseitige Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch auf wirtschaftlichem und wissenschaftlich-technischem Gebiet — in der Industrie, der Land- und Wasserwirtschaft, bei der Bewässerung, der Erschließung der Naturschätze, der Entwicklung der Energiewirtschaft, der Ausbildung nationaler Kader und auf anderen Gebieten der Wirtschaft — erweitern und vertiefen.

Die Seiten werden den Handel und die Schiffahrt zwischen den beiden Staaten auf der Grundlage der Prinzipien des beiderseitigen Vorteils und der Meistbegünstigung erweitern.

ARTIKEL VI: Die Hohen vertragschließenden Seiten werden zur weiteren Entwicklung ihrer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Kunst, der Literatur, des Bildungswesens, des Gesundheitswesens, der Presse, des Rundfunks und Fernsehens, des Films, der Touristik, der Körperkultur und auf anderen Gebieten beitragen.

Die Seiten werden die Erweiterung der Zusammenarbeit und der unmittelbaren Beziehungen zwischen den politischen und gesellschaftlichen Organisationen der Werktätigen, zwischen Betrieben, kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen fördern, um das Leben, die Arbeit und die Erfolge der Völker beider Länder besser kennenzulernen.

ARTIKEL VII: Zutiefst an der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit der Völker interessiert und dem Einklang ihrer Handlungen auf dem Schauplatz des internationalen Geschehens im Kampf für den Frieden große Bedeutung beimessend, werden sich die Hohen vertragschließenden Seiten zu diesem Zweck regelmäßig auf den verschiedenen Ebenen zu allen wichtigen Fragen konsultieren, die die Interessen der beiden Staaten berühren.

Im Falle des Entstehens von Situationen, die nach Ansicht der beiden Seiten eine Gefahr für den Frieden oder eine Verletzung des Friedens schaffen, werden sie unverzüglich miteinander Kontakt aufnehmen, um ihre Positionen im Interesse der Beseitigung der entstandenen Gefahr oder der Wiederherstellung des Friedens abzustimmen.

ARTIKEL VIII: Im Interesse der Festigung der Verteidigungsbereitschaft der Vereinigten Arabischen Republik werden die Hohen vertragschließenden Seiten die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet auf der Grundlage entsprechender Abkommen zwischen ihnen weiterentwickeln. Eine solche Zusammenarbeit wird insbesondere Hilfe bei der Ausbildung von Militärangehörigen der VAR, bei der Ausbildung an den Waffen und Ausrüstungen vorsehen, die an die Vereinigte Arabische Republik geliefert werden, um deren Fähigkeit zur Beseitigung der Folgen der Aggression, wie auch ihre Fähigkeit zur Abwehr der Aggression überhaupt zu stärken.

ARTIKEL IX: Von den Zielen und Prinzipien dieses Vertrages ausgehend, erklärt jede der Hohen vertragschließenden Seiten, daß sie nicht Bündnissen beitreten und sich nicht an Staatengruppierungen sowie an Handlungen oder Maßnahmen beteiligen wird, die sich gegen die andere Hohe vertragschließende Seite richten.

ARTIKEL X: Jede der Hohen vertragschließenden Seiten erklärt, daß ihre Verpflichtungen aus bestehenden internationalen Verträgen nicht im Widerspruch zu den Bestimmungen dieses Vertrages stehen, und verpflichtet sich, keinen internationalen Abkommen beizutreten, die mit ihm unvereinbar sind.

ARTIKEL XI: Der vorliegende Vertrag wird vom Tage seines Inkrafttretens 15 Jahre lang gültig sein.

Wenn keine der Hohen vertragschließenden Seiten ein Jahr vor Ablauf der erwähnten Frist ihren Wunsch bekundet, die Gültigkeit des Vertrages aufzuheben, wird er die folgenden fünf Jahre in Kraft bleiben und das so lange, wie keine der Hohen vertragschließenden Seiten ein Jahr vor Ablauf dieses Jahrfünfts schriftlich ihre Absicht bekanntgibt, seine Wirksamkeit aufzuheben.

ARTIKEL XII: Der vorliegende Vertrag unterliegt der Ratifizierung und tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft, der in nächster Zeit in Moskau vollzogen wird.

Dieser Vertrag ist in zwei Exemplaren, jedes in russischer und in arabischer Sprache, ausgefertigt, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Abgeschlossen in Kairo am 27. Mai 1971, das entspricht dem 3. Rabia As-sani 1391 der Hedschra.

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: N. Podgorny;

Für die Vereinigte Arabische Republik: Anwar el Sadat.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Anton Neuhäusler, Knut Nevermann, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Harold Rasch, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Hans Rheinfelder, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Karl Graf v. Westphalen, Prof. Dr. Ernst Wolf. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Tel. 37 41 01. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,80; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—; $ 5,65/11,30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. *Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.* *Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.*

Autoren dieses Heftes

EHRLER, Klaus, M. A., geb. 1930 in Leipzig, studierte Geschichte, Physik und Philosophie; Lektor, Mitarbeiter im Internationalen Christlichen Friedensdienst (Verständigungshilfe Westberlin), Zweiter Vorsitzender der Mendelssohn-Gesellschaft. *** *DE SOUSA FERREIRA, Eduardo,* Diplom-Volkswirt, geb. 1936 in Lissabon, dort Jurastudium, lebt als Doktorand in Heidelberg. Veröffentlichungen über politische und ökonomische Probleme des südlichen Afrika. Gegenwärtig mit der Publizierung eines Buches über die portugiesischen Kolonien beschäftigt. *** *SCHWAMBORN, Winfried,* geb. 1949 in Köln, studiert Germanistik und Geschichte in Köln, seit Oktober 1970 Mitglied des Bundesvorstandes der „Deutschen Friedensgesellschaft — Internationale der Kriegsdienstgegner", dort Ersatzdienstreferent. *** *MATTHIESSEN, Gunnar,* geb. 1939 in Köln, studiert dort Germanistik und Geschichte. *** *INOSEMZEW, Nikolai,* Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau. *** *KNORR, Lorenz,* geb. 1921 in Eger/CSR, war ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken", ist heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *GERHARDS, Michael,* geb. 1949 in Hagen/Westf., studiert Politologie am Otto-Suhr-Institut der FU Westberlin. *** *WIEGREFFE, Wilhelm,* geb. 1943 in Posen, studiert Politologie am Otto-Suhr-Institut der FU Westberlin. *** *KERN, Prof. Dr. Horst,* geb. 1940 in Wien, studierte von 1959 bis 1964 Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven, Berlin und Göttingen und arbeitete von 1964—1971 als Forschungs-Assistent und Wissenschaftlicher Assistent am Soziologischen Seminar der Universität Göttingen; Promotion bei Prof. H. P. Bahrdt, seit 1971 Wissenschaftlicher Rat und Professor am Sozialwissenschaftlichen Seminar der Technischen Universität Hannover. Veröffentlichte zusammen mit Michael Schumann die Studie „Industriearbeiter und Arbeiterbewußtsein", 2 Bde., Frankfurt/Main 1970. *** *LEWAN, Prof. Kenneth M.,* geb. 1925 in Chicago/USA, arbeitete nach dem Studium zunächst als Rechtsberater für die Bundesregierung in Washington und lehrte danach an der Indiana University; lebt zur Zeit in der Bundesrepublik; verschiedene rechtswissenschaftliche Zeitschriftenveröffentlichungen; Buchveröffentlichung: Der Nahostkrieg in der westdeutschen Presse, Pahl-Rugenstein Verlag 1970. *** *IHMELS, Karl,* geb. 1941 in de Bild (Niederlande), nach Jura-Studium in Marburg jetzt Rechtsreferendar in Gießen. *** *v. HENTIG, Dr. Werner Otto,* geb. 1886 in Berlin, studierte Rechtswissenschaften und promovierte 1909. Eintritt in den Auswärtigen Dienst 1911, nach fünfzehn verschiedenen Posten zuletzt Botschafter der BRD in Djakarta/Indonesien. Heute lebt Dr. v. Hentig bei Mainz und befaßt sich mit völkerrechtlichen Studien. *** *HUND, Wulf, D.,* geb. 1946 in Dreveskirchen (DDR), studiert in Marburg Soziologie, Politik und Geschichte

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	44,–	50,–	64,–	77,–	88,–	138,–	185,–	227,–
8 Seiten	69,–	81,–	100,–	116,–	132,–	198,–	255,–	308,–
12 Seiten	102,–	116,–	138,–	160,–	182,–	250,–	312,–	370,–
16 Seiten	135,–	150,–	177,–	204,–	232,–	325,–	410,–	495,–
20 Seiten	168,–	187,–	215,–	242,–	270,–	380,–	484,–	585,–
24 Seiten	190,–	215,–	248,–	281,–	310,–	425,–	535,–	640,–
28 Seiten	220,–	245,–	282,–	319,–	355,–	476,–	594,–	708,–
32 Seiten	245,–	270,–	310,–	349,–	381,–	525,–	660,–	785,–
36 Seiten	260,–	287,–	326,–	360,–	390,–	540,–	685,–	805,–
40 Seiten	275,–	300,–	338,–	375,–	410,–	565,–	710,–	845,–

Autoren dieses Heftes

EHRLER, Klaus, M. A., geb. 1930 in Leipzig, studierte Geschichte, Physik und Philosophie; Lektor, Mitarbeiter im Internationalen Christlichen Friedensdienst (Verständigungshilfe Westberlin), Zweiter Vorsitzender der Mendelssohn-Gesellschaft. *** *DE SOUSA FERREIRA, Eduardo,* Diplom-Volkswirt, geb. 1936 in Lissabon, dort Jurastudium, lebt als Doktorand in Heidelberg. Veröffentlichungen über politische und ökonomische Probleme des südlichen Afrika. Gegenwärtig mit der Publizierung eines Buches über die portugiesischen Kolonien beschäftigt. *** *SCHWAMBORN, Winfried,* geb. 1949 in Köln, studiert Germanistik und Geschichte in Köln, seit Oktober 1970 Mitglied des Bundesvorstandes der „Deutschen Friedensgesellschaft — Internationale der Kriegsdienstgegner", dort Ersatzdienstreferent. *** *MATTHIESSEN, Gunnar,* geb. 1939 in Köln, studiert dort Germanistik und Geschichte. *** *INOSEMZEW, Nikolai,* Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau. *** *KNORR, Lorenz,* geb. 1921 in Eger/CSR, war ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken", ist heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *GERHARDS, Michael,* geb. 1949 in Hagen/Westf., studiert Politologie am Otto-Suhr-Institut der FU Westberlin. *** *WIEGREFFE, Wilhelm,* geb. 1943 in Posen, studiert Politologie am Otto-Suhr-Institut der FU Westberlin. *** *KERN, Prof. Dr. Horst,* geb. 1940 in Wien, studierte von 1959 bis 1964 Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven, Berlin und Göttingen und arbeitete von 1964—1971 als Forschungs-Assistent und Wissenschaftlicher Assistent am Soziologischen Seminar der Universität Göttingen; Promotion bei Prof. H. P. Bahrdt, seit 1971 Wissenschaftlicher Rat und Professor am Sozialwissenschaftlichen Seminar der Technischen Universität Hannover. Veröffentlichte zusammen mit Michael Schumann die Studie „Industriearbeiter und Arbeiterbewußtsein", 2 Bde., Frankfurt/Main 1970. *** *LEWAN, Prof. Kenneth M.,* geb. 1925 in Chicago/USA, arbeitete nach dem Studium zunächst als Rechtsberater für die Bundesregierung in Washington und lehrte danach an der Indiana University; lebt zur Zeit in der Bundesrepublik; verschiedene rechtswissenschaftliche Zeitschriftenveröffentlichungen; Buchveröffentlichung: Der Nahostkrieg in der westdeutschen Presse, Pahl-Rugenstein Verlag 1970. *** *IHMELS, Karl,* geb. 1941 in de Bild (Niederlande), nach Jura-Studium in Marburg jetzt Rechtsreferendar in Gießen. *** *v. HENTIG, Dr. Werner Otto,* geb. 1886 in Berlin, studierte Rechtswissenschaften und promovierte 1909. Eintritt in den Auswärtigen Dienst 1911, nach fünfzehn verschiedenen Posten zuletzt Botschafter der BRD in Djakarta/Indonesien. Heute lebt Dr. v. Hentig bei Mainz und befaßt sich mit völkerrechtlichen Studien. *** *HUND, Wulf, D.,* geb. 1946 in Dreveskirchen (DDR), studiert in Marburg Soziologie, Politik und Geschichte